



Klimawandel

Ein Viertel der Österreicher glaubt nicht, dass Erderwärmung vom Menschen beeinflusst wird

 Seite 4

Voves kritisiert Reformunwillen von Häupl und Pröll

Steirischer Landeschef wirft Kollegen Machtdenken und Überheblichkeit vor

Wien/Graz – Der steirische Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) geht im STANDARD-Interview mit seinen Kollegen in St. Pölten und Wien, Erwin Pröll (ÖVP) und Michael Häupl (SPÖ), hart ins Gericht. Er rät ihnen, weniger überheblich zu sein und mehr Reformbereitschaft bei Verwaltung und Schule zu zeigen. Voves: „Die beiden sollen sich auch einmal überlegen, wie sie mit der Macht umgehen, die ihnen gegeben wurde. Es geht auch um das Ansehen der Politik.“ Ihm sei völlig egal, „was die zwei sich bei einem Wein ausmachen“, aber sie dürften nicht glauben, dass „sie allein Österreich darstellen“. Das Bild, das die Landeshauptleuterkonferenz abgibt, tue Voves „wirklich weh“.

Insbesondere an seinem Parteikollegen Häupl übt Voves Kritik: Der solle „nicht immer überheblich in die Länder schauen“, auch dort gebe es Leute mit politischem Instinkt. Dass Häupl in dieser Woche seinen Vorschlag zu einer Schulreform abgetan hat, ärgert Voves immer noch: „Das höhnische Lachen über meinen Kompromissvorschlag war einigermaßen unangebracht.“ (red) Seite 13

Wirbel um mögliche Ausweitung des EU-Rettungsschirms

Lissabon/Brüssel – Die Diskussion über eine Ausweitung des 750 Milliarden Euro schweren Euro-Rettungsschirm reißt nicht ab. Finanzexperten fordern eine Aufstockung auf bis 1,5 Billionen Euro. Dem Vernehmen nach beraten die EU-Finanzminister am Wochenende über das Thema. Offiziell wurde das am Freitag dementiert. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble hält „gar nichts“ von den Vorschlägen.

Ebenfalls zurückgewiesen wurden Berichte, wonach Portugal gedrängt wird, als nächstes Land den Rettungsmechanismus in Anspruch zu nehmen. Einen kleinen Erfolg konnten die Portugiesen am Freitag verzeichnen: Das Parlament beschloss das Sparbudget 2011. (red) Seiten 25 und 26

Kommentar Seite 48

HEUTE

Kopf des Tages Nathan Myhrvold, ehemals rechte Hand von Bill Gates, ist nun der inoffizielle Star des „Geo-Engineerings“. Seite 48

Drohungen aus Nordkorea Die geplanten Seemanöver von den USA und Südkorea heizen den Konflikt an. Seite 5, Gastkommentar Seite 47

SP will Bezirksschulräte abschaffen Das Parteipräsidium bekräftigt das Nein zu einer Verländerung der Lehrerkompetenzen. Seite 15

Nachhaltigkeitsberichte Unternehmenstransparenz bei der Umwelt hilft auch gegen Korruption.

KARRIERESTANDARD
Seiten K 1 – K 23
BILDUNG & KARRIERE
Seite K 24

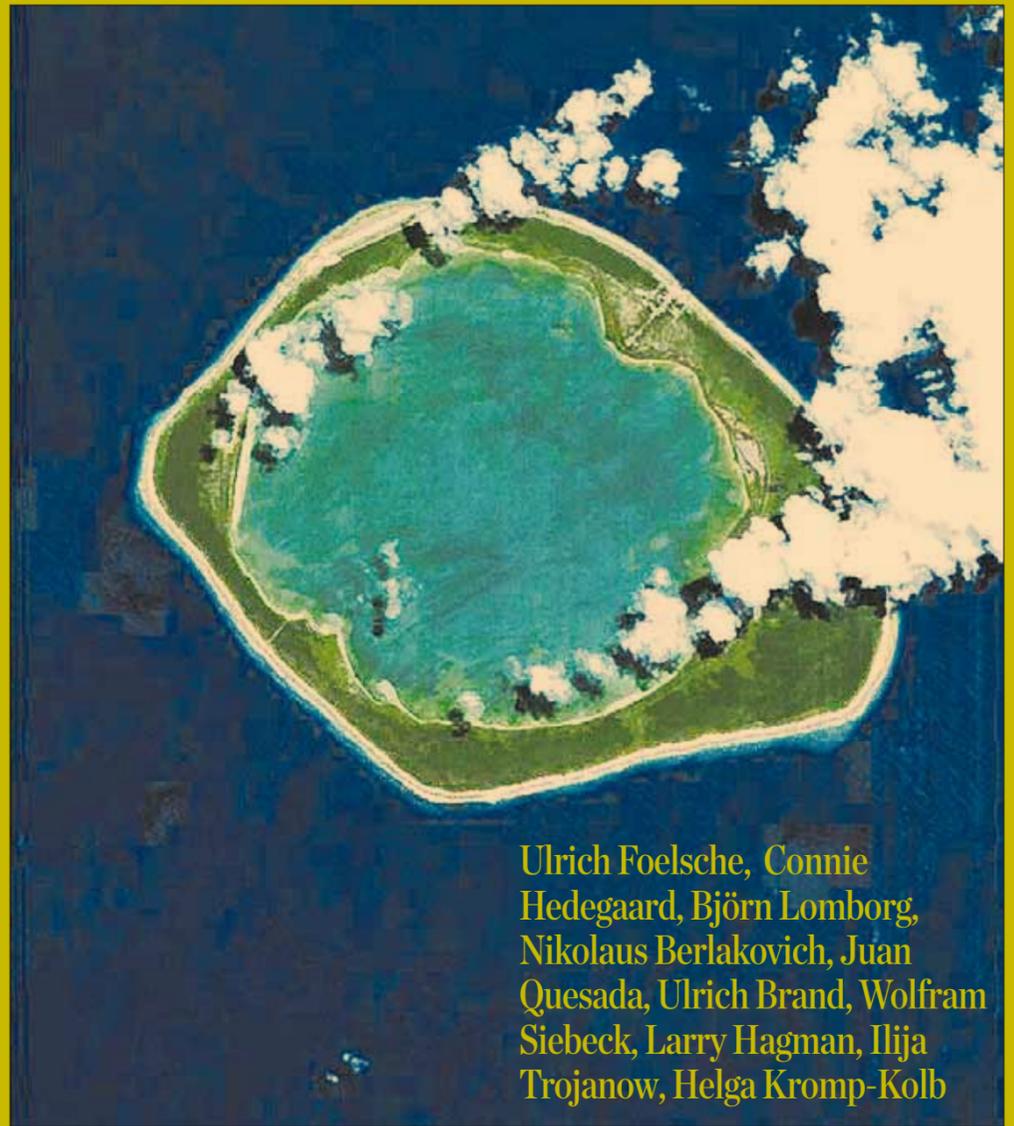
STANDARDS

Sport 22, 23
NetBusiness 36
Kommunikation, Blattsalat . . . 41
Veranstaltungen, Kino . . . 42, 43
TV, Switchlist 44, 45
Kunstmarkt, Reise, Rätsel A 5 – A 8
Sudoku K 23

WETTER

Der Tag startet mit einigen Restwolken. Von Westen her setzt sich die Sonne durch. Die Höchsttemperaturen: -5 bis +4 Grad. Seite 42

Nachrichten in Echtzeit auf derStandard.at



Ulrich Foelsche, Connie Hedegaard, Björn Lomborg, Nikolaus Berlakovich, Juan Quesada, Ulrich Brand, Wolfram Siebeck, Larry Hagman, Ilija Trojanow, Helga Kromp-Kolb

Vor einem Jahr startete der UN-Klimagipfel mit großen Hoffnungen. Nach dem Scheitern in Kopenhagen reisen in diesen Tagen die Teilnehmer mit niedrigeren Erwartungen zum Folgetreffen nach Cancún. Wir haben uns angesehen, was aus Ankündigungen geworden ist, und einige der Gesprächspartner, die wir vor einem Jahr gefragt haben, noch einmal interviewt.

Welche Folgen der Klimawandel hat, zeigen die Aufnahmen der Europäischen Weltraumagentur Esa. Einer ihrer Experten, der gebürtige Tiroler **Josef Aschbacher**, beschreibt diese Entwicklungen anhand der Satellitenbilder, die wir von der Esa zur Verfügung gestellt bekamen. Was auf den ersten Blick schön aussieht, ent-

puppt sich häufig als bedrohlich. Welche Auswirkungen die Veränderungen des Weltklimas in der Südsee etwa auf Korallenriffe wie das hier sichtbare Niau-Atoll haben, wird auf Seite 2 erklärt, mehr zu den Esa-Forschungen ist auf Seite 38 zu lesen.

Durch das ganze Blatt ziehen sich Fakten zum Klima, die **Roman Freihs**l und **Klaus Taschwer** recherchiert haben. **Julia Raabe** und das **Grafik-Team** haben Informationen zur globalen Erwärmung aufbereitet. **Bettina Stimer** war für die Gesamtkomposition, **Rudi Reiterer** für die Gestaltung verantwortlich. Wir können nur Momentaufnahmen zeigen, Rückschlüsse müssen Sie ziehen.

Alexandra Förderl-Schmid, Chefredakteurin

Abschleifungen

Wird „Abschleifungen“ das Unwort des Jahres? Die Regierung schmirgelt an den Einsparungen beim Sozialbudget herum. Soziale Härten sollen ausgeglichen werden. Das wird einiges an Geschick erfordern, wenn die Berechnungen stimmen, die der Katholische Familienverband in Sachen Familienleistungen angestellt hat: Eine Familie mit drei Kindern (fünf, zehn und 17 Jahre alt) erleidet demnach durch den Wegfall der 13. Familienbeihilfe für zwei und deren Reduzierung für ein Kind sowie Wegfall des Mehrkindzuschlages ab drei Kindern einen Jahresverlust von 759 Euro. Eine Familie mit zwei Kindern, 19 und 25 Jahre alt, davon ein Student, kommt durch Wegfall der 13. Familienbeihilfe für beide und das Ende

der Beihilfe für den 25-Jährigen auf minus 3005 Euro im Jahr.

Was an den Jungen gespart wird, wird den Älteren freundlich belassen. Der Hauptverband der Sozialversicherungsträger, an sich keine Bastion des Neoliberalismus, kritisiert an der „reformierten“ Hacklerregelung (begünstige Frühpension für Menschen mit langen Versicherungszeiten), dass sie praktisch ins Dauerrecht übernommen wird und nur bescheidene Spareffekte zeige. Das Argument, schließlich hätten die Menschen ja lange gearbeitet und Beiträge bezahlt, ist aus verschiedenen Gründen (Anrechnungen, Nachkäufe) vorsichtig zu betrachten. Der Eindruck, hier kämen die Pensionisten besser davon als die Jungen, ist schwer abzuschleifen.

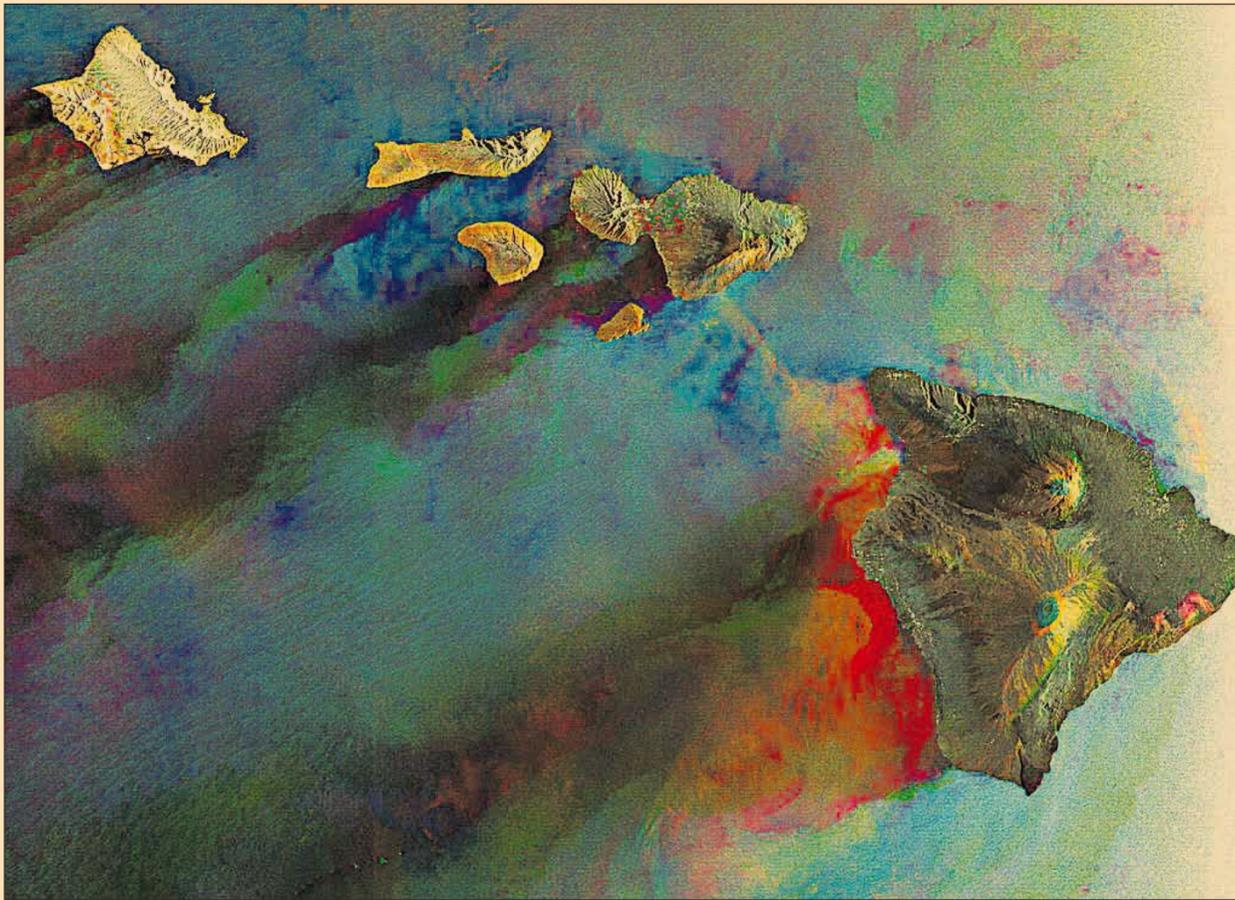
RAU



Macht Gefahren unübersehbar. Der Totwinkel-Assistent mit optischem Warnsignal.



In Cancún setzt die Staatengemeinschaft auf kleine Schritte



Das Foto auf Seite 1 zeigt das *Niau-Atoll* im Südpazifik. Korallenriffe wie dieses sind den Auswirkungen des Klimawandels auf verschiedene Weise ausgesetzt. Erhöht sich etwa die Wassertemperatur, führt das zum Abstoßen und anschließenden Absterben der Algen, mit denen die Korallen in Symbiose leben. Die Korallen verhungern.

Zurück bleibt das weiße Kalkgerüst. Da die CO_2 -Konzentration in der Atmosphäre zunimmt, werden die Meere zunehmend sauer. Das wiederum behindert die Kalkneubildung der Riffe. „Satellitenaufnahmen tragen dazu bei, die Auswirkungen auf das Klima kontinuierlich und global zu beobachten“, erklärt Esa-Experte Josef Aschbacher. Radarbilder wie die von den *Hawaiianischen Inseln* (links) dienen der Überwachung von Vulkanausbrüchen. Diese können sich auf das globale Klima auswirken. „Die Eruptionen erzeugen große Mengen CO_2 . Außerdem schleudern sie Aschepartikel und schwefelhaltige Gase in die Atmosphäre“, sagt Aschbacher. „Das senkt die durchschnittlichen globalen Temperaturen.“ Das Studium solcher Ausbrüche ist wesentlicher Bestandteil heutiger Klimamodelle.

Mehr auf Seite 38

Fotos: Esa

Gipfel der gedämpften Erwartungen

Nach dem großen Scheitern in Kopenhagen setzen die Staaten beim Klimagipfel in Cancún auf Pragmatismus. Kein allumfassendes Abkommen, sondern Teilerfolge will man dort erreichen. Die Kernfragen sind weiter offen.

Julia Raabe

Die spektakulären Aktionen sind diesmal ausgeblieben: Keine Kabinettsitzungen unter Wasser im Indischen Ozean, keine auf über 5000 Meter im Himalaya-Gebirge. Einmal, im Oktober, ist der Präsident der Malediven auf das Dach seiner Residenz gestiegen und hat dort Solarzellen installiert. Sein Land droht im Meer zu versinken, wenn der Klimawandel so weitergeht. Doch wenn die Staatengemeinschaft ab Montag in Cancún, Mexiko, einen neuen Versuch unternimmt, sich auf ein Klimaabkommen zu einigen, dann tut sie das in einer nüchterneren Atmosphäre.

Die Staaten haben aus dem vergangenen Jahr ihre Lehren gezogen. Nicht noch einmal möchte man einen Gipfel der großen Hoffnungen, ein Kopenhagen, das zu Kopenhagen wird – nur um die Hoffnungen nach dramatischen Verhandlungen zerschellen zu sehen. „Kopenhagen hat gezeigt, dass es unrealistisch ist, in einem Schritt zu einem umfassenden Klimaschutzabkommen zu kommen“, sagt Christiana Figueres, Chefin des UN-Klimasekretariats.

Politik der kleinen Schritte

Also lautet die Devise: Teilerfolge anstreben, um dann vielleicht nächstes Jahr in Durban, Südafrika, oder in Rio 2012 ein Abkommen zu erreichen. Man habe sich entschieden, pragmatisch zu sein, sagte Connie Hedegaard, die in Kopenhagen noch als dänische Ministerin die Verhandlungen mitleitete und nun EU-Klimakommissarin ist, dem STANDARD.

Einige Fortschritte sind möglich, da sind sich Experten einig. Die Staaten könnten einen Mechanismus beschließen, der die tropischen Wälder vor der Abholzung schützen soll. Sie könnten grünes

Licht dafür geben, einen Fonds für die Langzeit-Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen einzurichten – 100 Milliarden Dollar jährlich ab 2020 hatten die Industriestaaten in Kopenhagen versprochen. Sie könnten entscheiden, wie sie die Zusammenarbeit bei umweltfreundlichen Technologien gestalten wollen.

Doch in den Kernpunkten sind die Staaten kaum einen Schritt weitergekommen. „Wie ein Déjà-vu“, konstatiert Kathrin Hebel vom WWF mit Blick auf Cancún.

Um die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, wie es die Kopenhagen-Vereinbarung vorsieht, müssen die Industriestaaten ihre Treibhausgasemissionen drastisch senken. Mit den bisherigen Zusagen ist dieses Ziel in weiter Ferne, konstatiert eine UN-Studie.

Viele Staaten sehen vor allem China und die USA in der Bringschuld, die größten Verschmutzer, die bisher keiner Beschränkung unterliegen.

China hat einen ehrgeizigen Fünf-Jahres-Plan erstellt, der den Unternehmen Energieeffizienz auferlegt – begrenzen will sich die aufstrebende Wirtschaftsmacht in ihrem Wachstum jedoch nicht, schon gar nicht durch inter-

ationale Verpflichtungen oder gar Überprüfungen.

Darauf zu beharren, fällt Peking umso leichter, solange sich Washington nicht bewegt. Offiziell halten die USA an ihrem Angebot fest: Minus 17 Prozent auf Basis der Werte von 2005. Viel zu wenig, sagen auch die Europäer. Doch weil das US-Klimagesetz im Senat gescheitert ist und Präsident Barack Obama bei den Midterm-Wahlen eine Schlappe erlitten hat, fürchten viele, dass internationaler Klimaschutz für die USA nun keine Rolle mehr spielt.

Angesichts dieser Pattsituation und Vorwürfen von Entwicklungsstaaten erwägt die EU eine zweite Ver-

pfligungsperiode unter dem Kioto-Protokoll; die erste Phase, die die Industriestaaten zu Emissionssenkungen verpflichtet, läuft 2012 aus. Doch vor allem Japan steigt bei dieser Idee auf die Bremse. Warum Kioto fortführen, wenn sich andere nicht begrenzen müssen? Und auch EU-Bedingung ist: ein Gesamtpaket, das die anderen Emittenten einschließt.

Ihr Angebot von minus 20 Prozent bis 2020 (Basis 1990) hat die EU bisher nicht auf 30 Prozent aufgebessert – obwohl sich die Emissionen wegen der Wirtschaftskrise reduziert haben. Die Europäische Umweltagentur schätzt jene der EU-27 für 2009 bereits 17,3 Prozent unter dem Wert von 1990. Minus 20 Prozent hieße damit, dass bis 2020 kaum mehr Anstrengungen notwendig wären. Bernhard Obermayr von Greenpeace Österreich: „Das ist nichts.“



„Es gibt kein typisches Allerheiligenwetter mehr“

Die Wahrscheinlichkeit für extreme Wetterereignisse wird immer größer. Klimaforscher Ulrich Foelsche befürchtet im Gespräch mit Thomas Trenkler, dass nur Naturkatastrophen ein Umdenken zeitigen werden.

STANDARD: Was hat sich seit dem letzten Interview vor einem Jahr getan? Wie geht es dem ewigen Eis?

Foelsche: Das Schmelzen geht munter weiter. Grönland verliert pro Jahr mehr Eis, als es in den Alpen insgesamt an Gletschern gibt. Wir nähern uns unaufhörlich dem Punkt, an dem der Rückgang nicht mehr zu stoppen ist. Auch das Polareis kann sich im Winter kaum noch erholen: Nie zuvor seit Messbeginn war die Meereisbedeckung im November derart gering wie jetzt. Die Nordost-Passage, früher eine Expedition, wird fast schon zum touristischen Ziel.

STANDARD: Waren heuer erneut Temperaturanstiege festzustellen?

Foelsche: Das Jahr 2010 ist auf dem besten Weg, das heißeste seit Beginn der Messungen vor 131 Jahren zu werden. Die Periode Jänner bis Oktober war schon die heißes-

te. Das Klima verändert sich mit unverminderter Geschwindigkeit, auch wenn wir in Österreich nicht permanent mit der Nase darauf gestoßen werden. Es fällt uns bloß auf, dass es kein typisches nasses Allerheiligenwetter mehr gibt.

STANDARD: Standen eigentlich die Waldbrände in Russland in Zusammenhang mit dem Klimawandel?

Foelsche: Die extremen Brände waren kein Zufall: Der Juli war um fünf Grad heißer, als man es erwarten dürfte. Die Temperaturen waren die höchsten, die dort je gemessen wurden. Sie waren nicht nur mitbeteiligt, sondern entscheidend, dass es zu den Bränden gekommen ist.

STANDARD: Stimmt der Eindruck, dass sich Katastrophen häufen?

Foelsche: Durch die allgemein gestiegenen Temperaturen erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für singuläre Ereignisse. Der Sommer 2003 war in Europa ungewöhnlich heiß. In Graz musste man im Schnitt 40.000 Jahre auf einen solchen Sommer warten. Aufgrund des veränderten Klimas ist er zwar noch immer unwahrscheinlich, aber er tritt nun durchschnittlich alle 400 Jahre auf.

STANDARD: Die Wahrscheinlichkeit ist 100-mal größer geworden?

Foelsche: Ja. Bei Ereignissen, die nicht so extrem sind, ist es allerdings deutlich leichter, auch statistisch nachzuweisen, dass mit dem Klima etwas nicht mehr stimmt. Es ist zwar nicht wahnsinnig überraschend, dass die Zahl der extrem heißen Tage zunimmt, wenn es im Schnitt wärmer wird.



Ulrich Foelsche: „Immer wärmer.“

Foto: Jungwirth

Der Zusammenhang mit dem Klimawandel tritt hier aber am klarsten zutage. In Graz hatten wir früher durchschnittlich vier Tage pro Jahr mit über 30 Grad. Im letzten Jahrzehnt ist diese Zahl auf 17 gestiegen, heuer waren es 18.

STANDARD: Eine 100-mal größere Wahrscheinlichkeit bewirkt aber scheinbar noch kein Umdenken.

Foelsche: Wir haben Schwierigkeiten, wenig konkrete Bedrohungen, die in der Zukunft liegen, ernst zu nehmen. Wir sind daher auch nicht bereit, etwas von unserem Wohlstand zu opfern, damit diese Ereignisse nicht eintreten. Ein Umdenken erfolgt daher wohl nur durch extreme Ereignisse. Die Waldbrände und die Hitzewelle in Russland kosteten laut einer Schätzung der Münchner Rückversicherung immerhin rund 11.000 Menschen das Leben.

ULRICH FOELSCH (42) ist Assistenzprofessor am Institut für Physik und Leiter der Klimastation der Karl-Franzens-Universität Graz und arbeitet nebenbei am Wegener-Zentrum für Klima und Globalen Wandel.

Philosophische Strategien im Umgang mit der Erderwärmung

Auch künftig lebende Menschen haben Rechte

Der in Graz lehrende Philosoph Lukas H. Meyer beschäftigt sich mit dem Klimawandel unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit. Als größte Ungerechtigkeit empfindet er, dass die Verursacher am geringsten von den Folgen betroffen sein werden.

Thomas Trenkler

Das sechsstöckige Gebäude am Campus der Karl Franzens Universität, in dem auch das Institut für Philosophie untergebracht ist, nennt man in Graz gemeinhin den Geisterturm. Ganz oben macht sich Lukas H. Meyer, Institutsvorstand und Professor für praktische Philosophie, so seine Gedanken über den Klimawandel unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit. Im Prinzip könnte man diese in einem einzigen Satz zusammenfassen: Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geliehen.

Doch ein Philosoph differenziert naturgemäß aus. Und so muss man, um die Argumentationskette verständlich zu machen, ein klein wenig ausholen. In seiner Dissertation, 1996 in Oxford abgeschlossen, beschäftigte sich Meyer, geboren 1964 in Tübingen, mit Fragen der Generationengerechtigkeit: Was passiert mit unseren Ideen von Gerechtigkeit, wenn wir sie auf zukünftig lebende Menschen (ZLM) beziehen?

Es stellt sich, so Meyer, heraus, dass die Beziehungen zwischen Generationen andere Merkmale aufweisen als jene zwischen Zeitgenossen: „Es gibt eine nicht änderbare absolute Machtasymmetrie: Wenn diese Menschen nach unserem Tod geboren werden, können wir nicht mit ihnen kooperieren. Wir können deren Lebensbedingungen beeinflussen, aber sie nicht unsere. Deren Existenz und Identität wie auch Anzahl hängen letzten Endes von unseren Handlungen ab.“

Kann es da überhaupt Gerechtigkeit geben? Einige Theoretiker glauben, dass Gerechtigkeit nur in Verbindung mit Kooperationsbeziehungen steht: Wer soll welchen Teil vom gemeinschaftlich erwirtschafteten Gut bekommen? Wenn dies gilt, stellt sich die Frage der Gerechtigkeit im Hinblick auf die ZLM nicht. Denn es kann eben keine Kooperationsbeziehungen geben.

Meyer hingegen meint, es reiche aus, dass wir Einfluss nehmen und die ZLM schädigen oder begünstigen können. Der Umstand, dass sie von uns abhängen, ändere aber nichts daran, dass wir sie nicht schädigen dürfen. „Der Begriff der schädigenden Rechtsverletzung ist hier allerdings neu zu denken. Wenn mir jemand in mein Fahrrad fährt, kann ich zu ihm sagen: ‚Hättest

du doch anders gehandelt, dann ginge es mir besser!‘ Doch die, die es einmal geben wird, können das so nicht zu uns sagen, auch wenn wir ihre Lebenschancen stark reduziert haben.“

Dies gilt exemplarisch für den Klimawandel: „Ein zukünftig Lebender kann uns nicht zur Rechenschaft dafür ziehen, dass wir die Ressourcen zu unseren Gunsten erschöpft haben.“ Zumal wir genau wissen, dass unsere Handlungen für ZLM eher negative Konsequenzen haben, so Meyer: „Wenn wir das wissen können, müssen wir dafür Sorge tragen, dass dieser Schaden vermieden oder ausgeglichen wird.“

ZLM haben also grundlegende Rechte, darunter das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Meyer: „Man kann sie Menschenrechte nennen. Und wir stehen in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass diese Rechte nicht verletzt werden. Daraus ergibt sich, dass man eine Höchstmenge noch erlaubter Emissionen bestimmt.“

Wie aber sind die Emissionsrechte unter den heute Lebenden zu verteilen? „Es geht um Verteilungsgerechtigkeit: Es gibt ein Gut, das zu beschränken ist, nämlich die Nutzung der Atmosphäre durch Handlungen, die mit Emissionen einhergehen. Die Frage, wer wie viel vom Kuchen bekommen soll, muss global beantwortet werden. Denn es brächte kaum etwas, wenn sich nur Österreich beschränkte.“

Man muss sich also gemeinsam darauf einigen, wer wie viele Emissionen produzieren darf. „Gerecht wäre, wenn jeder Mensch gleich viele Emissionen verursachen darf – und zwar über die gesamte Lebenszeit. Aber was ist, wenn jemand – wie jeder Erwachsene – in den OECD-Ländern – schon sehr, sehr viele Emissionen verursacht hat?“

Die Verursacher

Es gibt aber noch ein gravierendes Problem: Der Klimawandel, der in den nächsten 30 Jahre eintritt, ist größtenteils schon nicht mehr vermeidbar. Denn er beruht auf Emissionen in der Vergangenheit. Wer soll für die Kosten dieser Schäden aufkommen? Meyer:

„Das ist eine Frage der kompensatorischen Gerechtigkeit. Es gibt mehrere mögliche Antworten, darunter die Kompensation nach dem Verursacherprinzip. Wir kommen also in die Dimension der historischen Gerechtigkeit hinein.“

Ergeben sich für uns aus dem, was Vorfahren getan haben, normative Konsequenzen? Können wir verpflichtet sein, Kompensation zu leisten für etwas, was andere früher getan haben, obgleich wir in keiner Weise beeinflussen können, was die Menschen getan haben? Meyer: „Ja, das kann der Fall sein. Denn die Konsequenzen der Handlungen früher Lebender können die Bedingungen dafür ändern, wie wir heute und künftig miteinander umgehen können und sollen. Denken wir doch nur an die NS-Verbrechen: Ich verstehe mich als Teil einer transgenerationalen

Gemeinschaft, die in der Pflicht steht, denen, die nach wie vor unter den Konsequenzen dieser historischen Verbrechen leiden, Kompensationsleistungen zu erbringen.“

Man könne natürlich – in Bezug auf den Klimawandel – auch den Standpunkt vertreten: „Warum soll ich für etwas zahlen, was Vorfahren gemacht haben, die zudem, als sie es taten, gar nicht um die Konsequenzen wussten?“ Denn da gibt es einen großen Unterschied zu den NS-Verbrechen: „Den Nationalsozialisten war es durchaus möglich zu wissen, dass sie etwas moralisch Falsches tun. Bis vor kurzem können wir es den Menschen aber nicht vorwerfen, dass sie um die künftigen negativen Auswirkungen ihrer Emissionen nicht gewusst haben.“

Die Begünstigten

Doch Meyer weiß zu kontern: „Uns interessieren ja nicht die Emissionen, sondern die Begünstigungen, die wir aufgrund von Aktivitäten, die Emissionen nach sich ziehen, erhalten. Wenn es auf die Begünstigungen ankommt, müssen wir feststellen, dass wir bereits viele haben. Weil wir die Güter geerbt haben, die bei der Herstellung Emissionen verursacht haben, darunter die Infrastruktur.“

Tatsache ist, dass die Menschen in den OECD-Ländern weit mehr Begünstigungen aus Emissionen genießen als Menschen, die in Entwicklungsländern leben. Meyer folgert: „Die sehr ungleiche Verteilung der Begünstigungen ist ein Argument dafür, dass die Menschen aus den OECD-Ländern für die Schäden aufkommen sollen.“

Ideal wäre zudem, wenn die Emissionsrechte global frei handelbar wären. Denn dann könnten sie die reicheren Länder – befristet – von den ärmeren Ländern zu kaufen: „Es gäbe eine Über-

gangszeit, in der die Emissionsniveaus in den OECD-Länder auf das langfristig benötigte Niveau reduziert werden könnten.“ Zudem wäre dies eine Form der Entwicklungshilfe, da die ärmeren Länder alle ihnen zustehenden Rechte sofort gar nicht nutzen könnten.

Die Lösungsansätze

Nach der Konferenz in Kopenhagen vor einem Jahr sieht es aber nicht so aus, als käme es zu einer weltweiten Einigung. Man muss daher Alternativen entwickeln. „Was kann ein Akteur, auch ein großer wie die EU, sinnvoll tun? Viele meinen, man sollte der Anpassung an den nicht vermeidbaren und absehbar nicht vermeidbaren Klimawandel im eigenen Land Vorrang geben“, erklärt Meyer.

Die Idee dahinter: Wenn es keine globale kollektive Lösung gibt, muss man die eigenen Bürger vor den schlimmsten Konsequenzen schützen. Die Niederlande zum Beispiel würden höhere Deiche bauen. „Es geht darum, die Lebensbedingungen so zu gestalten, dass es für die Menschen gut lebbar bleibt. Die Anpassung ist in den OECD-Ländern aber viel leichter möglich als in den Entwicklungsländern“, sagt Meyer.



Lukas H. Meyer, Professor für praktische Philosophie: „Wir stehen in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Rechte der zukünftig lebenden Menschen nicht verletzt werden.“

Foto: Archiv

„Das ist die schlimmste Ungerechtigkeit: Dass die, die am meisten von den bisherigen Emissionen profitieren, die sind, die am wenigsten vom Klimawandel betroffen sein werden. Während jene, die am wenigsten profitieren, am schlimmsten betroffen sein werden“, sagt Meyer. „Dies auch, weil die Entwicklungsländer in stärkerem Ausmaß von der Landwirtschaft abhängig sind. Und die Landwirtschaft ist in besonderem Maße von veränderten Klimabedingungen betroffen.“

Die andere Strategie wäre die Vorreiterrolle beim

Klimaschutz durch Emissionsreduktion: Ein Akteur wie die EU soll dafür Sorge tragen, dass die Chance auf ein gerechtes und effektives globales Regime von Emissionsrechten steigt.

Wie man das bewerkstelligen kann? „Indem man vorführt, dass man mit deutlich weniger Emissionen auskommen kann – ohne dass es uns schlechter geht. Wir müssten unsere Lebensweisen ändern, entsprechende Technologien entwickeln und diese für andere bereithalten. Das setzt voraus, in geeignete Forschung zu investieren.“



12

Gramm CO₂ verbraucht ein Fahrgast auf der Wiener Linie U2. Ein Auto würde auf dieser Strecke 150 Gramm CO₂ verpuffen.

Cartier

cartierat +49 89 55994-221

Wie Energiesparen in der Praxis funktioniert

Engagement für das Klima geht stark zurück

In Wirtschaftskrisen, sagt man, gehe die Bereitschaft zum Umweltschutz zurück. Die neueste Umfrage für den STANDARD stützt diese These: Wirtschaftsthemen und das eigene Geld sind für viele wichtiger als das Klima.

Conrad Seidl

Daran, dass Österreich ein Umweltmusterland wäre, glauben die Österreicher längst selber nicht mehr. Nur 31 Prozent sagen, dass „in Österreich Umweltpolitik mit größerem Erfolg gemacht wird als in anderen Ländern der EU.“ Noch im Frühjahr 2009 waren 39 Prozent der Bevölkerung dieser Meinung. Das geht aus dem Vergleich der politischen Meinungsforschung des Linzer Market-Instituts für den STANDARD hervor.

Es sind vor allem die weiblichen Befragten, die keinen Glauben an die oft behauptete Vorreiterrolle Österreichs haben. Mehrheitlich sagen sie, dass Österreich etwa gleich gute Umweltpolitik mache wie andere EU-Mitgliedsländer. Die Männer zeigen da ein deutlich höheres Zutrauen zur österreichischen Politik.

Besonders auffällig: Die politisch nicht deklarierten Befragten sagen in besonders hohem Maße, dass es mit der österreichischen Umweltpolitik besonders schlecht laufe. Market-Chef Werner Beutelmeyer: „Es gibt eine wachsende Gruppe, denen alles schlecht erscheint, was politisch passiert – und die haben eben auch kein Zutrauen zur Umweltpolitik.“

Es ist diese Gruppe von Frustrierten, die auch in besonders hohem Maße persönliche Verantwortung für den Klimawandel ablehnt. DER STANDARD ließ fragen: „In diesen Tagen sind auch wieder Argumente aufgekommen,

dass der Klimawandel gar nicht vom Menschen verursacht ist und von ihm daher nicht beeinflusst werden kann. Was meinen Sie persönlich: Ist der Klimawandel vom Menschen verursacht und kann daher durch Maßnahmen beeinflusst werden, oder passiert der Klimawandel unabhängig von dem, was die Menschen dafür bzw. dagegen tun?“

Dass der Klimawandel nicht vom Menschen beeinflusst werde, sagten bei der Befragung in dieser Woche 24 Prozent. Das ist ein mehr als doppelt so hoher Anteil verglichen mit derselben Frage, die Market auch vor der letzten Klimakonferenz in Kopenhagen gestellt hat. Damals meinten nur elf Prozent, der Klimawandel habe mit dem Menschen nichts zu tun. Auch hier ist es in besonders hohem Maße (nämlich 36 Prozent) die Gruppe der politisch indifferenten und Frustrierten, die die Zusammenhänge bestreitet.

Und: Diese Befragten wollen auch selber wenig klimafreundliche Aktionen setzen. Es ist diese Gruppe, die sich dem Austausch von Elektrogeräten, der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder der Verwendung alternativer Energieträger am konsequentesten verweigert.

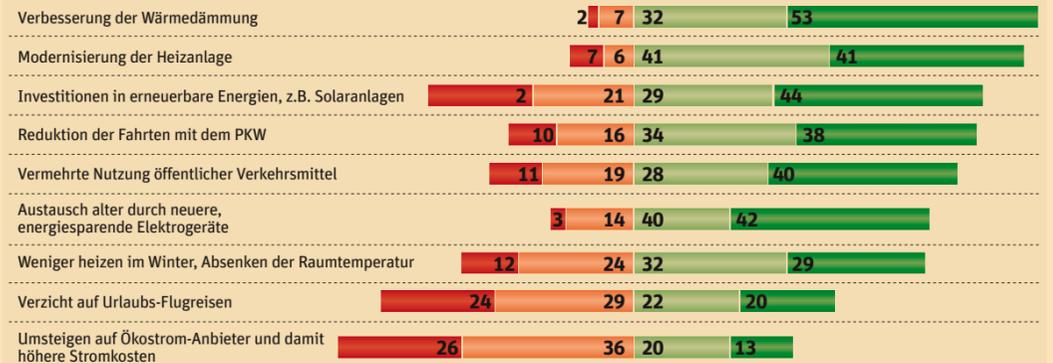
Von den Maßnahmen, die man persönlich zum Schutz des Klimas setzen kann, hat nur eine verstärkte Wärmedämmung in allen Bevölkerungsgruppen starken Zuspruch. „Da sehen die Menschen auch, dass sie sich selber Geld er-



Persönliche Handlungsbereitschaft für den Klimaschutz

Frage: Abschließend möchte ich Ihnen ein paar Maßnahmen vorlesen, die man als Privatperson rund um den Klimaschutz und in den Energiefragen tätigen kann. In welchem dieser Bereiche möchten Sie selbst zum Klimaschutz etwas beitragen?

■ sicher nicht ■ eher nicht ■ eher schon ■ auf jeden Fall



Telefonische Interviews, 23. bis 25. November 2010, repräsentativ für die österr. Bevölkerung ab 16 Jahren (n=401 Befragte) Ergebnisse in %

DER STANDARD

sparen können. Fragt man sie aber, ob sie höhere Stromkosten für Ökostrom in Kauf nehmen würden, sehen wir praktisch das umgekehrte Bild: Da ist ein klare Mehrheit persönlich nicht bereit dazu“, sagt Beutelmeyer.

Nein zu Ökosteuern

Dazu passt, dass die Österreicher auch immer weniger bereit sind, Ökosteuern zu akzeptieren. Market fragte: „Als wichtiges Instrument gegen den Klimawandel und Treibhauseffekt werden immer wieder Steuern auf Erdölprodukte, Gas und Kohle – also sogenannte Ökosteuern – genannt. Dazu gibt es generell zwei Meinungen: Die einen sagen, solche Ökosteuern sollten eingeführt werden, um umweltschädigendes Verhalten quasi zu bestrafen. Die anderen sagen, dass solche Ökosteuern nicht eingeführt werden sollten, weil man in Österreich ohnehin schon genug Steuer zahlt. Welche dieser Meinungen trifft auf Sie eher zu?“

73 Prozent sagten darauf, dass Ökosteuern nicht eingeführt werden sollten – nur 21 Prozent sind dafür. Dies ist ein markanter

Rückgang gegenüber einer Vergleichsumfrage, die DER STANDARD bereits im Februar 2004 in Auftrag gegeben hat: Damals waren immerhin 30 Prozent für Ökosteuern, 66 Prozent waren dagegen.

Die relativ höchste Bereitschaft, Ökosteuern zu zahlen, zeigen jüngere, höher gebildete Befragte – und solche mit kleinen Kindern im Haushalt.

Was die aktuelle Market-Umfrage insgesamt belegt, ist eine verringerte Bereitschaft, etwas gegen den Klimawandel zu tun. Auf einer Liste mit 16 relevanten Politikfeldern belegen der Umweltschutz und die von der Politik immer wieder behauptete „Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel“ die letzten Plätze.

An vorderster Stelle liegen die mit der Wirtschaftskrise und den Sparmaßnahmen zusammenhängenden Themen:

■ 70 Prozent nennen die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** als vorrangiges Thema, weitere 24 Prozent sehen die Frage als „auch noch wichtig“ an. Nur sechs Prozent sehen das als „weniger wichtig“ an. ■ **Absicherung der Pensionen** ist für 69 Prozent vorrangig, 23 Prozent

reihen das Thema in die zweite Reihe. Frauen sind übrigens die Pensionen wichtiger, Männern die Arbeitsplätze.

■ Die **Qualität der schulischen Ausbildung** nennen 64 (plus 28) Prozent – besonders Grün-Wähler.

■ **Bekämpfung der Kriminalität** (69 plus 29 Prozent) ist vor allem ein Männer- und FPÖ-Thema.

■ Die **Verhinderung des Abwanderns von Unternehmen ins Ausland** nennen 54 Prozent als erstrangiges, 30 als zweitrangiges Politikziel.

■ **Augenmerk auf familienfreundliche Politik** fordern 53 plus 34 Prozent. ■ 51 Prozent nennen die **Sicherung der Energieversorgung** als Priorität.

In der Liste folgen die **soziale Absicherung aller Bevölkerungsgruppen** (für 49 Prozent „vorrangig“), **leistbare Energiekosten** (48), **Qualität von Forschung und Lehre an den Unis** (46), **Sicherung des Euro** (45), ein **ausgeglichenes Budget** (42), **Integration von Zuwanderern** (34 Prozent – 31 halten das aber für unwichtig), **Lösung des Facharbeitermangels** (30), **Umweltschutz** (28 Prozent vorrangig, für 21 aber weniger wichtig) und die **Vorreiterrolle beim Klimaschutz** (für 21 Prozent vorrangig, für 29 aber ganz unwichtig).

Die Stromrechnung als Armutsfalle

Ehemalige Langzeitarbeitslose helfen in Wien sozial Schwachen beim Energiesparen

Roman David-Freihsl

Wien – „Soll ich essen oder heizen?“ Diese Frage ist in Österreich keine Seltenheit. Wie aus den Statistik-Austria-Daten dieses Jahres hervorgeht, können es sich 330.000 Menschen in Österreich nicht mehr leisten, ihre Wohnung angemessen warm zu halten. Gleichzeitig zahlen die Ärmsten der Gesellschaft zwischen 30 und 40 Prozent mehr für Energie – wegen der zusätzlichen Mahnspeisen oder den Kosten für das Ab- und Einschalten von Strom oder Gas.

Dabei sind Arme weniger für den Klimawandel verantwortlich als Reiche: Sie machen keine Flugreisen, wohnen in kleinen Wohnungen, konsumieren weniger. Trotzdem sitzen sie „in der Energie-Armutsfalle, da das untere Einkommensfünftel kein Kapital hat, um Investitionen zu tätigen“, erläutert Martin Schenk von der Armutskonferenz.

Allerdings können gerade bei den Ärmsten auch mit kleineren Maßnahmen deutliche Verbesserungen erzielt werden. Genau das hat sich nun das Wiener Reparatur- und Service-Zentrum (R.U.S.Z.) vorgenommen. „Energieberatung auf Augenhöhe“, be-

schreibt R.U.S.Z.-Geschäftsführer Sepp Eisenriegler das Projekt, das diese Woche startet. Denn jene, die Energiespartipps geben, wissen ganz genau, wie es ihren Kunden geht.

Seit Juni wurden im Reparatur- und Service-Zentrum 16 Langzeitarbeitslose als Energieberater geschult. Sie sollen nun im ersten Jahr rund 500 Gratisberatungen für sozial Schwache durchführen.

Klar ist, dass teure Investitionen wie eine bessere Wärmedämmung der Häuser oder ein Austausch der Heizgeräte in diesen Fällen absolut unrealistisch sind. Daher wird bei den Beratungen in erster Linie das Nutzerverhalten analysiert – und da ist erfahrungsgemäß viel drinnen, wie Bernhard Wudy, Leiter der Energieberatung im R.U.S.Z., weiß.

Wird etwa die falsche, zu große Herdplatte beim Kochen benutzt? Lläuft der Fernseher die ganze Zeit ohne dass jemand zuschaut? Brennt in Räumen Licht, ohne dass sich jemand darin aufhält? Können hinter Heizkörpern Folien geklebt werden, die Hitze reflektieren?

Die Energieberater geben dann an Ort und Stelle drei, vier Tipps – weitere Empfehlungen werden

dann schriftlich nachgeliefert. Von den ersten Testberatungen, die bereits durchgeführt wurden, wissen die Energieexperten des R.U.S.Z., dass im Schnitt rund 36 Euro pro Monat eingespart werden können. Mehr als 400 Euro im Jahr – das ist für Haushalte an oder unter der Armutsgrenze sehr, sehr viel Geld.

Präsenz im Sozialmarkt

Ermittelt werden die Kunden auf einfache Weise: Das Team werde nicht nur in Sozialmärkten präsent sein, erläutert Eisenriegler – Wien Energie „wird die Beratung aktiv jenen Stammkunden anbieten, die immer wieder Ratenzahlungen und extra Zahlungsvereinbarungen beantragen“.

Die Einführung einer derartigen Energieberatung hatten Armutskonferenz und Greenpeace bereits 2008 in einem gemeinsam erarbeiteten Grundsatzpapier vorgeschlagen, mit der Intention, Klimaschutz und Armutsbekämpfung stärker miteinander zu verbinden. Gleichzeitig wurde vorgeschlagen, gratis Sparlampen für die zehn Prozent Haushalte mit den niedrigsten Einkommen zur Verfügung zu stellen. Sowie eine Förderung für den Austausch fos-



Mit kleinen Maßnahmen, wie dem Umstieg von Sparlampe auf Glühbirne, können sozial Schwache bis zu 400 Euro Energiekosten im Jahr sparen.

Foto: dpa

siler Einzelöfen gegen Pelletsöfen. Die Kosten für diese drei „Sofortmaßnahmen“ beziffert Schenk mit einmalig rund 250 Millionen Euro. Und die ärmsten Haushalte könnten sich so damit bereits im Schnitt 750 Euro an Energiekosten pro Jahr ersparen. „Die österreichischen Energieausgaben würden durch diese drei Sofortmaßnahmen um 120 Millionen Euro jährlich reduziert – und die CO₂-Emissionen um beinahe 500.000

Tonnen pro Jahr“, erläutert Schenk.

Als weitere Maßnahme forderten Armutskonferenz und Greenpeace eine Erhöhung der Sanierungsrate schlecht isolierter Wohnungen und Häuser. „Denn im Allgemeinen wohnen hier Personen mit niedrigem Einkommen.“

Nähere Informationen:
www.rusz.at
www.armutskonferenz.at

Pjöngjang munitioniert sich mit martialischen Tönen auf

Nach den Granaten auf eine kleine Insel im Gelben Meer wird ein Krieg der Worte ausgefochten. Nordkorea droht Washington und Seoul mit „Feuer“, die USA versuchen indes, China als Vermittler einzuschalten.

Christoph Prantner

Pjöngjang/Seoul/Wien – Wenn der US-Flugzeugträger „George Washington“ bei dem für Sonntag geplanten südkoreanisch-amerikanischen Manöver im Gelben Meer zu nahe an der Trennlinie zwischen den beiden verfeindeten koreanischen Staaten kreuzt, wird Pjöngjang dann Schießbefehl erteilen? Die Antwort der nordkoreanischen Quelle ist glasklar: „Technisch gesehen sind wir seit 1953 noch immer im Krieg. Die Situation ist sehr gefährlich, man will

uns an den Rand des offenen Konfliktes bringen. Man wird abwarten müssen, ob geschossen wird oder nicht.“

Aus Nordkorea kommen fünf Tage nach dem schweren Artillerieangriff auf die südkoreanische Insel Yeonpueong mit mehreren Toten weiterhin martialische Töne. Dazu schuf Pjöngjang auch Fakten: Eine militärische Übung an der umstrittenen Seegrenze wurde abgehalten, hieß es aus dem Verteidigungsministerium in Seoul. „Wer gerne mit dem Feuer spielt, wird darin umkom-

men“, drohte die Führung in Nordkorea.

Die Mitteilung wurde kurz vor dem Besuch des US-Kommandanten in Südkorea, General Walter Sharp, auf Yeonpueong verbreitet. Der südkoreanische Präsident Lee Myung-bak ernannte unterdessen den früheren Generalstabschef Kim Kwan-jin zum neuen Verteidigungsminister. Der 61-jährige gelte als „typischer Soldat“, der sich durch starke Führungskraft auszeichne, sagte ein Sprecher Lees.

Feuer zu spät erwidert

Der bisherige Ressortchef Kim Tae-young war nach heftiger Kritik an der Reaktion Seouls auf den Beschuss zurückgetreten. Kritiker hatten erklärt, die kleine Insel mit ihren gut 1000 Einwohnern sei nicht auf den Angriff vorbereitet gewesen, und die südkoreanischen Streitkräfte hätten das Feuer zu spät erwidert.



Südkoreanische Veteranen salutieren bei einer Gedenkfeier für die in Yeonpueong getöteten Landsleute vor einem Altar. Foto: AP

Die USA versuchten inzwischen weiter, mithilfe Chinas die Situation zu entschärfen. Präsident Barack Obama werde in den kommenden Tagen ein Telefonat mit seinem chinesischen Kollegen Hu Jintao führen, hieß es in Washington. Peking machte am Freitag deutlich, dass im Mittelpunkt des Gesprächs die Wiederbelebung der auf Eis liegenden Sechsnationen-Gespräche über das nordkoreanische Atomprogramm stehen sollte.

Aus Pjöngjang allerdings verlautete, dass es ein großer Fehler sei, „zu glauben, dass China unsere Entscheidungen beeinflussen kann. Wir geben nichts auf die Meinungen anderer Staaten und hängen auch nicht von ihnen ab.“ Eine Entspannung der Situation könne es erst geben, wenn Seoul seine militärischen Aktivitäten in der umstrittenen Seezone aufgeben. Denn dort hielten sich die Südkoreaner illegal auf.

Kommentar der anderen Seite 47



Verteidigungsminister Kim Kwan-jin. Foto: dapd

Großkundgebung und Streik gegen Regierung Berlusconi

Gerhard Mumelter aus Rom

Italien droht das Chaos. Die seit zwei Tagen andauernden Proteste gegen die Universitätsreform sollen nächste Woche fortgesetzt werden. Am Donnerstag hatten zehntausende Demonstranten von Turin bis Palermo Bahnhöfe und Häfen lahmgelegt, berühmte Kunstdenkmäler wie das Kolosseum in Rom und den Schiefen Turm von Pisa besetzt und mit Transparenten behängt. Die Parlamentsdebatte wurde nach mehreren Niederlagen der Rechtsallianz auf Dienstag verlagert.

Kritiker werfen der Regierung vor, Forschung und Lehre „totzusparen“. So soll bei Pensionierungen in Zukunft nur noch einer von fünf Universitätsprofessoren ersetzt werden. Heute, Samstag, soll ein Generalstreik der größten Gewerkschaft CGIL Italien weitgehend lahmlegen. In Rom werden mehrere hunderttausend Demonstranten erwartet.

Müllchaos außer Kontrolle

Premier Silvio Berlusconi versuchte am Freitag in Neapel, das ausufernde Müllchaos in den Griff zu bekommen. Nach den Protesten der Bevölkerung hatte Berlusconi drei der sechs neuen Deponien wieder gestrichen. Ein EU-Inspektorenteam bescheinigte diese Woche, dass „sich seit zwei Jahren nichts geändert“ habe. Nun sollen als Notlösung 4000 Tonnen Müll wöchentlich zur Verbrennung nach Finnland und Schweden gebracht werden.

Mit einem konkreten Erfolg kann sich der Premier indessen trösten: Frauenministerin Mara Carfagna nahm nach einem zwei-stündigen Gespräch ihre angekündigte Demission zurück. Als Grund für ihr Ausscheiden hatte die aus Kampagnen stammende Ministerin vor allem das Müllde-saster in ihrer Region genannt.

Wir feiern 25 Jahre Kompetenz in Energieberatung! Jubiläumsprogramm auf www.wienenergie.at



Gratis Maroni am 30.11., 7., 14. und 21.12.2010!



Beraten lässt man sich am besten von Profis. In Sachen Energie sind Sie bei uns an der richtigen Adresse: Im Wien Energie-Haus, Mariahilfer Straße 63, wo Sie bei einem kostenlosen Gespräch mit einer/einem unserer qualifizierten MitarbeiterInnen dank 25 Jahren Erfahrung garantiert gut beraten sind. Mehr auf www.wienenergie.at



UNSERE KRAFT FÜR SIE.

11

Tonnen Klimagase verbraucht ein Bürger Mitteleuropas im Schnitt pro Jahr. Drei Tonnen wären global verträglich.

Die Herausforderung der globalen Erwärmung

Der Mensch hat das natürliche Gleichgewicht der Erde ins Wanken gebracht. Die Erde wird wärmer – und die dramatischen Folgen sind kaum mehr aufzuhalten. Überschwemmungen, verheerende Waldbrände, Hitze- und Flutwellen deuten schon jetzt an, worauf sich die Menschheit einstellen muss, wenn der Klimawandel ungebremst weitergeht. Das sei erst der Anfang, warnen Wissenschaftler. Dieser Entwicklung Einhalt zu bieten, ist zur bisher größten Herausforderung der Menschheit geworden. Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer müssen sich auf ein neues, weltweites Klimaabkommen verständigen – ein weiter Weg.



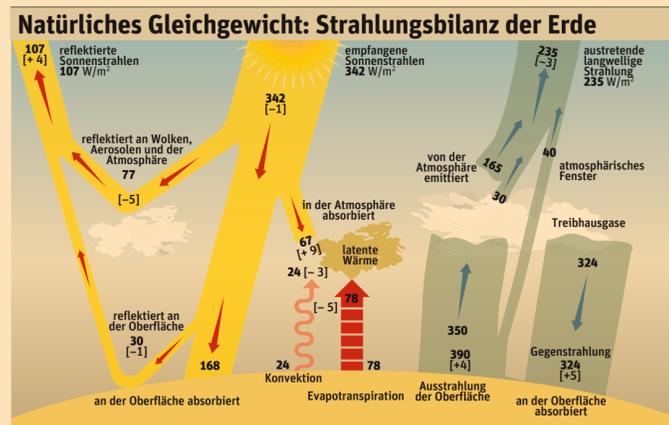
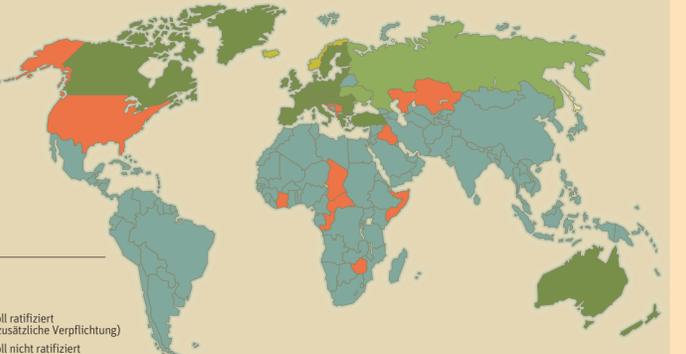
Die Folgen des Klimawandels

In seinem vierten Bericht zur Entwicklung des Weltklimas spricht der UNO-Weltklimarat IPCC von einem „alarmierenden“ und „uneindeutigen“ Anzeichen für einen globalen Klimawandel. Einige Zeichen und Folgen der Veränderungen.

- Gletscher:** Die Dicke der Gletscher nimmt kontinuierlich ab. In den europäischen Alpen etwa sind die Gletscher auf ein Drittel ihrer Größe des Jahres 1850 zurückgegangen und haben damit die Hälfte ihres Umfangs verloren. Bis 2080 könnten Europas Gletscher laut IPCC abschmelzen.
- Korallenriff:** Mehr als zwei Drittel der Korallenriffe sind durch den Klimawandel bedroht und zum Teil bereits schwer geschädigt. Die Riffe reagieren auf die höheren Meerestemperaturen mit Ausbleichen und Absterben. Bei zwei Grad wäre die Mehrheit der Korallen ausgebleicht.
- Polkappen:** Seit 1979 sind mehr als 20 Prozent der Eiskappe rund um den Nordpol abgeschmolzen. Am Südpol brachen im Jahr 2002 rund 3250 Quadratkilometer von der antarktischen Halbinsel ab. Eine deutlich beschleunigte Gletscherfließgeschwindigkeit war die Folge.
- Permafrostböden:** Der Temperaturanstieg hat in Alaska und Sibirien sichtbare Folgen. Häuser und Straßen, die bisher fest auf den auch im Sommer gefrorenen Böden standen, sinken ab. Das Fehlen von Sommeris führt zu Erosion von Küsten. Viele Tiere sind in Gefahr.
- Überschwemmungen:** Schwere Regenfälle führen weltweit zu Überschwemmungen und Erdrutschen. Im Juni 2006 waren 17 Millionen Menschen im Süden Chinas betroffen. Das „Jahrhunderthochwasser“ in Österreich 2002 verursachte Schäden von rund drei Milliarden Euro.
- Meeresspiegel:** Die Ausdehnung der Ozeane und die Eisschmelze lassen den Meeresspiegel ansteigen. Dies und die zunehmende Erosion gefährden jene Küstenregionen, die wenige Meter über dem Meeresspiegel liegen. Vielen Inselstaaten droht buchstäblich der Untergang.

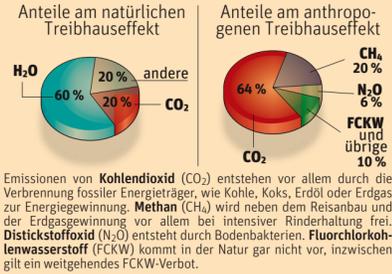
Das Kioto-Protokoll

Im völkerrechtlich verbindlichen Kioto-Protokoll von 1997 verpflichten sich die führenden Industrieländer zu einer Verringerung ihrer Emissionen um insgesamt 5,2 Prozent unter das Niveau von 1990. Zieldatum ist 2012, weshalb ein neues Abkommen notwendig wird. Das Protokoll ist 2005 in Kraft getreten. Die USA haben das Protokoll nicht ratifiziert, obwohl sie eine verpflichtende Verringerung von sieben Prozent zugesagt hatten.



Treibhausgas haben einen sehr großen Einfluss auf das Erdklima. Denn die Wärmestrahlung, die die Sonne in Richtung Erde aussendet, wird zu zwei Dritteln von der Erdatmosphäre und der Oberfläche unseres Planeten direkt zurück ins Weltall reflektiert. Treibhausgas binden einen Teil der Wärme und „heizen“ damit den Planeten. Ohne natürlichen Treibhauseffekt gäbe es kein Leben – der vom Menschen geschaffene Treibhauseffekt (unten) aber hat das Gleichgewicht zum Kippen gebracht.

Anteile der Treibhausgase



Anstieg der Emissionen



Auf dem Weg zu einem neuen Vertrag

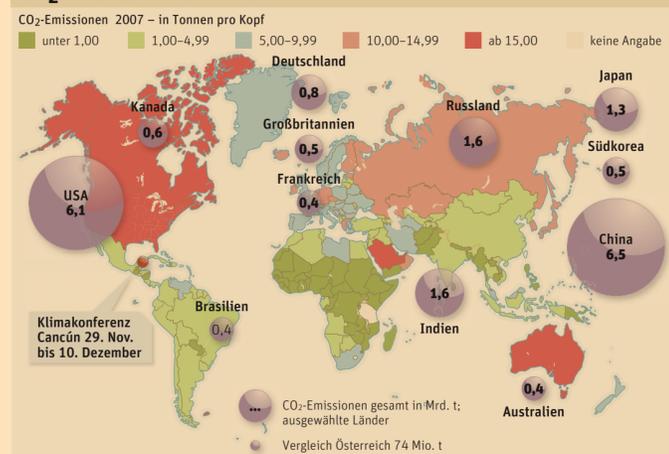
Die Kopenhagener Vereinbarung:

- Die globalen Emissionen sollen so weit gesenkt werden, dass die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius bleibt. Bindende Emissionsziele sieht das Abkommen nicht vor, sondern es verweist auf die jeweiligen Zusagen der Länder.
- Die Industrieländer sollen gemeinsam 100 Milliarden US-Dollar jährlich aufbringen, um den Entwicklungsländern bei der Anpassung an den Klimawandel zu helfen. Dieses Ziel gilt ab dem Jahr 2020.
- Für die Periode 2010 bis 2012 sind Ansbuchhilfen von insgesamt 30 Milliarden US-Dollar vorgesehen. Die EU trägt davon 10,6 Milliarden US-Dollar (7,2 Mrd. Euro), Österreich zahlt davon 120 Millionen Euro, also 40 Millionen pro Jahr.
- Ein Copenhagener Green Climate Fund soll geschaffen werden, der die finanziellen Mechanismen umsetzt. Als besonders verwundbare Staaten nennt die Vereinbarung die am wenigsten entwickelten Länder, kleine Inselstaaten und Afrika.
- Die Schwellenländer müssen ihre Klimaschutzmaßnahmen überprüfen und die Ergebnisse alle zwei Jahre der Uno mitteilen. Einige internationale Kontrollen sind vorgesehen, um Transparenz zu gewährleisten. Die Souveränität der Staaten soll aber respektiert werden.

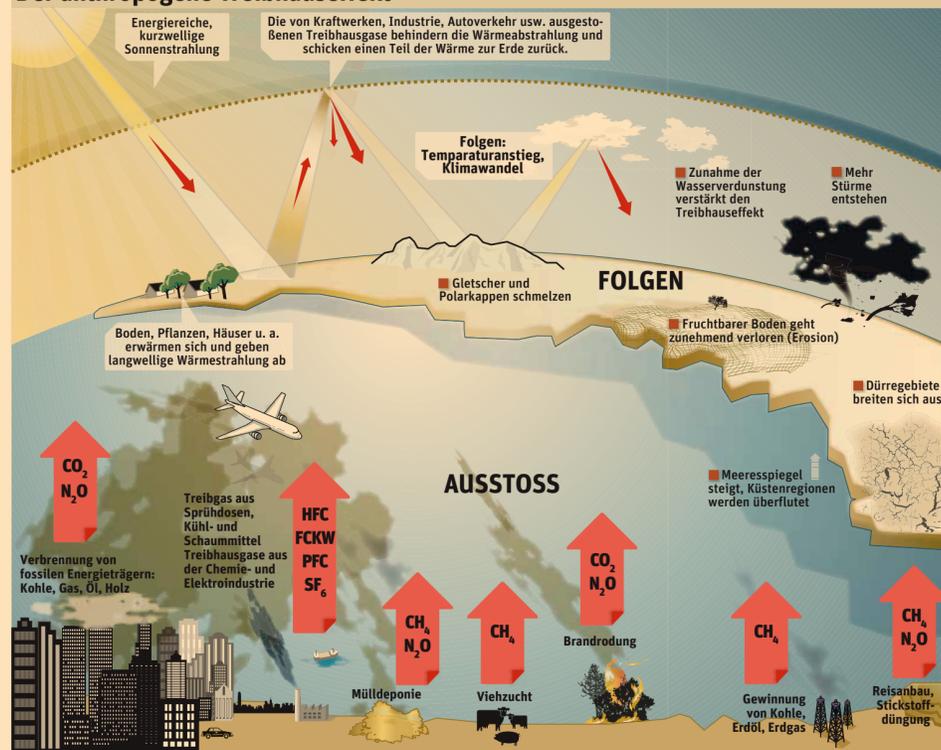
Die Angebote der größten Treibhausgas-Emittenten

Land	Angebot bis 2020	Auf Basis von	Anmerkungen
CHINA	-40 bis 45 %	Emissionen pro BIP-Einheit, Basis 2005	Einschätzung laut Climate Action Tracker schwierig, da China wichtige Eckdaten wie Emissionsdaten oder prognostiziertes BIP-Wachstum nicht zur Verfügung stellt. Angesichts des Wirtschaftswachstums ist weiterhin ein starker Emissionsanstieg zu erwarten, trotz angestrebter Energieeffizienz. Beurteilung: Unzureichend
USA	-17 %	2005	etwa -4 % umgerechnet auf das Basisjahr 1990; entspricht den Zielen des inzwischen gescheiterten US-Klimagesetzes. Beurteilung: Unzureichend
EU	-20 %	1990	Da durch die Wirtschaftskrise die Emissionen zurückgegangen sind, müssen kaum zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um dieses Ziel zu erreichen. Die EU hatte angegeben, zu -30 % bereit zu sein, wenn andere Industriestaaten ähnlich große Verpflichtungen eingehen. Einige EU-Länder befürworten, sich gleich auf die 30 Prozent festzulegen. Gilt derzeit als wenig wahrscheinlich. Beurteilung: Unzureichend
RUSSLAND	-15 bis 25 %	1990	Ermöglicht Russland einen De-facto-Emissionsanstieg, da die Wirtschaft nach 1990 eingebrochen ist – und damit auch die Emissionen. Beurteilung: Unzureichend
INDIEN	-20 bis 25 %	Emissionen pro BIP-Einheit, Basis 2005	Beurteilung: Mittelmäßig
JAPAN	-25 %	1990	Beurteilung: Ausreichend
KANADA	-17 %	2005	Bis Kopenhagen hatte Kanada -20 % auf Basis 2006 angeboten; Anpassung an die USA und damit Schwächung des ursprünglichen Ziels. Beurteilung: Unzureichend
SÜDKOREA	-30 %	prognostizierter Emissionsanstieg bis 2020	Beurteilung: Ausreichend
BRASILIEN	-36 bis 39 %	prognostizierter Emissionsanstieg bis 2020	Brasilien hat vor allem spezielle Ziele angekündigt, um die Abholzung der Wälder zu stoppen – eine der Hauptursachen für Emissionen in Brasilien. Beurteilung: Ausreichend
INDONESIEN	-26 %	prognostizierter Emissionsanstieg bis 2020	Beurteilung: Mittelmäßig

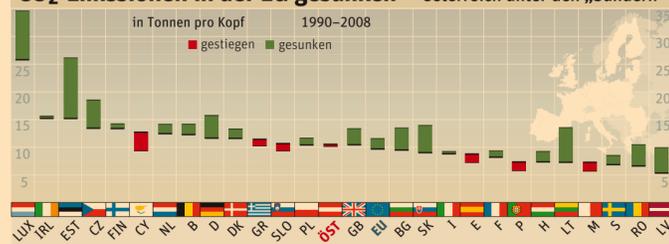
CO₂-Ausstoß weltweit



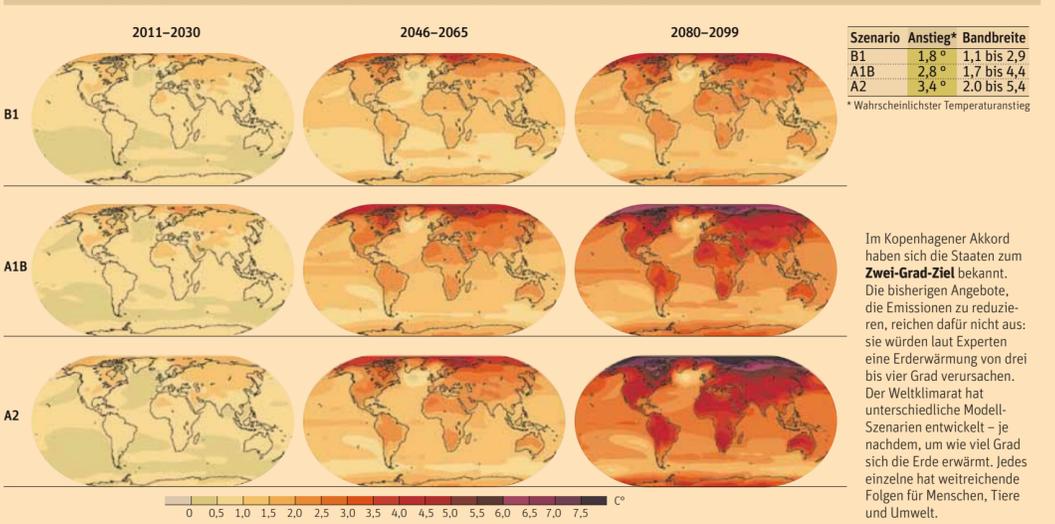
Der anthropogene Treibhauseffekt



CO₂-Emissionen in der EU gesunken – Österreich unter den „Sündern“



Wenn die Erde wärmer wird – Szenarien des Weltklimarats



GLOSSAR

- Adaptation** – von lat. adaptare – anpassen; Anpassung an Klimaänderungen und extremes Wetter
- Anthropogener Treibhauseffekt** – der Anteil am atmosphärischen Treibhauseffekt, der durch menschliche Eingriffe entstanden ist
- Annex-I-Länder** – alle Länder, die in der Klimarahmenkonvention die Selbstverpflichtung eingegangen sind, ihre Treibhausgasemissionen bis 2000 auf das Niveau von 1990 zu senken, wie im Anhang I aufgeführt. Der Begriff wird oft synonym mit „Industrielländer“ verwendet.
- Annex-B-Länder** – alle Länder, die sich im Kioto-Protokoll von 1997 verpflichtet haben, in der ersten Periode (2008–2012) ihre Emissionen zu reduzieren
- Emissionshandel** – der Handel mit Emissionszertifikaten. Annex-B-Länder können einen Teil ihrer für die erste Verpflichtungsperiode (2008–2012) gültigen Emissionszertifikate verkaufen, wenn sie mehr Emissionen als zugesagt einsparen – oder zusätzliche Zertifikate kaufen, wenn sie mehr ausstoßen.
- Emissionszertifikate** – Zertifikate, die an die Annex-B-Länder vergeben werden, die zu einer bestimmten Menge an Treibhausgasemissionen berechtigen. Damit sollen die Emissionen entsprechend dem Kioto-Protokoll begrenzt werden.
- Flexible Mechanismen** (engl. flexible mechanisms) – drei im Kioto-Protokoll vorgesehene Mechanismen, die den Vertragsstaaten erlauben, ihre Reduktionsziele flexibel umzusetzen. Sie umfassen den Emissionshandel, gemeinsame Klimaschutzprojekte der Industrieländer („joint implementation“) sowie Projekte, die in Entwicklungsländern Emissionen senken („clean development mechanism“).
- Fossile Energieträger** – endliche Ressourcen zur Energiegewinnung wie Kohle, Öl und Erdgas. Beim Verbrennen fossiler Energieträger entstehen unter anderem CO₂-Emissionen.
- „Heiße Luft“** – vor allem in Russland und der Ukraine haben sich nach 1990 die Emissionen wegen des industriellen Abschwungs reduziert – ohne aktive Klimaschutzmaßnahmen. Der im Basisjahr 1990 überschätzte Bedarf an Emissionsrechten führt zu überschüssigen Zertifikaten, die per Emissionshandel verkauft werden dürfen.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)** – wissenschaftliches Gremium, das den Klimawandel untersucht und Empfehlungen zur Vermeidung und Anpassung abgibt. Gegründet 1988.
- Klima** – der mittlere Zustand der Atmosphäre an einem bestimmten Ort. Meteorologische Erscheinungen werden erfasst und über einen Zeitraum von meist 30 Jahren gemittelt. Das Wetter ist im Gegensatz dazu der Zustand der Atmosphäre zu einer bestimmten Zeit (wie Wärme, Sonnenschein, Wind, Regen, etc.).
- Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen** – engl. United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC. Abkommen, das eine Stabilisierung der atmosphärischen Treibhausgas-Konzentration vorsieht. Die Konvention wurde 1992 in Rio de Janeiro unterzeichnet und trat 1994 in Kraft. Sitz des UNFCCC-Sekretariats ist Bonn.
- Kioto-Protokoll** – 1997 bei einer Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Kioto vereinbartes Abkommen. Darin verpflichten sich die Industrieländer (Annex-B-Länder), ihre Emissionen der wichtigsten Treibhausgase zu reduzieren, sodass der Betrag der Gesamt-emission im Zeitraum von 2008 bis 2012 um etwa 5,2 % unter dem Wert des Basisjahres 1990 liegt. 2004 in Kraft getreten.
- Lastenverteilung der EU** – engl. EU burden sharing. Für die erste Verpflichtungsperiode hat sich die EU zu einer Emissionsreduktion von insgesamt acht Prozent im Vergleich zum Basisjahr 1990 verpflichtet. EU-Intern ist dieses Ziel unterschiedlich auf die Mitgliedstaaten aufgeschlüsselt worden. Österreichs Reduktionsziel: minus 13 Prozent.
- Mitigation** – Vermeidung weiterer Klimaänderungen, vor allem durch Emissionsminderungen.
- ppm** – ppm bezeichnet „Teile pro Millionen“ (engl. parts per million). Verwendet wird die Einheit u. a., um die Konzentration von Stoffen in der Luft zu beschreiben.
- Vertragsstaatenkonferenz** – engl. Conference of the Parties (COP). Oberstes Gremium der Klimarahmenkonvention. Die COP tagt einmal jährlich, Aufgabe ist es, die Umsetzung der Klimakonvention zu fördern und zu überprüfen.
- Zwei-Grad-Ziel** – das Ziel besagt, dass die Erderwärmung auf insgesamt zwei Grad Celsius begrenzt werden muss, um die Folgen des Klimawandels unter Kontrolle halten zu können. Dazu müssen die Treibhausgas-Emissionen nach Experten-Einschätzung bis zum Jahr 2050 weltweit halbiert werden, ausgehend vom Basisjahr 1990. Bis 2020 hieß das für die Industrieländer laut IPCC minus 25 bis 40 Prozent. Was von den Staaten derzeit angeboten wurde, wird nach Einschätzung von Experten jedoch voraussichtlich eine Erwärmung um drei bis vier Grad auslösen.

Wahl in Katalonien als Stresstest für Spaniens Sozialisten

Barcelona/Wien – Den Mächtigen aus Madrid steht in Barcelona eine Niederlage ins Haus. Das Match zwischen Real Madrid und Barcelona am Montag lässt sich zwar nicht voraussagen. Aber die Sozialisten des spanischen Premiers José Luis Zapatero müssen befürchten, bei der Regionalwahl am Sonntag in ihrer bisherigen Hochburg Katalonien zu verlieren.

Die vergangenen sieben Jahre regierte der Sozialist José Montilla in einer Allianz mit den linken Republikanern und der links-grünen Partei. Nun liegen aber die bürgerlichen Nationalisten in den Umfragen vorn.

Der Aufreger des Wahlkampfes ist die Debatte um Kataloniens Autonomie von der Regierung in Madrid. Sie war neben der in Spanien besonders schwer zuschlagenden Krise dominierend. Beide Themen schaden den Sozialisten.

Erst im Sommer kippte das Verfassungsgericht in Madrid Teile des katalanischen Autonomiestatus. In diesem hatte sich Barcelona vorbehalten, die Höhe der Transfergelder der reichen Region an Madrid mitzubestimmen. Zudem wird Katalonien darin als „Nation“ bezeichnet. Die Nationalisten konnten von Empörung über das Urteil profitieren.

Die Wahl gilt als Stresstest für die angeschlagene Regierung von Premier Zapatero. Verlieren die Sozialisten in Katalonien, könnte ihnen bei den nationalen Wahlen 2012 Ähnliches blühen. (fan)



Bering Land Bridge Preserve: Eine Landbrücke hat einst die Kontinente Asien und Amerika im Gebiet der heutigen Beringstraße im Nordwesten Alaskas verbunden. Heute ist dort ein Naturschutzgebiet. „Dieses wird regelmäßig durch Satelliten überwacht, um eventuelle Änderungen festzustellen.“

Denn gerade auf solche Randgebiete hat der Klimawandel enorme Auswirkungen. Deshalb dienen sie oftmals als Frühindikator für größere Veränderungen, die erst Jahrzehnte später in Erscheinung treten“, erklärt Josef Aschbacher, Experte der Esa.

Foto: Esa

Mehr dazu auf Seite 38

KURZ GEMELDET

Saudi-Arabien greift hart gegen Al-Kaida durch

Riad – Saudi-Arabien hat in den vergangenen acht Monaten mehr als ein Dutzend Terrorzellen ausgehoben und 149 Verdächtige verhaftet, berichtete das Innenministerium in Riad. Die Verdächtigen hätten Verbindungen zu Al-Kaida im Jemen, in Somalia und Afghanistan. Anschläge gegen Regierung und Journalisten seien vereitelt worden. Man habe rund eine halbe Million US-Dollar konfisziert, die für Al-Kaida bestimmt waren. (Reuters)

Bericht: Falscher Taliban bei Gesprächen in Kabul

Kabul – Der afghanische Präsident Hamid Karsai hat Großbritannien beschuldigt, einen falschen Taliban-Kommandanten zu Gesprächen nach Kabul gebracht zu haben. Der Mann, der das Alias Mullah Mansour verwendete, wurde zu Geheimverhandlungen nach Kabul eingeflogen. Er stellte sich aber als Betrüger heraus. Für seine Mühen soll er hohe Geldbeträge erhalten haben. (red)

Russlands Duma verurteilt Massaker von Katyn

Moskau – Die russische Duma hat das Massaker an polnischen Offizieren in Katyn im Jahr 1940 verurteilt. Die Verurteilung gilt als Versöhnungsgeste gegenüber Polen. Die oppositionellen Kommunisten stimmten dagegen. Die Sowjetarmee erschoss damals tausende polnische Offiziere und Intellektuelle. Die Vorfälle sollen nun von russischen Historikern aufgearbeitet werden. (red)

Polens Koalition dominiert auch die Regionen

Warschau – Polens Regierungskoalition wird nach der Regionalwahl am vergangenen Sonntag auch die Macht in allen 16 Bezirken übernehmen. Darauf einigten sich die rechtsliberale PO von Premier Donald Tusk und die Bauernpartei PSL. Die rechtskonservative PiS verliert so in ihren Hochburgen in Ostpolen an Einfluss. Indes wiesen Höchststrichter eine Klage der PiS gegen den EU-Vertrag zurück. Dieser schränke Polens Souveränität nicht ein. (APA)

Ljubljana und Zagreb besiegeln Schiedsgericht

Ljubljana/Zagreb – Slowenien und Kroatien haben am Freitag diplomatische Noten über die Ratifizierung des Abkommens zur Beilegung des Grenzstreits ausgetauscht. Die Vereinbarung, die ein Schiedsgericht zur endgültigen Festlegung der Grenzen der beiden Staaten vorsieht, tritt kommenden Montag in Kraft. (red)

Klaus bei Fischer: Mehr Solarenergie in Tschechien

Geras – Tschechiens Präsident Václav Klaus hatte am Freitag eine nach eigenen Angaben „erfreuliche“ Nachricht für Österreich. „Wir haben uns jetzt auf Solarenergie verlegt.“ Tschechien werde in Zukunft kaum Bedarf an „gefährlichen“ Energiequellen wie der Atomkraft haben, sagte Klaus. Er traf Bundespräsident Heinz Fischer im Stift Geras. (APA)

GANZ KURZ

+++ **Tonga** Das Südsee-Königreich Tonga hielt erstmals freie Wahlen ab. Neun der 26 Parlamentssitze werden aber weiter von Adeligen besetzt. +++ **Attentat** Pakistans Behörden konnten am Freitag zwei Selbstmordattentäter vom Anschlag auf eine Moschee abhalten.

„Europa muss mit einer Stimme sprechen“

Die EU muss in Cancún einheitlich auftreten, wenn sie Einfluss haben will, sagt EU-Klimaschutzkommissarin **Connie Hedegaard** im Gespräch mit **Julia Raabe**. Der Erfolg des Gipfels hänge vom politischen Willen ab.

STANDARD: Viele Experten schätzen die Aussichten für Cancún als nicht sehr gut ein. Kann der Gipfel schon als Erfolg betrachtet werden, wenn es keine Rückschritte gibt?

Hedegaard: Ich hoffe sehr, dass es keine Rückschritte gibt – die EU arbeitet hart daran. Wir versuchen ein Paket von Entscheidungen zu erreichen, einen Rahmen für den Stopp der Abholungen, für die Anpassungen an den Klimawandel, den Technologietransfer.

Die entwickelten Länder müssen an ihren Zusagen für die Anschubfinanzierung festhalten – das wird die EU. Wir versuchen, das Momentum aufrechtzuerhalten, auf der Kopenhagen-Vereinbarung aufzubauen. Es hängt letztlich alles vom politischen Willen ab.



STANDARD: Sehen Sie den?

Hedegaard: Ich sehe, dass zu viele das wiederholen, was sie schon viele Male gesagt haben. Beim Vorbereitungstreffen in Mexiko war die Atmosphäre sehr gut, sehr konstruktiv. Aber so war es auch vor Kopenhagen. Was zählt, ist: Wollen die Länder Kompromisse machen? Die Herausforderung im UN-System ist, dass ein paar Staaten jeden Fortschritt blockieren können, wenn sie nicht wollen.

STANDARD: Viel hängt von den USA und China ab. Die letzten Verhandlungsrunden sahen eher nach Blockade aus als nach Kompromissen. **Hedegaard:** Deshalb kann ich nicht sagen, ob sie es letztlich tun wer-

den. Es hat nicht gerade Sinn, ein Klima-Abkommen ohne die zwei größten Emittenten auszuhandeln. Wenn Cancún keinen Fortschritt bringt, steht viel auf dem Spiel. Jeder sieht, wie schwierig es im UN-Prozess ist. Noch schwieriger ist es, eine Alternative aufzuzeigen. Es wäre schön, wenn wir sagen könnten: Wir machen es innerhalb der G-20 – oder im Major Economies Forum. Aber Differenzen wie die zwischen China und den USA werden nicht plötzlich verschwinden, wenn wir die Zahl der Teilnehmer reduzieren. Keiner sollte denken, dass es ein Wundermittel gibt. Es geht letztlich um Kompromisse.

STANDARD: Wollen Sie sagen, dass der Verhandlungsrahmen zur Debatte steht, wenn Cancún scheitert?

Hedegaard: Nein, der Rahmen wird bleiben. Formal werden die Verhandlungen weiter- und weitergehen. Aber wenn Cancún keine Fortschritte bringt oder gar Rückschritte, wenn man die Kopenhagen-Vereinbarung wieder infrage stellt – dann werden viele sehr ungeduldig werden mit dem Prozess.

STANDARD: In Kopenhagen hat es viel Kritik an der EU gegeben: Sie habe ihre Führungsrolle verloren, sei an den Rand gedrängt worden. Wird das besser in Cancún?

Hedegaard: Es sind auch einige Mythen geschaffen worden, was in Kopenhagen passiert ist. Die Europäer waren anwesend, im

Raum, als die Entscheidungen getroffen wurden. Allerdings: Präsident Obama vertrat die USA, Premier Singh Indien, Wen Jiabao China – und hier ist Europa: mit EU-Kommissionspräsident Barroso, Schwedens Ministerpräsidenten als dem EU-Vorsitz, dem spanischen Premier als kommandendem Vorsitz plus Merkel aus Deutschland plus Brown aus Großbritannien plus Sarkozy aus Frankreich.

STANDARD: Also zu viele Europäer.

Hedegaard: Das wird von den anderen akzeptiert, aber es funktioniert nicht, wenn diese Europäer unterschiedliche Dinge sagen. Wenn Europa den Einfluss haben will, der mit unserer wirtschaftlichen Größe übereinstimmt, müssen wir lernen, mit einer Stimme zu sprechen. Das heißt nicht, dass nur einer diese Stimme sein kann. Aber wer auch immer etwas aus Europa sagt, sollte dieselben Botschaften vermitteln. Sonst schafft man Verwirrung, und es ist ziemlich einfach, die verschiedenen Stimmen zu ignorieren.

STANDARD: Was also will Europa in Cancún auf den Tisch legen?



EU-Klimaschutzkommissarin Hedegaard sieht große Probleme, wenn die Verhandlungen in Cancún scheitern.

Foto: Heribert Corn

Eine Kautschuk-Republik setzt auf Biomasse

Afrika setzt in Sachen Klimaschutz auf Innovation. Beim Klimagipfel in Cancún fordern viele afrikanische Politiker deshalb die Einrichtung eines „grünen Fonds“. Die Wirtschaft geht mit eigenen Projekten voran.

Marc Engelhardt

Monrovia/Nairobi – Dass der Klimawandel Afrika längst erreicht hat, ist für Anthony Nyong keine Frage – ebenso wenig wie die Tatsache, dass es die Ärmsten sind, die besonders schwer betroffen sind. „In Afrika besteht ein drängender, riesengroßer Klimafinanzierungsbedarf“, glaubt der Sprecher der Afrikanischen Entwicklungsbank. Um den zu decken, fordern Nyong und zahlreiche Staats- und Regierungschefs aus Afrika einen „grünen Fonds“, aus dem Anpassungsmaßnahmen ebenso wie emissionsenkende Projekte finanziert werden sollen. Nicht wenige machen von der Einrichtung eines solchen Fonds ihre Kooperation bei den weiteren Klimaverhandlungen abhängig.

Vom in Kioto beschlossenen „Clean Development Mechanism“ (CDM), einem Marktmechanismus, der das Einsparen von CO₂ belohnt, hat Afrika bislang kaum profitiert. „Das Schema erkennt Emissionen aus der Land- und Forstwirtschaft nicht an, die für Afrikas Wirtschaft besonders große Bedeutung haben“, kritisiert Anthony Nyong. Industrie, die Emissionen reduzieren könnte, gibt es in den meisten Teilen Afrikas nicht. Im Gegenteil müssen die meisten Länder in Afrika derzeit wegen ihrer boomenden Wirtschaft mit steigender Energienachfrage fertigwerden.

Schon heute sind innovative Lösungen besonders gefragt. In Liberia etwa will das Energieunternehmen Buchanan Renewables das geschredderte Holz von brachliegenden Kautschukplantagen nutzen, um ein Biomasse-Kraftwerk anzutreiben. „Ein Kautschukbaum produziert vielleicht 30 Jahre lang Kautschuk, danach ist er wirtschaftlich tot“, sagt der Geschäftsführer von Buchanan Renewables, Liam Hickey.

Plantagen gibt es im westafrikanischen Liberia, einst „Kautschukrepublik“ genannt, viele. Doch seit in den 90er-Jahren die Kämpfe zwischen dem brutalen Kriegsherrn Charles Taylor und den Truppen des Putschistenpräsidenten Samuel Doe begannen, sind die meisten Plantagen nicht mehr richtig bewirtschaftet worden. „Jetzt holzen wir die alten Gummibäume ab, bezahlen für das Holz und pflanzen dann neue Bäume“, erklärt Hickey.

Sieben Jahre wachsen

Die neugepflanzten Gummibäume müssen sieben Jahre wachsen, bevor Kautschuk abgezapft werden kann. „Die Bäume und das Land bleiben im Besitz der Bauern, aber wir kümmern uns die sieben Jahre darum, dass die Bäume richtig gepflegt werden“, verspricht Hickey. Ab dem siebten Jahr, wenn der zähe, weiße Kautschuk fließt, haben die Farmer eine sichere Einkommensquelle –

bis, nach etwa zwanzig Jahren, Buchanan Renewables zurückkehrt, die Bäume fällt und der Kreislauf von neuem beginnt. Das Konzept ist nicht nur CO₂-neutral, sondern auch perfekt auf die Gegebenheiten in Liberia zugeschnitten.

Das geplante Biomassekraftwerk, das Liberia eine verlässliche Stromversorgung garantieren soll, soll zunächst 36 Megawatt erzeugen. Das klingt nicht nach viel. Doch derzeit hat Liberia praktisch keinen Strom. Wenn

über Liberia die Nacht hereinbricht, legt sich die Dunkelheit wie ein undurchdringlicher Schleier über alles. Strom gibt es nur dort, wo Geschäftsleute am Abend einen ratternden Dieselgenerator anwerfen. Der einzige andere Brennstoff ist Holzkohle. Nur in der Millionen-Einwohner-Stadt Monrovia gibt es einen öffentlichen Generator, der gerade einmal vier Megawatt produziert. Auch deshalb begrüßen viele Liberianer das Projekt von Buchanan Renewables. Kritisch wird nur der geplante Export der Holzchips als Brennstoff nach Europa beäugt.

Wenn es nach Afrikas Regierungen geht, sollen innovative Projekte wie das in Liberia künftig von Förderungen aus dem „grünen



Ein Arbeiter in einer Kautschuk-Plantage. Das Holz soll später genutzt werden, um Biomassekraftwerke voranzutreiben. Foto: Reuters



Fonds“ profitieren. Dass Afrika das Potenzial hat, in Sachen Klimaschutz ganz vorn mitzuspielen, scheint eindeutig. Dafür spricht nicht nur das Solarenergie-Groß-

projekt DeserTec, sondern auch einige der weltgrößten Windparks und Geothermie-Kraftwerke, die derzeit in Afrika geplant und gebaut werden.



NOVOMATIC
GROUP OF COMPANIES

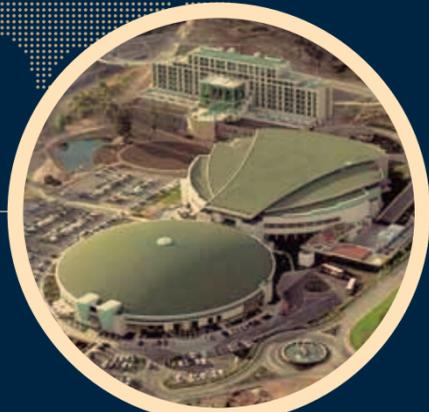






„In Chile tätig zu sein bedeutet für uns: Export von österreichischem Know-How und Investieren in zuverlässige, internationale Wirtschaftsbeziehungen. Wir sichern damit österreichische Arbeitsplätze.“

Dr. Franz Wohlfahrt
Generaldirektor NOVOMATIC



Rotweißrote Innovation in Chile: Aus Gumpoldskirchen.

Mehr als zwölftausend Kilometer von Gumpoldskirchen entfernt liegt Santiago de Chile. Dreimal so groß wie Wien, mit knapp fünf Millionen Einwohnern, ist dieses Gebiet eine wirtschaftlich besonders aufstrebende Region in Lateinamerika. Die NOVOMATIC Group of Companies mit Hauptsitz in Niederösterreich hat es als eines der ersten Unternehmen Europas geschafft, in Chile Fuß zu fassen und im Jahr 2008 das größte Resort Casino des Kontinents errichtet – ganz nach dem Motto von Gründer und Mehrheitseigentümer Prof. Johann Graf: Vorsprung durch Innovation.

275 Millionen Euro wurden hier bislang gemeinsam mit Partnern investiert sowie österreichische Planung, Technik und Ausstattung über den Atlantik exportiert – unsere rund 2.700 heimischen und weltweit fast 16.000 Mitarbeiter ermöglichen diesen Erfolg, soviel ist sicher. Denn die wirtschaftliche Kraft österreichischer Unternehmen am Weltmarkt ist stets die Summe des Ganzen.

WWW.NOVOMATIC.COM

0,1

Tonnen CO₂-Äquivalente verursacht im Schnitt ein Äthiopier. Ein Österreicher verbraucht pro Jahr 11 Tonnen.

Die grüne Welle der Kriegsveteranen

In den USA kommt so etwas wie Ökobewusstsein auf, weil die Regierung es mit Infrastrukturmitteln fördert. Der neue Kongress allerdings dürfte diese und die Ambitionen Präsident Obamas beim Klimagipfel deutlich stützen.

Frank Herrmann aus Baltimore

Auf Dächern, sagt Kevin Blanchard, auf Dächern hält er es nie lange aus. Höchstens drei Stunden, dann beginnt sein Bein unerträglich zu schmerzen. Das gerettete Bein, das rechte, übersät von hunderten Narben. Wenigstens ist es noch da, während das linke unterm Knie amputiert werden musste.

Auf den Dächern sollte eigentlich Blanchards neues Leben beginnen. Er begrünt sie, pflanzt krautige Bodendecker und die großblütige Felsenblume, was nicht nur schöner aussieht, sondern auch Strom spart. Unter einem Dach, das nicht der reinste Glutofen ist, braucht die Klimaanlage im langen, heißen Sommer der amerikanischen Atlantikküste nicht ganz so kräftig zu laufen. Der Sportwarenhersteller Under Armour ließ sich seinen Firmensitz neulich auf diese Weise begrünen. Das Nationale Aquarium, der Stolz Baltimores, hat es schon vorher getan. Kurzum, die Grüne-Dächer-Branche sonnt sich im Boom.

In diesem Jahr wächst sie um 15 Prozent, ein scharfer Kontrast zur Krisensituation ringsum. Blanchard hat kurzerhand seine eigene kleine Firma gegründet, Mid-Atlantic Green Roofs – „Ich will ja den Zug nicht verpassen.“ Doch so sehr es ihn nervt, selber anpacken kann er nur selten. Im Wesentlichen muss er sich auf Schreibtischarbeit beschränken. Er ist erst 27 und schon Invalide, gezeichnet vom Krieg.

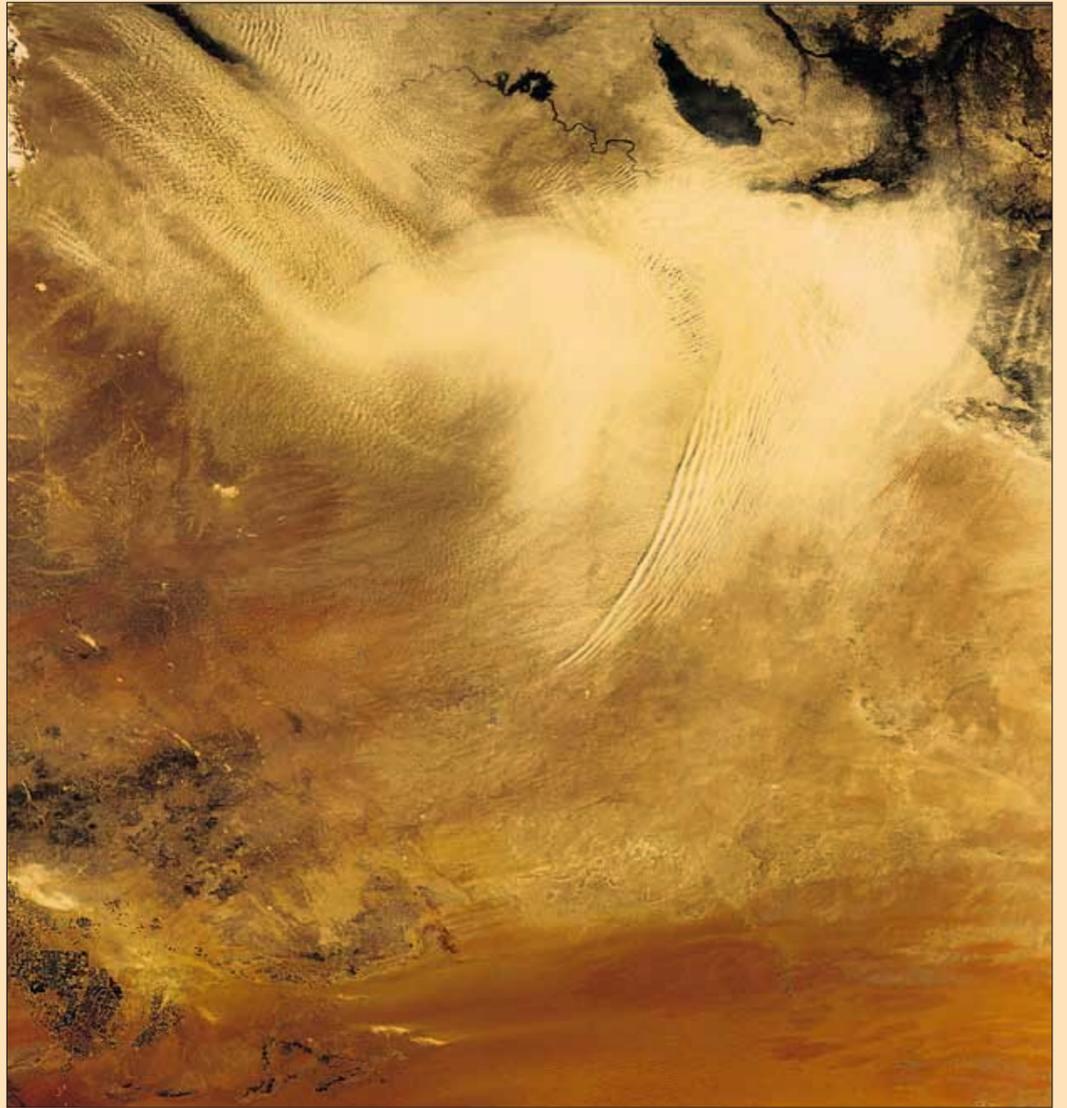
Wäre der Sprengsatz im Irak nicht detoniert, wäre er heute wahrscheinlich immer noch bei den Marineinfanteristen. Es war am 30. Juni 2005, da fuhr er in der Provinz Al-Anbar am Lenkrad eines Humvee über eine Bombe. 13 Monate lag er im Krankenhaus. Als ihn die Mediziner entließen, begann er zu studieren, internationales Business. Ein Sommerpraktikum brachte ihn nach Dänemark und Schweden, wo junge Amerikaner nachhaltiges Bauen

lernten. Blanchard hat Glück im Unglück, das Timing stimmt. Durch die USA rollt eine Förderwelle für „grüne“ Arbeitsplätze, und eigens gegründete Initiativen sorgen dafür, dass Kriegsveteranen davon profitieren.

Zack Bazzi hat bei den „Veterans Green Jobs“ angeheuert, einer Organisation, die vor zwei Jahren in Denver entstand. Sie kam in Fahrt, als die Kaufhauskette Walmart 750.000 Dollar spendete. Später legte der Naturschutzbund Sierra Club noch einmal 400.000 Dollar drauf. Von dem Geld sollten in der Region Washington die Wände, Keller und Dachböden von fünfzig Wohnhäusern besser isoliert werden, damit im Winter weniger Wärme verpufft und im Sommer weniger Klimaanlage kühlt. Zunächst kamen die Familien heimgekehrter, im Zivilleben oft arbeitsloser Soldaten in den Genuss der Förderung.

Bei Margaret Ahmann, die an der Washingtoner Legation Street ein großes schönes altes Haus bewohnt, gab es so etwas wie eine Generalprobe. Viel Überredungskunst war nicht nötig, um den Auftrag zu ergattern. Seit langem engagiert sich die Pensionistin in einer Kirchengruppe für Umweltschutz. „Das hier ist überfällig“, sagt sie. Die bessere Dämmung kostet sie knapp fünftausend Dollar, danach dürften die Heizkosten um ein Viertel sinken, und weil Ahmann Energie sparen hilft, kassiert sie einmalig 1500 Dollar als Steuergeschenk. Die Stadt Washington bezahlte den Test, der ergab, wo es am kräftigsten durch die Ritzen zog.

Ohne die Subventionen, glaubt Bazzi, würden die meisten Kunden nicht „über die Hürde springen“. Ohne die Zuschüsse bliebe es eine Nische, „beschränkt auf ein paar Baumfreunde“ – so weit sei Amerika eben noch nicht, und Energie noch immer zu billig. Doch die Förderwelle, ahnt der Ex-Soldat, kann genauso schnell abebben, wie sie zu rollen begann. Die jüngste Kongresswahl stärkte die Klimaskeptiker, jene Republikaner, die Szenarien globaler Erwärmung für einen Witz halten. Mit ambitionierten US-Klimagesetzen oder der Bereitschaft zu verbindlichen internationalen Festlegungen ist nicht mehr zu rechnen. In der Silvesternacht laufen die Steuervorteile für Energiesparer aus. Ob das Parlament sie verlängert, ist mehr als ungewiss. Noch sind die Auftragsbücher der grünen Veteranen voll. Aber ab Jänner droht ein großes Loch.



Sandsturm im Irak: Stürme transportieren große Mengen an Material über lange Strecken. Ihre zunehmende Häufigkeit könnte den Klimawandel, die Übertragung von Krankheiten und die Luftverschmutzung beeinflussen. Trockenheit, Wind, intensive Beweidung und Abholzung tragen zum Entstehen der Stürme bei. „Wenn sich die Staubabla-

gerung erhöht, könnte sich auch die Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre ändern. Das wirkt sich auf Temperaturen und Niederschläge aus“, sagt Esa-Experte Josef Aschbacher. Satellitenbilder ermöglichen es Forschern, Stürme zu beobachten, um ihre Quellen und Auswirkungen zu überwachen. Mehr auf Seite 38

Foto: Esa



Wo Wetterberichte Leben retten

Rotkreuz-Klimazentrum in Den Haag bemüht sich um Gerechtigkeit für die Ärmsten

Kerstin Schweighöfer
aus Den Haag

Manchmal kann ein Wetterbericht ganze Dörfer retten. Wenn in Bangladesch die Meteorologen starke Regenfälle erwarten, dann bedrohen Fluten und Schlammlawinen die Gemeinden. Um die Menschen rechtzeitig vor der Gefahr zu warnen, schwärmen dann unzählige ehrenamtliche Rotkreuzhelfer auf Mofas und Mopeds in entlegende Dörfer aus, um dort mit Rasseln und Hupen buchstäblich Alarm zu schlagen.

Es ist ein einfaches Frühwarnsystem, welches das Internationale Rote Kreuz aufgebaut hat. Um Menschen vor den Folgen des Klimawandels zu schützen, hat diese Hilfsorganisation in Den Haag sogar ein spezielles Klimazentrum gegründet: Neun Mitarbeiter arbeiten in seinem Auftrag in ver-

schiedenen Weltregionen mit Hilfsorganisationen und Meteorologen zusammen und versuchen die Menschen dort, wo es noch keine modernen Kommunikationsmittel gibt, möglichst früh vor extremen Wetterlagen zu warnen.

Denn wenn mit dem Klimawandel der Meeresspiegel steigt, es mehr Stürme und Regen, mehr Hitzewellen und Dürreperioden gibt, dann sind es vor allem die Ärmsten der Armen in Afrika

und Asien, die am meisten darunter leiden – jene Menschen also, die den Klimawandel am wenigsten verursacht haben. „Das ist nicht gerecht“, sagt Madeleen Helmer, die Leiterin des Zentrums. „Deshalb wollen wir zumindest für ein bisschen mehr Gerechtigkeit sorgen, indem wir diesen Menschen helfen.“

Die Klimakonferenz in Den Haag im Jahre 2000 hat den Anstoß dafür gegeben, das Zentrum zwei Jahre später zu gründen. „Damals wurde uns klar, dass es nicht damit getan ist, die Ursache des Klimawandels zu bekämpfen“, erinnert sich Helmer. Adaptation lautete der Schlüsselbegriff: „Wir müssen uns dem Klimawandel auch anpassen und uns vor seinen Folgen schützen – denn die lassen sich nicht mehr aufhalten.“

Nicht nur die Warnungen gehören zum Programm des Zentrums: Die Experten erstellen Evakuierungspläne mit praktischen Tipps. So konnten sich in Bangladesch in einem Rotkreuzprojekt viele Familien mithilfe von Mikro-

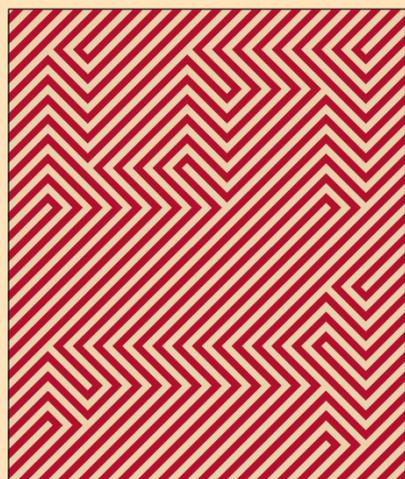
krediten eine Existenz aufbauen, etwa durch das Kaufen einer Nähmaschine: „Wir schärfen ihnen dann ein, diese Nähmaschine in jedem Falle mitzunehmen, wenn das Dorf evakuiert wird. Denn das ist entscheidend für das Überleben nach der Flut!“ Weitere Schutzmaßnahmen: Bäume anbauen, um Schlammlawinen zu verhindern, oder von Hühnern auf Enten umsteigen, „denn die können schwimmen“.

In Gegenden mit Trockenheit und Dürre raten die Experten, Kamele statt Kühe zu halten – davon versuchen die Mitarbeiter des Zentrums derzeit afrikanische Nomadenvölker zu überzeugen. Gegen Trockenheit hilft auch das Anlegen von Terrassen, weil dort das Wasser nicht sofort abfließt: „In Äthiopien machen das einige Bauern bereits, es ist unglaublich, ihre Äcker sind innerhalb von fünf, sechs Wochen grün!“, schildert Helmer.

Das erste Pilotprojekt war ein Aktionsplan für Nicaragua. Dort hatte 1998 der Orkan „Mitch“ die Nordküste verwüstet. Als der Orkan „Felix“ 2007 mit über 250 Stundenkilometern über das Land hinwegfegte, waren mehrere Dörfer gewappnet: Das Zentrum hatte dafür gesorgt, dass die Radioverbindung mit der Hauptstadt Managua besser funktionierte und die Dorfbewohner wussten, was zu tun war. Orkanwarnungen konnten auch in abgelegenen Gebieten empfangen werden. Helmer: „Dort kam niemand mehr ums Leben.“

35

Milliarden Tonnen an Klimagasen stieß die Welt 2008 aus:
75 % CO₂,
15 % Methan,
10 % Lachgas.



FEIERN SIE MIT UNS
15 JAHRE FH JOANNEUM
BILDUNGSREISEN UND FEST

FR. 3. Dezember 2010 ab 15:00

FH JOANNEUM Graz, Audimax
Eggenberger Allee 11, 8020 Graz
www.fh-joanneum.at

Anmeldung für die Bildungsreisen und das Fest:
www.fh-joanneum.at/15jahre

15 JAHRE
FH JOANNEUM
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES



Cancún und die Angst vor der Drogenmafia

Mexiko will sich beim Klimagipfel von seiner besten Seite präsentieren. Doch die Halbinsel Yucatán, auf der Cancún liegt, ist Drehscheibe des Drogenhandels. Tausende Polizisten sollen die Teilnehmer vor Anschlägen schützen.

Sandra Weiss aus Puebla

Auf die Frage, was bei der 16. UN-Klimakonferenz im mexikanischen Cancún anders sein werde als vor einem Jahr in Kopenhagen, hatte die UN-Klimachefin Christiana Figueres eine schlagfertige Antwort: „das Wetter“. Von der karibischen Schwüle in dem Badeort dürften die Konferenzteilnehmer allerdings wenig mitbekommen, wenn sie mit klimatisierten Bussen zwischen Hotels und dem Konferenzgebäude hin und her kutschiert werden.

Die mexikanische Regierung hat ein massives Sicherheitsauf-



gebot mobilisiert. Der Gipfel ist außerdem so organisiert, dass zwischen Delegierten auf der einen und Umweltschützern und Aktivisten auf der anderen Seite so wenig Kontakt wie möglich zustande kommt. Die Delegierten debattieren hinter verschlossenen Türen in den 41 Verhandlungszimmern und zwei Plenarsälen im Luxushotel Moon Palace. Die NGOs werden in die sieben Kilometer entfernte Cancún-Messe verbannt.

Die Furcht vor Anschlägen der Drogenmafia, der Präsident Felipe Calderón den Krieg erklärt hat, ist groß. Die Halbinsel Yucatán, auf der Can-

cún liegt, ist eine Drehscheibe für Drogenhandel und Geldwäsche. 6000 Sicherheitskräfte werden nach Angaben der Lokalregierung im Einsatz sein, die Zone ist in drei Sicherheitsringe unterteilt. Eine unbemannte Drohne soll von der Luft aus die Gegend 24 Stunden am Tag beobachten, auf den Zufahrtsstraßen werden Straßensperren errichtet, an der Küste patrouillieren Boote der Marine.

Rund um die Veranstaltungsorte sorgen Hundertschaften der Bundespolizei für Ordnung. Die Gemeindepolizei soll die Demonstranten im Zaum halten.

Damit sich Mexiko im besten Lichte präsentiert, wurden in letzter Minute Straßen geteert und Blumenrabatten erneuert. Elektroautos, Solaranlagen und ein Windrad sollen für umweltfreundliche Energie sorgen und auch noch danach den Hotels zur Verfügung stehen, sodass jährlich 4000 Kubikmeter CO₂-Emissionen eingespart werden können.

„Oberflächliche Schminke“, kritisieren Umweltschützer. Für das Windrad liege keine Umweltver-



Sicherheitskräfte überwachen sogar den Strand in Cancún. Foto: Reuters

träglichkeitsstudie vor, das in den 70er-Jahren aus dem Boden gestampfte Cancún sei überhaupt ein Beispiel für nichtnachhaltiges Wirtschaften. So seien für den Bau der Hotelketten Mangroven zerstört worden, die Stadt ertrinke im Müll, und der Strand müsse wegen Erosion immer wieder künstlich aufgeschüttet werden, klagt Guadalupe Álvarez von der Umweltorganisation Cielo, Tierra y Mar.

Freude herrscht bei den Hoteliers, die sich vom Gipfel Mehreinnahmen von etwa 75 Millionen Dollar erhoffen. Insgesamt werden rund 30.000 Teilnehmer erwartet, am Ende der zweiten Woche reisen dann aus den meisten Staaten die Umweltminister an. Einen Aufmarsch der Staatschefs wie in Kopenhagen, wo auch US-Präsident Barack Obama kam, wird es in Cancún nicht geben.

Korruptionsskandal lähmt Indien: Staat verlor 39 Mrd. Euro

Christine Möllhoff aus Neu-Delhi

Seit bald zwei Wochen blockiert die Opposition das Parlament, der Volkszorn kocht hoch, und selbst das Höchstgericht hat sich eingeschaltet: Indien wird vom womöglich größten Korruptionsskandal seiner 63-jährigen Geschichte erschüttert. Es geht um ungläubliche 39 Milliarden Euro. Das ist die Summe, um die der Minister für Telekommunikation, Andimuthu Raja, Staat und Volk betrogen haben soll. Raja selbst ist zwar inzwischen zurückgetreten, doch die Affäre zieht immer weitere Kreise.

Selbst der als absolut integer geltende Regierungschef Manmohan Singh geriet ins Kreuzfeuer der Kritik. Der oberste Gerichtshof wollte von ihm wissen, warum er und die von der Kongresspartei geführte Regierung dem Treiben Rajas so lange tatenlos zugesehen hatte. Eine überzeugende Antwort blieb Singh bisher schuldig.

Die Opposition will das Parlament so lange boykottieren, bis die Regierung einen parteiübergreifenden Untersuchungsausschuss einrichtet, was Letztere aber strikt ablehnt. Denn die Mitglieder hätten das Recht, nicht nur Minister, sondern auch Singh zu befragen. So ist die Volksvertretung des 1,2 Milliarden Einwohner zählenden Landes faktisch paralysiert.

Lizenzen verschleudert

Der Betrug selbst reicht zwei, drei Jahre zurück. Damals schrieb Raja Mobilfunklizenzen, 2G genannt, aus. Doch statt diese wie vorgeschrieben zu versteigern, vergab der Minister sie zu Schleuderpreisen. So lautet zumindest der Vorwurf der Kontrolleure. Ob er dafür Schmiergelder kassierte, ist nicht belegt. Aber man kann vermuten, dass die Firmen ihm ungemein dankbar waren.

Als Folge verlor der Staat nach Schätzungen bis zu 39 Milliarden Euro. Das Geld hätte ausgereicht, alle hungernden Inder ein Jahrzehnt zu ernähren, schreibt der Kolumnist Prashant Agrawal. Singh rügte Raja damals und verlangte Änderungen, Raja zeigte sich aber unbeeindruckt. Das hatte Gründe: Raja gehört der Partei DMK an, die in Tamil Nadu stark ist. Die Kongresspartei brauchte die DMK damals, um eine regierungsfähige Koalition zu bilden.



Sind alternative Energien die einzige Alternative?

Mit unserem Umwelt-Portfolio sorgen wir für weniger CO₂-Emissionen bei Energieerzeugung, -übertragung und -verbrauch.

Ob in der Nutzung erneuerbarer Energien, in hocheffizienten Kraftwerken, beim verlustarmen Transport von Strom über weite Strecken oder in der energetischen Sanierung von Gebäuden: Mit dem größten Umwelt-Portfolio der Welt helfen wir, Kosten und Emissionen zu senken. So haben unsere Kunden bis 2009 schon 210 Millionen Tonnen CO₂ eingespart.

siemens.com/answers

SIEMENS

„100 Milliarden jährlich für die Energieforschung“



Ist Bjørn Lomborg vom Klima-Saulus zum Klima-Paulus konvertiert? Klaus Taschwer sprach mit dem dänischen Forscher über dessen Meinungswandel, neue Strategien gegen die Erderwärmung und warum es Geo-Engineering braucht.

STANDARD: Sie galten für viele als eine Galionsfigur der Klimaskeptiker. Mit Ihrem neuen Buch „Smart Solutions to Climate Change“ scheinen Sie nun das Lager gewechselt zu haben. Gab es bei Ihnen nun einen Wandel in Sachen Klimawandel oder nicht?

Lomborg: Nein, denn ich habe immer gesagt, dass der Klimawandel eine Realität ist. Ich habe aber auch immer dazugesagt, dass man das Problem mit dem Kioto-Protokoll und dessen ungeeigneten Strategien nicht lösen wird können. In den letzten Jahren eröffneten sich jedoch ganz neue und effizientere Möglichkeiten, dem Klimawandel beizukommen. Und die vertrete ich seit drei Jahren.

STANDARD: Beschönigen Sie da nicht Ihre frühere Haltung? Wie konnte es sein, dass Sie von Leuten wie IPCC-Chef Rajendra Pachauri mit Hitler verglichen wurden?

Lomborg: Das zeigt nur die unverständlichen Gegensätze in der Klimadiskussion. Es scheint nur zwei Positionen zu geben: Entweder man hält den Klimawandel für die größte Katastrophe seit Menschengedenken oder für einen Schwindel – als ob es dazwischen nichts gäbe. Als ich sagte, dass das Kioto-Protokoll Humbug sei, dachten alle, ich würde auch den Klimawandel leugnen. Das ist natürlich Quatsch. Genauso ist es aber auch ein Unsinn, wenn mich Leute jetzt mit Al Gore vergleichen. Alles, was ich seit drei Jahren sage, ist, dass es neue und klügere Wege gibt, etwas gegen den Klimawandel zu tun, und dass wir in die investieren sollten.

STANDARD: Und wie sehen diese neuen Wege aus?

Lomborg: Ich schlage vor, 100 Milliarden Dollar jährlich für die Energieforschung auszugeben, um viel effizienter und billiger erneuerbare Energie herzustellen. Das nämlich verspricht, hundertmal so effektiv zu sein wie die gegenwärtigen Maßnahmen. Das Hauptproblem heute ist nämlich, dass etwa Energie aus Solarmodulen noch viel zu teuer ist. Deshalb können es sich nur ein paar reiche Leute leisten, sie auf dem Dach zu montieren. Die allein werden den CO₂-Ausstoß nicht bremsen. Wenn aber Solarmodule und die Energie daraus erst einmal billiger werden als fossile Energieträger, dann haben wir gewonnen.

STANDARD: Ist das nicht eine etwas unsichere Wette auf die Zukunft?

Lomborg: Sie haben recht. Aber Sie dürfen nicht vergessen, dass auch die bisherigen politischen Maßnahmen Wetten auf die Zukunft waren, egal ob nun Rio 1992, Kioto 1997 oder jetzt die Maßnahmen der EU für 2020 und 2050. Und keines dieser Versprechen ist gehalten worden! Ich kann natürlich auch nicht versprechen, dass wir bei den Solarzellen in ein paar Jah-

ren die perfekte technische Lösung haben werden. Aber wenn Geld in die Erforschung und Entwicklung vieler verschiedener erneuerbarer Energieträger gesteckt wird, dann scheint mir die Chance sehr groß, dass ein Durchbruch gelingen wird. Und damit werden wir dann die Energie für das restliche 21. Jahrhundert erzeugen.

STANDARD: Soll das Geld nur in die Erforschung erneuerbarer Energien gehen?

Lomborg: Nein. Wir müssen auch in die Verbesserung der Energieeffizienz investieren, in die Entwicklung und Verbesserung von Atom- und Fusionsenergie, aber auch in Möglichkeiten zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid. Grundsätzlich reicht es dabei nicht, nur auf die geringfügige Verbesserung bekannter Technologien zu setzen, wie das Deutschland etwa mit den Solarmodulen gemacht hat. Das bringt nichts, weil die immer noch viel zu teuer sind.

STANDARD: Welche Rolle kommt dabei der öffentlichen Hand und welche den Firmen zu?

Lomborg: Es ist ähnlich wie in der medizinischen Forschung. Zuerst einmal brauchen wir Investitionen der öffentlichen Hand in die entsprechende Grundlagenforschung – pro Land etwa 0,2 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt. Und dann erst kommt die Industrie, die an der Vermarktung arbeitet.

STANDARD: Sie schlagen in Ihrem neuen Buch aber auch Maßnahmen des Geo-Engineering vor, also der absichtlichen Klimabeeinflussung. Warum das?

Lomborg: Wir haben dafür einige der weltweit kompetentesten Klimaökonomien gefragt, was die klügsten Methoden sind, um den Klimawandel zu stoppen. Ihrer Meinung nach sind das langfristig Investitionen in „grüne Energie“. Kurzfristig aber braucht es Geo-Engineering als eine Art „Thermostat der Welt“.

STANDARD: Was meinen Sie damit?

Lomborg: Es ginge da zum Beispiel darum, Wolken ein wenig heller zu machen, damit die mehr Sonnenlicht reflektieren. Mit solchen billigen Methoden könnten wir die Erderwärmung auf die Schnelle stoppen und uns einige Jahre „kaufen“, um geeignete Energietechnologien zu erfinden. Außerdem wäre Geo-Engineering eine Versicherung gegen mögliche katastrophale Auswirkungen des Klimawandels.

BJØRN LOMBORG (45) ist ein dänischer Politikwissenschaftler, Statistiker, Buchautor („Apocalypse No!“, „Cool It!“) und Filmemacher. Er lehrt an der Copenhagen Business School und leitet das Copenhagen Consensus Centre. Foto: AP

Interview-Langfassung: derStandard.at



Der Petermann-Gletscher ist ein im Nordwesten Grönlands gelegener, etwa 1300 Quadratkilometer großer Gletscher. Er speist sich vom Grönländischen Eisschild. „Ein besonderes Merkmal ist die etwa 70 Kilometer lange und 15 Kilometer breite im Wasser schwimmende Gletscherzunge, die in die Nare-Straße ragt, hier in rötlichen Farben auf einem Envisat-Radarbild zu sehen“, sagt Esa-Experte Josef Aschbacher. 2009 war das schwimmende Eis im Bereich dieses arktischen Gletschers 1295 Quadratkilometer groß. Im August 2010 verlor Pe-

termann 275 Quadratkilometer Eisfläche: Eine große Platte war abgebrochen. Keine der früheren Satellitenmessungen, beginnend im Jahr 1962, zeigt einen solchen massiven Rückgang des Gletschers. Dies ist mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Auswirkung der globalen Erwärmung. Denn das Klima der Arktis erwärmt sich doppelt so schnell wie im Welt-durchschnitt: Durch das Abschmelzen des hellen, Licht reflektierenden Eises erwärmen sich das darunterliegende Land und der Ozean schneller.

Mehr auf Seite 38

Foto: Esa

PANORAMA

Mordmotive Sex und Furcht vor Enttarnung

Berlin – Der mutmaßliche Doppelmörder von Bodenfelde hat der Staatsanwaltschaft seine Motive gestanden. Die 14-jährige Nina, die am Freitag unter großer Anteilnahme begraben wurde, hat der 26-jährige Jan O. demnach aus sexuellen Motiven attackiert und sie getötet, da sie sich gewehrt hat. Tage später brachte er den 13-jährigen Tobias um, da der sich in einem Waldstück nahe der Leiche des Mädchens aufhielt und sich der Täter entdeckt fühlte. (dpa)

Schon 30 Tote bei Einsatz in Rios Elendsviertel

Brasília – Mindestens 30 mutmaßliche Drogendealer sind seit Sonntag bei einer umfangreichen Polizeiaktion in dem von Banden kontrollierten Elendsviertel Vila Cruzeiro im Norden von Rio de Janeiro getötet worden. Die Aktion gleicht einem Krieg: Das Verteidigungsministerium stimmte dem Einsatz von zusätzlichen 800 Soldaten, zehn gepanzerten Fahrzeugen und zwei Hubschraubern zu. (AFP)

LEUTE

■ Formel-1-Tycoon **Bernie Ecclestone** (80) und Freundin **Fabiana Flosi** (31) wurden in London



überfallen. Vier Unbekannte raubten Schmuck im Wert von 240.000 Euro. Foto: AP
■ US-Präsident **Barack Obama** hat sich beim Basketballspielen verletzt. Seine Oberlippe wurde mit zwölf Stichen genäht. (red)

Für Präsidentschaftswahlen macht Haiti die Grenze dicht

Erstmals Frau als Staatsoberhaupt möglich

Port-au-Prince – In Haiti steigt die Anspannung vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am Sonntag. Zum ersten Mal könnte eine Frau Staatsoberhaupt des Karibikstaates werden. Doch Cholera, Gewalt und möglicher Betrug gefährden die Wahlen, die dem Land einen Neuanfang ermöglichen sollen. Bei den Abschlussveranstaltungen der Bewerber um die Nachfolge von Präsident René Préval wurden wie schon an den Vortagen Zusammenstöße zwischen den Anhängern der Parteien befürchtet. Aus Sicherheitsgründen hat Haiti für das gesamte Wochenende die Grenzübergänge zur dominikanischen Republik geschlossen.

Den jüngsten Umfragen zufolge liegt die 70-jährige Kandidatin Mirlande Manigat bei den Präsidentschaftswahlen weiterhin klar in Führung. Der Frau des früheren Präsidenten Leslie Manigat würden 36 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimmen geben. An zweiter Stelle der allerdings nicht sehr verlässlichen Erhebung liegt der Kandidat der Regierungspartei, Jude Celestin, der es auf 21 Prozent bringen würde, gefolgt von dem populären Musiker Michel Martelly und dem Unternehmer Charles Baker.

Damit würde eine Stichwahl zwischen den beiden führenden Kandidaten notwendig, da Manigat die absolute Mehrheit verfehlen würde. Zu den Protesten gegen die in Haiti stationierte UN-Mission Minustah in der vergangenen Woche sagte Manigat, es sei un-

verantwortlich, den sofortigen Abzug der Blauhelme zu fordern. Sie tritt für einen „progressiven“ Abzug ein. „Die Minustah erfüllt eine abschreckende Aufgabe und sorgt für Sicherheit“, sagte sie.

Die aus 10.000 Mann bestehende UN-Mission wurde 2004 in Haiti stationiert, um dem wirtschaftlich und politisch zerrütteten Land aus dem Chaos zu helfen. In New York teilten die UN mit, derzeit seien 400.000 Menschen von der Cholera-Epidemie bedroht, die am 19. Oktober in dem Karibikstaat ausgebrochen war. Sie forderten die internationale Gemeinschaft auf, ihre Hilfe für Haiti zu erhöhen. Laut haitianischen Gesundheitsbehörden starben bisher rund 1500 Menschen. Über 60.000 erkrankten.

Gegen den Vorwurf, die Cholera eingeschleppt zu haben, verteidigte sich die Uno neuerlich. Stichprobenartige Untersuchungen der haitianischen Behörden seien „negativ“ gewesen, sagte Minustah-Chef Edmond Mulet. Auch Tests, die aus Latrinen und Wasserspeichern des Stützpunktes der nepalesischen Blauhelme auf Haiti genommen und in der benachbarten dominikanischen Republik ausgewertet worden seien, hätten dasselbe Ergebnis.

Mulet hielt sich mit seiner Einschätzung dennoch zurück: „Ich kann nicht sagen, dass die Cholera nicht von den Minustah-Soldaten stammt, aber ich kann auch nicht sagen, dass sie von ihnen kommt, weil die Tests negativ waren.“ (dpa, red)

Nahrung und Gas von einem Feld CHRONIK Seite 20Abfahrer Walchhofer im Gespräch SPORT Seite 22

derStandard.at/Inland

„Mir ist egal, was sich zwei beim Wein ausmachen“

Der steirische Landeshauptmann hält seinen Kollegen Erwin Pröll und Michael Häupl eine Standpauke. Sie sollten weniger überheblich, dafür reformwilliger werden, sagte **Franz Voves** im Gespräch mit **Walter Müller**.

STANDARD: Herr Landeshauptmann: Wer regiert eigentlich Österreich?

Voves: Ganz eindeutig: die Bundesregierung. In Österreich gibt es die klare politische Führungsspitze Kanzler und Vizekanzler.

STANDARD: Und das Schattenkabinett der Landeshauptleutekonferenz. Man hat bisweilen den Eindruck, die Landeshauptleute halten sich eine Bundesregierung, denken nur an ihren Machterhalt und blockieren deshalb notwendige Reformen.

Voves: Mir tut das Bild, das die Landeshauptleutekonferenz aktuell wirft, wirklich weh. Weil es nicht stimmt. 90 Prozent der Landeshauptleute sind absolut reformwillig. Alle Macht an die Länder: Das ist nicht mein Thema. Wir leben im 21. Jahrhundert, im vereinten Europa, und da braucht es moderne sinnvolle Reformen, auch in der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Wir Spitzenpolitiker Österreichs müssen endlich zeigen, dass wir fähig sind, Reformen umzusetzen. Deswegen sollen wir auch unbedingt eine Schulverwaltungsreform umsetzen.

STANDARD: Aber gerade hier, beim Thema Bildung, wird manifest, dass ohne die Länder nichts geht. Und dass die Länder anscheinend vordringlich an Machtfragen interessiert sind.

Voves: Ich fühle mich von dieser Kritik nicht betroffen. Ich will Reformen. Man kann nicht die Folgen der Wirtschaftskrise nur auf den Schultern der Bürger abladen. Die Bevölkerung wird dann ihren Beitrag besser verstehen, wenn sie sieht, dass auch hunderte Millionen Euro über Reformen im Bereich Schule, Spitäler und öffentliche Verwaltung von der Politik eingespart werden. Denn damit könnte man sich unter Umständen Kürzungen im Familienbereich im wahrsten Sinn des Wortes ersparen.

STANDARD: Aber gerade dieser von Ihnen beschworene Reformwillen ist bei den Landeshauptleuten nicht wirklich erkennbar. Woran liegt es wirklich, dass nichts passiert?

Voves: Vereinzelt mag es persönliche Sensibilitäten, beziehungsweise Machtdenken geben.

STANDARD: Sie meinen die beiden mächtigen Landeshauptleute Erwin Pröll aus Niederösterreich und Michael Häupl aus Wien?

Voves: Ich glaube, dass jene, die ich meine, sich ohnedies angesprochen fühlen werden.

STANDARD: Na ja, Tatsache ist, dass beide die Zügel in der Hand haben. Das im Vorfeld von den Landeshauptleuten diskutierte Thema Lehrer wurde von Pröll erst gar nicht auf die Tagesordnung der Landeshauptleutekonferenz genommen?

Voves: Ich habe jedenfalls in unserer Fraktion einen Kompromissvorschlag für das Thema Schul-

verwaltung eingebracht und hoffe, dass die Diskussion darüber weitergeht. Die Landeshauptleute Pröll und Häupl meinen ja auch, dass die Diskussion weitergeführt werden soll.

STANDARD: Aber nicht über Ihren Kompromissvorschlag – zum Beispiel Abschaffung der Landeschulräte und Einrichtung von Bildungsdirektionen. Bürgermeister Michael Häupl, Ihr Parteifreund, hat sich über Sie und Ihren Beitrag nicht gerade freundlich geäußert.

Voves: Dem Kollegen Häupl möchte ich ausrichten: Wenn man als einziger SPÖ-Landeshauptmann zu einem Gespräch mit der Bundesministerin nicht erscheint, wo unter anderem dieser Vorschlag drei Stunden mit der SPÖ-Spitze besprochen wurde und er nur eine Vertretung hinschickt und dann von nichts weiß, dann muss es ein internes Kommunikationsproblem in Wien geben. Selbst Vorarlbergs VP-Landeshauptmann Sausgruber kennt meinen Vorschlag.

Was ich ganz generell in Richtung Wien sagen möchte: Es gibt durchaus Menschen in der sogenannten Provinz mit politischem Instinkt. Vielleicht wäre es manchmal ganz gut, wenn man nicht immer überheblich in die Länder schauen würde. Es wäre vielleicht ab und zu gut, wenn man auch den durchaus Erfolgreichen in der sogenannten Provinz etwas mehr Gehör schenken würde.

STANDARD: Warum ist Ihr Partei-



Spitzenpolitiker sollten endlich beweisen, dass sie Reformen anpacken und auch Lösungen zustande bringen können, sagt der steirische Landeshauptmann Franz Voves.

Foto: Kucek

freund Häupl eigentlich so patzig Ihnen gegenüber? Haben Sie ihn irgendwann beleidigt?

Voves: Bisher hatte ich nur das beste Einvernehmen mit meinem Kollegen Häupl. Das höhnische Lachen über meinen Kompromissvorschlag zum Thema Schulverwaltung war jedoch einigermaßen unangebracht.

STANDARD: Sie meinen also gekränkte Eitelkeit?

Voves: Ausrutscher passieren jedem einmal.

STANDARD: Haben Sie grundsätzlich den Eindruck, dass die Bundesländerpolitiker generell von Wien und Niederösterreich mit einer gewissen Geringschätzung bedacht werden und sie sich hinten anstellen müssen, während Häupl und Pröll das Wort führen?

Voves: Über dieses Bild müssen Häupl und Pröll einmal selbst

nachdenken. Die beiden sollen sich auch einmal überlegen, wie sie mit der Macht umgehen, die ihnen gegeben wurde. Es geht auch um das Ansehen von Politik und der Spitzenpolitiker. Mir ist es völlig egal, was zwei sich bei einem Wein ausmachen. Aber wenn sie glauben, dass sie allein Österreich darstellen, dann melde ich mich halt zu Wort.

Nicht aus einem Macho-Gehabe, sondern weil ich 1,2 Millionen Steirerinnen und Steirer zu vertreten habe. Diese gegenseitige Akzeptanz ist sehr wichtig.

Ich akzeptiere selbstverständlich auch meinen Kollegen in Kärnten, er ist gewählter Landeshauptmann der Kärntnerinnen und Kärntner, und es gebietet, gegenseitig Respekt zu haben, dass wir uns gleichwertig sehen. Auch Kanzler und Vizekanzler haben es nicht notwendig, an der Hand geführt zu werden.

STANDARD: Haben Sie schon einmal die Schaffung einer „West-Achse“ unter Landeshauptleuten überlegt?

Voves: Die Landeshauptleutekonferenz war bisher inhaltlich und atmosphärisch eine ganz wichtige Plattform, wo wir unsere Überlegungen aus Sicht der Länder gemeinsam diskutiert haben und immer wieder gute Vorschläge an den Bund herantragen. Das soll so bleiben. Es ist ein ganz wichtiges Gremium, das sich nicht auseinanderdividieren lassen sollte. Dazu ist es aber notwendig, dass Einzelne nicht glauben, dass sie nicht Gleiche unter Gleichen sind.

FRANZ VOVES (57) startete 2010 seine zweite Periode als Landeshauptmann der Steiermark. Der ehemalige Eishockeycrack und Finanzmanager wurde 2002 Parteichef der Landes-SPÖ. Seitdem meldet er sich immer wieder bundespolitisch mit Forderungen nach „Verteilungsgerechtigkeit“ zu Wort.

200
Kilo CO₂ kann man einsparen – wenn man seine Flüge pro Jahr um nur eineinhalb Stunden reduziert.



EVN

Von Erfahrung profitieren.

Meine EVN macht's möglich.

Bereits seit 30 Jahren vertraut Niederösterreich auf die Beratung der EVN. Als wichtigster Energieanbieter in unserem Bundesland tragen wir eine große Verantwortung, denn wir wissen: Energie ist Leben und schafft Lebensqualität. Darum garantieren wir durch modernste Infrastruktur und mit 26 EVN Kundenzentren in Ihrer Nähe eine sichere Grundversorgung.

Mehr als 2.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind täglich darum bemüht, Sie effizient und nachhaltig mit Strom, Gas, Wärme und Wasser zu versorgen. Auch bei Fragen oder Problemen stehen Ihnen jederzeit unsere kompetenten Berater zur Seite, von deren Erfahrung Sie jetzt gleich doppelt profitieren können. Denn eine vernünftige Energienutzung ist nicht nur für die Umwelt gut, sondern auch für Ihre Geldtasche. Wir zeigen Ihnen, wie Sie mit einer fundierten

Untersuchung der Außenhülle Ihres Hauses Ihre Heizkosten um bis zu 40% reduzieren können. Durch eine Analyse der Wärmebilder werden Schwachstellen erkannt und gezielt Verbesserungen empfohlen.

Thermografie-Herbstaktion „3 für 2“ nutzen und 300 Euro sparen

Melden Sie sich gemeinsam mit zwei EVN Energiekunden/innen in Ihrer Nachbarschaft zu einer thermografischen Messung an und bezahlen Sie statt 900 Euro jetzt nur 600 Euro inkl. USt.

Für weitere Informationen zur Aktion und Durchführung der Thermografie erreichen Sie uns unter dem **EVN Servicetelefon 0800 800 100** oder Sie besuchen uns auf unserer Website www.evn.at. Natürlich können Sie Ihre Anfrage gerne per E-Mail an info@evn.at schicken. **Meine EVN macht's möglich.**

„In Wahrheit steht die Uno auf dem Prüfstand“

Umweltminister **Nikolaus Berlakovich** (ÖVP) wird Österreich in Cancún beim Klimatreffen vertreten. Mit **Saskia Jungnikl** sprach er über seine Erwartungen und warum bei manchen Ländern das Machtgefühl vor dem Klimaschutz steht.

STANDARD: Herr Minister, die Erwartungen an den Klimagipfel in Cancún sind nach dem Nichtergebnis in Kopenhagen gering. Was wäre für Sie ein Erfolg?

Berlakovich: Die Bedingungen haben sich seit Kopenhagen noch verschlechtert. US-Präsident Barack Obama hat in seinen Gremien nicht mehr die Mehrheit, damit steht die Ampel für ein einheitliches Klimagesetz auf rot. Die Frage, wie es mit dem Kioto-Protokoll weitergeht, ist völlig offen. Das ist schlimm genug. Daher müssen zumindest in Teilbereichen Erfolge erzielt werden.

STANDARD: Wo zum Beispiel?

Berlakovich: Wo wir Chancen haben, ist etwa bei Reed + , der Rettung des Regenwaldes, Finanzierung oder Technologieaufbau.

STANDARD: Selbst wenn man in Teilbereichen arbeitet, stellt sich die Frage: Wie sinnvoll ist es, wenn etwa die USA oder China nicht mitziehen? Beide Länder zählen zu den Hauptverursachern der Klimaverschmutzung.

Berlakovich: In Wahrheit steht die UNO auf dem Prüfstand. Sie muss ein Format schaffen, wo man alle ins Boot holt. Denn was die Menschen zu Recht nicht verstehen, ist: Wieso sollen wir Klimaschutz machen, wenn die großen Verursacher nicht helfen? Das ist die Schwäche beim Kioto-Protokoll, wo nur manche Industrieländer beteiligt sind und Verpflichtungen haben, China und die USA aber nicht.

STANDARD: Inwieweit haben die einflussreichen Schwellenländer wie China, Brasilien, Südafrika und Indien recht, wenn sie die internationalen Verhandlungen blockieren? China spricht von einer „historischen Verantwortung der Industrieländer“, die während ihres Auf-



Umweltminister Nikolaus Berlakovich sitzt lieber auf der sicheren Seite: Auch wenn es Zweifel am Klimawandel gibt, sei es „klüger, sich vorzubereiten, als in ein paar Jahrzehnten Probleme zu bekommen. Das ist doch vernünftig. Nicht?“

Foto: Cremer

schwung wenig an Klima gedacht haben, das nun aber von den Schwellenländern erwarten.

Berlakovich: Die Schwellen- und Entwicklungsländer haben insofern recht, als sie eine wirtschaftliche Entwicklungsperspektive brauchen. Andererseits müssen sie nicht unsere Fehler machen. Sie haben bessere Technologien zur Verfügung, etwa beim Bau eines Kraftwerks: Technologien, die Europa vor 50 Jahren noch nicht hatte. Somit kann sauberer produziert werden.

STANDARD: In Kopenhagen wurden den Ländern Milliardenhilfen zugesagt, damit sie die Anpassung an die Folgen des Klimawandels bezahlen können.

Berlakovich: Bis jetzt liegt nur ein kleiner Prozentsatz auf dem Tisch – wo ist Österreich in seinen Zahlungen?

Berlakovich: Es gab eine Einigung der EU-Staatschefs für eine schnelle Finanzierung für die ers-

ten drei Jahre. Eine langfristige ist noch offen, auch darum wird es in Cancún gehen. Die EU und Österreich sind bereit, Geld in die Hand zu nehmen. Österreich zahlt 120 Millionen Euro, in Summe sind es 30 Milliarden US-Dollar. Aber es ist nur teilweise Geld geflossen, das stimmt. Es muss klar sein, wofür das Geld verwendet wird.

STANDARD: Es spießt sich an den Rahmenbedingungen?

Berlakovich: Es geht um einen Kapazitätsaufbau, und es braucht einen rechtlichen Rahmen. China sagt, wir wollen uns zu nichts verpflichten, wir wollen Klimaschutz freiwillig machen und uns nicht kontrollieren lassen. So geht es nicht, wenn internationales Geld im Spiel ist.

STANDARD: Wie geht es denn?

Berlakovich: Die Politik, die politischen Akteure, spielen eine wich-

tige Rolle. Bei der UNO-Artenschutzkonferenz in Japan haben nach zähen Verhandlungen um elf Uhr in der Nacht Kuba, Bolivien und Venezuela Einspruch eingelegt. Es hat so ausgesehen, als würde die mühsam erarbeitete Einigung zwischen 193 Staaten nun kippen. Das war Wahnsinn. Dann hat sich herausgestellt, dass die nur formale Dinge kritisierten. Es ging darum, Stärke zu demonstrieren, sich zu profilieren.

STANDARD: Klimaverhandlungen als Machtdemonstration?

Berlakovich: Da ist es nicht um Klimaschutz gegangen, sondern um Macht. Es hat niemand China oder Indien schlecht behandelt. Das ist eine Frage der Uno, wie sie es schafft, in einem internationalen Format Fortschritte zu erzielen.

STANDARD: Wäre der Aufbau einer Weltklimabank eine gute Idee?

Berlakovich: Das ist eine Möglichkeit. Aber was keinen Sinn macht, ist, dass man neue Strukturen aufbaut, die Bürokratie und Geld verschlingen und nicht direkt dem Klimaschutz zugute kommen.

STANDARD: Kritiker sagen, der Klimawandel sei eine Erfindung, die Erde erwärme sich so oder so.

Berlakovich: Selbst bei Zweifeln: Stellen Sie sich vor, Sie machen einen Winterspaziergang und stehen vor einem zugefrorenen Teich. Zwei Experten sind dort: Der eine sagt, Sie können bedenkenlos rübergehen, das Eis ist dick genug. Der zweite sagt, da können Bruchstellen sein. Was machen Sie? Sie können dem glauben, der sagt, Klimawandel gibt es nicht, über den Teich gehen und einbrechen. Oder Sie gehen um den Teich, weil Bruchstellen da sein könnten. Das ist doch vernünftiger. Nicht?

STANDARD: Vermutlich.

Berlakovich: Es ist klüger, sich vorzubereiten und auf der sicheren Seite zu sein, als in ein paar Jahrzehnten enorme Probleme zu bekommen. Schließlich geht es um die Zukunft der Erde.

NIKOLAUS BERLAKOVICH war Abgeordneter im burgenländischen Landtag, ab 2005 auch Umwelt-Landesrat. Seit 2008 ist er Landwirtschaftsminister.



KURZ GEMELDET

Einkommensschere schließt sich ein wenig

Wien – Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen hat sich im Vorjahr ein wenig geschlossen. Verdienten Männer im Jahr 2008 noch um 34,1 Prozent mehr als Frauen, so ist diese Zahl im Vorjahr auf 31,8 Prozent gesunken – das geht aus der aktuellen Lohnsteuerstatistik der Statistik Austria hervor. (APA)

FPK-Abgeordnete dürfen in den FPÖ-Klub

Wien – Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ) akzeptiert den Entschluss von drei Kärntner Freiheitlichen im Parlament, dem FPÖ-Klub beizutreten. Allerdings: Auch angesichts früherer Wechsel beauftragt Prammer nun bei der Parlamentsdirektion eine Gesetzesänderung, die künftig klare Regeln für solche Fälle vorsieht. Derzeit gebe es nämlich viel Interpretationsspielraum bei Übertritt. Der FPÖ-Klub im Parlament ist mit den Wahlen in Wien und der Steiermark sowie dem Beitritt der Kärntner FPK-Mandatäre insgesamt um rund 254.000 Euro pro Jahr reicher geworden. (nw)

Stöger ringt um Kompetenzen

Minister verhandelt mit den Ländern um Spitäler

Wien – Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ) hat noch einen Anlauf genommen, den Bundesländern seine Pläne für eine Verschiebung der Spitalskompetenzen in Richtung Bund näherzubringen. Am Freitag setzte sich Stöger mit den Landesgesundheitsreferenten zusammen. Die Reaktionen in der Bundesgesundheitskommission waren zwiespältig: Aus der SPÖ kam Zustimmung, aus der ÖVP Ablehnung.

Stöger will ein Bundes-Krankenanstaltengesetz anstelle der bisherigen Landesgesetze schaffen und damit einheitliche Rahmenbedingungen für das Zusammenspiel von Spitälern, Gruppenpraxen und niedergelassenen Ärzten durchsetzen. Geld vom Bund soll nur noch fließen, wenn sich die Spitäler an gemeinsam definierte Zielvorgaben halten. Damit will der Minister die Kostenexplosion bei den Spitälern in den Griff bekommen. Spitäler sollen dabei nicht geschlossen werden.

Nach der Sitzung sprach Stöger von einem „positiven Echo“, kom-

mende Woche gebe es eine erste Verhandlungsrunde. Es sei anerkannt worden, dass man mehr Abstimmung untereinander brauche. Niederösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka (ÖVP) bedauerte immerhin, dass er den Vorschlag des Ministers in einer ersten Reaktion als „Rülpser“ abgetan hatte, für Stögers Optimismus hat er aber wenig Verständnis.

Breite Zustimmung erhielt der Minister in der Kommission (in der auch Vertreter von Sozialversicherungen, Kammern, Wirtschaftsministerium, Städte- und Gemeindebund und Bischofskonferenz sitzen) für eine Aktualisierung des Strukturplans Gesundheit. Im ÖSG 2010, der mit nur einer Gegenstimme akzeptiert wurde, wurde ein erster Schritt zur Spitalsplanung über Landesgrenzen hinaus gesetzt. Überregionale Referenzspitäler sollen demnach komplexe Behandlungen anbieten, kleine wohnortnahe Krankenhäuser für die Grundversorgung zuständig sein. (APA)



HILFSWERK ENQUETE 2010

WAS BRAUCHEN UNSERE JÜNGSTEN?

Bindung und Bildung in der Kinderbetreuung Unter-3-Jähriger.

Donnerstag, 2.12.2010, 10.00–14.30 Uhr
Altes Rathaus, Wipplingerstraße 6-8, 1010 Wien

Fabienne Becker-Stoll (Staatsinstitut für Frühpädagogik, München),
Lieselotte Ahnert (Institut für Entwicklungspsychologie, Universität Wien),
Andrea Gottweis (Familienbund), Sybille Pirklbauer (Arbeiterkammer),
Maria Dippelreiter (Unterrichtsministerium), Martina Genser-Medlitsch (Hilfswerk)

Programm und Anmeldung
http://eventmaker.at/hilfswerk/hilfswerk_enquete_2010,
office@hilfswerk.at oder 01/404 42-0. Teilnahme kostenlos.



S-VERSICHERUNG
VIENNA INSURANCE GROUP

BAUSPARKASSE

ERSTE SPARKASSE
In jeder Beziehung zählen die Menschen.



Ungeliebte Windkraft: In Deutschland wird pro Kopf doppelt so viel Windenergie installiert wie in Österreich. Die Förderpöppe für Wind und Fotovoltaik sind auf Jahre hinaus ausgeschöpft.

Foto: Martin Fuchs

Energiepolitik im Windschatten der Budgetrede

Bei Biomasse-Feuerungen kann Österreich international mithalten, bei solarer Wärmeerzeugung auch. Aber der Ausbau von Fotovoltaik und Windenergie scheitert an einer in alten Bahnen verfestigten Energiepolitik.

Conrad Seidl

Wien – Wenn Finanzminister Josef Pröll seine Budgetrede hält, wird kaum darauf geachtet, was da sonst auf der Tagesordnung steht. Tatsächlich soll im Windschatten der Budgetdebatte eine Novelle zum Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz beschlossen werden. Hinter dem Wortungem, meist abgekürzt als Elwog, verbirgt sich eine langfristig problematische Festschreibung einer überkommenen Energiepolitik, fürchtet Gerhard Heilingbrunner, Präsident des Umweldachverbands (UWD).

Nachdem die Novelle vorigen Freitag vom Wirtschaftsausschuss durchgewunken wurde, soll ein Abänderungsantrag in der Parlamentsdebatte Verschärfungen zu Lasten der Natur bringen, sagt Heilingbrunner. Die E-Wirtschaft wünscht sich nämlich eine bevorzugte Behandlung für Kraftwerks- und Leitungsbauprojekte – und wenn die FPÖ (wie schon bisher im Ausschuss) mitspielt, wird es dafür auch eine Verfassungsmehrheit geben.

„Damit wird eine Energiepolitik in den alten Bahnen des thermohydraulischen Verbunds fortgesetzt – man plant, neue Gaskraft-

werke mit 2500 Megawatt (MW) zu bauen. Den Ausbau der erneuerbaren Energien dreht man aber mit fadenscheinigen Argumenten ab“, klagt der UWD-Präsident.

Auch der Vorsitzende des Biomasseverbands, Horst Jauschnegg, übt massive Kritik an den klimafeindlichen Wirkungen der österreichischen Politik: „Wenn man erneuerbare Energien ausbauen will, dann müssen fossile Energieträger zurückgedrängt werden. Bei uns aber wird gern der Eindruck erweckt, Ökostrom sei zu teuer. Die Kosten dafür stehen auf der Stromrechnung. Über die Kosten von Emissionszertifikaten wird nobel geschwiegen.“

Die – je nach Dollarkurs – acht bis zehn Milliarden Euro, die jährlich für den Import fossiler Energie aufgewendet werden, ließen sich besser in Alternativenergie investieren, meint der Vertreter

der Energie aus nachwachsenden Energieträgern.

Tatsächlich hat Österreich im Bereich der Wärmeproduktion aus Biomasse große Fortschritte gemacht. Der Bruttoenergieverbrauch, also die produzierte Menge an Bioenergie konnte in Österreich von 2005 bis 2010 um 30 Prozent gesteigert werden. Der Anteil der Bioenergie am Gesamtenergieverbrauch stieg von 10,7 Prozent im Jahr 2005 auf 15 Prozent im Jahr 2009.

750.117 Hauptwohnsitze werden mit Biomasse geheizt.

„Bei der Fotovoltaik sieht es dagegen finster aus“, sagt Heilingbrunner: Im Vorjahr wurden öster-

reichweit nur 20 MW Fotovoltaikanlagen installiert – „selbst im als Atomland verschrienen Tschechien war es 20-mal so viel“, ärgert sich der UWD-Präsident.

In Bayern trägt die Solarenergie drei Prozent zur Stromversorgung bei, das Tausendfache des österreichischen Wertes.

Und während Deutschland sowohl Windenergie als auch Fotovoltaikanlagen kräftig ausbauen will, steht Österreich auf der Bremse: Die Fördermittel für Windanlagen sind bis ins Jahr 2014 bereits jetzt ausgeschöpft. An neuen Fotovoltaikanlagen sind für das kommende Jahr nur 14 MW geplant.



SPÖ schließt für die Schule ihre Reihen

Parteipräsidium betont Nein zu Verländerung der Lehrerkompetenzen

Lisa Nimmervoll

Wien – So kann man ein Nein zu einer Verländerung aller Lehrer auch bekräftigen: Indem man in ein Positionspapier hineinschreibt, dass der Bund künftig den Einsatz der Pflichtschullehrer mit einem einheitlichen Landeslehrer-Controlling genau überprüfen will. Immerhin ist er ja der Finanzier. Wer ein Landeslehrer-Controlling braucht, geht aber auch davon aus, dass es auch in Zukunft Landeslehrer (in den Pflichtschulen) und Bundeslehrer (in den mittleren und höheren Schulen) geben wird. Dass also alles beim Alten bleibt, was die Zuständigkeit für die Lehrer betrifft.

Des Teufels Finessen

Die SPÖ positionierte sich am Freitag bei einer Präsidiumssitzung klar gegen eine Verländerung der Lehrer – auch die roten Landeshauptleute, wie Bundeskanzler und SPÖ-Chef Werner Faymann sagte: „Die gesamte SPÖ steht dahinter.“ Wirklich alle und voll und ganz? Faymann: „Der Teufel steckt im Detail.“ Es gebe „natürlich Finessen“, aber die werde man „wegheben, damit wir nicht gestoppt werden auf dem Weg zur neuen Schule“.

Auch für Unterrichtsministerin Claudia Schmied ist das Thema Verländerung „abzuhaken, insofern als die Bundeslehrer nicht zu den Ländern kommen“. Die neue Schule, die die SPÖ ansteuert, ist eine gemein-

same Schule, betonte Schmied. Sie freut sich zwar über die Sehnsucht der VP Salzburg nach der Neuen Mittelschule, „wenn sie aber gleichzeitig daneben die AHS-Unterstufe einzementieren wollen, ist das nicht das Ziel“.

Ein Ziel ist die Abschaffung der Bezirksschulräte. Dazu soll dem Westen das

„Modell Osten“ schmackhaft gemacht werden: Wien, Burgenland, Nieder- und Oberösterreich haben die Verwaltung der Landeslehrer bereits aus ihrem Amt der Landesregierung an den Landesschulrat (eine Bundesbehörde) übertragen. „Lockmittel“ dafür: „großes Einsparpotenzial“ in den Landesregierungsämtern.

Salzburger VP weicht ab

Landespartei setzt ganz auf Neue Mittelschule

Salzburg – Die Neue Mittelschule österreichweit, flächendeckend einführen, die Hauptschule abschaffen, Ganztagesformen ausbauen und die achtjährige AHS mit Spezialangeboten und Aufnahmeverfahren aufwerten – so lauten, kurz gefasst, die bildungspolitischen Ziele der Salzburger ÖVP.

Landesparteichef Wilfried Haslauer verlangt in der Schuldebatte, dass „beide großen Parteien ihre einzementierten Positionen auflockern“. Die Salzburger ÖVP meint, mit ihrem am Freitag präsentierten Bekenntnis zur Neuen Mittelschule ihren Teil dazu beigetragen zu haben.

Aus Sicht der Salzburger ÖVP soll die neue Mittelschule ohne Leistungsgruppen auskommen und nach dem Lehrplan eines Realgymnasiums geführt werden. Ab der dritten Klasse soll eine zweite lebende

Fremdsprache dazu kommen. Die „Langform“ der AHS sei notwendig, um Spezialschulen, wie etwa neusprachliche Gymnasien mit fünf Fremdsprachen, zu ermöglichen. Auch das Polytechnikum (9. Schulstufe) für jene, die nicht in eine AHS oder BHS wechseln, will man reformieren und auf zwei Jahre ausbauen.

Haslauer sieht in den nächsten fünf Jahren ein „Zeitfenster“ für eine umfassende Schulreform. Da mehr als 40 Prozent der Lehrer in Pension gingen, würden durch die mit einem geringeren Anfangsgehalt arbeitenden Junglehrer Mittel für die Reform frei.

Mit der Bundespartei sind die Ideen nicht akkordiert. Nach eigenen Angaben hatte Haslauer diese nicht einmal ÖVP-Bundesobmann Josef Pröll unterbreitet, obwohl dieser diese Woche in Salzburg weilte. (neu)

NACHHALTIG BESSER

CO₂ - H₂O - + +

Wie kann diese Milch einen Erdbeben verhindern?

Durch den sorgfältigen und nachhaltigen Umgang mit der Natur fördern die Zurück zum Ursprung-Bergbauern wertvolle Tier- und Pflanzenarten sowie Lebensräume. Verschiedenste Pflanzen mit vielfältigen tiefen und flachen Wurzelarten halten die Böden fest und feucht. So trotzen sie den Schwankungen und Unwettern, die das veränderte Klima mit sich bringt, zum Beispiel als natürlicher Schutz vor Erdbeben. Bio, das weiter geht, ist eben nachhaltig besser. Danke, dass Sie mitgehen! Mehr unter www.zurueckzumursprung.at

zurück zum Ursprung

Exklusiv bei **Hofer**

SO WEIT MUSS BIO GEHEN.

Koalition legt Sonderschichten für das Budget ein

Bis spät in die Nacht wurde über „Abschleifungen“ beim Budget verhandelt. Die Details der Einigung will Finanzminister Josef Pröll am Dienstag verkünden. Am Samstag wird schon vorsorglich dagegen demonstriert.

Wien – Bis zum Wochenende wurde in Sonderschichten verhandelt: Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) wollte sein Budget noch am Freitag fertig haben. Insbesondere Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) waren gefordert, ihnen standen die Staatssekretäre und Klubobmänner bei. Pröll wurde beigezogen, Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) ließ sich berichten.

Letztendlich ging es um technische Details. Wie man etwa alle Ausnahmen festschreibt, die einen Bezug der Familienbeihilfe bis 26 weiterhin möglich machen. Am Dienstag will Pröll die Details der Abmilderungen bekanntgeben. Erst ist Ministerrat, danach wird Pröll im Parlament seine Budgetrede halten.

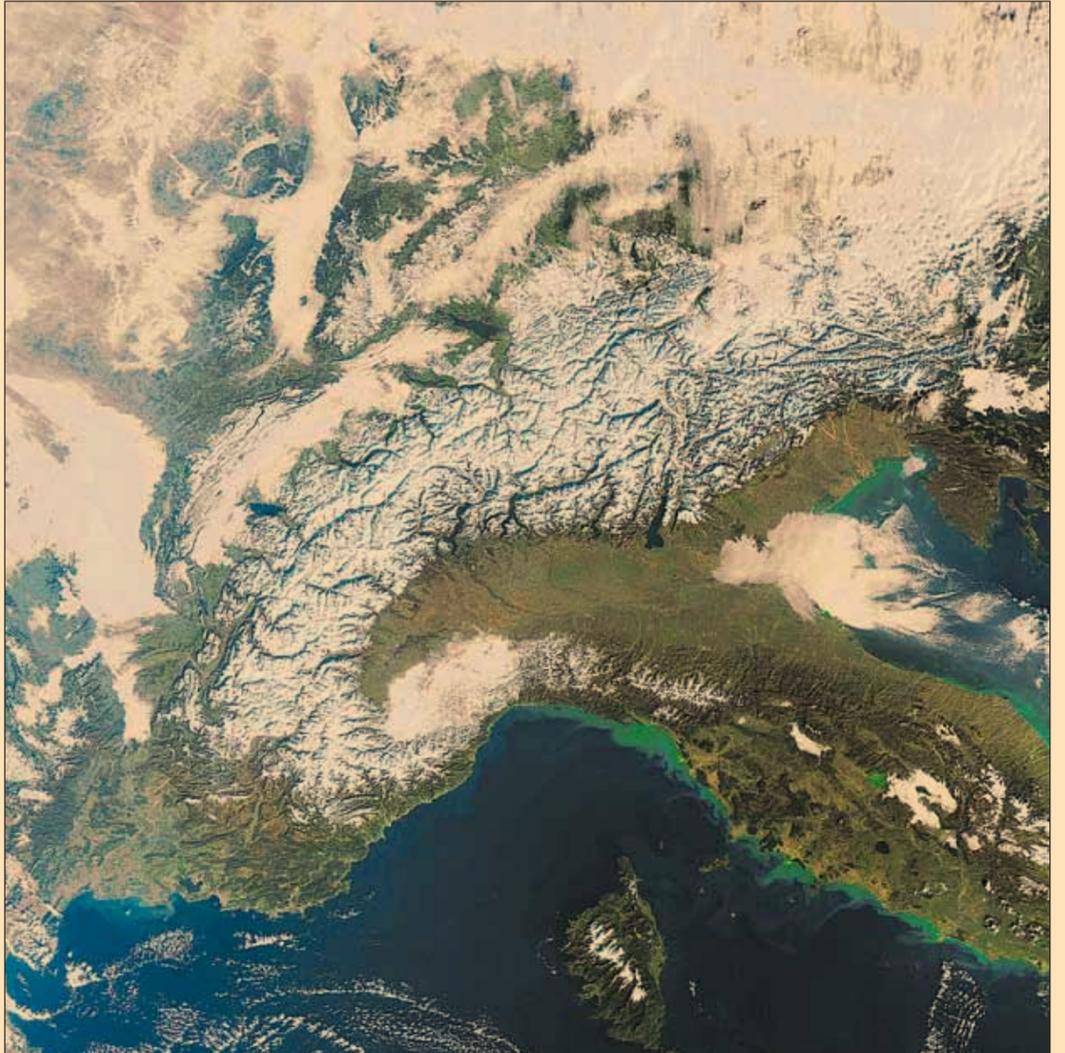
Neben der Lockerung bei der Familienbeihilfe wird es auch bei der geplanten Streichung des Mehrkindzuschlags zu Änderungen kommen: Der Zuschlag soll erhalten bleiben, wird allerdings reduziert werden. Kein Einlenken der Regierung gibt es bei der Streichung des Alleinverdienerabsetzbetrages für Paare, die keine Kinder mehr zu betreuen haben: Davon sind vor allem Pensionisten betroffen, deren Vertreter dagegen wütend protestiert haben – offenbar vergeblich.

Spannend wurde es noch einmal bei der Hacklerregelung: Die ÖVP wollte dem Vorschlag von Sozialminister Hundstorfer so nicht hinnehmen, gab sich aber nicht allzu optimistisch. Die Koalition werde man deswegen nicht platzen lassen, hieß es. Zu argumentieren sei die Festschreibung der Hacklerregelung aber nicht. Pröll kritisiert, dass durch die Hacklerregelung auch 2050 noch Mehrkosten von 105 Millionen

Euro anfallen würden. Seitens der SPÖ gab es aber keine Bereitschaft, hier noch Änderungen vorzunehmen.

Auf „Einsicht der Politiker“ hofft der Präsident des Katholischen Familienbandes, Clemens Steindl. Er ist einer der Mitinitiatoren der Demonstration „Zukunftsbudget“, die am Samstag um 13 Uhr in Wien bei der Urania startet. Mehr als 70 Organisationen haben sich zusammenschlossen, um „substantielle Änderungen“ bei den geplanten Einsparungen zu erwirken.

Das Parlament wird das Budget jedenfalls noch bis Weihnachten beschäftigen. Einig sind sich die Fraktionen, dass am Mittwoch die erste Generalaussprache über den Haushaltsvorschlag der Regierung stattfinden soll. Laut Parlamentspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ) gibt es allerdings noch unterschiedliche Auffassungen darüber, wie die Sitzungen kurz vor dem Budgetbeschluss zu gestalten sind. Anberaumt sind drei Debatten im Plenum vom 20. bis zum 22. Dezember – Streitpunkt ist allerdings, ob die Sitzungen als eine gewertet werden. Denn dann könnten die Oppositionsparteien nur am ersten Tag diverse parlamentarische Instrumente wie etwa „dringliche Anfragen“ anwenden. (juh, nw, vö1)



Die schneebedeckten Alpen: Die Schneedecke ist einer der wichtigsten Parameter für die Analyse des Klimawandels. „Mithilfe von Bildern, aufgenommen zu unterschiedlichen Zeiten, können Forscher langfristige, kontinuierliche und homogene Zeitreihen über die Auswirkungen des Klimawandels ab-

rufen, etwa zur Gletscherschmelze“, erläutert Josef Aschbacher von der Europäischen Weltraumbehörde Esa. Wie relevant diese Daten sind, zeigt sich an der Tatsache, dass die Alpengletscher in den letzten 150 Jahren um die Hälfte kleiner geworden sind. Mehr auf Seite 38

Foto: Esa

Tropische Mücken auf dem Weg nach Europa

Exotische Tropenkrankheiten breiten sich klimabedingt immer weiter Richtung Norden aus

Kurt de Swaaf

An den Symptomen erkennt man die Seuche kaum. Abgeschlagenheit und Fieber, gefolgt von Kopf- und Gliederschmerz sind die häufigsten Anzeichen. Eine ganz normale Grippe? In diesem Fall nicht. Was manchen Mediziner stutzig machen könnte, sind die seltsamen Hautausschläge, die zu Beginn der Erkrankung an den Armen und Beinen einiger Betroffenen auftreten. Nur ein gezielter Antikörpertest kann dann Klarheit schaffen. Ein positiver Befund bedeutet: Dengue-Fieber. Eigentlich handelt es sich bei

diesem von Viren ausgelösten Leiden um eine typische Tropenkrankheit, doch seit diesem Sommer kommt das Dengue-Virus offenbar auch in Europa vor. Im südfranzösischen Nizza wurden zwei Menschen infiziert, die nicht zuvor in tropischen Regionen gewesen waren, und im vergangenen Monat brachte ein deutscher Urlauber die Krankheit als ungewolltes Reiseandenken aus Kroatien mit. Die Erreger werden von Mücken der Gattung Aedes übertragen. Man bezeichnet diese deshalb als Vektor.

Die drei bekanntgewordenen europäischen Dengue-Patienten

sind höchstwahrscheinlich von Tigermücken (*Aedes albopictus*) gestochen worden. Sie stammen aus Südostasien und breiten sich seit 1979 auf unserem Kontinent aus.

Klimaänderungs-Profiteure

Das Auftreten des Dengue-Fiebers in Europa ist laut Ansicht einiger Experten eine logische Folge des globalen Klimawandels. Und es wird nicht dabei bleiben: Malaria, Chikungunya-Fieber, Leishmaniose, Westnil-Virus und auch FSME stehen auf der Liste der möglichen Klimaänderungs-Profiteure.

Über das Ausmaß der Bedrohung herrscht unter Fachleuten keine Einigkeit. Es gibt wichtige Weterfaktoren, die sich momentan zugunsten diverser Vektoren ändern, erklärt Pierre Formenty von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gegenüber dem STANDARD. Gemeint sind mildere Winter und größere Regenmengen.

„Wenn diese Veränderungen in Europa andauern, werden wir häufiger Ausbrüche von solchen Infektionskrankheiten erleben, die von Mücken übertragen werden.“ Die erhöhte Mobilität von Menschen und Gütern spiele allerdings auch eine wichtige Rolle. So lassen sich Seuchen buchstäblich importieren – mit noch unbekanntem Folgen. „Wir sind sehr besorgt über das Dengue-Fieber“, sagt Formenty. Die Krankheit kann sogar tödlich enden. Ein Heilmittel oder gar einen Impfstoff gibt es noch nicht.

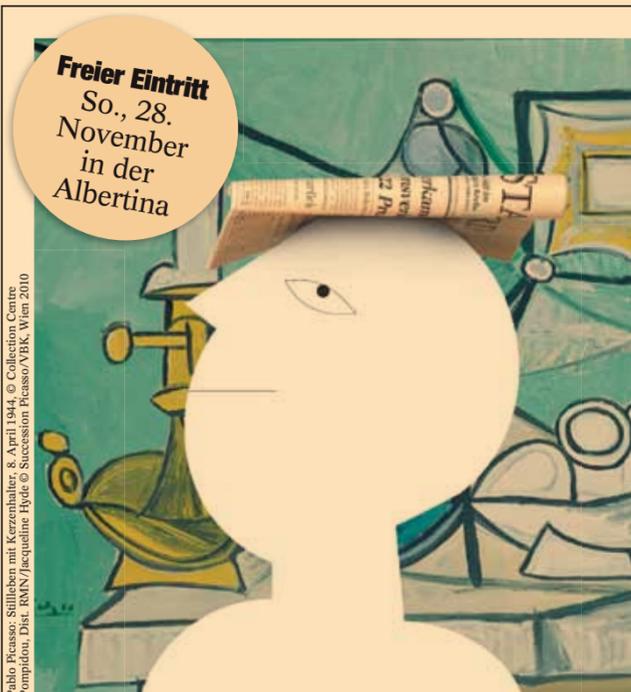
Der Biologe Paul Reiter vom Pa-

riser Institut Pasteur pflichtet Formenty bei. „Die Globalisierung der Bewegung ist wahrscheinlich viel bedeutender als irgendwelche Änderungen des Klimas“, so der Forscher. Er betont die Unterschiede zwischen Malaria und den Vireninfektionen. „Malaria ist eine behandelbare Krankheit.“ Dengue- und Chikungunya-Fieber seien das nicht, und deshalb könnten sie sich leichter verbreiten, weil sich die Viren im Gegensatz zu den Malaria-Erregern nicht wirklich ausmerzen lassen.

Noch ist die Dengue-Überträgerin, die Tigermücke, Österreich ferngeblieben, doch das könnte sich bald ändern. Laut dem Humanvirologen Stephan

Haberle von der Universität Wien gibt es dennoch keinen Anlass für ernsthafte Besorgnis. Dengue-Fieber ist nicht neu in Europa, erläutert der Experte. In den 1920er Jahren gab es mehrere Ausbrüche der Seuche in Griechenland und Norditalien. Damals war

Aedes aegypti der Vektor, eine mittlerweile aus Europa verschwundene Art. „Die verbesserten Lebensumstände sind ein ganz wichtiger Punkt, weshalb solche Krankheiten zurückgedrängt wurden“, so Haberle. Mit anderen Worten: Hygiene, bessere medizinische Versorgung und ein modernes Wohnumfeld ohne Brutstätten für Schädlinge entziehen Epidemien ihre Grundlage und stoppen so eine klimabedingte Verbreitung. Stephan Haberle: „Ich sehe derzeit kein großes Risiko, dass sich Dengue und Chikungunya in Österreich etablieren.“



Pablo da. Und du?

Die Ausstellung zeigt den bedeutendsten Maler des 20. Jahrhunderts von einer bislang nahezu unbekanntem Seite: als politisch und sozial engagierten Künstler. Damit hinterfragt sie das gängige Bild dieses Jahrhundertgenies. Anhand von 200 Exponaten veranschaulicht die Ausstellung in historisch-chronologischer Reihenfolge, wie Picasso in seinen Bildern dem Krieg und seinen Gräueltaten Ausdruck verlieh.

Apropos: Mit dieser Anzeige sei der Tatsache Ausdruck verliehen, dass wer mit dem STANDARD unter dem Arm kommt, freien Eintritt erhält.

Picasso: Frieden und Freiheit, 28. 11. 2010 Albertina; Albertinaplatz 1, 1010 Wien

3 Wochen gratis lesen: derStandard.at/Abo oder 0810/20 30 40



Die Zeitung für Leser

Klima-Handel im Reality-Check

Österreich reduziert seine Treibhausgase unter anderem in China, Indien oder Ägypten. Davon profitiert die heimische Klimabilanz – aber vor allem auch internationale Finanzinvestoren.

Georg Günsberg*

Wien – Als vor 13 Jahren das Kyoto-Protokoll und damit erstmals völkerrechtlich verbindliche Reduktionsziele für Treibhausgase beschlossen wurden, sorgte ein Begriff im Abkommen für Unbehagen bei Umweltgruppen: „Flexible Mechanismen“.

Die darin zusammengefassten Instrumente ermöglichen den Industriestaaten, einen Teil der notwendigen Emissionsreduktionen auch außerhalb des eigenen Landes zu erzielen, sei es in Entwicklungsstaaten („Clean Development Mechanism“ – CDM) oder in anderen Industrie- beziehungsweise Transformationsstaaten („Joint Implementation“). Hintergrund ist, dass die Reduktion einer Tonne CO₂ wegen unterschiedlicher Technologielevels in anderen Staaten deutlich günstiger sein kann als im eigenen Land.

Die Zwischenbilanz aus österreichischer Sicht: Österreich wird als Beitrag zur Erreichung des Kyoto-Ziels für die Periode 2008 bis 2012 Emissionsreduktionseinheiten im Wert von rund 45 Mio. Tonnen erwerben. Rund 60 Prozent davon sind CDM-Projekte. Verantwortlich für Ankauf und Management des Österreich-Programms ist die Kommunalkredit Public Consulting (KPC). Alexandra Amerstorfer, Geschäftsführerin der KPC, zum Stand der Dinge: „Aktuell haben wir rund die Hälfte der 45 Millionen Tonnen bereits am Konto; die andere Hälfte ist vertraglich gesichert.“ Der Durchschnittspreis für eine Emissionsreduktionseinheit über das Portfolio liegt aktuell bei 8,99 Euro pro Tonne.

Doch wofür gibt Österreich genau seine Klimaschutz-Millionen aus? Ein paar Beispiele: In Hoshiarpur im indischen Punjab ersetzt ein Biomasse-Kraftwerk, das Reishülsen als Brennstoff verwendet, fünf Dieselgeneratoren. Die Finanzierung dieser Maßnahmen ist die Emissionsreduktion von 120.000 Tonnen CO₂ wert.

In der Region Donetsk in der Ukraine werden mehrere Nahwärmenetze neu in stand gesetzt, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen installiert und der Energieträger von Kohle auf Erdgas gewechselt. (Ersparnis: 1,1 Millionen CO₂). Ein Windpark mit 58 Anlagen in der Provinz Jilin im Nordosten Chinas bringt bis 2010 eine kalkulierte Einsparung in der Höhe von 620.000 Tonnen.

An einzelnen Projekten sind auch österreichische Unternehmen beteiligt. So war etwa bei der Errichtung einer Biodiesel-Anlage in Bulgarien das Unternehmen KWI-Consultant in der Projektplanung engagiert. Dennoch ist der Anteil der Projekte mit österreichischer Beteiligung eher gering. Big Player am Markt sind häufig große, internationale Finanzdienstleister, die den CO₂-Markt als lukratives Geschäftsfeld entdeckt haben. Österreich hat zum Beispiel 2009 mit JP Morgan mehrere Projektbündel im Wert von insgesamt 1,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten abgeschlossen.

Das wesentliche Kriterium für die klimapolitische Sinnhaftigkeit der Projekte ist die „Zusätzlichkeit“ der Maßnahme. Würde ein Projekt auch ohne Finanzierung aus dem Programm umgesetzt? Schwachstellen wurden international offenkundig, etwa bei der durch CDM-Mittel finanzierten Entsorgung des Kältemittels HFC-23, dessen Produktion in China jedoch extra dafür kräftig angekurbelt wurde (siehe auch Seite 30). Die „Zusätzlichkeit“ ist angesichts vorhandener Alternativen in diesem Fall schwer argumentierbar. Österreich ist übrigens an den chinesischen Kältemittel-Deals nicht beteiligt.

Als problematisch wird von Kritikern zudem erachtet, dass die Anzahl der Institutionen, die für die Durchführung des Prüfverfahrens registriert sind, an zwei Händen abzählbar ist. Die Einschränkung auf einige wenige Prüfstellen hat auch laut Alexandra Amerstorfer zu einem Stau bei der Projektanerkennung und damit letztlich zu Lieferausfällen geführt. „Lieferausfälle entstehen auch dadurch, dass das Executive Board der UN in den vergangenen Monaten deutlich strenger in seinen Auslegungen geworden ist.“

*GEORG GÜNSBERG (37) war 1997 als NGO-Vertreter Mitglied der Regierungsdelegation beim Klimagipfel in Kyoto und ist in Wien als Politik- und Strategieberater mit Schwerpunkt Energie und Klimaschutz tätig.



Planktonblüte vor Irland: Obwohl Phytoplankton mikroskopisch klein ist, kann das Chlorophyll, das es mit Millionen seiner Artgenossen während der Fotosynthese produziert, aus dem All beobachtet werden. Die Menge dieser Pflanzen wirkt sich di-

rekt auf die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre aus. „Die Kenntnis des Kohlenstoffkreislaufes und seiner Effekte kann dazu beitragen, die globale Ökologie besser zu verstehen“, sagt Esa-Experte Aschbacher. Mehr auf Seite 38

Foto: Esa

KULINARIUM

Flaggschiff mit Frühstück

Roman David-Freihs

„Wenn man schon Wein&Co heißt und etwas ohne Wein machen will, muss man etwas besonderes bieten“, erklärte Wein&Co-Chef Heinz Kammerer am Freitag anlässlich der Eröffnung seines neuen von Henke Schreiek Architekten entworfenen „Flaggschiffes“ in der Mariahilfer Straße 36 samt großzügiger Terrasse.

Im neuesten Wein&Co stehen natürlich die Weine nach wie vor im Mittelpunkt, „aber

an diesem Standort müssen wir eine Ganztagesfrequenz mit rund 1000 Tagesgästen darstellen“, erläutert Kammerer. Und daher gibt es im Flagship-Store auch erstmals ein entsprechendes Frühstücks-Angebot.

Das heißt in diesem Fall: Kaffee von Hausbrandt. Original französische Croissants, deren Füllung erst direkt vor dem Servieren eingespritzt wird – Mandel-Nougat-Creme beziehungsweise Edelbitterschokolade von Zotter oder Marillenmarmelade vom Staud. Oder die cremig getoppten „Cupcakes“ vom gleichnamigen Shop in der Josefstädter Straße 17.

Am Wochenende ist ein Champagner-Brunch im Angebot. Neben dem „Basispaket“ werden direkt am Tisch immer wieder kleine Häppchen angeboten: Süßes vom Kaiserschmarren bis Müsli oder Pikantes vom Rührei über Graved Lachs bis Beef Tatare und Beuschel.

Foto: Robert Newald



20 Jahre Ganslwirt: Vom Reibebaum zur Institution

Thomas Rottenberg

Wien – Vor 20 Jahren ging die Welt unter. Zumindest für Kurt Pint. Denn vor 20 Jahren prophezeite der ehemalige, im Jahr 1997 verstorbene VP-Bezirksvorsteher des sechsten Wiener Gemeindebezirkes auf den Stufen eines alten Wirtshauses in der Ecke Gumpendorfer Straße den Untergang des Abendlandes: Sollte hier tatsächlich eine Beratungsstelle für Drogenkranke eröffnen, bedeute das den Sicherheits-GAU. Mariahilfs Bürger würden fürderhin knietief durch gebrauchte Spritzen waten.

Doch das Rathaus ignorierte Pint: Der „Ganslwirt“ kam trotzdem. Heute, 20 Jahre später, hört man kaum mehr populistisches Getöse um die Junkie-Betreuungsstelle. „Der Ganslwirt wird nicht mehr infrage gestellt“, erklärt Roland Reithofer zufrieden.

Der Vize-Geschäftsführer des Ganslwirt-Trägervereines „Verein Wiener Sozialprojekte“, der zahlreiche Wiener Hilfseinrichtungen steuert, war selbst zehn Jahre Sozialarbeiter im Ganslwirt: „Es ist heute unumstritten, dass Einrichtungen zur Schadensminimierung für alle wichtig sind.“ Nicht bloß für die täglich rund 100 hier medizinisch, psychologisch und juristisch betreuten Süchtigen.

Dennoch läutet der Geburtstag das – voraussichtlich – letzte Jahr an dieser Adresse ein: Am oberen Ende der Gumpendorfer Straße entsteht der „Ganslwirt neu“ – mit den gebündelten Ressourcen des alten Hauses und jenen des „Ta-BeNo-Süd“, einem Beratungszentrum mit 26 Notschlafplätzen.

Freitagnachmittag, beim Geburtstagsfest, war das aber nur am Rand Thema. Kein Wunder: Geladen waren nicht Politik und Verwaltung, sondern die Klienten: „Denn um diese Menschen geht es hier in allererster Linie.“

KULTUR-TIPP TAGESAKTUELL

VORBERICHTIGUNG ZUR AUKTION

DOROTHEUM SEIT 1707

Vorbesichtigung zur Auktion

Bilder und Jugendstil aus der Sammlung Leopold 2

Palais Dorotheum, Sa 9–17 Uhr
1., Dorotheergasse 17
T: 01/515 60-0, www.dorotheum.com
WIEN



Arnulf Rainer, Ludwig Uhland, Totenmaske Serie 1978, 60 x 60 cm, EUR 10.000,- bis 14.000,-

GESPRÄCH

sonntags um 11:
Frühstücksgespräch mit VALIE EXPORT und LENTOS-Direktorin Stella Röllig.

Frühstück 10 Uhr,
Gespräch 11 Uhr

LENTOS Kunstmuseum Linz
So, 10–13 Uhr
Ernst-Koref-Promenade 1,
T: 0732/70 70/36 00, www.lentos.at
OBERÖSTERREICH



Valie Export
Foto: maschekS, 2010

BENEFITZ

WEIHNACHTSSCHAU DER CARITAS SOCIALIS



Mit dem Kauf von Handwerk, Adventschmuck usw. unterstützen Sie das Wohnheim für Mütter und Kinder: PSK 1935.026, BLZ 60.000

Festsaal des CS Pflege- und Sozialzentrum Pramergasse, 9–18 Uhr
9., Pramergasse 7
WIEN

bezahlte Anzeigen
Nähere Informationen: T: 01/531 70-132 und 133

„Ich muss besser werden bis zur nächsten Wahl“

Niederösterreich hat für Grünen-Chefin **Madeleine Petrovic** „Züge eines Feudalwesens“. Mit **Andrea Heigl** und **Gudrun Springer** sprach sie über die schwierige Rolle ihrer Partei und die Probleme mit der Basisdemokratie.

STANDARD: In Niederösterreich ist die Hälfte der Legislaturperiode um. Wie lautet Ihre Bilanz?

Petrovic: Niederösterreich ist eine gefestigte Demokratie, aber mit Zügen eines Feudalwesens: Alles läuft über den Landeshauptmann. Es gibt den absoluten Defizitbereich Demokratiepoltik. Ein modernes Staatswesen ohne Oppositionsrechte geht nicht. Wir können nicht einmal einen richtigen Antrag stellen. Ich habe Erwin Pröll gesagt: „Schauen Sie sich die Steiermark an, dort können zwei Leute einen Antrag stellen, bei uns sechs von 56.“ Die Antwort war: „Na ja, schauen Sie sich an, wohin die Frau Klasnic gekommen ist.“

STANDARD: Können die Grünen überhaupt etwas bewegen?

Petrovic: Da oder dort schon. Ich nehme in Anspruch, dass einige Themen ohne uns nie zu Themen geworden wären, etwa beim Verkehr. Es ist klar, dass das eher Widerstandsprojekte sind, weil für ein Mitgestalten eine faire Einbindung notwendig wäre.

STANDARD: Bei der Proporzabschaffung hat die ÖVP der Zuweisung an einen Ausschuss zugestimmt. Was steht dann einem Demokratisierungspaket der Grünen entgegen?

Petrovic: Ein solches Paket wäre wünschenswert. Die ÖVP ist da eher auf unserer Seite, aber mit voller Kraft arbeitet sie nicht. Die SPÖ hat sich noch nie auf Dauer einem Begehren der ÖVP in den Weg gestellt. Derzeit ist es bequem für alle: Die SPÖ ist zufrieden mit den Bröseln, die ÖVP hat den vollen Kuchen.

STANDARD: Besteht die Gefahr, dass die Grünen in der Oppositionsrolle zerrieben werden?

Petrovic: Die Rolle ist schwierig. Ein Satz, den ich von Niederösterreichern sehr oft höre, ist: „Sie sind ja eh recht vernünftig.“ Dann sage ich: „Was haben Sie denn geglaubt?“ „Na ja, man hört ...“ Die ÖVP hat eine enorme mediale Definitionsmacht. Ich habe in meiner Bewerbung als Landessprecherin geschrieben: Wir können euch nicht dazu zwingen, eine wirklich ökologische und bürger-nahe Politik zu machen, aber wir können euch dazu bringen, die Arroganz der Macht immer deutlicher an den Tag zu legen. Das sehen die Leute. Es gibt in Niederösterreich ein Klima des voraus-eilenden Gehorsams im öffentlichen Dienst, und es gibt eine Sanktionierung Aufmüpfiger.

STANDARD: Sind die niederösterreichischen Grünen geeint?

Petrovic: Im Großen und Ganzen ja. Eine Gleichschaltung würde mich ohnehin schockieren.

STANDARD: Am Sonntag gibt es einen Landeskongress, bei dem zwei Kandidaten als Geschäftsführer zur Wahl stehen.

Petrovic: Es war immer ein Wunsch der Basis, unter mehreren Kandidaten wählen zu können. Ich hoffe, dass Thomas Huber diese Wahl gewinnt. Ein Geschäftsführer, der nur Freunde hat, macht etwas falsch. Kritik ist absolut legitim, solange sie fair ist. Ich habe mit dem Kontrahenten von Thomas gesprochen, der



Am Sonntag wählen die Grünen eine neue Landesspitze – Madeleine Petrovic will sich „um das Vertrauen der Basis bemühen“. Foto: Cremer

scheint mir ein persönlich angenehmer Mensch zu sein. Es wird eine faire Wahl geben.

STANDARD: Im Zuge der Wien-Wahl wurde viel über Basisdemokratie

diskutiert. Wie ist Ihr Standpunkt?
Petrovic: Ich bin eine Verfechterin der Basisdemokratie. Ich halte es aber für legitim, die Frage aufzuwerfen, was das 2010 heißt. So lange zu diskutieren, bis alle einer

Meinung sind, das geht nicht. Ich muss andere Meinungen gelten lassen, aber dann eine Linie vorgeben. Damit werden nicht 100 Prozent der Leute glücklich sein. Ich werde mich jedenfalls um das Vertrauen der Basis bemühen.

STANDARD: Die Grünen regieren in Wien mit. Hat das für Sie die Ausgangssituation für die Wahl 2013 in Niederösterreich verändert?

Petrovic: Aus heutiger Sicht würde ich sagen, die ÖVP hätte eine satte Absolute. Aber ob die Jubelmeldungen bis 2013 glaubwürdig sind, wird man sehen. Ein halbes Jahr vor der Wahl wird man die Großwetterlage besser einschätzen können. Ich werde auch versuchen, mit denen zu reden, die eine kritische Position zu mir, zum Landesgeschäftsführer oder zum Vorstand haben. Ich will nicht beweihräuchert werden, sondern ich möchte besser werden, und ich muss auch besser werden bis zur nächsten Wahl. Wir dürfen nicht darüber lamentieren, wie stark die ÖVP ist, wir müssen besser sein.

STANDARD: Bleibt es Ihr Ziel, Landesrätin zu werden?

Petrovic: Wir werden jede Möglichkeit ergreifen mitzugestalten. Aber zu glauben, dass wir irgendjemandem aus der Hand fressen, ist falsch – wir verstehen uns auf das Oppositionshandwerk, und wir halten das noch länger aus. Zu sagen, wir brechen die Absolute, wenn die ÖVP in allen Umfragen bei 55 Prozent liegt, ist dumm. Das werden wir nicht machen.

MADELEINE PETROVIC (54) wechselte 2003 für die Grünen vom Parlament in den Landtag, außerdem ist sie Präsidentin des Wiener Tierschutzvereins.

1,8

Grad Celsius hat sich Österreichs Durchschnittstemperatur in 150 Jahren erhöht. Weltweit waren es bloß 0,6 Grad.

>
Wir schicken Menschen mit Visionen nicht zum Arzt.

„Tank und Teller“: Lebensmittel und Gas von einem Feld

Die Produktion von Biosprit findet weltweit meist auf wertvollen Ackerflächen statt. Bei Bruck an der Leitha löst ein Pilotprojekt mit dem Anbau von Zwischenfrüchten das Dilemma „Tank oder Teller“ auf.

Roman David-Freihsl

Bruck/Leitha – „In Niederösterreich gibt es rund 350.000 Hektar Felder – das heißt, dass man damit theoretisch fast den ganzen Gasbedarf dieses Bundeslandes abdecken könnte. Theoretisch“, betont Leo Gstrein, Geschäftsführer des Energieparks Bruck an der Leitha. Und das, ohne substanziell Agrarfläche für die Lebensmittelproduktion zu verlieren.

Genau das ist allerdings der Vorwurf, der üblicherweise gegen die Produktion von Biosprit und Biogas vorgebracht wird: dass damit wertvoller Acker verlorengeht und die Preise für Lebensmittel in die Höhe getrieben werden. Dass eine Biomasseproduktion aber auch ohne Nahrungsmittelkonkurrenz möglich ist, zeigt der Energiepark Bruck seit 2008 mit einem Pilotprojekt bei der nahegelegenen Biogasanlage in Margarethen am Moos auf – ein Feldversuch, an dem auch die großen Energieversorgungsunternehmen EVN, Wien Energie und OMV beteiligt sind.

Die auf dem ersten Blick frappant einfache Lösung aus dem Dilemma „Tank oder Teller“ lautet schlicht: „Erneuerbare Energie aus Zwischenfrüchten.“ Das heißt: Zuerst werden auf den Feldern die Hauptfrüchte angebaut und geerntet – und das ist beispielsweise bei Getreide meist Mitte Juli bis Anfang August der Fall. Danach werden so schnell wie möglich Zwischenfrüchte ausgebracht, die dann gegen Ende Oktober zur Biogasanlage geliefert und dort weiterverarbeitet werden. Das Rohgas wird dann so weit gereinigt, dass

es schließlich ohne Probleme in das bestehende Erdgasnetz eingeleitet werden kann.

33 niederösterreichische Landwirte mit 150 Hektar Ackerfläche in Margarethen am Moos und Hollern machen derzeit beim Pilotprojekt mit, das wissenschaftlich begleitet wird. Jetzt liegen erste Ergebnisse der Untersuchungen vor. In der heurigen Versuchsreihe, bei der etwa verschiedene Hirsearten, Sudangräser und klassische Zwischenfruchtmengen angebaut wurden, zeigte sich: Das Ziel, pro Hektar rund 3000 m³ Methan zu produzieren, ist durchaus realistisch. Und das, obwohl die kühle und regnerische Witterung im August und September dieses Jahres alles andere als optimal war. Eindeutiger Favorit ist nach den derzeitigen Erkenntnissen übrigens die Zuckerhirse.

Nährstoffe für den Boden

Der energetische Output ist aber nicht alles: Wie die Untersuchungen zeigten, kann der Anbau von Zwischenfrüchten die Böden sogar durchaus verbessern. „Die Zwischenfrüchte führen zu einer besseren Wasserbeständigkeit“, erläutert Projektleiter Thomas Siegl. „Sie binden CO₂ und Nährstoffe im Boden, die sonst ausgewaschen würden.“ Weiters stellte Wilfried Hartl mit seinem Team der Bioforschung Austria bei den begleitenden Untersuchungen fest: In der zurückbleibenden Biogas-Gülle „ist ein überraschend hoher Anteil des Gesamtstickstoffes organisch gebunden“. Wird die Gülle auf dem Feld ausgebracht, ist das gleich ein hervorragender Dünger.

„Und das ist um einiges sinnvoller, als einen Kilo Kunstdünger mit drei Litern Öl zu produzieren“, ergänzt Leo Gstrein.

Die Bilanz aus dem aktuellen Zwischenbericht: Angesichts der steigenden beziehungsweise stark schwankenden Marktpreise für die Hauptfrüchte im Lebensmittelbereich sei der Anbau von Energiefrüchten für die Biogasproduktion jedenfalls „eine interessante, kosten- und preisstabile Alternative“ für die Landwirte.



Dieses vom Umweltsatelliten Envisat aufgenommene Bild zeigt das schneebedeckte Nunavut-Territorium in der kanadischen Arktis. Es erstreckt sich über rund zwei Mio. Quadratkilometer und bedeckt etwa ein Fünftel Kanadas. Arktisforscher haben festgestellt, dass die Eisschicht, die das Nordpolarmeer bedeckt, schwindet. In der westlichen Hudson Bay findet der Eisbruch zum Sommerbeginn bereits zwei Wochen früher statt als noch vor 20 Jahren. Im westlichen Kanada nehmen Dürren und Waldbrände zu. „Die Arktis heizt sich dreimal schneller auf als der Rest der Erde“, sagt Esa-Experte Josef Aschbacher. Mehr auf Seite 38

Foto: Esa

Wintereinbruch in Europa bringt wieder Unfälle

Heftige Schneefälle in Großbritannien, Italien, programmgemäß Schnee in Österreich

Wien – Der Winter nähert sich in programmgemäß und in Etappen von Westen: Von Vorarlberg bis Oberösterreich und in Kärnten schneite es am Freitag. Wolken, Schneefall und Schneeregen sollen sich über das ganze Wochenende auch im Rest des Landes ausbreiten. Die Temperaturen fallen unter den Gefrierpunkt.

Zumindest für Ostösterreich sagten die Meteorologen der Zentralanstalt für Meteorologie

(ZAMG) zunächst keine ergiebigen Schneefälle voraus. Im Westen schwankt die Schneefallgrenze zwischen 500 und 800 Metern.

In Vorarlberg und Tirol ist mit Glatteis durch gefrierenden Regen zu rechnen. Schon am Freitag sorgte der Wintereinbruch, etwa in Tirol und Salzburg, für eine Reihe von Unfällen auf den schnee-glatten Straßen.

Schneefall Ende November ist hierzulande keine meteorologi-

sche Rarität. Laut Zehn-Jahres-Rückblick der ZAMG wurde Österreich vorwiegend zu dieser Zeit erstmals im Jahr besneit.

In Teilen Europas war der Wintereinbruch vor dem Wochenende heftig. In Großbritannien legten Glatteis und Schneefälle den Verkehr lahm, auch in Norddeutschland gab es aufgrund unerwarteter Schneefälle viele Unfälle. In Italien kam es zu Beeinträchtigungen im Flugverkehr. (APA, red)



Suchtpotenzial!

MEHR ALS 350 SEITEN MODE, LUXUS & TRENDS.

EXTRAS: Shopping Guide und WOMAN Luxury für die schönen Dinge des Lebens.

PLUS: Ministerinnen im Check - wie gut sind unsere Politikerinnen wirklich?

Jetzt
in Ihrer
Trafik!

woman ist mehr.

Grüner Strom im Spannungsfeld mit Umweltschutz

Aus energetischer Sicht findet das neue Sonnenstrom-Kraftwerk auf dem Salzburger Wildkogel nahezu ideale Bedingungen vor. Die Umweltschutzprangere hingegen das „Zupflastern der Berge“ an.

Roman David-Freihsl

Salzburg – Erneuerbare Energieträger statt fossiler Treibhaus-Antreiber lautet die einfache Formel im Klimaschutz. Immer öfter steht allerdings die nachhaltige Stromproduktion selbst im Kreuzfeuer der Umweltschützer. Wasserkraftwerksprojekte sind meist heftig umstritten, Windräder werden immer wieder als Landschaftsverschandlung und Vogelfallen angeprangert. Im Salzburger Pinzgau ist es nun ein Fotovoltaik-Kraftwerk, das im Spannungsfeld zwischen „grünem Strom“ und Landschaftsschutz steht.



Das Ende Oktober fertiggestellte Sonnenstrom-Kraftwerk wurde auf dem Wildkogel in 2100 Meter Höhe errichtet. Das Konzept ist – aus rein energetischer Sicht – bestechend: Die Höhenlage bringe entscheidende Vorteile, erläuterte Bauherr Josef Brandstetter. Dort oben sei nicht nur die Strahlung intensiver – die kühle Luft sor- ge auch für einen hohen Wirkungsgrad. Kurz: Die Fotovoltaik-Anlage werde produzieren, als würde sie von der spanischen Sonne beschienen. 1,3 Gigawattstunden Strom werde sie bei einer Leistung von einem Megawatt erzeugen. Der Aufwand war allerdings auch ge-



5000 Solarzellen auf 8000 Quadratmetern: Auf dem Wildkogel wurde Österreichs höchstgelegenes Solarkraftwerk errichtet – für Umweltschützer ist das Projekt aber wie die „Faust aufs Auge“. Foto: APA

waltig: 27.800 Einzelteile, 40.000 Schrauben, 28.000 Meter Kabel und 2670 Klemm- und Steckverbindungen – das verursachte mehr als 1000 Transporte. Aber nicht nur dass dies wesentlich mühsamer war als ein schlichtes Montieren auf einem Dach: Die Schnee- und Windlasten seien viel höher und das Ökosystem sehr empfindlich, räumte der Kraftwerksbauer ein.

Besonders auf das Stichwort Ökosystem reagierten aber auch die Naturschützer ausgesprochen

empfindlich: Das Kraftwerk auf dem Berg sei wie die „Faust aufs Auge“, protestierte Markus Pointinger von der Landesumweltschutzbehörde im Gespräch mit der Austria Presse Agentur. Ein Naturschutzverfahren sei bloß für einen Zufahrtsweg abgewickelt worden, nicht aber für das Kraftwerk selbst, für das es keine Bewilligungspflicht gebe. Der Standort sei überdies vom Nationalpark Hohe Tauern aus gut zu sehen. „Das ist eine intensive Urlaubsregion, und man sollte sich grund-

sätzlich überlegen, ob man die Berge so zupflastert.“ Pointinger fordert daher klare Vorgaben für derartige Anlagen.

Bauherr Brandstetter hält dem entgegen, man habe im Verfahren festgestellt, dass das Areal wegen des Skigebietes keine unberührte Natur mehr sei. Außerdem werde die Anlage den Strom genau dort erzeugen, wo er benötigt wird – nämlich drei Viertel des Energiebedarfs der Wildkogel-Bergbahnen. Das entspricht in etwa dem Strombedarf von 600 Haushalten.

KURZ GEMELDET

ÖSTERREICH

Zahl der Neuinfektionen mit HIV sinkt

Wien – Derzeit kommt es in Österreich täglich zu ein bis zwei diagnostizierten HIV-Neuinfektionen – Tendenz fallend. Bis Ende Oktober 2010 erkrankten in Österreich insgesamt 2805 Menschen an Aids; 1529 davon sind bereits verstorben. „Mittlerweile ist Aids kein Todesurteil mehr, sondern eine behandelbare Krankheit“, betonte die HIV-Spezialistin Judith Hutterer anlässlich 25 Jahre Aids-hilfe in Wien. (APA)

WIEN/NIEDERÖSTERREICH

Sexuelle Belästigung: 14-Jähriger verhaftet

Wien – Ein 14-jähriger Schüler aus Niederösterreich ist festgenommen worden, weil er in Wien mindestens sieben Frauen im Alter zwischen 17 und 33 Jahren sexuell belästigt haben soll. Der Bursche ist zu sieben Vorfällen geständig. Er habe den Drang verspürt, Frauen anzugreifen. Eine Vergewaltigungsabsicht bestritt er laut Polizei. Die Ermittler gehen von weiteren Opfern aus. (APA)

WIEN

Vassilakou: Auto am Wochenende stehen lassen

Wien – Die grüne Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou hat sich am Freitag erstmals in ihrer neuen Funktion als Verkehrsstadträtin zu Wort gemeldet – und appelliert, das Auto am ersten Advent-Wochenende stehen zu lassen. Stattdessen sollten die Einkäufe mit öffentlichen Verkehrsmitteln erledigt werden, empfiehlt Vassilakou – um Umwelt „und vor allem eigene Nerven“ zu schonen. (APA)

STEIERMARK

Prostituierte erinnert sich „sehr gut“ an Angreifer

Graz – Nach dem Mordversuch an einer Prostituierten ist das Opfer am Freitag befragt worden. Für eine ausführliche Einvernahme war der Zustand der 29-jährigen Bulgarin zu schlecht. An den unter Tatverdacht stehenden 48-jährigen „erinnert sie sich sehr gut“, sagte ein Ermittler. Der flüchtige Häftling sei aber „wie vom Erdboden verschluckt“. (APA)

Sondern in die Wirtschaft.

Denn dort entstehen aus Visionen neue Produkte und Lösungen, die international erfolgreich sind. Mehr unter www.bmvit.gv.at



Doris Bures

Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie

BMVIT, IV und AIT unterstützen Österreichs innovative Unternehmen. Wer auf Forschung setzt und neue Technologien entwickelt, ist auf der ganzen Welt konkurrenzfähig – und schafft so viele neue Arbeitsplätze. Investieren wir in Österreichs Zukunft!



Ideen vor dem Anstoß reduzieren den Ausstoß

Die WM der Frauen 2011 in Deutschland soll ein grünes Spektakel werden. Das Projekt „Green Goal“ will im kommenden Sommer überall Energie sparen: beim Stadionlicht, bei den Würsteln und der Anreise zu den Spielen.

Birgit Baumann aus Berlin

Deutschland, ein Sommermärchen. Auch wenn die deutschen Herren 2006 im eigenen Land nicht Weltmeister wurden – an diese Endrunde erinnert sich die Nation immer noch gerne. In sieben Monaten (ab 26. Juni) findet in Deutschland wieder eine Fußball-WM statt, die der Frauen. Der Wohlfühlfaktor von 2006 wird kaum zu übertreffen sein, aber die Frauen wollen in einem anderen Bereich Maßstäbe setzen. Ihre Weltmeisterschaft soll ohne negative Folgen für das Klima bleiben.

„Bei der WM blickt wieder die ganze Welt auf Deutschland. Da möchten wir natürlich auch beim Umweltschutz vorbildlich und vor allen Dingen nachhaltig sein“, sagt Steffi Jones, die Präsidentin des Organisationskomitees. Gemeinsam mit dem Öko-Institut hat der Deutsche Fußballbund (DFB) das Projekt „Green Goal“ ausgearbeitet. Ansätze für sparsamen Energieverbrauch gab es auch schon 2006, 2011 will man aber noch stärker einsteigen.

„Die Frauen-WM eignet sich dafür natürlich gut, weil sie nicht ein solches Massenspektakel ist wie



Das Umweltkonzept der Fußball-WM der Frauen ist ambitioniert, so weit wie bei einer Kunstaktion in Chile wird OK-Chefin Steffi Jones aber nicht gehen können.

Fotos: EPA, AP

die Herren-WM. Da reisen nicht hunderttausende Fans aus England oder den Niederlanden an“, sagt Martin Schmied vom Öko-Institut zum STANDARD. Es fällt also schon auf den Reisewegen weniger Kohlendioxid-Verbrauch an, auch die Stadien, in denen gespielt wird, sind deutlich kleiner.

50.000 Tonnen CO₂

Das Öko-Institut rechnet damit, dass bei der Frauen-WM maximal 50.000 Tonnen des klimaschädigenden Kohlendioxids im In- und Ausland freigesetzt werden. Bei der Herren-WM waren es 2,1 Millionen Tonnen – aufgrund der Anreisewege für Fans aus dem Ausland. Zum Vergleich: Eine Stadt in der Größe Klagenfurts setzt jährlich zum Heizen und für die Stromversorgung 250.000 Tonnen Kohlendioxid frei – also fünf Mal so viel wie die Frauen-WM.

„Green Goal“ nimmt sich fünf Bereiche vor: Wasser, Abfall, Catering, Energie und Mobilität. Wichtig ist den Organisatoren, dass die Spiele zu 100 Prozent mit Ökostrom versorgt werden, Strom also, der aus Wasser-, Wind- oder Sonnenenergie stammt. „Das heißt aber nicht, dass dieser Strom einfach nur aus dem Netz herausgenommen wird“, erklärt Schmied. Er muss extra für die WM „hergestellt werden“. Will heißen: Man berechnet die benötigte Strommenge und speist sie wieder ins Netz ein.

Auch kulinarisch werden neue Wege beschritten. Natürlich, die obligatorischen Würstel dürfen in

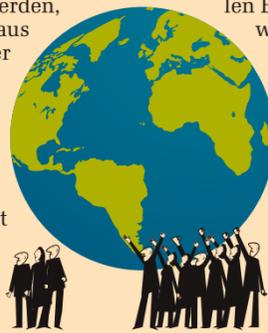
den neuen Stadien (Augsburg, Berlin, Bochum, Dresden, Frankfurt, Leverkusen, Sinsheim, Mönchengladbach, Wolfsburg) nicht fehlen, sie sollen aber aus regionalen Bio-Zutaten hergestellt werden. Außerdem sind für hungrige Fans auch vegetarische Häppchen und Snacks im Angebot. „So etwas gab es bisher noch nicht“, sagt Schmied. Man kann sich auch schlecht vorstellen, dass sich Hunderttausende Fans bei einer Männer-WM mit Tofuwürsteln und Bio-Limonade zufriedengeben würden.

Großgebäude statt kleiner Senfsäckchen, Vermeidung von Pappstapeln und der Einsatz von Mehr-

wegbecher stehen auch auf dem Programm. Um jedes Gramm Kohlendioxid wird gerungen. Davon ist auch der Verkehr betroffen. Um die Besucher von ihren Autos fernzuhalten, gilt das Stadion-Ticket am Spieltag als Gratiskarte für den Nahverkehr.

Internationale Kompensation

Doch bei allem guten Willen – völlig wegzaubern kann man die Emissionen auch mit „Green Goal“, das sich der DFB 800.000 Euro kosten lässt, nicht. „20.000 Tonnen werden übrig bleiben“, rechnet Experte Schmied vor. Diese Menge soll in den kommenden Jahren durch internationale Projekte kompensiert werden. Maßstab dafür ist der „Goldstandard“ des Weltklimarates IPCC. Der garantiert, dass die lokale Bevölkerung in Vorhaben mit erneuerbarer Energie eingebunden ist.



GANZ KURZ

TERMINE

Eishockey/Ebel, 23. Runde, SONNTAG: Vienna Caps – VSV, Linz – Fehervar, Salzburg – Jesenice, Graz – KAC (ServusTV), Ljubljana – Zagreb (alle 18)
Fußball / Deutsche Bundesliga, 14. Runde, SAMSTAG: Hoffenheim – Leverkusen, Bayern München – Frankfurt, Hamburger SV – Stuttgart, Kaiserslautern – Schalke, Hannover – Freiburg (alle 15.30), Dortmund – Mönchengladbach (18.30); SONNTAG: Bremen – St. Pauli (15.30), Köln – Wolfsburg (17.30)
Handball/Challenge Cup, HERREN, SAMSTAG, 3. Runde, Rückspiel: Linz AG – Slovan Ljubljana (19)
Handball/Cup der Cupsieger, HERREN, SAMSTAG, 3. Runde, Rückspiel: Krems – A.S.D. Albatro (19)
Handball/EHF-Cup, HERREN, SAMSTAG, 3. Runde, Rückspiel, SA: Bregenz – Madeira SAD Funchal (19)
Handball/HLA, 12. Runde, SAMSTAG: West Wien – aon Fivers (19), Leoben – HIT Tirol (18)
Nordische Kombination/Weltcup, Kuusamo, SAMSTAG: Skispringen, Langlauf (9.30, 14.15/ORF1)
Rodeln/Weltcup Kunstbahn, Iglis, SAMSTAG: DAMEN Einzel (10.10), Doppel (12.50), SONNTAG: HERREN Team-Staffel (10.15), je ORF Sport Plus
Schwimmen/Kurzbahn-EM, Eindhoven, SAMSTAG, SONNTAG, je (9.30, Finali: 17 ORF Sport Plus)
Ski alpin/Weltcup, Aspen, DAMEN, SAMSTAG: RTL (18, 21/ORF1), SONNTAG: Slalom (18, 21/ORF1)
Ski alpin/Weltcup, Lake Louise, HERREN, SAMSTAG: Abfahrt (19.30), SO: Super-G (19), je ORF1
Skispringen/Weltcup, Kuusamo, SAMSTAG: Team (15), SONNTAG: Einzel (13.15), je ORF1

NORDISCHE KOMBINATION

Kuusamo/Weltcup, 1. Saisonbewerb (1 Sprung, 10 km Langlauf): 1. Lamy Chappuis (FRA) 28:33:5 Min. (1. nach Springen/11. im Langlauf), 2. Frenzel (GER) +6,6 (2./14.), 3. Stecher (AUT) 11,7 (7./4.), 4. Gottwald (AUT) 15,3 (21./1.), 8. Bieler (AUT) 39,9 (3./38)

SCHWIMMEN

Eindhoven/Kurzbahn-EM, Finali, HERREN: 200 m Lagen: 1. Deibler (GER) 1:53,25 Min., 2. Janusaitis (LTU) 1:54,07, 3. Jukic (AUT) 1:54,93 (WM-Limit) 400 m Kraul: 1. Biedermann (GER) 3:39,51 Min., 2. Colbataldo (ITA) 3:41,70; 5. Brandl (AUT) 3:44,33 (WM-Limit, persönliche Bestzeit)

TENNIS

London/ATP-Finale, EINZEL, Gruppe B: Murray (GBR/5) – Ferrer (ESP/7) 6:2, 6:2; Endstand: 1. Federer 3 Spiele / 3 Siege, 2. Murray 3/2, 3. Söderling 3/1, 4. Ferrer 3/0 – Federer und Murray im Halbfinale

DOPPEL, Gr. A: Fyrstenberg/Matkowski (POL/6) – Melzer/Petzschner (AUT/GER/7) 6:3, 7:6 (7); Tabelle: 1. Fyrstenberg/Matkowski (POL/6) 3/3, 2. Bryan/Bryan (USA/1) 3/2, 3. Melzer/Petzschner 3/1, 4. Dlouhy/Paes (CZE/IND/3) 3/0
 Gruppe B: Kubot/Marach (POL/AUT/5) – Nestor/Zimonjic (CAN/SRB/2) 6:0, 1:6, 10:6; Tabelle: 1. Nestor/Zimonjic 3/2, 2. Bhupathi/Mirnyi (IND/BLR/4), Moodie/Norman (RSA/BEL/8) je 2/1, 4. Kubot/Marach 3/1

VOLLEYBALL

Champions League, Gruppe F, 2. Runde: Hypo Tirol – Panathinaikos 3:1; Tabelle: 1. Dyn.Moskau 5/2, 2. Hypo Tirol 4/2, 3. Roeselare 2/2, 4. Panathinaikos 1/2

FUSSBALL

TIPP3-BUNDESLIGA

SAMSTAG
Kapfenberger SV – Wiener Neustadt
 Fekete-Stadion, 16. Lechner – bisher: 0:3 (a) 2009/10: 3:2 (a), 3:1 (h), 2:3 (h), 1:3 (a)

Mattersburg – Sturm Graz
 Pappelstadion, 18.30, Brugger – 0:2 (a) 2009/10: 0:2 (a), 0:2 (h), 0:4 (a), 0:0 (h).

LASK Linz – Red Bull Salzburg
 Linzer Stadion, 18.30, Eisner – 0:0 (a) 2009/10: 2:3 (a), 0:0 (h), 0:3 (a), 0:0 (h)

SV Ried – Wacker Innsbruck
 Keine-Sorgen-Arena, 18.30, Schörgenhofer – 0:1 (a)

SONNTAG
Austria Wien – Rapid Wien
 Horr-Stadion, 16 (ORF 1), Hofmann – 1:0 (a) 2009/10: 1:1 (h), 1:4 (a), 0:2 (a), 1:0 (h)

GESAMTBILANZ: 294 Spiele, 107 Austria-Siege, 65 Unentschieden, 122 Rapid-Siege, 478:565 Tore

SV Ried	16	10	1	5	28:16	31
Sturm Graz	16	9	2	5	30:16	29
Austria Wien	16	8	4	4	27:16	28
Salzburg	16	7	5	4	17:10	26
Wacker Innsbruck	16	7	4	5	21:15	25
Rapid	16	6	5	5	24:20	23
Wr. Neustadt	16	6	4	6	22:23	22
SV Kapfenberg	16	5	4	7	20:28	19
SV Mattersburg	16	3	2	11	13:31	11
LASK Linz	16	2	3	11	11:38	9

TORSCHÜTZEN
 10: Kienast (Sturm)
 9: Linz (Austria)
 8: Aigner (Wr. Neustadt), Bürger (Mattersburg)

ERSTE LIGA

FREITAG
 Vienna – WAC/St. Andrä
 Grödig – FC Lustenau
 Hartberg – Gratkorn
 Austria Lustenau – Altach
 Admira – St. Pölten

SCR Altach	20	14	3	3	48:21	45
FC Admira	20	14	3	3	48:22	45
Austria Lustenau	20	10	2	8	31:24	32
SKN St. Pölten	20	8	7	5	35:31	31
WAC/St. Andrä	20	9	3	8	29:27	30
FC Lustenau	20	7	6	7	32:34	27
SV Grödig	20	6	4	10	29:41	22
FC Gratkorn	20	6	3	11	28:42	21
TSV Hartberg	20	4	3	13	21:41	15
Vienna	20	4	2	14	29:47	14

SO GEHT'S WEITER

Europa League, Gruppenphase, 5. Spieltag
 1. Dezember: Manchester City – Salzburg (21.05)
 2. Dezember: Rapid – FC Porto (19, PULS 4)

tipp3-Bundesliga
 4. Dezember: Wr. Neustadt – Mattersburg (16), Sturm Graz – LASK, Innsbruck – Kapfenberg, Salzburg – Austria Wien (alle 18.30)
 5. Dezember: Rapid – Ried (16, ORF 1)

Wofür die Fußballer in Wien leben

Am Sonntag steigt das 295. Stadtduell, die Austria empfängt Rapid, Brisanz ist fix

Christian Hackl

Wien – Austrias Vorstand Thomas Parits hat doch glatt gesagt: „Ein Derby ist ein besonderes Spiel mit einer besonderen Brisanz, man will es immer gewinnen.“ Rapids Trainer Peter Pacult vollierte den Ball flach zurück. „Für so eine Partie wird man Fußballer und Trainer, für das Außergewöhnliche lebt man, das ist der Höhepunkt.“ Es geht also zum 295. Mal die Post ab, der Wiener Klassiker unterliegt bekanntlich eigenen Gesetzen, am Sonntag (16 Uhr, ORF 1) ist es im ausverkauften Horr-Stadion wieder soweit.

Der Versuch, dem Wälzer neue Paragraphen hinzuzufügen, mag zwar lobenswert sein, er ist aber zum Scheitern verurteilt. Es wird nie und nimmer ein direkt beteiligter Austrianer oder Rapidler aufzutreiben sein, der die Bedeutungslosigkeit des Derbys hervorhebt und darauf besteht, dass ein Sieg gegen Kapfenberg oder Mattersburg weit wichtiger, im Sinne von emotionaler, sei.

Getrennte Termine

Frage an Pacult: Worum beneiden Sie die Austria? Antwort: „Um die Akademie, aber wir kriegen auch bald eine.“ Selbe Fragen an Austria-Trainer Karl Daxbacher, nur ein bisschen anders formuliert: Worum beneiden Sie Rapid? „Um nix.“ Das hat gesessen.

Pacult revanchierte sich zwei Stunden davor (geht eigentlich gar nicht), die beiden Vereine luden nämlich getrennt zu Terminen ins Hanappi- beziehungsweise Horr-Stadion, mit diesem Statement: „Wir sind nicht gut genug, um die Austria zu schlagen. Wir sind gut.“ Zudem gab er den Transfer

von Austrias bestem Spieler Zlatko Junuzovic bekannt, der Wechsel im Winter zu Hannover sei fix. „Hätte ich das nicht verraten sollen?“ Parits, zwei Stunden später: „Woher hat er diesen Unsinn? Reine Einbildung.“

Vor dem Derby zählt die Psychologie. Und die Tabelle. Die Austria hat diesmal fünf Punkte Vorsprung, könnte die Partie rein theoretisch abwartend anlegen. Daxbacher: „Rapid wird aber von Beginn an Fußball spielen wollen, wir machen da mit, es könnte attraktiv werden. Aufgrund des Heimvorteils sind wir leichter Favorit.“ Am 12. September war das Rapid in Hütteldorf, die Austria gewann trotzdem 1:0. Auch so ein Gesetz. Pacult geht davon aus, „dass man erst nach dem Spiel weiß, ob es attraktiv war. Bei Anpfiff hat jede Mannschaft einen Punkt.“

Personell steht die Austria besser da, der angeschlagene Tormann Robert Almer wird durch Heinz Lindner ersetzt, das sollte ziemlich wurscht sein. Das krasse Gegenteil ist die Abwesenheit von Steffen Hofmann (Adduktorenentzündung, ist erst im Frühjahr einsatzfähig). Rapid hat notgedrungen gelernt, ohne den Kapitän auszukommen. Stürmer Rene Gartler: „Die Verantwortung wird auf mehrere Schultern verteilt.“ Hofmanns Ausfall hat auf die Austria eine Auswirkung, es wird sicher kein Rapidler mangedeckt. Pacult wiederum wird niemanden auf Junuzovic hetzen. „Wir wollen selbst gestalten, nicht irgendwem dumm nachrennen.“

Daxbacher behauptete, dass der

Derby-Trainer mehr unter Druck stehe als der Derby-Spieler, er ist ja beides gewesen. „Weil du die Verantwortung nicht abwälzen kannst.“ Pacult schwelgte ganz leicht in Nostalgie, die Emotionen auf dem Feld seien einst stärker gewesen. „Bei den Fans sind sie aber sogar höher geworden, das hat sich etwas verlagert.“

Das 296. Derby kommt bestimmt. Es wird brisant.



Austrias Roland Linz feiert am 12. 9. 2010 in Hütteldorf ausgiebig sein Tor zum 1:0-Sieg gegen Rapid.

Foto: Reuters/Zolles

Heftpflaster für den Globus

Ein Rückgang der CO₂-Emissionen ist nicht absehbar. Deshalb hoffen viele Forscher auf Geo-Engineering: Durch Eingriffe wie die Eisendüngung der Meere oder hellere Wolken will man die Erderwärmung bremsen.

Wien – Ein Vorbild lieferte einmal mehr die Natur: Als zum Beispiel 1991 der philippinische Vulkan Pinatubo ausbrach, führten dessen Aschewolken dazu, dass die Sonnenstrahlung ins All reflektiert wurde. Und das wiederum hatte eine globale Temperaturabsenkung von immerhin 0,5 Grad Celsius zur Folge.

Die Idee, dass der Mensch dabei eine aktive Rolle spielen könnte, hatte der russische Klimatologe Michail Budyko bereits in den 1970er-Jahren: Er schlug damals vor, Schwefelpartikel gezielt in die Stratosphäre hochzupumpen, was denselben Effekt hätte wie ein Vulkanausbruch. Die Idee fand prominente Unterstützer wie etwa den niederländischen Chemie-Nobelpreisträger Paul Crutzen oder Nathan Myrviold, der an einer konkreten Umsetzung arbeitet – aber schnell auch zahlreiche Gegner, die vor den unabsehbaren Folgen eines solchen Eingriffs warnten.

Die Anreicherung hoher Luftschichten mit reflektierenden Teilchen (neben Schwefel kommt auch Aluminium in Frage) ist aber nicht die einzige mögliche Geo-Engineering-Maßnahme, an der geforscht wird: So soll etwa durch die Düngung der Meere mit Eisen die Algenproduktion angekurbelt werden, was Kohlenstoff binden würde. Die ersten Experimente im

südlichen Polarmeer haben sich im Vorjahr allerdings als Fehlschlag herausgestellt.

Für Vertreter einer pragmatischen und technologiegetriebenen Klimapolitik wie Björn Lomborg (siehe Interview Seite 12)

bleibt Geo-Engineering die beste Option, um auf die Schnelle etwas gegen die Erwärmung des Planeten zu tun. Es sei ein „Heftpflaster“, das quasi sofort wirke und uns Zeit kaufe für die Entwicklung nachhaltiger Energietechnologien. Zugleich sei wirksames Geo-Engineering auch eine Versicherung: Falls etwa das Abschmelzen der Gletscher Grönlands noch katastrophalere Folgen hätte als bisher gedacht, müsse man schnell handeln können.



Der IPCC-Weltklimarat indes verwarf Geo-Engineering in seinem letzten Bericht 2007 als „spekulativ“. Doch auch das scheint sich zu ändern. Bei den nächsten IPCC-Expertensitzungen 2011 soll darüber wieder diskutiert werden. (tasch) **Kopf des Tages Seite 48**

LABOR

Eiweißreiches Essen hilft bei und nach Abschlanken

London – Das Ergebnis klingt nicht gerade sensationell und neu: Wer nach einer Abmagerungsdiät nicht wieder zunehmen oder aber sein Übergewicht verlieren will, sollte viel eiweißreiche Nahrung essen. Fett sowie stärkehaltige Produkte hingegen sollten eher vermieden werden. Das Besondere an dem Tipp: Er stammt aus dem renommierten *New England Journal of Medicine* und wurde nach einer Langzeitstudie an 773 übergewichtigen Erwachsenen erstellt. (tasch)

Streit um Handy-Studien immer noch nicht beendet

Wien – Im Streit um zwei Studien über die Schädlichkeit von Handy-Strahlung an der Medizin Uni Wien erklärte die Kommission für wissenschaftliche Integrität, dass die Dokumentation der Originaldaten sowie deren Darstellung „nicht den Regeln der guten wissenschaftlichen Praxis entsprechen“. Gleichzeitig betont die Kommission aber, dass „Fälschungsvorwürfe nicht bestätigt“ werden könnten. Die Initiator der Untersuchung, der Bremer Biologie-Professor Alexander Lerch, hält indes an seinem Verdacht fest, dass bei der Studie gemogelt wurde. (APA, red)

Es begann mit der Wasserspinne

Das größte indianische Volk in den USA, die Cherokee, wurde im 19. Jahrhundert von Einwanderern aus ihrem Land vertrieben. Ihr Schöpfungsmythos besagt, dass eine Spinne die Erde formte.

Gudrun Springer

Frage: Wer sind die Cherokee?

Antwort: Die Cherokee sind das größte indianische Volk in den USA – von mehr als 560 anerkannten Stämmen, von denen allein in Alaska rund 225 leben. Die Cherokee zählen rund 280.000 Mitglieder. Ihre Schöpfungsmythe besagt, dass die Wasserspinne Dayanishi den Schlamm aus dem Wasser heraufbrachte, um daraus die Erde zu machen. Der Große Bussard formte mit seinen Flügeln die



„Great Smoky Mountains“ (im heutigen North Carolina). Dort lebten die Cherokee, bis die Europäer kamen und sie 1838 vertrieben.

Frage: Wo leben sie heute?

Antwort: Heute leben noch etwa 10.500 im dortigen Reservat. Es sind die Nachfahren jener, die es geschafft hatten, an ihrem Land festzuhalten. Etwa 16.000 Cherokee traten den 2000-Kilometer-Marsch an, zu dem sie gezwungen wurden. Mindestens jeder Vierte von ihnen überleb-

te diesen nicht. Man spricht vom „Pfad der Tränen“.

Frage: Wie lebten die Cherokee ursprünglich?

Antwort: Die Männer jagten und fischten, die Frauen sammelten Nahrung aus der Natur und kultivierten unter anderem auch Mais und Bohnen. In den Dörfern gab es einen Friedens- und einen Kriegshäuptling sowie einen geistigen Führer.

Die nächste Ö1-Kinderuni am Sonntag um 17.10 Uhr widmet sich dem Thema „Was ist eine echt gute Freundschaft? Wie wir Freundschaften finden, prüfen und erhalten“. Am Samstag im STANDARD.

Mehr Info dazu auf:
<http://oe1.orf.at>
www.kinderuni.at

GANZ KURZ

+++ Das Wissenschaftskabaretttrio **Science Busters** wurde von der PRVA zu den „Kommunikatoren des Jahres 2010“ gewählt. (red)



„In der Wissenschaft gibt es täglich spannende Entwicklungen. Die Wiener Zeitung berichtet darüber umfangreich und schnell.“

Dr. Josef Penninger, Direktor des IMBA
Institut für Molekulare Biotechnologie der ÖAW



Mehr als 1.000 Artikel zu Wissenschaft und Bildung im Jahr.
Mit Hintergrund, Analyse und Meinung.
Darum lese ich die Wiener Zeitung.



China beim Klimagipfel in der Offensive Seite 30

Pirat sein kommt teuer NETBUSINESS Seite 36

derStandard.at/Wirtschaft

Euro-Schutzschirm: Von Bluff zu Bluff

Europas Wirtschaftspolitik wollte die Schuldenkrise ohne Reform des Euro-Systems meistern. Doch an den Märkten reichen Vertrauensschwüre nicht mehr, wie die Zuspitzung der Krise um Irland und Portugal zeigt.

Wien – Die Anzeichen mehren sich, dass der jetzige Euro-Rettungsschirm nicht halten wird. Spätestens wenn Spanien den Schutzmechanismus aktivieren sollte, würden die Mittel nicht ausreichen. Generell zeigt sich, dass die Euro-Währungspolitik auf Bluffs setzte. Das war schon beim Ausbruch der Finanzkrise so, als Sparer mit einem unlimitierten Schutz ihrer Einlagen beruhigt wurden. Das funktionierte recht gut, obwohl schon damals, 2008, klar war, dass die EU-Länder nie in der Lage sein würden, tatsächlich das ganze Sparvolumen zu garantieren, sollten die Kunden ihre Gelder bei den Banken im großen Stil abheben.

Hellas-Karte sticht nicht

Spätestens im Fall Griechenland taugte der Bluff nicht mehr. Erst wurde beteuert, Athen brauche keine Hilfe, dann setzte die EU auf einen Rettungsring von 45 Milliarden Euro. Als das die Märkte nicht beruhigen konnte, musste die Eurozone mit Unterstützung des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf 110 Mrd. Euro nachbessern. Doch bisher hat die Aktion die Situation nicht nachhaltig entschärft, denn niemand weiß, wie sich Griechenland nach Ablauf der Hilfe Ende 2013 finanzieren soll. Kein Wunder also, dass an den Kapitalmärkten mit weiteren Finanzierungsproblemen für Athen gerechnet wird. Die Analysten von Evolution Securities in London gehen davon aus, dass die griechische Regierung allein im Jahr 2014 39 Milliarden Euro von den IWF-EU-Krediten zurückzahlen muss.

Die Märkte wollen sehen

In Irland schließt sich der Kreis. Der Bluff mit den garantierten Einlagen aus 2008 wurde durchschaut, nachdem die Gefährdung der Banken und die mangelnde Potenz Dublins zur Finanzierung des Geldsektors unübersehbar geworden war. Dass nach Irland Portugal als nächster Kandidat für einen Rettungseinsatz gilt, hängt nicht zuletzt mit Spanien zusammen. Die Banken haben im kleinen Nachbarland Kredite im Ausmaß von 59 Mrd. Euro ausständig, das ist nach Zahlen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich knapp ein Drittel aller ausländischen Forderungen.

Die im Raum stehende Hilfe für Lissabon kann somit als nächster Bluff betrachtet werden: Wenn Portugal gesichert ist, braucht sich niemand Sorgen um Spanien und seine Banken zu machen, so die Hoffnung. Glauben die Märkte diese These allerdings nicht, käme man an die Grenzen des bestehenden Rettungsschirms.

Nicht ausgeschlossen ist daher, dass der Poker Politik gegen Märkte bald in die nächste Runde geht. Um die tagtäglich steigenden Zinskosten in den Griff zu kriegen, wird bereits überlegt, den 750-Milliarden-Euro-Schirm zu erweitern. Das Hamburgische Welt-Wirtschaftsinstitut schlägt 1,25 Billionen Euro vor, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung gar 1,5 Billionen Euro. Der Ökonom Willem Buiter hält sogar zwei Billionen Euro für notwendig

und sieht dabei vor allem die Europäische Zentralbank in der Ziehung, die das Geld seiner Meinung nach aufbringen soll.

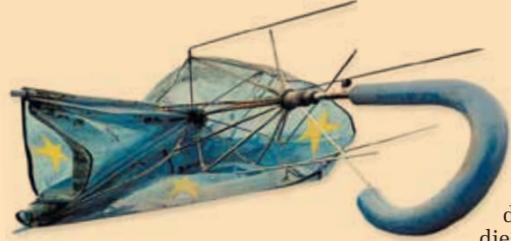
Am Wochenende soll es ein Krisentreffen der EU-Finanzminister geben, auch die Regierungschefs sind involviert. Aber kann die Markt-Hysterie so wirklich eingefangen werden? „Eine weitere Aufstockung des Rettungsschirms wäre nicht hilfreich“, sagt Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz Group auf STANDARD-Anfrage. „Es wäre nur ein Anreiz für die Märkte zu testen, ob die Politik

diesen größeren Hilfsrahmen voll einsetzt.“ Der Euro reagierte auf die jüngsten Spekulationen jedenfalls negativ und sank am Freitag auf 1,323 Dollar, knapp vier Prozent unter Wochenbeginn.

Die Europäische Zentralbank spielt in der aktuellen Krise eine große Rolle. Sie teilt Geld innerhalb der Eurozone um. Heute beziehen Banken in Irland, Griechenland, Portugal und Spanien 93 Prozent der gesamten Überschussliquidität im Europäischen Zentralbanksystem.

EZB: Geben und Nehmen

Geld, das beispielsweise von österreichischen und deutschen Banken bei der Zentralbank hinterlegt wird, stattet so die wackelnden Banken in Europas Peripherie mit Liquidität aus. Öster-



wie Fondsgesellschaften gehen längst von einer fundamentalen „Solvenzkrise“ aus. Die Lösung müsste dann anders aussehen: „In diesem Fall braucht

es nicht einfach mehr Schulden oder Garantien auf Schulden,“ betont etwa Louis-Vincent Gave, Geschäftsführer des unabhängigen Finanzanalysehauses Gavekal.

„Um eine Solvenzkrise zu lösen, braucht es mehr Eigenkapital im Finanzsystem.“ Wenn die Karten endgültig auf den Tisch gelegt werden, droht der Euro-Bluff ganz aufzufliegen. (sulu-goas)

Portugal und Irland Seite 26
Kommentar Seite 48

Foto: AP; Montage: Ladstätter

superschnell
downloaden

€ 0,-
Laptop

überall
online

Jetzt zum aonBreitband-Duo.

Holen Sie sich mit dem aonBreitband-Duo unlimitiertes DSL Highspeed-Internet für zuhause und mobiles Internet für unterwegs und Sie bekommen den neuen Laptop HP 625 um € 0,- dazu.*

Jetzt mit Gratis-DSL-Herstellung! Kein Festnetzanschluss erforderlich!

Alle Produktinfos und Bestellung unter www.telekom.at oder 0800 100 100.

* aonBreitband-Duo um € 29,90 pro Monat. Mindestvertragsdauer 18 Monate, bei Kündigung vor 36 Monaten fällt eine Zahlung (max. € 180,-) an.

Exkl. € 49,- Aktivierungsentgelt und € 10,- SIM-Pauschale, € 5,90 pro 1 GB mobilem Datentransfer. Aktion gültig bis 31.12.10 für TA Neukunden (kein Anschluss, kein (A)DSL in den letzten 3 Monaten). DSL-Herstellbarkeit vorausgesetzt. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. Stand: November 2010.



Finanzminister spitzen auf Erlöse aus CO₂-Handel

Der Emissionshandel der EU war bisher keine erfolgreiche Sache. Mit der nächsten Handelsperiode soll sich dies ändern. Denn die Finanzminister haben erkannt, dass sie mit Auktionserlösen Budgets auf fetten können.

Johanna Ruzicka

Wien – Insbesondere die Finanzminister der Union dürften ein Interesse daran haben, dass die 2013 beginnende neue Phase des EU-Emissionshandelssystems ein voller Erfolg wird. Denn die Auktionserlöse aus den Versteigerungen der „Verschmutzungsrechte“, müssen nicht zwingend in Klimaschutz- oder zumindest Umweltmaßnahmen fließen.

„Es gibt lediglich eine Empfehlung der Kommission, dass zumindest 50 Prozent der Einnahmen aus dem Verkauf der CO₂-Zertifikate für die Umwelt reserviert werden“, erklärt Dieter Drexel, Experte der Industriellenvereinigung.

Also hat hinter verschlossenen Ministeriumstüren bereits das große Rechnen begonnen, wie viel aus dem Verkauf der Zertifikate zu erwarten sein kann. Eine grobe, überschlagsmäßige Schätzung von Experten kommt dabei auf einen niedrigen dreistelligen Millionenbetrag, der jährlich in die Kassen des österreichischen Finanzministers gespült

werden könnte. Und dies, trotzdem es unter dem Schlagwort internationale Konkurrenzfähigkeit wieder zu Gratiszuteilungen kommen wird.

Das EU-Emissionshandelssystem, das den Treibhausgasausstoß der großen Industriebetriebe und Energieerzeuger in der EU reglementiert, soll ab 2013 mehr Ecken und Kanten bekommen und größere Teile des Industriesektors abdecken. Geplant ist, dass schon ab 2013 rund 60 Prozent aller Zertifikate gekauft werden müssen. Ein Zertifikat bildet die Erlaubnis ab, eine Tonne des wichtigsten Treibhausgases Kohlendioxid, CO₂, zu emittieren.

Zu den Industrien, die das System derzeit abdeckt, zählen: Energiegewinnung, Eisen und Stahl, Glas, Zement, Keramik und Ziegel. Neu hinzu kommt der Aluminiumsektor sowie schon 2012 die Luftfahrt. Ferner werden zwei weitere Gase vom Handelssystem erfasst, sodass rund 50 Prozent aller EU-Emissionen darunterfallen werden. Auf Österreich umgelegt bedeutet dies, dass sich der Kreis betroffener



Die europäischen Energieversorger müssen demnächst für alle ihre Emissionsberechtigungen zahlen.

Foto: Reuters



Unternehmen von derzeit 120 Firmen mit rund 200 Fabrikanlagen auf rund 230 Anlagen erweitert. Außerdem kommen 20 Luftfahrtunternehmen dazu. Weiterhin mit Abstand größter Treibhausgasemittent in Österreich bleibt die Voest.

Besonders in die Mangel genommen werden Energieversorger, die vom ersten Tag des Jahres 2013 an ihren vollen Bedarf an Emissionserlaubnissen erwerben müssen. Selbst die Kommission erwartet davon, dass es zu einem zehn- bis 15-prozentigen Anstieg der Strompreise kommen wird.

Anders bei den Industrievertretern. Hier erhalten nur die innovativen und umweltfreundlichen

Firmen einen (jährlich abnehmenden) Prozentsatz an Gratiszertifikaten; gleichzeitig wird das Volumen von Emissionsberechtigungen Jahr für Jahr abnehmen. Bis 2020 soll die kostenlose Verteilung an Emissionsberechtigungen dann abgeschafft sein.

Es wäre nicht die EU, wären diese doch strengen Regeln nicht aufgeweicht und mit weiteren Ausnahmen gespickt: So sind osteuropäische Energieversorger vom Auktionszwang ausgenommen – obwohl sie häufig ihren Strom mit schmutziger, das heißt CO₂-intensiver Kohle herstellen. Ein EU-Solidaritätsfonds soll den osteuropäischen Staaten beim Übergang in eine klimaschonendere Energie-

erzeugung unterstützen. Zehn Prozent des EU-weiten Versteigerungserlöses sind für diesen Fonds reserviert.

An der Verteilungsmethode für die kostenlosen Lizenzen wird derzeit gearbeitet. Solche Firmen sollen Gratiszertifikate bekommen, deren Produkte innerhalb ihrer Branche besonders energieeffizient hergestellt werden. Für Österreich wird angenommen, dass fast alle Unternehmen unter die Top-Performer fallen, erläutert Drexel. Ziel dabei ist, Firmen vor internationaler Konkurrenz mit einem weicheren „Kohlenstoffregime“ zu schützen und davon abzuhalten, außerhalb der EU-Produktionsstätten aufzuziehen.

Ökofirmen verdienen Geld größtenteils auswärts

Nur einer von drei Euro in Österreich erwirtschaftet – Geschäft von Gesetzen getrieben

Wien/Graz/Linz/Klagenfurt – Österreichs Umwelttechnikindustrie, die früh in benachbarte Länder gegangen ist, hofft auf noch strengere Umweltgesetze. „Unser Geschäft ist eindeutig gesetzestrieben“, sagte der Chef des Entsorgungsunternehmens Saubermacher, Hans Roth, dem STANDARD.

Ob Deponieverordnung, Verpackungsrichtlinie oder Beharren der EU-Kommission auf einheitlichen Umweltstandards: „Das sind Treiber, die uns auch in Osteuropa helfen“, sagte Roth. Nach Schätzungen des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) ist die Branche rund sechs Mrd. Euro schwer; zwei von drei Euro werden im Ausland erwirtschaftet.

In der Steiermark hängen 160 Betriebe am Eco-World-Styria-Cluster. 2009 setzten die Umwelt-

technikfirmen mit 14.500 Mitarbeitern 2,83 Mrd. Euro um. Von Kesseltechnologie über Solar bis Wasserkraft reicht die Palette.

Verstärkt auf Biomasse setzt Komptech, Hersteller von Abfallbehandlungsmaschinen. Ein Drittel des Umsatzes (rund 80 Mio. Euro, 445 Mitarbeiter) werden mit Aufbereitungs- und Zerkleinerungstechnik gemacht.

Mit Recycling, Reststoffentsorgung und -verwertung baut Saubermacher international seine Präsenz aus. Die Grazer Firma will heuer mit 3600 Mitarbeitern (1300 in Österreich) 270 Mio. Euro umsetzen. Der Auslandsanteil soll bis 2013 auf 57 (37) Prozent steigen.

Ein guter Boden für Ökofirmen ist auch Oberösterreich. Im Ökoenergie-Cluster arbeiten derzeit 154 Unternehmen mit mehr als

6300 Mitarbeitern zusammen. Diese setzten zuletzt 1,7 Milliarden Euro um.

Der Elektrotechnikproduzent Fronius aus Pettenbach (Bezirk Kirchdorf) ist weltweit Nummer zwei bei Wechselrichtern für Fotovoltaikanlagen – eine Schlüsseltechnologie zur Umwandlung von Sonnenenergie in Strom. Mit gut 3000 Mitarbeitern wurden zuletzt 329 Millionen Euro umgesetzt.

Xolar in Eberstalzell (Bezirk Wels-Land) ist ein führender Anbieter von Solaranlagen. Die Firmengruppe beschäftigt 130 Mitarbeiter, ist stark im Exportgeschäft und setzte im Vorjahr 23 Millionen Euro um.

Ganz vorne mischt auch Ökofen mit. Das Unternehmen brachte 1997 als erster österreichischer Hersteller eine typengeprüfte Pel-



Interesse an effizienter Herstellung von Hackschnitzeln gibt es zunehmend auch im Ausland.

Foto: Komptech

letsheizung auf den Markt. Die Firma mit Hauptsitz in Niederkappel (Mühlviertel) und 300 Beschäftigten liefert Hackschnitzelheizungen auch in die USA.

Auch in Kärnten gibt es eine Reihe von Öko-Unternehmen, die insbesondere dank der Exportmärkte aufgeblüht sind. Die AMSC Windtec aus Klagenfurt beispielsweise gilt als Pionier der Windkraftnutzung und hat bereits 27 Patente angemeldet.

Mit gut 80 Prozent Exportrate punktet die Kioto-Gruppe um

den Solaranlagen-Weltmarktführer GreenOneTec. Die höchste Exportquote mit 93 Prozent weist aber die Spittaler Firma Lindner auf. Sie stellt Schredderanlagen für Müllrecycling her.

Nicht alles ist eitel Wonne. Die SW-Umwelttechnik, spezialisiert unter anderem auf Abwasserentsorgung, erholt sich erst allmählich vom schwierigen Jahr 2009. Den Klagenfurterern machten die zurückgestutzten Budgets insbesondere in Ungarn und Rumänien zu schaffen. (stro, ker, mue, stein)

ZINSEN & WÄHRUNGEN				
ZINSSÄTZE ÖSTERREICHS				
Sekundärmarktrenditen	in Prozent			
Emittenten Gesamt		2,353		
Bundesanleihen		2,338		
Inländischen Emittenten		2,349		
Nationalbank	in Prozent			
Tendersatz (seit 13.5.2009)		1,00		
Einlagefazilität (seit 8.4.2009)		0,25		
Spitzenfazilität (seit 13.5.2009)		1,75		
Basiszinssatz (seit 30.6.2010)		0,38		
Referenzzinssatz (seit 13.5.2009)		2,00		
INTERNATIONALE ANLEIHEN RENDITEN				
	2 Jahre	5 Jahre	10 Jahre	30 Jahre
USA	0,524	1,536	2,874	4,229
Japan	0,196	0,474	1,191	2,094
Großbritannien	0,709	2,049	3,348	4,287
Deutschland	0,939	1,769	2,684	3,210
Frankreich	1,072	2,042	3,150	3,618
Kanada	1,697	2,429	3,150	3,608
Yen	0,121	0,189	0,358	0,595
Italien	2,543	3,430	4,400	5,154
Australien	-	5,217	5,484	-
INTERNATIONALE ZINSSÄTZE LIBOR / EURIBOR				
	1 Mon.	3 Mon.	6 Mon.	12 Mon.
Mittelwert				
US-Dollar	0,256	0,294	0,459	0,785
Pfund Sterling	0,576	0,739	1,030	1,486
Schw. Franken	0,138	0,170	0,242	0,522
Kan. Dollar	1,086	1,222	1,433	1,888
Yen	0,121	0,189	0,358	0,595
Euro	0,753	0,969	1,210	1,493
Euribor (Vibor)				
Euribor	0,796	1,028	1,260	1,531
Eurotaggeld	0,350			



ERLÄUTERUNGEN Kurs-Gewinn-Verhältnisse: Basierend auf der Konsensus-Gewinnschätzung pro Aktie von zumindest zwei Investmentbanken für das Geschäftsjahr 2009 (09) und 2010 (10). **Umsatz in Stück und Prozent:** Kumulierter Tagesumsatz in Aktien (Einfachzahlung). Die Prozentzahl dahinter gibt den Umsatz in Prozent des jeweiligen Durchschnitts der letzten 100 Handelstage an. **Dritter Markt als MTF:** Der Handel mit Finanzinstrumenten im Multilateralen Handelssystem (MTF) Dritter Markt erfolgt nicht auf Grund einer formellen Zulassung zum Börsenhandel. Die Anforderungen des Börsengesetzes betreffend zum Handel an einem geregelten Markt zugelassene Finanzinstrumente, insbesondere die Emittentenpflichten, gelten für im Dritten Markt gehandelte Finanzinstrumente nicht. Alle Angaben ohne Gewähr. Quelle vwdgroup

KKR steigt bei Del Monte ein

Finanzinvestor zahlt mit Partnern mehr als 5,3 Milliarden Dollar

New York / Philadelphia – In einem hektischen Branchenumfeld hat sich der Finanzinvestor KKR den Zugriff auf den Lebensmittelkonzern Del Monte gesichert. Für den US-Konzern zahlt KKR zusammen mit Partnern inklusive Schulden mehr als 5,3 Milliarden Dollar (4 Mrd. Euro). Der Deal ist eine der größten fremdfinanzierten Übernahmen in den USA in diesem Jahr.

Finanzinvestoren stehen derzeit unter hohem Druck, die in den vergangenen Jahren eingesammelten Gelder wieder zu investieren. Einige Fonds müssen ihre Mittel in bestimmten Fristen ein-

gesetzt haben – in den vergangenen Monaten hat die Aktivität in der Branche spürbar zugelegt. Anfang der Woche sicherten sich zwei Finanzinvestoren etwa den Zugriff auf den US-Modehändler J Crew Group.

KKR legt für Del Monte, Hersteller von Katzen- und Hundefutter sowie Gemüse-Konserven, 19 Dollar je Aktie auf den Tisch, ein Aufschlag von 5,6 Prozent auf den Schlusskurs von Mittwoch. Am Donnerstag wurde an der Wall Street wegen des Thanksgiving-Festtags nicht gehandelt. Gegen-

über dem Kurs vom 18. November, als Gerüchte über den Deal aufkamen, zahlt der Investor 23 Prozent mehr. In diesem Jahr hat die Aktie 62 Prozent zuge-

legt. Für die Offerte hat sich KKR zwei Partner ins Boot geholt: Vestar Capital Partners und einen von dem Centerview-Partner James Kilts geführten Fonds. Die Troika übernimmt 1,3 Milliarden Dollar der Schulden. Del Monte rechnet damit, dass der Kauf bis spätestens März abgeschlossen ist. (Reuters)



Foto: AP

Immer auf der sicheren Seite.
www.sbausparkasse.at

Klimagipfel: China in der Offensive

Wenn es um Klimafragen geht, will China sich als Entwicklungsland sehen. Beim Gipfel in Cancún wird die chinesische Delegation darauf pochen, dass ihr Beitrag zum Klimaziel auf Freiwilligkeit basieren muss.

Johnny Erling aus Peking

Peking bewertet seine Luft mit Notizen. Am 9. Oktober waren sich amtliche Kontrolleure und inoffizielle Luftmessbeamte der US-Botschaft einig. Pekings Luft war so schlecht, dass sie auf einer fünfstufigen Skala von ausgezeichnet (1) bis gesundheitsschädlich (5) die Note Vier minus erhielt. Es kam noch schlimmer: Einen Monat später, am 19. November, war Pekings Luft so belastet, dass den US-Forschern die Noten ausgingen. Die Schadstoffkonzentration überschritt den Index-Höchstwert von 500.

Ein US-Beamter erfand das Wort „irreschlimm“ (crazy bad). Der unwissenschaftliche Ausdruck wurde von der Botschaftswebseite wieder gelöscht. Chinas Presse übernahm ihn sofort.

Doch für den neuen Klimabeauftragten für Cancún, Huang Huikang, der sich ausgerechnet am 19. November in Peking der Presse vorstellte, war der Zustand der Luft kein Thema. Auch der Staatsrat kümmerte sich nicht darum, obwohl Premier Wen Jiabao ihn am gleichen Tag nur zur Klimapolitik einberief. Beide Vertreter Chinas hatten Wichtigeres zu tun: Sie legten die Strategie für den Klimagipfel in Cancún fest.

Emittent Nummer eins

Peking will nach dem Fiasko von Kopenhagen diesmal offensiv vorgehen. Chefdelegierter Xie Zhenhua brachte es auf den Punkt: Er stritt nicht mehr ab, dass China in absoluten Zahlen heute „CO₂-Emittent Nummer eins“ in der Welt ist. Daraus jedoch würden Peking keine neuen Verpflichtungen erwachsen. Es ändere nichts am Status Chinas als Entwicklungsland.

Im Gegensatz zu den seit 1750 für ihre Entwicklung aus dem Vollen schöpfenden Industriestaaten

habe Nachzügler China ein Recht auf nachholende Wirtschaftsentwicklung. Huang Huikang sagte, worüber er in Cancún, auf keinen Fall mit sich sprechen lasse: „Das Kioto-Protokoll ist nicht überholt und wird auch in Zukunft nicht überholt sein.“

Freiwillige Leistungen

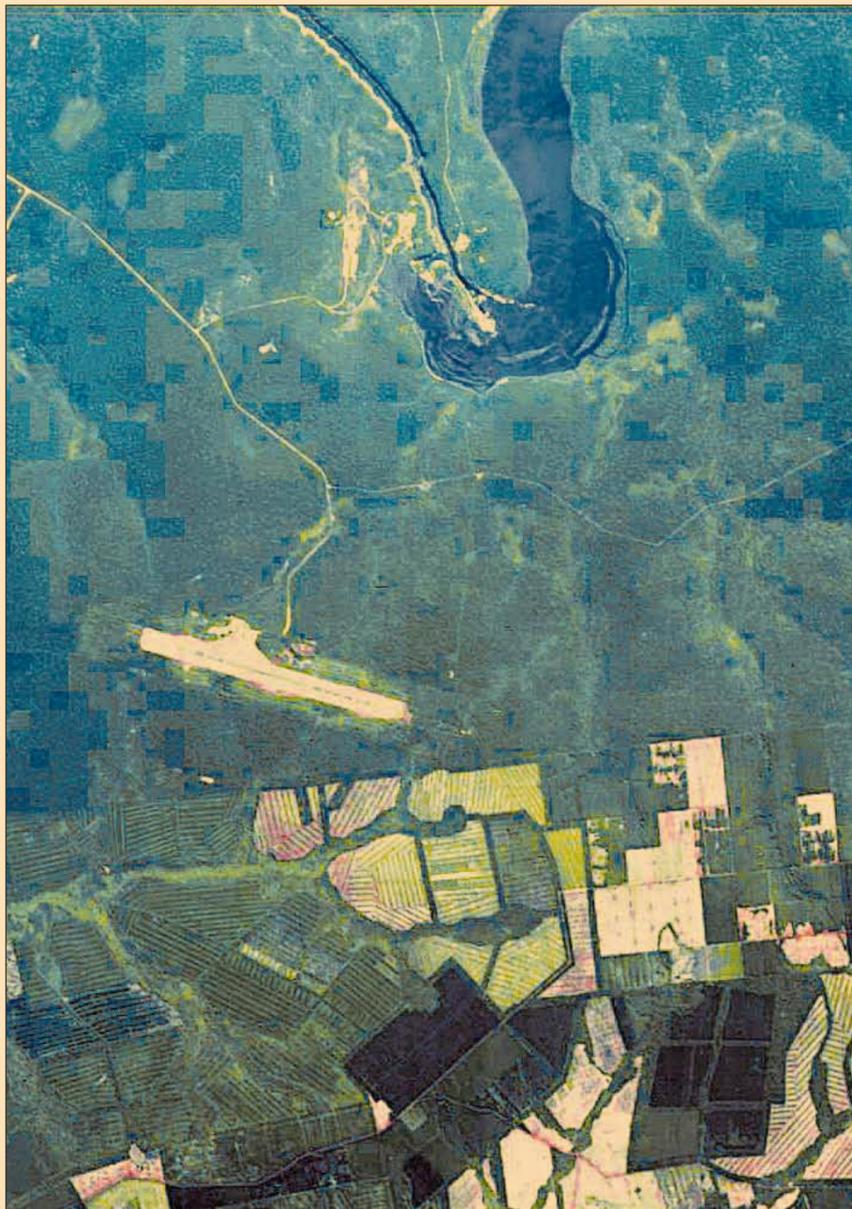
Peking stellt mit der konzertierten Aktion klar, dass es keine von außen aufgedrückte Verpflichtung übernehmen wird. Als „freiwillige Leistung“ sei es aber bereit, so Xie Zhenhua, „unter Beibehaltung seiner Wirtschaftsentwicklung eine aktive Politik zur Kontrolle und Verminderung unserer Treibhausgase zu verfolgen.“

Xie, der auch Vize-Planungschef Chinas ist, legte einen 72-seitigen Aktionsplan vor, wie das konkret aussehen soll. Im Fünfjahresplan (2011 bis 2015) stünden erstmals feste Ziele für eine bessere CO₂-Effizienz. Das Land setze dafür auch zum großen Sprung in der Entwicklung seiner regenerativen Energien an.

Schon heute ist China weltgrößter Energieproduzent bei

Wasserkraft und Windenergie, will Weltmeister bei Fotovoltaik werden und errichtet die meisten neuen Kernkraftwerke: 25 sind im Bau. Damit mindert es zwar tatsächlich den Anteil fossiler Energie für sein Wachstum, aber nicht deren Verbrauch. In absoluten Zahlen wachsen seine CO₂-Emissionen weiter. Ein Ende ist nicht abzusehen.

Der Verbandschef für Kohle, Wang Xianzheng, sagt schon voraus, dass China 2015 rund 3,8 Milliarden Tonnen Kohle verbrauchen wird, 800 Millionen Tonnen mehr als 2009. Die verstärkte Nutzung regenerativer Energien lasse den Anteil fossiler Energie 2015 von über 70 Prozent auf 64 Prozent fallen. Wie China zum Zwei-Grad-Klimaziel beitragen kann, wird nicht erklärt. Stattdessen fordert man die Industrieländer auf, ihre Emissionen stärker zu senken und mit Geld und Technologien den Entwicklungsländern beim CO₂-Sparen zu helfen. China will in Cancún „nur tief hängende Früchte pflücken“, schreibt sogar *China Daily*.



Wasserfälle von Iguazú, Brasilien: „Dieses Bild wurde vom Satelliten Proba aufgenommen. Es zeigt die intensive Landschaftsnutzung“, sagt Esa-Experte Josef Aschbacher. Deutlich zu sehen ist die Landebahn des Cataratas Del Iguazú Airport. Die Wasserfälle befinden sich im Parque Nacional Iguazú an der Grenze zwischen Brasilien, Argentinien und Paraguay. In natürlicher Isolation hatte sich dort ein einmaliges Ökosystem entwickelt, das tausende für die Region einzigartige Arten beherbergt. Weite Waldflächen wurden allerdings für die Landwirtschaft gerodet. Mehr auf Seite 38

Foto: Esa

Widerstand gegen „Geiz ist geil!“

Ulrich Brand will eine Klimapolitik, die unsere imperiale Lebensweise nicht ausnimmt

Wien – Vom Klimagipfel in Cancun erwartet sich Ulrich Brand nicht allzu viel. Für den Politikwissenschaftler ist die Klimarahmenkonvention der Uno, die das Treffen ausrichtet, bloß ein

„zahnloser Tiger“, der gerade dort nicht zubeißt, wo es wirklich etwas bringen würde, aber auch weh täte: bei unserer „imperialen Lebensweise“.

Das große Manko der Klimapolitik bestehe nämlich darin, bislang vor allem an den CO₂-Emissionen anzusetzen, also dem Output. Doch das helfe wenig, solange man nicht gegen den Input angehe, also die auf fossilen Energieträgern basierende Produktionsweise.

Für den Umwelt- und Ressourcenexperten, der an der Uni Wien gerade einen entsprechenden Forschungsschwerpunkt aufbaut, würden die derzeit dominanten Lösungsansätze wie der „Green New Deal“ vor allem die ökologische Frage bearbeiten – und auch das nicht effektiv. Soziale Dimensionen spielten kaum eine Rolle.

Brand hingegen ist überzeugt, „dass eine wirklich nachhaltige Perspektive die beiden Fragen verbinden muss“.

Dagegen freilich gibt es auf allen Ebenen erhebliche Widerstände, global wie national: „Die Globalisierung setzt die Staaten in eine verstärkte Konkurrenz um Kapital, Wachstum, Wohlstand, und deshalb steht

heute eine un-nachhaltige Wirtschaftspolitik im Zentrum des politischen Handelns und nicht die Umweltpolitik“, konstatiert Brand. Sie beschwöre abstrakt ein vermeintliches Menschheitsinteresse, doch Klimafragen seien immer auch Machtfragen.

Im Kleinen sei es nicht viel besser als im Großen: Unsere Kultur

des ‚Geiz ist geil!‘ sei eines der zentralen Probleme, sagt Brand, der damit jene Lebensweise meint, die auf billigen Produkten basiert, die wiederum mit billiger Arbeitskraft und Ressourcen produziert wurden. „Daran zu rütteln traut sich kaum ein Politiker. Am wenigsten die SPÖ und die Gewerkschaften.“ (tasch)



Politikwissenschaftler
Ulrich Brand.

Foto: Bärbel Högner

10
Kilokalorien Energie aus fossilen Trägern verbraucht die Agrarindustrie im Schnitt für eine Kilokalorie Nahrung.

Montagsgespräch

29. 11. 2010, 20.00 Uhr

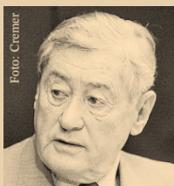
Budget: Wo bleiben die Reformen?



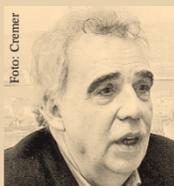
Ingrid Korosec
ehemalige
Volksanwältin



Margit Schratzenstaller
Wirtschaftsforscherin



Hannes Androsch
Industrieller



Johannes Voggenhuber
Ehemaliger
Europaaabgeordneter



Moderation:
Gerfried Sperl
DER STANDARD



Die Zeitung für Leserinnen

Ort: Haus der Musik, Seilerstätte 30/Eingang Annagasse, 1010 Wien. Freier Eintritt

derStandard.at/Events

„Grünes Wachstum einzig nachhaltiger Weg aus der Krise“



Warum die Konferenz in Cancún ein Erfolg werden muss und wie sein Land mit dem Druck umgeht, erklärt der mexikanische Umweltminister **Juan Elvira Quesada** im E-Mail-Interview. Die Fragen stellte **Günther Strobl**.

STANDARD: Mexiko steht als Gastgeber der UN-Klimakonferenz in Cancún unter strenger Beobachtung. Wie geht das Land damit um?
Quesada: Wir begrüßen das. Mexiko hat keine Mühen gescheut, das Vertrauen und die Zuversicht, die bei der letztjährigen Konferenz in Kopenhagen erschüttert wurden, wieder herzustellen.

STANDARD: Die Erwartungen sind viel tiefer angesetzt, als sie es vor Kopenhagen waren. Ein Vorteil?

Quesada: Die Erwartungen vor Kopenhagen waren in der Tat sehr hoch, aber unrealistisch. Wir hoffen, in Cancún ein ambitioniertes, aber realistisches Paket von Entschlüssen auf den Weg zu bringen. Spielt man die Erwartungen herunter, ist die Gefahr groß, dass die Ergebnisse in einer Art selbst-erfüllender Prophezeiung tatsächlich mickrig ausfallen

STANDARD: Nicht nur Klima-Skeptiker argumentieren, eine CO₂-arme Wirtschaft sei schädlich für das Geschäft. Was antworten Sie darauf?

Quesada: Ich bin vom Gegenteil überzeugt. Grünes Wachstum und kohlenstoffarmes Wirtschaften werden sich als der einzig nachhaltige Weg raus aus der Krise erweisen. Das schafft mehr Jobs, verringert die negativen Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt und erhöht durch einen effizienteren Umgang mit Ressourcen auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

STANDARD: Welchen Einfluss hat die Wirtschaftskrise auf die Klimadiskussion?

Quesada: Zum einen wurden Erwartungen gedämpft, dass viel öffentliches Geld zur Bekämpfung des Klimawandels mobilisiert werden kann. Andererseits hat gerade der Umfang der geschnürten Konjunkturpakete gezeigt, was möglich ist, wenn man nur will, und dass der derzeitige Zustand eigentlich untragbar ist.

STANDARD: Was sollte in Cancún mindestens erreicht werden?

Quesada: Ein faires, ausgeglichenes und verständliches Paket an Entscheidungen.

STANDARD: Wenn das misslingt, gibt es dann einen Plan B?

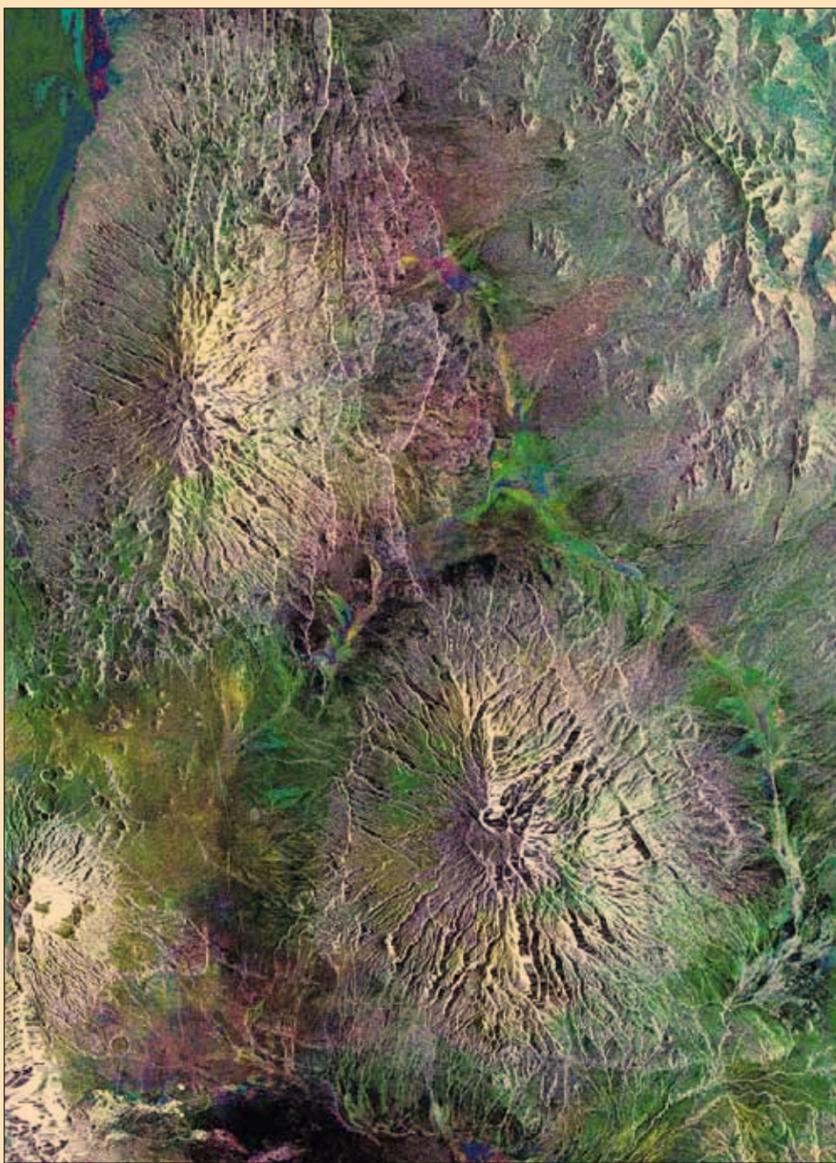
Quesada: Es gibt keinen Plan B. Cancún muss ein Erfolg werden.

STANDARD: Die Konferenz in Cancún trägt selbst zur Umweltverschmutzung bei. Was ist damit?

Quesada: In Zusammenarbeit mit unabhängigen NGOs hat sich Mexiko verpflichtet, durch Zahlung einer CO₂-Abgabe für eine klimaneutrale Austragung der Konferenz zu sorgen.

JUAN ELVIRA QUESADA (54) ist Minister für Umwelt und Rohstoffe im Kabinett des mexikanischen Staatschefs Felipe Calderón. Er hat Agrartechnik in Mexiko-Stadt und an der Universität Cranfield in Bedfordshire, Großbritannien, studiert. Quesada gehört der konservativen Nationalen Aktionspartei an. *Foto: EPA*

21.
August 2010, „Overshoot-Day“: Die Menschen hatten alle Ressourcen verbraucht, die sich in dem Jahr erneuern können.



Großer Afrikanischer Grabenbruch, Tansania: Das Radarbild wurde vom Umweltsatelliten Envisat aufgenommen. Die tektonische Aktivität, die das Great Rift Valley formte, schwächte die Erdkruste entlang ihrer Grenzen. Die Folgen: seismische und vulkanische Aktivitäten. Mehr zu Vulkanausbrüchen und deren Folgen für das Weltklima auf Seite 2. Siehe auch Seite 38
 Foto: Esa

Diesel um 14,8 Prozent teurer als vor einem Jahr

Energiepreisindex um fast acht Prozent gestiegen – Heizöl um 22,4 Prozent teurer

Wien – Deutlich höhere Sprit- und Heizölpreise haben die Energieausgaben der privaten Haushalte im Oktober weiter in die Höhe getrieben. Die Energiepreise waren im Oktober um 7,7 Prozent höher als im Oktober 2009, blieben aber im Vergleich zum September 2010 weitgehend stabil (plus 0,03 Prozent). Dies geht aus dem Energiepreisindex der Österreichischen Energieagentur hervor.

Zum Vergleich: Der Verbraucherpreisindex war im Oktober im Jahresabstand um zwei Prozent höher, im Monatsabstand um 0,2 Prozent. Diesel war im Oktober um 14,3 Prozent teurer als vor einem Jahr, Super- und Normalbenzin um je 11,6 Prozent. Der Preis für Heizöl stieg im Jahresvergleich um 22,4 Prozent. Strom verteuerte sich um 1,1 Prozent. Gas war um 0,6 Prozent billiger als vor einem

Jahr, Fernwärme um 0,7 Prozent teurer und feste fossile Brennstoffe um 8,2 Prozent. Brennholz wurde um 1,1 Prozent billiger, Holzbriketts um 2,9 Prozent teurer.

Im Vergleich zu September waren Diesel und Normalbenzin um 0,3 Prozent teurer, Superbenzin und Heizöl um je 0,2 Prozent. Der Strompreis blieb unverändert, Fernwärme auch. Gas verteuerte sich um 0,2 Prozent. (APA)

SOLANGE DER VORRAT REICHT!

BEIM ENERGIESPAREN NOCH EFFIZIENTER ABSCHNEIDEN!



Systematisches Energie-Effizienz-Management spart Geld und schützt das Klima. Mit uns finden Sie die optimalen Maßnahmen und Möglichkeiten für Ihr Unternehmen.

Mag. Petra Firlinger, Area Manager Sales, UniCredit Leasing

Jetzt bis zum 31. Dezember 2010 Förderung kassieren: Der Energie-Effizienz-Scheck im Wert von € 675,-* für geförderte, professionelle Beratung zur Optimierung Ihres betrieblichen Energieverbrauchs. Profitieren Sie doppelt: Für KMUs übernimmt die UniCredit Leasing den Selbstbehalt von € 75,-** für diese **Förderung**. Und steht Ihnen bei Bedarf mit der effizienten Finanzierung Ihrer Energiesparmaßnahmen zur Seite – somit schonen Sie nicht nur die Umwelt, sondern auch Ihre **Liquidität**.

Kontaktdaten ausfüllen, ausschneiden und einsenden an: UniCredit Leasing, Kennwort „Energie“, Operngasse 21, 1040 Wien. Wir kontaktieren Sie umgehend! Näheres auch unter Telefon: **05 05 88-4707**, E-Mail: effizienzcheck@unicreditleasing.at, www.unicreditleasing.at bzw. www.kmu-scheck.at

Name: _____

Firma: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____



* Eine Aktion in Kooperation mit dem Klima- und Energiefonds, www.klimafonds.gv.at
 ** Gültig für 300 Beratungen




SPIELPLATZ



Gehobene Fahrillusion

Großer Wurf mit ein paar Schwächen: „Gran Turismo 5“

Alois Pumhösel

Die lange Entwicklungszeit, mehrere verschobene Erscheinungstermine, geschätzte Kosten von 60 Millionen Euro und der Kult um den perfektionistischen Chefentwickler Kazunori Yamauchi hatten die Erwartungshaltungen für Gran Turismo 5 in utopische Höhen geschraubt. Die Rennsimulation, die nun vorliegt, hatte niemals eine Chance, dem vorausweisendem Ruf gerecht zu werden.

Dabei ist es durchaus ein Meilenstein. Schon das Intro, das in coolen Bildern die Autoindustrie inszeniert, jazzige Lounge-Musik in den Menüs und das Angebot an 1031 zum Teil fotorealistisch anmutenden Autos wollen zeigen: Das ist kein Kinderkram mehr, mit uns wird das Genre endgültig erwachsen. Wenn man etwa im alten Fiat 500, gefärbt in „Rosso Corallo“, durch toskanische Hügel brettert, bergauf höchst-

tens ein 30er geht und dabei langsam die Nacht hereinbricht, hebt die neue Fahrillusion vom Boden konventioneller virtueller Rennunterhaltung ab. Es hat auch durchaus Witz, mit einem Oldtimer-Cabrio durch den Regen zu brausen.

Trotz großartiger Autoinszenierungen, auch in 3-D, und guten Fahrverhaltens strauzelt der Gigant aber da und dort: Die exakt ins Virtuelle übertragenen Rennstrecken schauen gut aus – solange man nicht zu genau hinschaut. In ein passendes Online-Game zu kommen kann recht mühsam sein. Und bei der Schmalspurversion eines Schadensmodells scheinen sich die Autohersteller, die ihre Lieblinge nicht gern kaputt sehen, durchgesetzt zu haben.

Dennoch: Yamauchis Perfektionsdrang hat monumentale, in weiten Teilen ausgereifte Unterhaltung geschaffen. Polyphony/Sony für PS3, ca. 60 €, ohne Altersbeschränkung. F.: Sony



Pirat zu sein kommt teuer

Die Initiatoren der Internet-Tauschbörse Pirate Bay sind auch in zweiter Instanz verurteilt worden. Das Gericht senkte zwar die Haftstrafen, erhöhte aber die Schadensersatzsumme auf knapp fünf Millionen Euro.



Gnadenlos: Betreiber der Piratenbucht werden eingebuchtet. F.: Reuters

Stockholm/Wien – Peter Sunde, der ehemalige Sprecher des Torrent-Trackers Pirate Bay, soll für acht Monate hinter Gitter, Fredrik Neij für zehn Monate, Carl Lundström, der umstrittene Investor der Tauschbörse vier Monate hinter schwedischen Gardinen sitzen.

Das ist zwar weniger als die im April 2009 in erster Instanz verhängten Strafen. Dafür schraubten die Richter des schwedischen Berufungsgerichts die Schadensersatzsumme von 32 Mio. Kronen (3,45 Mio. Euro) auf 46 Mio. Kronen (4,96 Mio. Euro) hoch. Zu zahlen an diverse Musik- und Filmunternehmen wie Warner Bros, Sony Music, Emi, 20th Century Fox und Columbia Pictures. Das Berufungsverfahren gegen einen vierten Mann wurde wegen Krankheit auskoppelt und wird nachgeholt.

Den vier Männern wird vorgeworfen, Millionen Internetnutzern mit The Pirate Bay ein Forum

für massive Urheberrechtsverletzungen geboten zu haben. Die Verteidiger der vier Angeklagten hatten auf Freispruch plädiert. Sie verwiesen darauf, dass die Website selbst kein urheberrechtlich geschütztes Material zum Download bereit halte. Sie vermittelte lediglich entsprechende Verbindungen. Vorwürfe der Verteidigung, ein an dem Verfahren beteiligter Richter sei befangen, hatte die Justiz zurückgewiesen. Die Anwälte wollen zwar Berufung einlegen, Rechtsexperten halten das Urteil jedoch für endgültig.

Auf der Pirate-Bay-Website gibt es nur so genannte Bit-Torrent-Dateien, die den Weg zum Download großer Dateien im weltweiten Netz weisen. Die Klärung

urheberrechtlicher Fragen – letztlich die Bezahlung – wird dem Nutzer überlassen, der sich die Kinofilme, Musikalben oder Computerspiele auf den PC oder das Handy lädt. Pirate Bay hat Schätzungen zufolge 20 Millionen Nutzern und liegt im Website-Ranking von Alexa.com weltweit auf Platz 95, in Österreich auf Platz 107. Seit Jahren sieht die Film- und Musikindustrie in den illegalen Tauschbörsen einen der Hauptgründe ihres Geschäftsrückgangs.

Das erstinstanzliche Urteil gegen die Betreiber der Plattform hatte im Vorjahr dazu geführt, dass die sie unterstützende Schwedische Piratenpartei einen massiven Mitgliederzuwachs erfuhr und ins EU-Parlament gewählt wurden. Seit diesem Sommer stellt die Partei dem Torrent-Tracker Bandbreite zur Verfügung. (dpa, kat)

www.thepiratebay.org

13 Prozent der Energie eines Liters Benzin werden tatsächlich für den Antrieb eines durchschnittlichen Autos genützt.

Klimaschutz: globale Überlebensfrage und Chance für green jobs

Bezahlte Anzeige

Vor dem Start der Klimaschutzkonferenz im mexikanischen Cancún hat Österreich beim „Vienna Climate Dialogue“ mit anderen Staaten eine Achse für den Klimaschutz geschaffen. Denn obwohl CO₂-Reduktion, Ressourcenschonung und Energieversorgung in aller Munde sind, starren zu viele große Player immer noch unbeweglich auf den Ball, den ihnen die Welt vor die Füße rollt.

„Klimaschutz ist eine globale Herausforderung, die klare Ziele braucht. Und weil die nur gemeinsam Sinn machen, sind Allianzen notwendig“, betont Umweltminister Niki Berlakovich,

der vor kurzem eine hochkarätige, internationale Runde von politischen EntscheidungsträgerInnen zum „Vienna Climate Dialogue“ nach Österreich geholt hat.

Achse für den Klimaschutz

„Aktive Staaten wie Österreich brauchen engagierte PartnerInnen, die bei der Weltklimakonferenz in Mexiko gemeinsam vorgehen. Wenn wir unsere Kräfte bündeln, können wir im globalen Klimaschutz größere Schritte machen“, zeigt sich der Umweltminister kämpferisch, auch wenn er in Cancún nicht mit dem großen Durchbruch rechnet.

Österreichs Ziele: Energieautarkie und mehr green jobs

In Österreich selbst verfolgt Berlakovich seine Vision Energieautarkie. Das bedeutet: Energie-Selbstversorgung des Landes mit erneuerbarer Wind-, Sonnen-, Wasserkraft, Erdwärme und Biomasse und damit maximalen Klimaschutz. Das geht Berlakovich mit wirtschaftlichem Kalkül an: „Wir brauchen neue Wege. Im Energiesektor haben alte Systeme ausgedient, im Wirtschaftsbereich auch. Der



Berlakovich schafft internationale Achse für den Klimaschutz

Klimawandel ist eine unserer größten Bedrohungen – für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt ist der Schutz des Klimas aber eine unserer größten Chancen.“

Kein Wirtschaftswachstum ohne green jobs

Kein Bereich wächst derzeit schneller als der Umweltsektor. Bereits jeder zehnte Euro wird mit der Umwelt verdient. 30

Mrd. Euro Umsatz sprechen eine deutliche Sprache: Ohne green jobs gäbe es heute kein Wirtschaftswachstum. Dafür wurde 2010 viel investiert: insgesamt 761 Millionen für den Ausbau von green jobs. 185.000 Menschen sind derzeit in green jobs beschäftigt, bis 2020 sollen es 100.000 mehr sein. Wegweiser dahin ist der neue Masterplan green jobs. „Wirkungsvoller Klimaschutz bringt Österreichs Konjunktur

auf Touren. Wenn wir heute in green jobs investieren, investieren wir dort, wo Wachstum ist. Wir fördern, was Zukunft hat“, so Umweltminister Niki Berlakovich.



lebensministerium.at



100.000 neue green jobs im Umwelt- und Klimaschutz


Wolfram Siebeck: Ende der Kleinbauern s. 40

„Dallas“-Ekel Hagman als Solarguru MEDIEN S. 41

derStandard.at/Kultur

Eine Hommage an den Patrioten im Weltkünstler

Am Nationaltheater in Peking zeigt man zu Chopins 200. Geburtstag ein Theaterstück über den Komponisten. In China boomt der Chopin-Kult: Sein Einfluss prägt musikalische Wunderkinder.

Johnny Erling aus Peking

Auf der Pekinger Bühne wird geschossen. Hauptdarsteller Yu Yang flieht vor seiner Verhaftung ins Pariser Exil, wo ihn eine in Männerkleidung auftretende, rauchende Frau sexuell in ihren Bann zieht. Leidenschaftlich küssen sie sich. Im Schlussakt siecht er an seiner Tuberkulose im Totenbett dahin. Mit großen Augen verfolgen im Publikum auch viele sieben- bis zehnjährige Kinder das für Erwachsene verfasste Drama.

Ihre Finger zucken, wenn sich immer wieder das Szenenbild verdunkelt. Dann schwebt an einem Steinway-Flügel Polens Klaviervirtuose Nikodem Wojciechowski aus der hydraulischen Vorbühne ins Bild. Das „Nationaltheater“ wird zum Konzertsaal für die Klaviermusik von Frédéric François Chopin, geboren vor 200 Jahren.

Mit Applaus werden vertraute Polonaisen, Klavierkonzerte, die *Regentropfenprélude* oder die *Revolutionsetüde* begrüßt. Zwischen den Sitzen raunen aufgeregte Kinderstimmen: „Das kann ich auch.“

Der 53-jährige Regisseur Wang Xiaoying sagt, dass er „bewusst Eltern mit Kindern zu einer Zielgruppe gemacht hat.“ Schüler sollten die Kompositionen nicht nur technisch spielen können, sondern Gefühl für seine Musik aufbringen. Wang hat Chopins Lebensweg als zweieinhalbstündiges Musikdrama inszeniert. Es entfaltet sich zwischen der gleichen Anfangs- und Schlusszene, dem Tod Chopins. Im Sterben verlangt er, sein Herz aus Paris nach Warschau zu überführen. „Meine Aufführung ist eine Hommage an den Patrioten Chopin, der in dem Weltkünstler Chopin steckt. Ich huldige beiden. Das Thema ist für das heutige China und seine Gefühlswelt von besonderem Reiz.“

Bei der Premiere im Juni wurde die Aufführung mit Chinas weltberühmtem Chopin-Preisträger Li Yundi als musikalisches Alter Ego besetzt. Zur zweiten Runde gastiert nun im November Polens 20 Jahre alter Klaviervirtuose Nikodem Wojciechowski. Südchinas Städte werden im Dezember die

Chopin (Nikodem Wojciechowski) vorn und Chopin auf der Bühne (Yu Yang) spielen im Pekinger Nationaltheater gemeinsam.

Foto: Wang Xiaoying


Pekinger Aufführung übernehmen. Sie bleibt fix im Repertoire des Nationaltheaters. Als Vorlage wählte Wang den 1945 in den USA gedrehten Klassiker *A Song to Remember* und verarbeitete Biografien über Chopins Schicksalspartnerin George Sand. Die „Mann-Frau“ fasziniert Chinas Öffentlichkeit ebenso wie Chopin. Bei Wang sagt sie am Ende: „Ich erwarte nicht, dass ihr mein Verhältnis zu Chopin versteht.“

Die Schüler sind einer der Schlüssel, um Chinas Faszination mit Chopin zu begreifen. Der steht mit seinen Kompositionen heute Pate für eine überraschende Zahl an musikalischen Wunderkindern des Klavier. Der heute 28-jährige Li Yundi, der 2000 den Internationalen Chopin Preis in Warschau gewann, der ebenfalls 28-jährige Weltstar Lang Lang oder der erst 13-jährige Niu Niu sind nationale Vorbilder.

Sie ernten internationalen Ruhm mit Millionengagen und sind die erste Generation, die Chinas neue kulturelle Softpower global verbreitet. 36 Millionen Klavierschüler in Chinas Einkindfamilien sind die riesige Nachhut, die mit Fingerübungen zur Musik Chopins aufwachsen. Das Piano ist zum Statussymbol des neuen Mittelstandes geworden, ein Instrument, über das sich die ehrgeizigen Erwartungen von Eltern in ihre Einzelkinder erfüllen sollen.

Am besten im Stakkato: China ist heute zum Weltmarktführer unter den Klavierherstellern auf-

gerückt. 2009 stellten 25 Klavierbau-Fabriken 324.000 Pianos und Flügel her. Chopins Melodien schwingen nicht nur in den Konzertsälen mit. Sie ertönt als Hintergrundmusik in Einkaufszentren, in Expressliften der Hochhaustürme, als Handyklingelton.

Gemeinsam mit Japan und Südkorea läuft die Volksrepublik Europa den Rang ab. Die Erkenntnis veranlasste Polens Regierung im Jubiläumsjahr Chopins ihr Kulturmarketing vor allem auf USA, Russland, Asien und eben auf China auszurichten. Zur Shanghai Expo 2010 hisste Polen die Fahne Chopins. Acht Millionen Besucher zog ihr Chopin gewidmeter Pavillon an. Die Metropole Shanghai hatte schon 2007 dem Komponisten ein Sieben Meter-Denkmal im Zhongshan-Park bauen lassen, die höchste Chopin-Statue der

Welt. Seine Kompositionen passen zu einer Zeit, in der die Menschen in China den Spagat zwischen Globalisierung, Anspruch auf Weltbürgertum und einheimischem Nationalismus lernen müssen. Regisseur Wang Xiaoying glaubt, dass der Grund für die chinesische Chopin-Begeisterung neben der starken Botschaft des Patriotismus auch die „Anmut einer Musik ist, die die ihr innewohnende Wehmut nicht verbirgt.“

So unumstritten wie heute war Chopin nicht immer. Seine Musik wurde in der Kulturrevolution, so wie die von Beethovens als bourgeois verfemt. Rotgardistenblätter

nannten sie erbärmlich, angesichts des „revolutionären Kampfes der polnischen Massen gegen die zaristischen Unterdrücker.“ Die Kulturrevolutionäre verfolgten Musiker, die in den 50er Jahren nach Polen zum Chopin-Spielen fuhren, wie die 1958 eingeladene Klaviervirtuosin Gu Shengying, die nach 1966 in den Selbstmord getrieben wurde.

Politisch verfolgt

Ein erschütternder Briefwechsel 1954 bis 1966 zwischen dem Chopin-Virtuosen Fu Cong und seinem Chopin liebenden Vater Fu Lei, ein berühmter literarischer Übersetzer, erschien in den achtziger Jahren und wurde millionenfach verkauft. Fu Cong war der erste Chinese, der 1955 im polnischen Chopin-Klavierwettbewerb gewann. Er konnte für Jahrzehnte nicht nach China zurückkehren, weil sein Vater dort politisch verfolgt wurde. Beide durften aber Briefe schreiben, in denen sie sich über Chopin austauschten.

In der Kulturrevolution verübte der Vater Selbstmord. Der Bann gegen die klassische westliche Musik endete am Sylvesterabend

1976, drei Monate nach Maos Tod. Die Radiosendung zum neuen Jahr spielte Beethovens *Schicksals-Sinfonie*, ein Signal für ein kulturelles Tauwetter.

Auf Beethoven folgte Johann Strauß, zu dessen Walzer die Chinesen Anfang der Achtzigerjahre tanzten. Mit der Einkindfamilie und dem Boom des Klaviers kam dann die Stunde für Chopin. Sein Stern ging über China auf.

7
Kilo Eiweiß werden umgerechnet für die Produktion eines Kilos Rindfleisch benötigt – und mehr als 22.000 Liter Wasser.



Chopins Musik, früher politisch verfolgt, boomt heute in China. *Foto: APA*

Jubel-Abschluss mit Denkmal

Eine neue Skulptur zum Chopin-Jubiläum in Wien

Wien – Mit der sieben Meter hohen Skulptur in Schanghai kann Wien nicht mithalten – aber auch hier steht seit zwei Tagen ein Denkmal, das an Frédéric Chopin erinnert.

Der polnische Künstler Krzysztof M. Bednarski gestaltete zum auslaufenden Chopin-Jahr (dessen Geburtstag jährte sich am 1. März zum 200. Mal) die 2,4 Meter hohe Skulptur *La Note Bleue*, die am Donnerstag im Schweizergarten in der Nähe des 20er-Hauses eingeweiht wurde. Sie erinnert an

einen achtmonatigen Wien-Aufenthalt Chopins im Jahr 1830 und zeigt die Silhouette des Komponistenkopfes, hinter dem ein großer Vogel in den Himmel aufsteigt. Als einen „wichtigen Akzent“ am Ende des Jubiläumsjahrs bezeichnet der polnische Regierungsbeauftragte Waldemar Dabrowski die Denkmal-Enthüllung. (red)

Termine und Veranstaltungen zum Chopinjahr in Wien auf www.polnisches-institut.at



1830 war Chopin in Wien – jetzt bleibt er jetzt immer hier: Design von Krzysztof Bednarski.

Foto: APA

2. Woche: Will Ferrell, Adam McKay, OmU exklusiv
THE OTHER GUYS
Letzte Woche: Der Cannes-Gewinner
UNCLE BOONMEE
GARTENBAUKINO

TIPP SPEZIAL

bezahlte Anzeigen

Nähere Informationen: T: 01/531 70-132 und 133, F: 01/531 70-479, e-mail: kulturanzeiger@derStandard.at

TANZQUARTIER WIEN

FORCED ENTERTAINMENT (UK)

The Thrill Of It All (Österreichische Erstaufführung)

Do 2. Dez + Fr 3. Dez
20.30 Uhr in TQW / Halle G

Die Arbeit schleuderte Forced Entertainment und ihre Kooperatoren ins Territorium der rauen Songs, verzerrten Stimmen und gebrochenen, überspannten Tänze. Es ist hell im Bühnenlicht – und heiß, und beängstigend.



TIM ETHELLS (UK) / ADRIAN HEATHFIELD (UK) / VLATKA HORVAT (USA/HR) / WENDY HOUSTON (UK) / ELPIDA ORFANIDOU (GR) / NOÉ SOULIER (F)
What Escapes – a performative minimarathon

Sa 4. Dez, ab 19 Uhr in TQW / Halle G

Ein Dialog zwischen Tim Etchells und Adrian Heathfield bildet den Rahmen für folgendes Performance line-up: Once Over von Vlatka Horvat, Little Perceptions von Noé Soulier, Of high importance (work in progres) von Elpida Orfanidou und Keep Dancing von Wendy Houston.

Beide Veranstaltungen im Rahmen von: **SCORES No 2: What Escapes.**

Künstlerisch-theoretischer Parcours zu präzisen Unschärfen im Choreografischen und Performativen, ausgelegt von Tim Etchells und dem Team des Tanzquartier Wien.

Mit u. a.: Lucia Glass, Linda Rabin, Augusto Corrieri, Constanze Schellow / Sara Manente / Leja Jurišić / Teja Reba, An Kaler, Franziska Aigner / Katharina Aigner / Robert Müller / Atsrid K. Wagner / Mathias Windelberg

Tanzquartier Wien / Halle G, T: 01/581 35 91, Tickets gebührenfrei online buchen: www.tqw.at, 30% Ermäßigung mit STANDARD AboVorteilsKarte!

Di 30. Nov – Sa 4. Dez 2010
detailliertes Programm auf www.tqw.at

WeihnachtsQuartier
26.-28.11.2010 im MO
1.000 m² Ideen und Kreationen.
Über 100 Designerinnen und Designer präsentieren und verkaufen in den Hallen des MuseumsQuartier in Wien ihre Produkte und Objekte. Eintritt frei.
Fr., 26.11., 14 bis 20 Uhr
Sa., 27.11., 10 bis 20 Uhr
So., 28.11., 10 bis 19 Uhr
www.weihnachtsquartier.at

WKO WIEN
WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN

DER STANDARD Weiter kommen.

Zwischen Komik und Katastrophe

Die Britin Jane Bussmann hat ein ebenso komisches wie bitteres Buch geschrieben. In „Von Hollywood nach Uganda“ erzählt sie über ihren Ausflug als Klatsch-Reporterin in afrikanische Kriegsgebiete.

Christian Schachinger

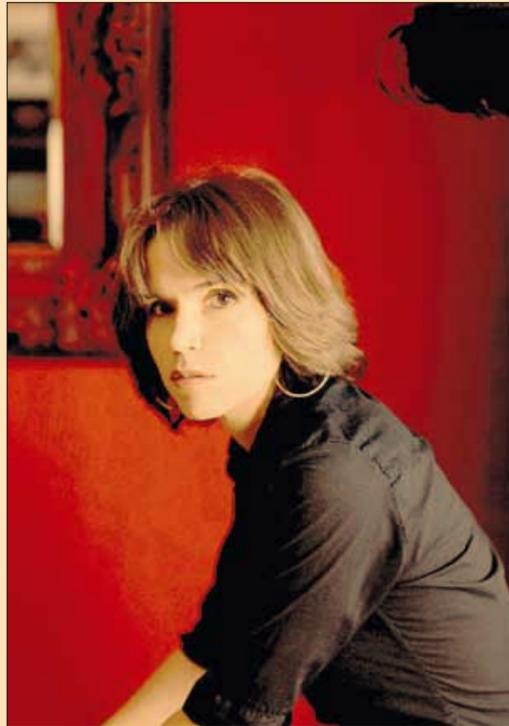
Wien – Speziell im angloamerikanischen Raum zählt es zur im Überlebensfall auch gern literarisch verarbeiteten Tradition, sich als unbedarft losziehender Mensch in fernen Ländern in Lebensgefahr zu begeben. Davon zeugen nicht nur diverse, als Sonntagsspaziergänge mit leichtem Gepäck unternommene Entdeckungsreisen des 18. und 19. Jahrhunderts in die Polregionen, zu den Quellen des Nils, auf das Dach der Welt und andere unbezwingbare Berggipfel.

Nachlesen lassen sich diese Tragödien dank Jahre später an den jeweiligen Unglücksorten gefundener Tagebücher als literarisches Ausgangsmaterial etwa höchst amüsant in T. C. Boyles *Wassermusik* oder den historisch sichtenden Arbeiten des britischen Wissenschaftsjournalisten Fergus Fleming: *Nach oben, Neunzig Grad Nord* oder *Barrow's Boys*.

Im 20. Jahrhundert ging man es dank plausibel gezeichneter Landkarten, Penicillin und Reisechecks schon vorsichtiger an. Wo der Schotte John Lithgow im 17. Jahrhundert als (unfreiwilliger)

Journalistin und Comedy-Autorin Jane Bussmann reiste in den ugandischen Krisenherd, um dort Leben zu retten und politisch unkorrekten Galgenhumor zu entdecken.

Foto: Marc Smith



Erfinder der Katastrophenreiseliteratur noch in um das Mittelmeer verteilten Kerkern halb zu Tode gefoltert oder mehrfach ausgeraubt wurde und auch sonst als Hasser der Fremde wenig zu loben hatte (*Die seltsamen Irrfahrten des John Lithgow*), ging es dem ähnlich xenophob veranlagten britischen Romancier Evelyn Waugh vor dem Zweiten Weltkrieg während seiner Reisen (*Befremdliche Völker, seltsame Sitten*) zumindest körperlich deutlich besser.

Idealismus und Idiotie

Klassiker der Feldforschung wie *Traumatische Tropen* von Nigel Barley oder *Kongofieber* von Redmond O'Hanlon oder Urlaubsberichte für Selbstmörder wie *Reisen in die Hölle* von P. J. O'Rourke wurden vor allem im angloamerikanischen Raum zu Bestsellern.

Mit dem seit Ernest Hemingway verstärkten Drang in die Krisengebiete verschärfte sich die Gangart. Nachzulesen ist dies etwa in William T. Vollmanns *Afghanistan Picture Show*. Dieser schloss sich 1982 den Mudschahedin an. Ein Klassiker: Idealismus, Idiotie und Verdauungsbeschwerden. Auch Denis Johnson berichtet in *In der Hölle* über seine für *The New Yorker* unternommenen Reisen in (afrikanische) Kriegsgebiete.

Ein weiterer Höhepunkt dieser lebensmüden belletristischen

Sparte liegt nun vor. Die britische Journalistin und Comedy-Autorin Jane Bussmann, die für den *Guardian* und *South Park* arbeitete, erträgt ihren Job als „Gesellschaftsreporterin“ in Hollywood dank inhaltsleerer Interviews nicht mehr. Beim Blättern im „politischen Magazin“ *Vanity Fair* entdeckt sie das Foto eines hübschen US-Konfliktlösungsexperten und folgt ihm 2003/2004 ins Kriegsgebiet von Uganda – um ihn zu porträtieren, nein, um ihm nachzustellen.

Während hochkomischer Rückblenden auf ihre Zeit in Hollywood entdeckt Bussmann im auch nicht unbedingt humorlos geschilderten Elend Afrikas ihr soziales Gewissen und will Kindersoldaten und Sexsklavinnen aus den Händen des wahnsinnigen „Rebellenführers“ Joseph Kony retten. Sie verliert Auftraggeber, Wertsachen, Stöckelschuhe. Und auch der Konfliktforscher ist unauffindbar. Die drei großen britischen Bs der emotionalen Entlastung – Booze, Blasphemie und Bad-Taste-Jokes – kommen in *Von Hollywood nach Uganda* reichlich zum Einsatz. Dies macht dieses Dokument des Scheiterns schon vom Start weg zu einem künftigen Klassiker der Vergeblichkeit.

Jane Bussmann, „Von Hollywood nach Uganda“, Deutsch von Norbert Hoffmann, 424 Seiten, 20 €, Edition Tiamat, Berlin 2010

Baba, liebes Schweinderl!

Wie die Agrarindustrie die Landwirtschaft zerstört

Wolfram Siebeck

Mit der Natur sorgsam umzugehen werden wir seit Jahrhunderten aufgefordert. Es ist eine so sinnlose Mahnung wie der andere, ebenfalls uralte Spruch: Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib. Sinnlos, weil wir es immer wieder tun, und zwar nicht ohne ein gewissen Vergnügen. Ich könnte weitere Gebote und Regeln anführen, die ebenfalls zum Bestand unserer Kultur gehören und nicht weniger vernünftig sind, deren Worte jeder im Ohr hat, aber keiner beherzigt. Vielleicht war das früher anders.

Natürlich war früher alles anders. Da flochten sich die Maiden Wiesenblumen ins Haar und bekamen keine Allergie davon. Oder sie bissen herzhaft in einen Apfel, ohne ihn vorher zu waschen und auf Rückstände zu untersuchen. Denn Rückstände gab es nicht, weil die Pharmaindustrie noch nicht erfunden war, und der natürliche Dreck an den Äpfeln eben natürlich war.

Vor allem aber war früher kein Lebensmittelproduzent so skrupellos, in großen Mengen Zeugs zu produzieren, das den Verbrauchern die Gesundheit ruiniert, die alte Erde bis zur Anämie auslaugt, die Ästheten schockiert, die Hersteller aber reich werden lässt.

Natürlich gab es immer Weinpanscher und Goldfälscher; aber das waren vergleichsweise Chorknaben, die dem Nachbarn im Gedränge beim Kirchgang die Börse aus dem Hosensack zogen und dann zur Beichte rannten.

Es gab also noch ein schlechtes Gewissen. Doch das hat niemand mehr. Mit jeder zusätzlichen Million, die ein Pharmariese oder ein Chemiekonzern einsäckelt, schwindet dieser Gemütszustand wie Braunbären und heimische Obstsorten. Keine Rede von Reue. Im Gegenteil: Werden sie von Umweltschützern an den Pranger gestellt, verlangen die Großagrarier vom Staat Subventionen, damit sie sich in einem besseren Licht darstellen können. Agrarier sollen Verbrecher sein? Seit wann das?

Ab einer gewissen Größe waren sie das schon immer. Wir wissen instinktiv: Monokulturen sind nicht nur hässlich, sie sind auch schädlich. Aber sie werden staatlich gefördert. Was dann noch fehlt, zahlt Monsanto. Das ist der Konzern mit Lobby in Brüssel, der

unsere Welt systematisch in eine Monokultur für Mais und Soja verwandelt. Deshalb sterben Kleinbauern aus (das sind die Kulissen der Kinderbücher: das niedliche Schweinderl, das herzige Kälbchen, quak, quak, put-put und mäh). Wegen einer industriefreundlichen Agrarpolitik veröden ganze Landstriche.

Es sind ja nicht Hungersnöte, die uns zum Raubbau an Wasser und Boden zwingen, sondern wenige Großkonzerne, die alles zerstören, was den Gewinn mindert. Dafür holen sie Regenwälder ab, lassen wichtige Pflanzen patentieren, sowie das Wasser, das den wenigen noch sauberen Quellen entspringt, um auch daran zu verdienen. Vermutlich haben sie längst Millionen für Wissenschaftler ausgesetzt, um eine Methode zu erfinden, die Atemluft zu vermessen und uns gebührenpflichtig zuzuteilen.

Der Normalverbraucher versteht natürlich nicht, warum das so ist, warum Massenproduktion die Manufaktur verdrängt; er nimmt ja kaum den geschmacklichen Unterschied zwischen einem Huhn

aus dem Millionenkäfig und einem Mistkratzer wahr. Der Normalverbraucher ist manipuliert durch eine perverse Werbung, die ihm glückliche Familien mit rotbackigen Kindern vorgaukelt. Diese existieren nur im Umfeld von *Bild* und *Krone*, das heißt in einer total manipulierten Gesellschaft, die das Glück ihres Lebens beim Verzehr dehydrierten Tomatensugos findet.

Kommen ihm manchmal dennoch Bedenken, kauft er den nächsten Fünf-Kilo-Sack Erdäpfel nur, wenn BIO draufsteht, um anschließend umso genauer auf den Preis zu achten. Er wählt selbstverständlich das Sonderangebot. So entscheidet er sich für ein baldiges Ende der Natur und für die Herrschaft einer perfekt funktionierenden Industrie. Es war kein langer Weg von Noah zur Massentierhaltung, von Evas ungespritztem Apfel bis zum Energie-Drink.

Eins ist sicher: Auf diesem Weg hat der Konsument den Instinkt verloren und sich entschieden, das Gute Leben denen zu überlassen, die darunter Gewinnmaximierung verstehen und die Zerstörung der Natur in Kauf nehmen.

WOLFRAM SIEBECK ist Autor und Gastro-Kolumnist der „Zeit“.



KURZ GEMELDET

Henkel Art Award an polnischen Künstler

Wien – Der heuer zum neunten Mal vergebene Henkel Art Award (7000 Euro) wurde am Donnerstag an den polnischen Künstler Maksymilian Cieslak verliehen. Förderpreise gingen an Susanna Flock und Nina Kurtela. (kaf)

Neue Entscheidungen des Rückgabebeirats

Wien – Der Kunstrückgabebeirat empfahl am Freitag, drei Ölgemälde aus dem Heeresgeschichtlichen Museum an die Erben nach Albert Klein sowie 69 Fotografien aus dem Theatermuseum an die Erben nach Salomon Kohn zu restituieren. Die Entscheidung über Rudolf von Alts *Chorpartie der Kirche in Schöngrabern* aus der Albertina wurde vertagt. (trenk)



WER NICHT KOMMEN KANN, MUSS FERNSEHEN!

Programm aus dem ORF Radiokulturhaus jetzt auch im ORF Fernsehen.

Nähere Informationen finden Sie unter:
<http://radiokulturhaus.ORF.at>

ORF
RADIOKULTURHAUS

„Öl in Autos zu verbrennen ist einfach dumm“

Larry Hagman, ehemals das Ekel in der TV-Serie „Dallas“, ist heute eine Art Solar-J.R. Er wirbt für Sonnenenergie, spendet die Gage für Haiti, liest Politikern die Leviten und will **Christoph Prantner** unbedingt sein Haus verkaufen.

STANDARD: Sie sind oft hier in Österreich, warum?

Hagman: Hab die Flitterwochen hier verbracht, in Salzburg, Innsbruck und Wien. Das war vor 56 Jahren. Bin Wiederholungstäter.

STANDARD: Wo ist Ihre Frau diesmal?

Hagman: Sie hat Alzheimer. Sie ist zu Hause geblieben.

STANDARD: Leben Sie immer noch in diesem extravaganten Haus hoch über dem Pazifik?

Hagman: Ja. Wollen Sie es kaufen?

STANDARD: Tut mir leid, das übersteigt meine Möglichkeiten.

Hagman: Ich kann es mir auch nicht leisten.

STANDARD: Aber Sie verdienen doch Geld damit, heißt es.

Hagman: Ja, stimmt. Ich habe dort die größte Solaranlage installiert, die es in einem US-Privat-haushalt gibt. Früher habe ich 40.000 Dollar für Strom ausgegeben. Mit den Solar-Modulen habe ich Gratisstrom und verdiene noch 10.000 Dollar dazu, weil ich mehr produziere als ich brauche.

STANDARD: Sie waren jahrzehnte-

lang ein scharfer Kritiker der amerikanischen Gesellschaft und Politik. Was halten Sie von der neuen Administration?

Hagman: Die haben ein Desaster geerbt – zwei Kriege und eine kollabierte Weltwirtschaft. Die Regierung Obama tut, was sie kann.

STANDARD: Das klingt ziemlich milde. Üblicherweise gehen Sie mit jeder Regierung hart ins Gericht.

Hagman: Nein, diesmal nicht. Ich bin schwer für Barack Obama, ich glaube die Regierung macht einen guten Job. Über George W. Bush, der uns das alles eingebrockt hat, habe ich zuletzt gesagt, er sei ein Faschist.

Als ich nach Hause kam, habe ich hunderte erbobste Telefonanrufe bekommen. 24 Stunden am Tag, drei Wochen lang. Ich habe die Herrschaften gefragt, woher sie denn meine Nummer haben. Sie sagten, sie seien bei einer Bibelgruppe und hätten eine Kampagne gegen mich gestartet. Tausende würden mich anrufen, um mir zu erklären, was ich für ein Idiot sei.

STANDARD: Also dann passen Sie jetzt besser auf...

Hagman: Na ja, meine Frau war nicht gerade glücklich. Aber für mich war das eine gute Demonstration dafür, wie mächtig diese rechten Irren sind.

STANDARD: Was halten Sie von der Tea Party?

Hagman: Sie ist von Rassenhass getrieben. Sie ist ein Witz und gleichzeitig nicht, leider.

STANDARD: Kennen Sie Obama?

Hagman: Nein. Aber ich kenne Clinton und kannte Reagan.

STANDARD: Wie war Reagan, er gilt ja inzwischen als einer der erfolgreichsten US-Präsidenten.

Hagman: Oh, er war ein Arschloch.

STANDARD: Warum?

Hagman: Ein netter Typ an sich, aber er gehörte General Electric.



Larry Hagman im Kaffeehaus, stilgerecht mit Cowboyhut. Politiker, sagt er, wollte er nie werden: „Ich kauf mir Politiker, das ist billiger, als selbst einer zu sein.“

Foto: Hendrich

STANDARD: Ihre Rolle in „Dallas“ war geradezu jene des Parade-Republikaners. Ölgeschäfte, Cowboyhut – wo ist der eigentlich?

Hagman: Der ist im Auto. Könnt ihr mir den holen?

STANDARD: Sie tragen ihn noch?

Hagman: Na, klar. Er ist ein Symbol für J.R. Der würde alles machen, um Geld zu verdienen. Er schreckt auch vor Solaranlagen nicht zurück.

STANDARD: Sie könnten ja auch ein Grüner sein.

Hagman: Ich bitte Sie. Der Grund wieso ich mein Haus vor fünf Jahren mit Solarplatten ausgestattet habe, war, dass ein Baum auf eine Leitung in Ohio fiel und 80 Millionen Menschen für vier Tage ohne Strom waren. Da dachte ich mir:

Schau lieber auf dich selbst und installier das. Ich warte nicht darauf, dass die Regierung etwas unternimmt. Aber wenn sie der Solarindustrie die gleichen Steuererleichterungen einräumen würde wie Kohleförderern, das wäre was.

STANDARD: Hatten Sie nie Ambitionen, in die Politik zu gehen?

Hagman: Gott, nein. Ich kaufe mir Politiker, das ist billiger, als selbst einer zu sein.

STANDARD: Mit Ihrer Popularität wäre das ein Leichtes gewesen.

Hagman: Ich habe Besseres mit meinem Leben vor, als Politiker zu werden. Ich schau' auf mich selbst und installiere Solarpaneele.

STANDARD: Kriegen Sie leicht Werbeverträge?

Hagman: Schon. Ich schätze den für Solarworld aber besonders, auch wenn ich nicht viel dafür kriege. Die zahlen mir Spesen und schicken Solarplatten nach Haiti.

STANDARD: Würden Sie Werbung für Ölfirmen machen?

Hagman: Die haben nicht genug Geld, um mich zu bezahlen. Dafür bin ich zu reich. Verstehen Sie mich nicht falsch, wir brauchen Öl, keine Frage. Aber es in Autos zu verbrennen ist einfach dumm.

LARRY HAGMAN (79) ist seit 1950 Schauspieler. Er verkörperte J. R. Ewing in „Dallas“ und Major Tony Nelson in „Bezaubernde Jeannie“. Zuletzt trat er vor allem für Solarenergie auf, in TV-Spots für den deutschen Hersteller Solarworld.

Langversion auf derStandard.at

MEDIENJOURNAL

ORF-Journalisten fordern rasche Neuwahlen

Wien – Rasche Neuwahlen und grundsätzliche Gesetzesänderungen fordern die ORF-Journalisten in einer einstimmig beschlossenen Erklärung. (pri)

Im Wortlaut: derStandard.at/ORF

PR-Staatspreis an „Ke Nako Afrika“

Wien – Der PR-Staatspreis 2010 geht an das Projekt „Ke Nako Afrika – Afrika Jetzt!“. Begleitende Agentur war Grayling Austria. Kommunikator des Jahres wurden die Science Busters. (red)

Günter Traxler

Wenn man froh sein muss, dass die vorweihnachtliche Verschandelung Wiens nicht schon Ende August einsetzt, warum sollte man klagen, wenn der Opernball seine Schatten am Beginn der letzten Novemberwoche zurückwirft? Und damit natürlich auch irgendwie voraus, denn ein Ladykiller wie Richard Lugner kann das Geschäft nicht früh genug ankurbeln, und wenn schon sonst niemand – „Österreich“ steht als Vehikel dafür gern zur Verfügung. Richard Lugner ist stinksauer. Nach dem geplatzten Opernball-Deal will er jetzt Lindsay Lohan klagen, verkündete Fellner.

Das ganze Ausmaß einer solchen Katastrophe ward präzise umrissen. Erst verlor sie ihre Filmrolle als Pornodarstellerin Linda Lovelace in „Inferno“. Und jetzt hat sie auch noch die Familie Lugner am Hals – ein Waterloo. Napoleon kann noch heute froh sein, seinerzeit so leicht davongekommen zu sein. Für ihn ist dabei nicht allzu viel geplatzt, aber nach ihrem geplatzten Opernball-Auftritt am 11. Februar 2010 droht

der Baumeister mit Klage. 350.000 Euro will er von ihr zurück.

Leicht ist das nicht, wie er feststellen musste. „Wir haben immer wieder versucht, Kontakt aufzunehmen, aber die hat ja kein Ohrwaschl gerührt, tobt Mörkel, die Tätigkeit einer Pornodarstellerin verkennend. Vielleicht rechnet sie auch nur genauer, denn Lohan hatte 200.000 Euro für ihren Leider-nein-Opernball-Besuch kassiert. Lediglich 10.000 Euro wurden „von einer Agentur“ rücküberwiesen. Das macht netto 190.000 Euro, was allein für die Zusage einer Teilnahme an Lugners Inferno nicht zu viel wäre. Die Antwort auf die Frage, wofür der verhinderte Gastgeber Frau Lohan 160.000 Euro zusätzlich abknöpfen will, bleibt „Österreich“ leider schuldig.

Bei dieser Summe kann es sich kaum um das Porto für Lugners „Droh-Brief“ an Lohan handeln, denn was er der Aktrice in seinem besten englischen O-Ton

Low chances

mitzuteilen hatte, tat er dann doch in dem Mail, das sogar in der Zeitschrift „Hollywood Reporter“ zitiert wurde: „To win against Lugner the chances are very low. Best greetings from Vienna to LA. Sorry for my bad english.“ Selbst abgebrühte Hollywood Reporter dürften noch nie so brutal mit der Androhung eines Waterloo kon-



frontiert gewesen sein.

Verschärfend kommt hinzu: Sein Sohn Alexander Lugner will sich nun darum kümmern. Das hat auch familiäre Gründe. „Eigentlich hätte Victoria Beckham zum Ball kommen sollen“, sagt Alexander. „Das ist geplatzt. Warum man trotzdem bei dieser un-

seriösen Agentur geblieben ist, ist mir unklar“, spielt er auf Helmut Werner (Lugners Schwiegersohn in spe) an. Werner verhandelte den Lohan-Besuch. Aber es sind nicht nur familiäre, sondern auch triftige Gründe. „Da ich lange in Amerika gelebt habe, habe ich exklusive Beziehungen dort hin. Mein Vater hat mir gesagt, dass ich besser Englisch spreche als er, also habe ich das in die Hand genommen.“ Zu erfahren, wie da ein Sohn sprachlich über den Vater hinauswächst, gibt Hoffnung auf eine gedeihliche Höherentwicklung der Menschheit. Und auf eine interessante Paarung für den Opernball 2011, denn: „Mein Vater hat mir gesagt, dass der Helmut sich beim nächsten Opernball nicht mehr darum kümmern wird.“

Es ist das alte Problem: Wenn man im Umgang mit Frauen nicht alles selber macht, kommt nichts Gescheites heraus. Voraussetzung dafür ist natürlich man verfügt über ein gewisses

standort Wien. Auf vier Seiten legte Bürgermeister Michael Häupl sein Konzept für die Stadt vor. Die Umsetzung und Koordination unterstützte die PR-Firma von Wolfgang Rosam.

Missachtet wurden laut Ethikrat die Bestimmungen des Mediengesetzes über die Kennzeichnungspflicht entgeltlicher Veröffentlichungen. Bis heute gebe es trotz mehrmaliger Anfragen keine Stellungnahme der *Krone bunt*.

www.prethikrat.at

Savoir vivre, wie etwa Helmut Zilk, von dem Dagi Koller aufwühlend zu „Österreich“ sprach: Jetzt erzählt sie alles. Ungeschminkt. Etwa: Koller über die 1. Nacht mit Zilk.

Wien, Innere Stadt. Es ist dunkel. Darum fasste ich mir ein Herz und fragte, wo er denn wohne. Er zeigte mir das Haus im ersten Bezirk, in dem seine Wohnung lag, und forderte mich auf: „Komm mit rauf!“ Oben bot er mir ein Glas Whisky an und sagte recht forsch: „Komm, zieh dich aus!“ Das ließ ich mir – in diesem Fall – nicht zweimal sagen. Ich sprang schnell in sein Bett und zog mir die Decke hoch bis zum Kinn.

So wird das gemacht, Mörkel! Aber mancher lernt es eben nie. Erst lässt er den Schwiegersohn in spe ran, dann soll der Sohn die Sache in die Hand nehmen, weil er dank seiner exklusiven Beziehungen besser Englisch spricht als der Vater. Als käme es darauf an! Statt sich am Bürgermeister ein Beispiel zu nehmen und einfach recht forsch zu mailen „Come, dress you out“ weint er dem Geld nach. Doch man muss zugeben: To win against Zilk, the chances are sero.

PR-Ethikrat rügt „Krone bunt“

Wien-Werbebeilage missachtete Kennzeichnungspflicht: Leser getäuscht

Doris Priesching

Wien – Der PR-Ethikrat erteilt *Krone bunt* und *Krone*-Chefredakteur Christoph Dichand eine öffentliche Rüge für nicht gekennzeichnete Werbung. Die 32-seitige Beilage mit dem Titel *Eine Stadt zum Verlieben* am 19. September 2010 war eine Anzeigenkooperation. Dass es sich um bezahlte Inhalte handelte, war nirgendwo zu erkennen. Die Beilage sei geeignet, „die Leser zu täuschen – insbeson-

dere drei Wochen vor der Wiener Gemeinderatswahl“.

30.000 Euro netto je Doppelseite und Unternehmen betrug der Druckkostenbeitrag nach Infos des STANDARD. Austrian Airlines, A1 Telekom, Siemens, Vienna Insurance Group, Porr, Flughafen Wien, Signa Holding, Rewe Österreich, Austria Trend Hotels (Ruefa, Verkehrsbüro), Wiener Städtische und Donau Versicherung präsentierten in der Beilage Zukunftspläne zum Wirtschafts-

standort Wien. Auf vier Seiten legte Bürgermeister Michael Häupl sein Konzept für die Stadt vor. Die Umsetzung und Koordination unterstützte die PR-Firma von Wolfgang Rosam.

Missachtet wurden laut Ethikrat die Bestimmungen des Mediengesetzes über die Kennzeichnungspflicht entgeltlicher Veröffentlichungen. Bis heute gebe es trotz mehrmaliger Anfragen keine Stellungnahme der *Krone bunt*.

www.prethikrat.at

SWITCH LIST

FÜR SONNTAG

9.30 KONZERT-MATINEE Beethoven 9 Die Wiener Philharmoniker unter Christian Thielemann haben von 2008 bis 2010 alle neun Symphonien von Ludwig van Beethoven im Goldenen Saal des Wiener Musikvereinsgebäudes zur Aufführung gebracht, diesmal wird Ludwig van Beethovens dritte Symphonie, die *Eroica*, gezeigt. **Bis 10.35, ORF 2**

11.05 DISKUSSION Pressestunde Gast ist der Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK), die Fragen zu Lehrerkompetenzen, zweisprachigen Ortstafeln, Hypo-Skandal und Länder-Stabilitäts-pakt stellen Georg Wailand (*Kronen Zeitung*), und Robert Stoppacher (ORF). **Bis 12.00, ORF 2**

12.00 PARLAMENT Hohes Haus Patricia Pawlicki präsentiert: 1) Stillstand: Ist das Klima noch zu retten? Zu diesem Thema ist Umweltminister Nikolaus Berlakovich zu Gast im Studio. 2) Stallorder: Die EU will ihre Förderungen künftig stärker an Umweltauflagen koppeln. 3) Stellenwert: Diese Woche wurden im Parlament die Margaretha-Lupac-Demokratiepreise verliehen. **Bis 12.30, ORF 2**

13.05 GESCHICHTE Panorama – Klassiker der Reportage Punsch-Trinken für den Weltfrieden – nicht nur im Advent und nicht erst seit gestern wird in Österreich viel getrunken. 1966 hat das „Horizonte“-Team rund um Günther Schiffter einen ausführlichen Lokal-augenschein durch heimische Gasthäuser und Weinhallen gemacht, um die Trinkgewohnheiten der Österreicher festzuhalten. **Bis 13.30, ORF 2**

13.40 DICK & DOOF Die Leibköche seiner Majestät (*Nothing but Trouble, USA 1944, Sam Taylor*) Stan Laurel und Oliver Hardy schwingen die Kochlöffel im adeligen Umfeld. Klar, dass dabei so manches Geschirr in die Brüche geht. **Bis 14.45, 3sat**

20.15 DOKUMENTATION Super Size Me Sie werden nie wieder Pommes essen können! Der Frage, warum Amerikaner so fett sind, ging Morgan Spurlock nach, indem er 30 Tage nur bei McDonald's aß. Das Ergebnis präsentiert er in einem mit mündgerechten Informationshappen gespickten Film, der selbst hartgesottene Fast-Food-Anhänger das Fürchten lehren müsste. **Bis 21.50, 3sat**

20.15 TRAGIKOMÖDIE Forrest Gump (*USA 1994, Robert Zemeckis*) Kitschig-prächtige Oscar-Darstellung von Tom Hanks, der als weiser Narr und als Teil der wichtigsten zeitgeschichtlichen Begebenheiten durch das Nachkriegsamerika läuft ... und läuft ... und läuft. **Bis 23.05, Puls 4**

20.15 MARTIAL ARTS Hero (*Hongkong/VRC 2002, Zhang Yinou*) Ein namenloser Kämpfer (Jet Li) und eine virtuose Choreografie einer Aufhebung der Schwerkraft, prachtvolle Tableaus und Farbkompo-

sitionen – und eine melodramatische Romantik, die sich daraus speist, dass wohl nur tote Helden wirklich gute Helden sind. **Bis 22.15, ATV**

21.50 DOKU Aufgetischt und abserviert Die Tricks der Lebensmittelindustrie: Jährlich werden Hunderte neuer Lebensmittel „erfunden“, etwa „Formschinken“ oder „Analogkäse“. Unappetitlich. **Bis 22.35, 3sat**

22.00 DISKUSSION Im Zentrum: Das Kreuz mit der Sexualmoral Ingrid Thurnher leitet die Diskussion mit Andreas Laun (Weihbischof von Salzburg, angefragt), Gery Keszler (Life Ball), Anton Bucher (Religionspädagoge), Rudolf Gehring (Die Christen), David Berger (Theologe) und Luitgard Derschmidt (Katholische Aktion Österreich). **Bis 23.05, ORF 2**

22.35 DOKUMENTARFILM Unser täglich Brot (*Ö 2004, Nikolaus Geyrhalter*) Woher unser Essen kommt: Nikolaus Geyrhalter wirft einen schockierend genauen Blick auf die entmenslichten Mechanismen unserer Nahrungsmittelproduktion und die Verwertungspro-

zesse: „Die Leute dort in der Schlachthanlage, das sind wir.“ **Bis 0.10, 3sat**

23.05 DOK.FILM Finding Fidel (*Ö 2010, Bay Weyman*) Der gebürtige Wiener Erik Dur-

schmid wurde berühmt als „der Mann, der als erster Castro fotografierte“; er drehte 1958 ein Interview mit Fidel Castro in der Sierra Maestra. Persönliche Erinnerungen an die kubanische Revolution sowie Reflexionen über den aktuellen Zustand der Zuckerinsel ergänzen den Bericht. **Bis 0.35, ORF 2**

23.45 MELODRAM Der Mann mit dem goldenen Arm (*The Man with the Golden Arm, USA 1955, Otto Preminger*) Premingers ergreifendes Porträt eines Rauschgiftsüchtigen, gespielt von Frank Sinatra, im Elendsviertel von Chicago: ein düsteres Sittenbild in schmutzigen Hinterhöfen. Hinweise auf Sinatras eigene Herkunft inbegriffen. **Bis 1.40, BR**

3.40 KOMÖDIENKLASSIKER Manche mögen's heiß (*Some Like It Hot, USA 1959, Billy Wilder*) Jack Lemmon und Tony Curtis bei einer Damenkapelle. Dort, an der Ukulele, im halbtransparenten, tiefdekolletierten, franzenbesetzten Negligé, den Flachmann im Strumpfbund: Marilyn Monroe in ihrer furiosen Rolle. **Bis 5.55, Kabel eins**

180
Kilo CO₂ produziert ein Plasma-TV-Gerät im Jahr (1000 Betriebsstunden). Bei einem Röhrengerät waren es rund 60 Kilo.

RADIO-TIPPS

8.15 POESIE Du holde Kunst „Weiß, was mir bleibt, und weiß, was ich verliere“. Gedichte von Paul Celan, der am 23. November 90 Jahre alt geworden wäre. Es spricht Peter Simonischek, mit Musik von Prokofjew, Debussy, Ravel u. v. m. **Bis 9.00, Ö1**

10.05 REISEMAGAZIN Ambiente Beiträge: 1) „Remember the Alamo!“ – Gerüchte und Geschichten über die ehemalige Mission von San Antonio, Texas; 2) „Das Lissabon des Fernando Pessoa“. Zum 75. Todestag des bedeutendsten portugiesischen Dichters des 20. Jahrhunderts; 3) Safed. Kunst und Kabbalah im höchstgelegenen Ort Israels, der 1102 von Kreuzfahrern in der Landschaft Galiläa errichteten Burg Safed. **Bis 11.00, Ö1**

17.00 TAGE GEGEN GEWALT Das Frauenhaus Graz Interview mit der Geschäftsführerin des Grazer Frauenhauses Michaela Gosch, ausgestrahlt anlässlich der 16 Aktions-Tage gegen Gewalt an Frauen. **Bis 18.00, Radio Helsinki**

22.05 KABARETT Contra „Kottan forever“. Lukas Resetarits: Kabarettist und Kibara. Schon in den 1980er-Jahren erfüllte der Kabarettist Lukas Resetarits den Kultkrieger Kottan mit einem beachtlichen Eigenleben, 2010 kehrt er als vom Polizeidienst suspendierter Exmajo wieder zurück. In Contra reflektiert Resetarits Utopie und Realitätsgehalt der Kottan-Figur. **Bis 22.30, Ö1**

23.03 KUNST Kunstradio – Radiokunst „Back to Presence / Zurück in die Gegenwart“: Vier Studierende der Universität für angewandte Kunst nehmen die 1995 gegründete Plattform „radiokunst.at“ als Ausgangspunkt für ein eigenes Radiostück. Das Ergebnis ist eine Sendung, die im Archiv und im Radio stattfindet. **Bis 23.45, Ö1**

ROT/GRÜN BEI WIEN HEUTE

Neues braucht Zeit

Ljubiša Tošić

Jedem Koalitionsanfang wohnt wohl ein Zauber inne. Auch *Wien heute* etwa dürfte das Glücksgefühl durchströmen, nicht mehr beim Inhaber einer Absoluten vorsprechen zu müssen. Für die Befragung Häupl/Vassilakou hat man „ein Setting gewählt, das ein bisschen ans Standesamt erinnert“, so Paul Tesarek, den man bisher nicht als ORF-Scherzkeks kannte.

Das Ganze hatte jedoch nicht nur zum Problem, dass die Politehe schon geschlossen war, das Standesamt bild also etwas verspätet wirkte. Es weigerte sich auch der Bürgermeister, in die Bräutigamsrolle zu schlüpfen,

(„Wir haben einen Vertrag!“). Schnell suchte Tesarek zwar vom Ehezeugen zum Konfliktthemen ansprechenden Journalisten zu mutieren. Leider aber triezte er vor allem Vassilakou mit Dingen, die koalitionäre Sprengkraft erlangen könnten (Wahlrechtsreform, 13A-Bus als Straßenbahn). SPÖ-Vorhaben, die Grünen die Laune verderben würden, blieben unerfragt.

So reiften beim Zusehen nur Erkenntnisse, die er schon hatte. Auch jene, wonach auch ein Interviewer Zeit braucht, um sich auf neue Politverhältnisse einzustellen. So stark kann der Zauber des Neuen gar nicht sein. derStandard.at/TV-Tagebuch



TEX RUBINOWITZ

<p>ORF 1</p> <p>17.55 Ski Alpin. Weltcup, Slalom Damen 457-393 18.30 Fußball. Bundesliga, 17. Runde. Direktübertragung 404-190 18.50 Ski Alpin. Weltcup, Super-G Herren in Lake Louise, Moderation: Rainer Parisek, Kommentar: Oliver Polzer, Hans Knauß 864-374</p> <p>20.30 Ski Alpin Weltcup, Die Analyse 870-356</p> <p>20.45 Ski Alpin Weltcup, Countdown 8-722-206</p> <p>20.55 16:9 Ski Alpin Weltcup, Slalom Damen, 2. Lauf in Aspen 6-524-935</p> <p>21.50 16:9 ZiB Flash 4-121-157</p> <p>22.00 16:9 Navy CIS: L.A. Die Reichen und die Schönen 307-374</p> <p>22.45 16:9 Navy CIS Brüder 8-410-995</p> <p>23.30 0.10 Columbo Mord per Telefon. TV-Kriminalfilm, USA 1978. Mit Peter Falk, Nicol Williamson u.a. 7-750-610</p>	<p>ORF 2</p> <p>17.05 Vera Exklusiv 5-483-157 17.50 Brieflos-Show 645-225</p> <p>18.15 was ich glaube 3-207-732 18.25 Österreich-Bild aus dem Landesstudio Wien 483-683 19.00 Bundesland heute 881-190 19.17 Lotto 201-357-138 19.30 ZiB 808-867 19.55 Sport 6-329-428</p> <p>20.05 Seitenblicke 6-311-409</p> <p>20.15 16:9 Tatort Wie einst Lilly TV-Kriminalfilm, D 2010. Mit Ulrich Tukur 810-577</p> <p>21.50 16:9 ZiB 4-118-683</p> <p>22.00 im Zentrum 2-038-645</p> <p>23.05 16:9 Finding Fidel Dokumentarfilm, CDN 2010 Regie: Bay Weyman 2-601-447</p> <p>0.35 16:9 Adaption – Der Orchideendieb Komödie, USA 2002. Mit Nicolas Cage, Tilda Swinton u.a. Regie: Spike Jonze 6-692-287</p> <p>2.25 16:9 a.viso 7-670-320</p> <p>2.55 16:9 Dobar dan Hrvati 5-097-900</p>	<p>ATV</p> <p>13.40 ATV Die Reportage 3-677-461 14.40 Rosamunde Pilcher: Wintersonne. TV-Romanze, D/GB 2003 44-030-799 17.30 Bauer sucht Frau 7-898-138 19.00 Highlights – Das Kulturmagazin 6-135-664 19.20 ATV Aktuell mit Sport 5-072-138 19.35 ATV Life Hi Society 62-839-111</p> <p>20.15 16:9 Hero Actionfilm, HK/VRC 2002. Mit Jet Li, Tony Leung u.a. Regie: Zhang Yimou 1-156-312</p> <p>22.15 16:9 New York für Anfänger Liebeskomödie, GB 2008. Mit Simon Pegg, Kirsten Dunst Regie: Robert Weide 38-994-119</p> <p>0.25 16:9 Hero Actionfilm, HK/VRC 2002. Mit Jet Li, Tony Leung u.a. Regie: Zhang Yimou 75-887-981</p> <p>2.20 16:9 New York für Anfänger Liebeskomödie, GB 2008. Mit Simon Pegg 13-522-558</p>	<p>PULS 4</p> <p>13.30 Wolffs Revier 8-392-596 14.25 Begegnungen. Drama, USA 1994 67-389-206</p> <p>16.15 GO! 7-780-157 16.45 K 11 – Kommissare im Einsatz 7-761-022 17.15 Mord ist ihr Hobby 1-602-577 18.10 Cagney & Lacey 1-978-428 19.10 Unse-re kleine Farm 1-820-848</p> <p>20.10 16:9 5 AustriaNews 6-577-596</p> <p>20.15 16:9 Forrest Gump Tragikomödie, USA 1993. Mit Tom Hanks, Gary Sinise, Robin Wright Penn u.a. Regie: Robert Zemeckis 67-335-799</p> <p>23.05 16:9 Begegnungen Drama, USA 1994 Mit Richard Gere, Sharon Stone u.a. Regie: Mark Rydell 11-530-848</p> <p>0.55 16:9 NFL American Football: Chicago Bears vs. Philadelphia Eagles American Football 46-646-243</p>	<p>Servus</p> <p>17.45 Servus Hockey Night LIVE 20.15 Surviving Alaska 21.15 Epic Conditions 21.45 Surf Chronicles 22.00 Servus Hockey Night – Das Magazin 22.30 Stormsurfers 23.25 Scratch 1.05 Talking Music – Die Party 0.30 Okto ist 5!</p>	<p>OKTO</p> <p>Mo-Fr. 7.00 Uhr: Democracy Now! 18.45 Zurückschau – Wie alles begann 19.25 Fünf ist besser als Sex – die Party 20.00 Oktoskop: 5 Jahre Filmvermittlung 22.00 Diversity Disco 0.00 Fünf ist besser als Sex – die Party 0.30 Okto ist 5!</p>	<p>RTL</p> <p>20.15 Invasion. Science-Fiction-Film, USA/AUS 2006 22.05 Spiegel TV Magazin 22.50 Verwüstet und verschuldet: Das böse Spiel der Mietnomaden 23.20 Faszination Leben 23.35 Invasion. SF-Film, USA/AUS 2006 (Bis 1.20)</p>
---	--	--	--	---	---	--



1 SKIFAHREN LIVE

HEUTE, AB 17.55 UHR, ORF 1

TORLAUF DER DAMEN ASPEN

SUPER-G DER HERREN LAKE LOUISE

Zweiter Tag in Aspen und Lake Louise. Auch heute stehen ein Technik- und ein Speedbewerb auf dem Programm.

Bezahlte Anzeige

LICHT INS DUNKEL ORF

0800 24 12 10 | lichtinsdunkel.ORF.at

Wärmedämmung: Mehr fordern statt fördern



Die Bundesregierung denkt an eine Neuauflage der Förderung für thermische Gebäudesanierung. Gut so. Zu hoffen wäre allerdings, dass die Zugangsbedingungen diesmal besser konzipiert und durchdacht sind als beim letzten Mal. Foto: Newald

Andreas Kreutzer

Die Sanierung des Gebäudebestands ist die geringste unter den Herausforderungen des Klimaschutzes. Windenergie und Fotovoltaik in nahezu unbegrenzten Mengen – das ist Zukunftsmusik. Häuser, die praktisch keine Energie brauchen, gibt es hingegen seit Jahren. Und der Nachweis, dass Altbauten – selbst denkmalgeschützte – entsprechend modernisiert werden können, ist längst erbracht.

Und was die Kosten betrifft: Anhand von 330 sanierten Altbauten hat die Deutsche Energie-Agentur (dena), ein überwiegend bundeseigenes Fachinstitut, Kosten und Erträge hochgerechnet. Ergebnis: Die Ersparnis bei den Heizkosten genügt voll und ganz, um die fällige Modernisierung zu bezahlen. Selbst unter der vollständig lebensfremden Annahme, dass die Preise für Öl und Gas nicht weiter steigen, müssten die Hauseigentümer und Mieter insgesamt allenfalls minimale Zusatzkosten hinnehmen.

Nichtsdestotrotz denkt die Bundesregierung an eine Neuauflage der Förderung zur thermischen Gebäudesanierung. Inklusive des Anteils der Bundesländer soll das Zuschussvolumen 300 Millionen Euro ausmachen. Gut so, nur hoffentlich werden die Zugangsbedingungen zu den Förderungen diesmal besser konzipiert als beim letzten Mal. Denn das Ziel einer Förderung sollte ja sein, dass damit ein zusätzliches Sanierungsvolumen ausgelöst wird. Und diesen Beweis ist man für das letzte Förderungsprogramm nach wie vor schuldig.

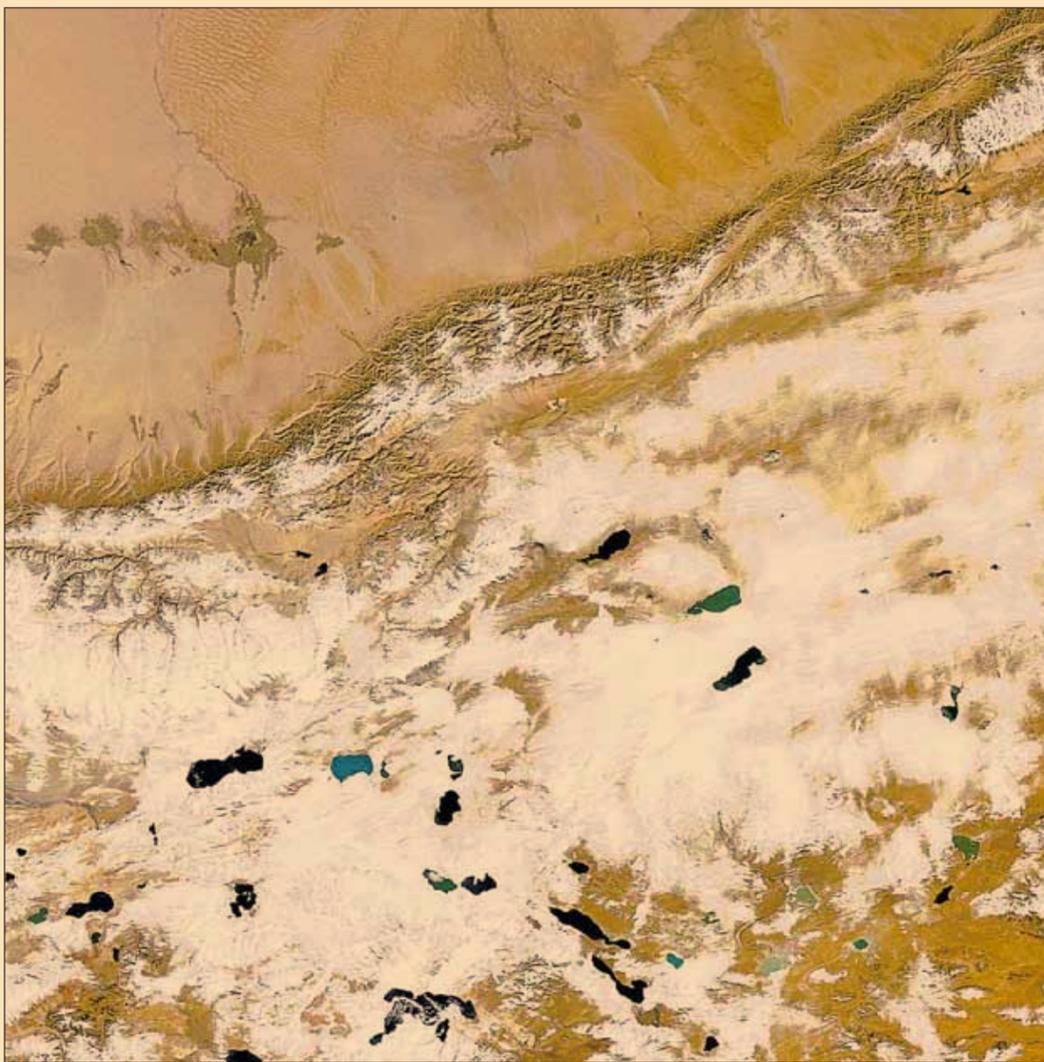
In den vorgelegten einschlägigen Berechnungen hat man nämlich vergessen, die so genannten „Mitnahmeeffekte“ rauszurechnen, die bei einer Förderquote von 15-20 Prozent erfahrungsgemäß sehr hoch sind. Denn es sagt einem schon der Hausverstand, dass man bei einem Zuschuss von 20 Prozent kaum jene Menschen zur Sanierung bewegen kann, die sich diese aus finanziellen Gründen prinzipiell nicht leisten können. Jemandem, der keine 10.000

Euro aufbringen kann, hilft ein Zuschuss von 4000 Euro wenig, wenn das Sanierungsprojekt insgesamt 20.000 Euro ausmacht. Ergo werden also nur jene die Förderung in Anspruch nehmen, die sowieso die Mittel für das Bauvorhaben aufbringen können. Mit einer derartigen Förderungsstrategie erzielt man aber kein zusätzliches Sanierungsvolumen.

Mitarbeiter unseres Instituts haben im Zuge einer Marktanalyse zur Evaluierung der Auswirkungen der letzten Bundesförderung für thermische Gebäudesanierung rund 1000 private Sanierer befragt, ob sie ihr Sanierungsprojekt auch ohne Förderung durchgezogen hätten – und das Ergebnis ist eindeutig: Nur ganze sechs Prozent der Befragten führten die Förderung als primären Grund für ihre Entscheidung an.

Natürlich ist staatliche Unterstützung nicht in jedem Fall abwegig. Ein Mindestrentner oder eine Jungfamilie wird es unter Umständen schwer haben, ohne öffentliche Förderung einen Kredit für Dämmmaßnahmen zu bekommen, die sich erst nach Jahren rechnen. Und in solchen Fällen muss das Förderungssystem weitaus großzügiger sein als bisher. Damit sich auch sozial schwache Haushalte eine thermische Sanierung leisten können, bedarf es erfahrungsgemäß einer Zuschussquote von 50 Prozent und mehr bzw. staatlicher Bürgschaften auf die aufgenommenen Kredite.

Dass allerdings die Förderungen im Gießkannenprinzip, ohne individuelle Bedarfsprüfung, ausgeschüttet werden, kann wohl nicht im Sinne des Steuerzahlers sein. Denn auf dieser Basis entwickelt die Förderung – wie das Beispiel aus dem Jahr 2009 zeigt – keine Hebelwirkung. Es macht einfach keinen Sinn, einem Beziehungskreis Geldgeschenke zukommen zu lassen, der sich die Sanierung seiner Wohnung oder seines Eigenheims auch ohne Förderung leisten kann, der daher auch ohne Förderung sanieren würde und der die Förderung als Subvention des nächsten Urlaubs oder für Ledersitze im Pkw verwendet.



„Diese Envisat-Aufnahme zeigt Salzseen in der Tibetischen Hochebene in Ostasien“, sagt Josef Aschbacher, Experte der Esa. Salzseen sind in den trockenen und halbtrockenen Regionen der Welt weit verbreitet. Ihr Salzgehalt variiert von drei bis über 300 Gramm pro Liter. Diese Ökosysteme reagieren sehr empfindlich auf hydrologische Veränderungen. Seit Mitte der 1970er macht sich der Klima-

wandel durch das Abschmelzen der regionalen Gletscher bemerkbar. Jährlich verschwinden rund 130 Quadratkilometer. Bis 2090 könnten sich die Gletscher um die Hälfte reduziert haben. Jedes Jahr werden 2500 Quadratkilometer der Fläche Chinas zur Wüste. Betroffen ist auch das Grasland des Hochlandes – Lebensgrundlage der nomadischen Bevölkerung. Mehr auf Seite 38

Foto: Esa



ERRATA

Sorry, Mr. President

Fehler sind nie angenehm. Immerhin können wir aber für uns in Anspruch nehmen, von US-Präsident Barack Obama persönlich korrigiert worden zu sein.

Wir schrieben anlässlich seines Lissabon-Besuchs, dass er sich freue, schon ein gutes Dutzend Mal in Europa gewesen zu sein. Eine Seite weiter stand der Originaltext Obamas, wie er ihn den großen Zeitungen Europas zur Verfügung gestellt hatte. Er schrieb, er freue sich, gut ein halbes Dutzend Mal in Europa gewesen zu sein. Wir hatten gedacht, es sei öfter gewesen.

Das Wort des Papstes zum Kondom ergänzten wir um einen Hinweis auf die Enzyklika „Humanae Vitae“ – und schrieben diese Papst Pius VI. zu. Jener lebte von 1717 bis 1799, damals war von der Pille noch keine Rede. Der richtige Verfasser ist Papst Paul VI.

Eine weitere Verwechslung: Wir titelten „Bürgermeister von Bregenz Fall für den Staatsanwalt“. Eine Gedankenlosigkeit, lieber Herr Bürgermeister Linhart, gemeint war der Amtskollege aus Feldkirch, Wilfried Berchtold.

Weitere falsche Namen: Irgendwie wurde in der Vorstellung des Eugen-Freund-Buches „Brennpunkt der Weltpolitik“ aus dem Verlag Kremayr-Scheriau ein Verlag Kriemayr. Ein Glück, dass sich Buchhändler nicht so leicht auf Glatteis führen lassen. Ebenso wenig wie Kunstverständige, denen wir in einer Ankündigung einen Artikel über die Privatsammlung Ludwig Leopolds versprochen. Es gibt Sammlungen beiderlei Namens, gemeint war jedoch Rudolf Leopold.

Und dann ist da noch Mara Carfagna, Frauenministerin im Kabinett Berlusconi. Die „schönste Ministerin der Welt“, wie sie am Boulevard titulierte wurde, kündigte ihren Rücktritt an (inzwischen will sie wieder bleiben), und wir befassten uns mit ihr. Wir informierten, dass „die 35-Jährige bei der Wahl in Kampanien die meisten Stimmen erhalten hat“. Und wir ergänzten, „der Aufstieg des ehemaligen Showgirls zur Ministerin hatte 1998 in den Medien zahlreiche Gerüchte ausgelöst.“ Sie wäre damit auch zur jüngsten

Ministerin der Welt geworden, mit damals 23 Lebensjahren – und hätte mit ihrer Modelkarriere als Jugendliche beginnen müssen. Letzteres kann man freilich für möglich halten, stellt man die einschlägigen Geschichten über den Cavaliere in Rechnung. Richtig ist jedoch: Carfagna wurde 2008 Regierungsmitglied.

Und nun ist eine Richtigestellung vom Monatsbeginn zu wiederholen, weil er neuerlich aufgetaucht ist: Wenn wir jemanden einen Parker tragen lassen, dann hebt dieser mitnichten jemand in die Höhe, der sein Auto geparkt hat. Auch mit dem Schreibgerät hat das nichts zu tun. Der Betroffene hat einen Parka an, einen Anorak, der bei den Inuit parqaq heißt: Eine olivfarbene Jacke mit tiefen Taschen und einer Kapuze, die in den 1960ern in Mode gekommen ist und sich immer noch im Straßenbild hält – langsam könnten wir's wissen. Otto Ranftl

Leserbeauftragter
leserbriefe@derStandard.at
otto.ranftl@derStandard.at

DER
LOCHGOTT



Cartoon: Rudi Klein (www.kleinteile.at)

Nordkorea – ein Land im Zustand des Krieges



Was veranlasst die totalitäre Führung in Pjöngjang zu ihrem derzeitigen Konfrontationskurs? – Über mögliche Hintergründe und Konsequenzen der drohenden militärischen Eskalation in der südostasiatischen Krisenregion. Foto: Archiv

Rüdiger Frank

Erneut eskaliert der Konflikt um Nordkorea. Schon zum zweiten Mal in diesem Jahr – nach dem Untergang der Fregatte Cheonan im März mit 46 Toten – hat Südkorea Opfer zu beklagen. Bei der Attacke am 23. November waren erstmals auch zivile Ziele betroffen. Nun droht mit der Verlagerung eines amerikanischen Flugzeugträgers in die Krisenregion eine weitere Eskalation. Wie kann man diese Spirale der Gewalt und die Risikobereitschaft auf beiden Seiten erklären?

Die endgültigen Antworten zu den Motiven Nordkoreas wird es wohl nur mit genügend Abstand geben. Derzeit ergibt sich aber folgendes Bild. Das Land ist in einer schweren Krise, die das System und seine Führung zunehmend unter Druck setzt. Die Wirtschaft hat massive Probleme, die sich aus Jahrzehnten unter einer ineffi-

zienten sozialistischen Wirtschaftsordnung, aus wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen und aus massiven internationalen Sanktionen ergeben. Letztere sind Folgen einer Außenpolitik, die auf Aggression setzt und das Land in einer Art dauerhaftem Kriegszustand hält, was wiederum innenpolitische Erwägungen zur Grundlage hat.

Die „Belagerungsmentalität“ erlaubt es der Führung bis zu einem gewissen Punkt, der Bevölkerung gegenüber ein Primat der Politik vor der Wirtschaft glaubhaft zu vertreten. Insofern treten militärische Aktionen mit trauriger Regelmäßigkeit auf; sie sind Bestandteil der Strategie zum Systemerhalt. Diese ist riskant, aber bisher durchaus erfolgreich – immerhin existiert Nordkorea noch, allen Vorhersagen eines Zusammenbruchs zum Trotz.

Südkorea steht auf der außenpolitischen Prioritätenliste Nord-



Waffenstarrende Permanenz des Ausnahmezustands: Militärparade in Pjöngjang zum 65. Gründungstag der Kommunistischen Partei des Landes.

Foto: EPA

koreas nach wie vor ganz oben. Daher kann man auch einen Zusammenhang zwischen dem Angriff vom 23. November und dem G-20-Gipfel herstellen, der nur etwas mehr als eine Woche zuvor in Seoul stattgefunden hat. Die dadurch demonstrierte internationale Anerkennung, gar Führungsrolle Südkoreas wird in Nordkorea als Affront angesehen.

Pjöngjang war immerhin klug genug, das Ende des Gipfels abzuwarten. Weder will man den Hauptverbündeten China brüskieren, noch die internationale Gemeinschaft. Nun betonen die staatlichen Medien und offizielle Vertreter Nordkoreas vehement, dass es sich um eine südkoreanische Provokation gehandelt habe, auf die man lediglich gemäß den eigenen Ankündigungen reagiert habe. Offenbar will man Entschlossenheit demonstrieren, gleichzeitig soll Südkorea außenpolitisch isoliert werden. Zumindest hat man Seoul die Feierlaune gründlich verdorben.

Die Demonstration von Stärke könnte aber auch an die eigenen Reihen adressiert sein. Im September wurde bei der ersten Parteikonferenz seit 44 Jahren eine neue Führung vorgestellt. Die Partei als zentrales Machtorgan wurde erheblich gestärkt. Die Herrschaft der Familie von Kim Jong-il wurde durch die Vergabe höchster Positionen an seinen Sohn, seine Schwester, seinen Schwager und weitere Verwandte bekräftigt.

Legitimationsbedürfnis

Nun geht es darum, dieser neuen Führungsriege Legitimität zu verschaffen. Das Verwandtschaftsverhältnis mag die Eintrittskarte in die Führung sein; um dort zu bleiben, müssen Leistungen erbracht werden. Eine resolute Antwort auf eine tatsächliche oder angebliche südkoreanische Provokation könnte unter diese Kategorie fallen.

Man kann auch eine Verbindung zum Besuch des amerikanischen Atomexperten Siegfried Hecker herstellen. Diesem wurden am 12. November im Atomkomplex Yongbyon weit fortgeschrittene Anlagen zur Urananreicherung präsentiert, welche für einen neuen Leichtwasserreaktor von 100 MW gebraucht werden. Dies ist keine zufällige Entdeckung; Hecker fungiert als unfreiwilliger Bote Nordkoreas. Die Nachricht lautet: Wir wollen endlich Resultate im Gespräch mit den USA erreichen.

Die Wünsche schließen Wirtschaftshilfe, die Aufhebung von Sanktionen, den Zugang zu internationalen Finanz- und Absatzmärkten, die diplomatische Anerkennung durch die USA, die Anerkennung als Nuklearmacht und einen Friedensvertrag zur Beendigung des Koreakrieges ein. Letzte-

rer wird sicher auch Reparationszahlungen enthalten.

Nordkorea möchte jedoch Seoul aus solchen Verhandlungen mit den USA heraushalten. In der Tat wird es jetzt für Südkoreas Präsident Lee Myung-bak nahezu unmöglich sein, sich mit Pjöngjang an einen Tisch zu setzen. Nordkorea wird seinerseits argumentieren, dass der Süden zuerst geschossen habe, somit ein Aggressor sei und nicht geschäftsfähig. Japan wurde dieser Status schon längst aberkannt.

Was bliebe, wären die lange angestrebten quasi-bilateralen Gespräche mit einem schwächer werdenden Barack Obama, unterstützt durch die VR China, welche

in diesem Falle von Nordkorea als Verbündeter angesehen wird.

Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung einer Offensivstreitmacht um die USS Washington zwar politisch verständlich. Es wäre aber weitsichtig, eine weitere Eskalation zu vermeiden, indem man auf Operationen in von Nordkorea beanspruchten Gewässern verzichtet.

Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeigt, dass Pjöngjang gerade nach schweren Zwischenfällen geschäftsbereit ist. Im Interesse der Vermeidung weiterer Opfer sollte der Stärkere auch der Besonnenere sein.

RÜDIGER FRANK ist Professor für Wirtschaft und Gesellschaft Ostasiens an der Universität Wien; bei seinem bislang letzten Besuch in Nordkorea im Oktober 2010 reiste er acht Tage lang durch das ganze Land.

30-40

Prozent der CO₂-Emissionen werden durch Heizung, Kühlung und Beleuchtung von Gebäuden verursacht.

HANS RAUSCHER

„Küss meine Füße, du Opfer!“



Jedes Jahr werden ein paar tausend Schüler aus Niederösterreich und Wien in Theater getrieben, um sich dort

„zeitkritische“ Stücke anzusehen. Was sich im ersten Moment nach kontraproduktiver Zwangsbeglückung anhört, ist aber in der Realität ziemlich spannend – und schlägt bei den Schülern voll ein. Der Trick dabei ist, dass die Darsteller selbst Schüler sind, die vom „European Grouptheater“ mittels eines Castings gefunden und zu beachtlicher Professionalität gebracht werden. Das ermöglicht Identifikation und löst bei den Schülern im Theater viel mehr – und spontanere – Reaktionen aus.

Diesmal wurde an einem Vormittag im Wiener Volkstheater vor fast 1000 Schülern des Stück *Wut* von Max Eipp gespielt, das vorher schon ein zunächst umstrittener, dann mit Preisen überhäufte deutscher TV-Film war. Es geht um den Zusammenprall zweier Welten – der geigespielende Sohn aus dem brüchigen Akademiker-Haushalt und der super-machistische Chef einer Jugendgang aus der patriarchalen türkischen Zuwandererfamilie. Die terminale Konfrontation zwischen dem überkompensierenden jungen Türken und der verlogenen-scheißliberalen Professorenfamilie ist vielleicht etwas zu konstruiert.

Aber Autor Eipp hat einen exakten Blick für milieutypische Situationen. Das Stück trifft einen Nerv, das merkt man, wenn im Volkstheater bei einzelnen Szenen wildes Erkennungs- und Betroffenheitsgelächter ausbricht: Der junge Çan demütigt das Söhnchen aus gutem Haus Felix

(„Küss' meine Füße, du Opfer!“) – das Theater tobt. Wenn der verlogene Professorenvater „aufgemacht“ wird – wilder Applaus. Eine Szene zwischen unterdrückter türkischer Kopftuchmutter und Pascha-Vater – ein Viertel des Saales lacht beklommen.

In der anschließenden Diskussion deklarierte sich etwa die Hälfte der Schüler auf Anfrage der Moderatorin als „Migrationshintergründer“. Davon dürften wieder etwa die Hälfte türkischer Abstammung sein. Einer erklärte, trotz Staatsbürgerschaft könne er sich niemals als Österreicher fühlen („geht nicht“), nur als Türke.

Ein Mädchen mit Kopftuch widersprach heftig: Wenn man hier lebe und Staatsbürger sei, könne man mit dem Kopf – oder mit dem Herzen – nicht in der Türkei bleiben, selbst wenn man noch Kontakte habe. Großer Applaus.

Nur einer aus dem Publikum wagte es kurz, ein bisschen entlang der Strache-Linie zu fahren – er wurde niedergelacht. Die zum Teil beachtlichen jungen Darsteller haben syrischen, ägyptischen, polnischen, türkischen, kolumbianischen, georgischen, deutschen und österreichischen Hintergrund. „Beide Seiten müssen Integration wollen“, hörte man oft.

Fazit: Das Stück spricht direkt einen Aspekt der Zuwandererproblematik an, nämlich die Perspektivenlosigkeit und Gewaltbereitschaft der einschlägigen Jugendgangs (in Deutschland mehr ein Problem – oder ein besser reportiertes Problem – als bei uns). Die Schüler erkannten die Realität wieder und reagierten interessiert und teilnehmend. Offenbar ist es ein Weg, diese Realität spielerisch anzugehen.

hans.rauscher@derStandard.at

ANTONIO FIAN

Ernährungsfragen

(Innenstadtkaffeehaus. Zwei junge Frauen. Eine von ihnen hat einen Kinderwagen neben sich und füttert das darin befindliche Baby mit Schinken- und Käsestückchen aus einem Schinken-Käse-Toast, von dem sie selbst die Brotscheiben verzehrt. Ihre Freundin sieht eine Zeitlang zu, dann:)

DIE FREUNDIN: Ist er nicht noch ein bissl klein für sowas?

DIE FRAU: Schon. Aber ich habe während der Schwangerschaft geraucht, da will ich vorbeugen.

DIE FREUNDIN (das Baby betrachtend): Ich habe nicht den Eindruck, dass er schwächelt.

DIE FRAU: Das nicht. Aber in Amerika haben sie herausgefunden, dass Kinder leichter kriminell werden, wenn die Mutter während der Schwangerschaft raucht.

DIE FREUNDIN: Und deswegen stopfst du ihn mit Schinken voll?

DIE FRAU: Nein. Die Wiltrud hat mir gestern noch von einer anderen Studie erzählt, da wird nachgewiesen, dass zwanzig Prozent der Massenmörder unter Diktatoren Vegetarier waren. Und keinen Käse gegessen haben.

DIE FREUNDIN: Ich verstehe nicht ...

DIE FRAU: Ich versuche halt gegenzusteuern. (Sie füttert das Baby mit einem Stück Schinken.) Man kann nie wissen ... (Sie füttert das Baby mit einem Stück Käse. Mit leuchtenden Augen:) Soll ja einmal was werden aus meinem Hasi, gell.

(Vorhang)

Material: „Schwanger rauchen macht Kind kriminell“, Kronen Zeitung, 18.11. 2010



HOCHWERTIGE PERSISCHE TEPPICHE, DIREKT VOM PRODUZENTEN INS HAUS

Kommen Sie und überzeugen Sie sich selbst!

Neueröffnungsaktion:
27., 29., 30.11. und 01.12.2010

Praterstraße 41 | 1020 Wien | ☎ 0681/837 307 09 | ☎ 01/2121522
Öffnungszeiten von 9 bis 19 Uhr | Gratis-Lieferung in Wien

Rabatte von
50% bis zu 70%

IRLAND-KRISE, WÄHRUNGSUNION, JUGEND

Welches EUROpa also?

Thomas Mayer

Zwei Meldungen von höchster Brisanz verbreiteten sich diese Woche von Brüssel aus über die Union. Fall 1: Zunächst wurde bestätigt, dass Irland unter den Rettungsschirm von Euro-Staaten und Währungsfonds schlüpfen wird. Garantien von rund 85 Milliarden Euro sollen die Eurozone vor Schaden bewahren. Darüber wird in allen Medien riesig berichtet, zuweilen in einer Mischung aus Angstlust und Atemlosigkeit: Der Euro sei in Gefahr, der Union drohe der Bruch.

Fall 2: Die EU-Kommission legte einen Bericht über die Lage am Arbeitsmarkt für die Generation der 15- bis 24-Jährigen vor. Ergebnis: Die Differenzen sind enorm. In einigen Ländern hat jeder Dritte keinen Job. 40 (!) Prozent der Jungen haben kein reguläres Arbeitsverhältnis. Gleichzeitig steigt die Zahl jener, die gar nichts haben, weder Ausbildung noch Job – in Italien, Zypern, Bulgarien am stärksten. Die Reaktion der Öffentlichkeit: kurze Berichte, Aufregung mäßig bis null.

Diese beiden Beispiele zeigen, wie gefährlich unterentwickelt, ungleichgewichtig bzw. unpolitisch die wesentlichen Themen im integrierten Europa noch immer abgehandelt werden. Bei beiden geht es um entscheidende Fragen für die Zukunft, nicht nur in einzelnen Ländern. Und sie hängen auch zusammen. Beim gemeinsamen Geld leuchtet das jedem sofort ein. Aber beim Arbeitsmarkt?

Dennoch: Es gibt diesen inneren Zusammenhang. Die Wirtschaftsproduktion in einem Land, der Arbeitsmarkt, Steuersätze, Budgetlage, Steuer- und Finanzpolitik, Kreditwürdigkeit, Wert der Währung – im Nationalstaat wird das abgestimmt. Aber wir haben – zwölf Jahre nach Einführung des Euro – nicht gelernt, das im offenen Markt der Union zu tun, den Übergang von der Wirtschafts- und Währungsunion hin zu einer politischen Union zu bewerkstelligen.

Das ist der Hauptgrund, warum die Bewältigung der Währungsunion so schwer fällt. Die Regierungen der Eurozone doktern in Wahrheit nur an Symptomen herum; wenn sie Problemlösungen garantieren, kaufen sie sich Zeit. Deutschland und Frankreich sind gerade dabei, eine Reform der EU-Verträge durchzudrücken, damit nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Banken und Investoren an den Kosten solcher Aktionen beteiligt werden können. Gut so. Aber auch das wird auf längere Sicht nicht ausreichen.

Die Union – mindestens die Eurozone – braucht eine Gesamtkur. Es muss gelingen, dass die Länder nicht nur grob ihre Budgetzahlen, sondern ihre gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik engstens abstimmen, was mit Gleichmacherei nichts zu tun hat. Dazu Initiativen zu ergreifen wäre eigentlich die Aufgabe der EU-Kommission. Aber die ist bisher zu feige und zu schwach, überlässt das Kommando den Nationalstaaten. Es geht um die alte Frage, welches Europa wir wollen. Zumindest eines hat die Krise bisher gezeigt: Die nationalen Wirtschaften lassen sich nicht mehr entflechten, ein Schritt nach vorne scheint unvermeidbar.

ÖBB-SANIERUNG

Untote auf Schiene

Luise Ungerboeck

Die offenen Worte von ÖBB-Chef Christian Kern über den miserablen Zustand der ÖBB sind wohlthuend. Der oberste Zugführer legt schonungslos dar, was seit Jahren jeder wissen konnte, sofern er sich dafür interessierte: Die Bundesbahn ist in miserablen Zustand, eine Untote der Staatswirtschaft. Deren Manager lebten Jahrzehnte bestens in und von ihr, ihren Job haben sie dabei aber nicht einmal ansatzweise erledigt. Dank eines undurchschaubaren Millionensubventionensystems wurde jahrelang verschleiert, dass sich nicht einmal technisch primitive Rohstofftransporte kostendeckend auf Schiene führen lassen.

Den Rest erledigten die Politiker. Sie ließen sich von ihren Günstlingen die Märchen von sagenhaft hohen Marktanteilen im Schienengüterverkehr so lange erzählen, bis sie selber glaubten, dass sich mit mehr Tonnenkilometern Geld und Kosten verdienen lassen, obwohl die Marktpreise erodierte. Möglich, dass selbst diese Schimäre opportunistisch war, profitierten von diesem System, das mit der Wirtschaftskrise zusammenbrach, doch ganze Branchen. Holz- und Papierindustrie zum Beispiel wurden ja über niedrige Bahntransporttarife subventioniert.

Nun kann man natürlich sagen, dass es für den Staat Österreich billiger ist, ein paar Zugfahrten zu fördern, als die Bevölkerung Lärm und Abgasen der Lkws auszusetzen. Blöd nur, dass auch diese Rechnung nicht aufgeht. Daueralimentierung eines Staatsbetriebs ist nicht marktkonform.

Dass jetzt alles gut wird, ist nicht zu befürchten. Denn wohl stellt der ÖBB-Chef Missstände ab, führt Betriebswirtschaft ein und den Bahngüterverkehr herunter. Das ist zum Überleben notwendig, als Strategie für die Zukunft werden Wuchteln aus der Geisterbahn ÖBB aber nicht reichen.

Ein Signal hat Kern mit seinem Kniefall vor der Politik bereits falsch gestellt: Er baut auf Pump unsinnige Prestigeobjekte wie den Koralmtunnel weiter und hält damit ein Pleiten-System in Schwung.



derstandard.at/Cartoons

Verspieltes Vertrauen

Van der Bellens Sündenfall und die fast schon vergebliche Suche nach Spitzenpolitikern

Alexandra Förderl-Schmid

In Österreich gibt es eine Politiker- und Parteienverdrossenheit, die durch Ereignisse der vergangenen Wochen verstärkt wird. Nicht nur durch den Streit in der Bundesregierung, der zu einem Stillstand bei Reformen führt. Es geht darum, wie Ämter und Mandate besetzt werden.

Bei der Wiener Wahl im Oktober trat Alexander Van der Bellen an, der einen Wahlkampf für Vorzugsstimmen führte und 11.952 bekam – ein Rekord. Die wiederholte Aussage des einstigen Obergerünen vor dem Wahlgang war: „Wenn es Rot-Grün gibt, dann übersiedle ich auf jeden Fall.“ Auch ohne Stadtratsposten würde er in den Gemeinderat wechseln, um die rot-grüne Regierung zu unterstützen. „Dann möchte ich auf jeden Fall meinen Beitrag leisten, dass das ein Erfolg wird.“

Diese Woche wurde die rot-grüne Landesregierung in Wien angelobt – und Van der Bellen bleibt im Nationalrat, wird aber Wissenschafts- und Universitätsbeauftragter der Stadt Wien. Dieser eigens geschaffene Posten ohne Mittel und Macht soll eine Wählertäuschung kaschieren. Denn der einstige Obergerüne hält nicht, was er vor der Stimmabgabe versprochen hat.

So bleibt er im Parlament als außenpolitischer Sprecher – in einer Funktion, in der er in den vergangenen Jahren nicht aufgefallen ist. Dabei verfügt Van der Bellen als Wirtschaftspräsident über wichtige Expertise, die er in den Zeiten der Finanzkrise in den politischen Diskurs hätte einbringen können. Das wäre ein Kompetenzgewinn für die Grünen gewesen.

Auch Heinz-Christian Strache ist nach der Wiener Wahl im Nationalrat geblieben. Der FPÖ-Spitzenkandidat hat aber ein ohnehin unerreichbares Ziel – Bürgermeister zu werden – als Bedingung für einen Wechsel genannt. Umgekehrt haben Othmar Karas die Vorzugsstimmen bei der EU-Wahl nichts genützt – die ÖVP-Leitung bestand trotzdem auf Ernst Strasser als Delegationschef.

Ein Fall von Wählertäuschung war auch die Schein-Kandidatur von Wolfgang Petritsch, der 2002 für den Nationalrat als Wiener SPÖ-Spitzenkandidat antrat, mehr Vorzugsstimmen als Alfred Gusenbauer bekam – und dann sein Mandat nicht annahm. Erst nach der Wahl wurde bekannt, dass sich der frühere Kreisky-Sekretär nur für das Amt des Außenministers, nicht aber für die Niederungen des Parlaments

interessiert hat. Die Begründung für seine Rückkehr auf einen Botschafterposten: „Die Vorstellung, als Frühpensionist im Parlament zu sitzen, war für mich keine angenehme.“

Offenbar finden es immer weniger Menschen angenehm, eine politische Aufgabe zu übernehmen. Schon jetzt kommen zwei Drittel der Abgeordneten und 80 Prozent der Regierungsmitglieder aus dem öffentlichen Dienst.

Die Suche nach einer Nachfolgerin für Christine Marek als Familienstaatssekretärin gipfelte in einer Dreifachquote: Frau, Tirol, ÖAAB. Mehr als zehn Absagen hagelte es, bevor

sich die 38-jährige Lienzener Neo-Gemeinderätin Verena Remler fand, die den Kriterien entsprach und auch zusagte. Die Quoten erfüllt sie. Aber ob sie für diesen Job auch kompetent ist, lässt sich nicht sagen: Bei ihrer Vorstellungspressekonferenz sagte ihr VP-Chef Josef Pröll ein, bei ihren Interviews zur Angelobung am Freitag lautete ihre Standard-Antwort: „Ich möchte mich da nicht festlegen.“

Dass der Verlust des Vertrauens in Politiker weiter steigt, ist angesichts solch vager Ansagen und gebrochener Wahlversprechen überhaupt nicht erstaunlich.

KOPF DES TAGES

Rastloser Erfinder will das Weltklima retten



Nathan Myhrvold ist der Star unter den Geo-Ingenieuren. Foto: Edge

Immer mehr Klima-Experten haben die Hoffnung aufgegeben, dass es durch internationale Abkommen gelingen wird, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Sie setzen stattdessen auf gezielte Eingriffe in das Erdklima, um dessen Erwärmung zu stoppen. Unter den Anhängern des „Geo-Engineering“ ist Nathan Myhrvold der inoffizielle Star.

Sein Vorschlag lautet, am Nord- und am Südpol je 25 Kilometer lange Schläuche mithilfe von Heliumballons in den Himmel steigen zu lassen und Schwefeldioxid in die Atmosphäre zu pumpen. Das würde die Erdtemperatur genauso sinken lassen wie der Ausbruch des philippinischen Vulkans Pinatubo 1991, behauptet er.

So fantastisch die Idee auch klingt, unter den vielen Vorschlägen zur Regelung des Erdthermostats, die alle höchst umstritten sind, gilt seiner als technisch am ehesten machbar und mit ein bis zwei Milliarden Dollar Kosten als relativ billig. Vor allem hat Myhrvold den Ruf, dass er wissenschaftliche Utopien verwirklichen kann. Er ist ein Daniel Düsenträger des IT-Zeitalters, ein rastloser intellektueller Innovator.

Sein Unternehmen Intellectual Ventures (IV) beschäftigt dutzende Forscher und besitzt rund 30.000 Patente. Jedes Jahr meldet IV 450 weitere Inno-

novationen vor allem im Bereich Software, Mikrochips und Medizintechnologie an, die sich Konzerne wie HTC und Samsung mit teuren Lizenzverträgen zu sichern bemühen. Als erpresserischer „Patent-Troll“ wird er deshalb von anderen beschimpft.

Schon in der Schulzeit galt der 1959 in Seattle geborene Myhrvold als Wunderkind. Nach einem Physikstudium in Princeton arbeitete er kurz für Stephen Hawking an der Universität Cambridge und gründete dann in Kalifornien eine Softwarefirma, die 1986 von Microsoft übernommen wurde. 14 Jahre war Myhrvold bei Bill Gates als Forschungschef und rechte Hand tätig, bevor

er vor zehn Jahren mit fünf Milliarden Dollar an Risikokapital in einem Vorort von Seattle die eigene Patent-schmiede gründete.

In seiner Freizeit beschäftigt sich der verheiratete Vater zweier Söhne mit Naturfotografie, Saurierfossilien, außerirdischem Leben und französischer Küche. Im März bringt er einen 2400-Seiten-Band heraus, der alle Kochtechniken der Welt kulinarisch und wissenschaftlich erklärt. Schon seit Jahren arbeitet Myhrvold an einem Rezept für Kartoffelchips mit Gourmet-Geschmack. Wenn ihm das gelingt, sagen manche, dann werde er auch das Weltklima retten können. Eric Frey



PERSONAL MOVES

KARIN BAUER

Was tut Google?



Es ist immer interessant zu beobachten, was Google tut. Vor einigen Tagen etwa hat Google allen Mitar-

beitern die Gage um zehn Prozent erhöht. Weil der US-Jobmarkt so boomt? Weil alte Unternehmertugenden auf dem Vormarsch sind? Weder noch. Leider. Aber: Google beschäftigt sich mit der Zukunft, und die dürfte böses Erwachen für alle Firmen bringen, die schlauerweise in der Krise arbeitssuchende Top-Talente ziemlich billig angeheuert haben und sich nun im langwährenden Wettbewerbsvorteil wähnen. Diese Überqualifizierten brachten damals dringend einen Job. Jetzt sind sie frustriert und wollen, da sich der Arbeitsmarkt ein wenig entspannt, weg. In eine bessere und/oder besser bezahlte Position. In den Chats auf Headhunter-Websites (etwa asktheheadhunter.com) ist das schon Thema.

INHALT

- Umfrage zur Arbeitssituation Seite K 2
 10 Jahre Academy of Life Seite K 18
 Sudoku, Cortis Nährwert Seite K 23
 Hilfe – Weihnachtsrede Seite K 23
 Jobsplitter finden Sie auf Seite K 14

Großes Lob für Nachhaltigkeitsberichte

Auch Mikrounternehmen legen mittlerweile Nachhaltigkeitsberichte vor. – Wer in Österreich dafür heuer ausgezeichnet wurde, und was das mit Korruptionsbekämpfung zu tun hat.

Karin Bauer

Zum elften Mal hat die Kammer der Wirtschaftstreuhänder heuer die Nachhaltigkeitspreise Asra (Austrian Sustainability Reporting Awards) verliehen. Ziel: diese Berichte über verantwortungsvollen Umgang in den Dimensionen Umwelt, Soziales und Ökonomie auf internationalem Niveau zu fördern.

Immer mehr Unternehmen unterwerfen sich auch hierzulande dieser freiwilligen Leistung, um mit Transparenz bei ihren Stakeholdern zu punkten. Erstmals wurden heuer 37 Berichte eingereicht, dass davon acht Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern dabei sind, ist eine Premiere.

Asra-Initiatorin Christine Jasch, Leiterin des Nachhaltigkeitsausschuss in der KWT, freute sich bei der Prämierung der Besten am vergangenen Mittwoch in den Räumen der Industriellenvereinigung in Wien über „immer bessere und professionellere Berichte“. Überwiegend wurde nach den Standards der Global Reporting Initiative (GRI) berichtet. Regelmäßig berichten in Österreich 40 Unternehmen in zwei- bis dreijährigem Rhythmus über ihre Nachhaltigkeitsaktivitäten, einige Dutzend kleine und mittlere Firmen haben bis jetzt einmalig und mithilfe von Förderungen etwa des Lebensministeriums solche Berichte erstellt.

Die Frage, wer all diese Papers tatsächlich lesen soll und wie sie

an die Stakeholders gelangen, beantworten Unternehmen auch immer kreativer. Heuer wurde etwa die Telekom Austria Group mit einem Sonderpreis bedacht. „Die besten Rezepte der Nachhaltigkeit aus unseren Märkten“ heißt der aktuelle, gastrosophisch und mit Kochrezepten aus den jeweiligen Gruppenstandorten ergänzte Report. Andere Firmen und Organisationen, etwa die Bundesforste oder die Post, legen ihre Berichte Tageszeitungen bei, um gleich einen aktiven Kommunikationshebel anzusetzen.

Transparenz ...

Bei der Asra-Gala 2010 war klar: Transparenz ist mehr denn je maßgeblich für den guten Ruf eines Unternehmens. Im Gefolge eines riesigen Schubs für das Thema Corporate Social Responsibility (CSR) ist Transparenz ein Leitmotiv für die Glaubwürdigkeit geworden – eine gute Brücke, auch über diesen Zugang Korruption zu bekämpfen. Dabei hat Österreich laut Index von Transparency International ja auch einigen Bedarf: Mit 7,9 von zehn möglichen Punkten steht das Land nicht sauber da, wenn es um den Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen geht.

... und Korruption

Entsprechend flammend referierte Maximilian Burger-Scheidlin, Geschäftsführer der Internationalen Handelskammer in Wien, bei der Asra-Gala pro Korruptionsbekämpfung – und zwar

via Transparenz, was die Brücke zum Nachhaltigkeitsreporting schlug.

Korruption, so Burger-Scheidlin, sei ein Thema, ein Problem des Risk-Managements, ethische Aspekte reiht er aus Unternehmenssicht dahinter. An die Unternehmensvertreter: „Fragen Sie sich, ob es Ihnen angenehm ist, wenn Ihr Verhalten morgen in der Zeitung steht.“ Transparenz helfe, Grauzonen zu minimieren.

Dass Korruption abhängig und angreifbar mache, von Konkurrenten in puncto Schadenersatz klagbar sei, die Kontrollbankabsicherung zum Erlöschen bringe – all das sind für Burger-Scheidlin ausreichend gute Gründe, nachgewiesenermaßen Antikorruptionssysteme zu installieren. „Korruption ist kein notwendiges Übel, und wer einmal als Zahler bekannt ist, wird immer wieder – auch von Freunden des Bestochenen – zur Zahlung eingeladen“, so der Appell.

Dass sich das Bewusstsein allerdings schärft, zeigt auch die gegenwärtige Diskussion zur Compliance und die Tatsache, dass nunmehr auch Compliance mit Ethikstandards in den Nachhaltigkeitsberichten thematisiert wird. Christine Jasch: „Häufig fehlen aber die dahinterliegenden Managementsysteme – im Bericht steht dann lediglich, es seien keine Vorfälle von Rechtsüberschreitungen bekannt.“

Ungeachtet des sichtlich noch schwierigen Umgangs mit Compliance in den unterschiedlichen globalen Standorten eines Unternehmens, lobt Jasch das Niveau der aktuellen Nachhaltigkeitsberichte und freut sich über die großen Fortschritte. Immerhin: Dieser Trend ist auch ein Beratergeschäft, nicht nur in CSR-Consul-

tingangelegenheiten: 38 Prozent der Berichte waren heuer bereits extern auditiert, 86 Prozent davon von Umweltgutachtern, 14 Prozent von Wirtschaftsprüfern.

Palfinger, die Kontrollbank und der Verbund belegen im aktuellen Jahr die ersten Plätze in der Kategorie Großunternehmen. Entwicklungsbank, Ökostrom und die VBV haben die besten integrierten Berichte. Die Druckereien Gugler und Janeteschek sowie Malerei und Farbenhandlung Herbsthofer wurden im Bereich KMU prämiert. Austria Glas Recycling, Baumeisterin Sandra Höbarth und die Versicherungsmakler Wokatsch-Felber siegten in der Kategorie der Mikrounternehmen.

Allerdings gab es auch Kritik im Sinne von Hausaufgaben von der Jury (KWT, Lebensministerium, ÖGUT, Industriellenvereinigung, Umweltbundesamt und respect): Es würden zu viele Informationen ins Netz ausgelagert, die Ziele und Nachhaltigkeitsprogramme seien nicht immer klar und nachvollziehbar.

Alle Preisträger und Informationen zu Asra, der Jury und der Bewertungsmethodik: www.kwt.or.at

Knapp 1000

Menschen verlassen seit 2007 die zu Papua-Neuguinea gehörigen Carteret-Inseln. Sie werden auf die Nachbarinsel Bougainville umgesiedelt und gelten als die weltweit ersten Klimaflüchtlinge.

Vernetzte Kompetenzen für einen zukunftssicheren Energiemarkt

Seit der Liberalisierung des österreichischen Strom- und Gasmarktes wurden der E-Control zu ihren ursprünglichen Kompetenzen zahlreiche neue Aufgaben zugewiesen.

Die Zuständigkeiten, die mit dem Ziel der Stärkung des Wettbewerbs in einem funktionierenden, versorgungssicheren Energiemarkt einhergehen, sowie die zunehmende internationale Verzahnung erfordern ein hohes Maß an Fachwissen sowie die Fähigkeit, flexibel und interdisziplinär auf sich verändernde Gegebenheiten zu reagieren.

„Der Strom- und Gasmarkt entwickelt sich sehr dynamisch und die Komplexität nimmt laufend zu“, erklärt Mag. Martin Graf, Leiter der Tarife-Abteilung. Allein in Österreich müssen mehr als 100 Unter-

KarriereReport

nehmen der Energiebranche kooperieren, kommunizieren und aufeinander abgestimmt handeln. So kann man allein im Bereich der Erdgasversorgung unterschiedlichste Gruppen von Marktteilnehmern differenzieren. „Und das in einem durchaus heiklen Bereich. Schließlich gehört die Versorgung mit Strom

und Gas zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Und die E-Control hat auch die Aufgabe, langfristig die zuverlässige und sichere Versorgung mit Strom und Gas zu gewährleisten und mit allen Betroffenen Vorkehrungen für mögliche Versorgungsengpässe zu treffen“, ergänzt der Leiter der Abteilung Gas, Mag. Michael Schmöltzer.

„Damit das Räderwerk im Energiesektor reibungslos funktioniert, müssen alle Beteiligten genau wissen, was sie zu tun haben.“ Dr. Wolfgang Urbantschitsch, Leiter der Rechtsabteilung, bringt das Regelwerk für den Energiemarkt ins Spiel. So ist u.a. das Erstellen von „Marktregeln“ ein Aufgabenbereich, den die E-Control gemeinsam mit den Marktteilnehmern erledigt. „Dabei hat man es oft mit Texten zu tun, die einerseits technische Abläufe sehr klar beschreiben und die andererseits juristisch eindeutig formuliert werden müssen.“ Urbantschitsch führt dies als ein Beispiel an, wie innerhalb der E-Control viele Themen von den Abteilungen in



Gruppenbild mit ehemaligen Trainees: v.l.n.r.: Dipl.-Kfm. Stephan K. Würzner, Leiter Finanzen & Organisation, DI Michael Sorger und DI Sophie Weiler, Trainees 2009, Mag. (FH) Martin Graf, Leiter Tarife, Mag. Eszter Süle, Mitarbeiterin Tarife

Foto: E-Control

enger Abstimmung bearbeitet werden. „Dass ein Jurist versteht, was ein Techniker erklärt und umgekehrt, ist ein wichtiger Aspekt unserer täglichen Arbeit“, erläutert Schmöltzer. „Aus diesem Grund müssen unsere Mitarbeiter auch in der Lage sein, die Regeln des Gas- und Strommarktes so zu gestalten, dass diese in der Praxis funktionieren und von unseren „Kunden“ verstanden werden.“

Zudem laufen bei der E-Control auch Daten und Informationen aus vielen Bereichen zusammen. Von den Kapazitäten österreichischer Gasspeicher bis zu betriebswirtschaftlichen Auswertungen, beispielsweise aus den Bilanzen der Netzbetreiber, müssen Statistiken erhoben, bewertet und richtig interpretiert werden. „Etwa um die Netz-

tarife auf einer fundierten Grundlage festlegen zu können“, so Graf. „Ein hochsensibler Bereich, schließlich geht es dabei meist um vertrauliche Daten, deren Analyse für die Festsetzung der Netztarife aber unerlässlich ist“, so Graf weiter.

Denn während die Strom- und Gaslieferanten die Energiepreise für ihre Produkte frei nach Angebot und Nachfrage festlegen können, werden die Netznutzungstarife von der E-Control vorgeschrieben.

Der Energiemarkt ist ein enorm bewegter Bereich, der sich ständig verändert, allein schon mit Blick auf die Zukunftsthemen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Auch darum sucht die E-Control immer wieder junge Menschen, die sich für die Energiewirtschaft interessieren und sich diesem Thema mit

Begeisterung widmen wollen. Über ein 12monatiges Trainee-Programm wird begabten und motivierten Akademiker/innen der Einstieg in diesen zukunftsrelevanten Bereich geboten. Dabei können sie, durch Mentoren unterstützt, Kenntnisse und Erfahrungen on-the-job erwerben und werden gleichzeitig durch ein strukturiertes Ausbildungsprogramm auf eine spätere Linienfunktion im Unternehmen vorbereitet. Das Trainee-Programm 2011 legt die Schwerpunkte diesmal auf die Bereiche Tarife, Erdgaswirtschaft und Recht.

INFORMATION

E-Control

- Gegründet 2001, reguliert die unabhängige Behörde E-Control den österreichischen Strom- und Gasmarkt.
- Aktuell ca. 100 Mitarbeiter.
- Im Internet unter: www.e-control.at, www.facebook.com/energie.control, www.twitter.com/energiecontrol

Eine Information von E-Control.
Entgeltliche Einschaltung

„Es braucht viel Energie für Null-Energie“

Preise für den Umwelt- und Klimaschutz gibt es jede Menge. Das Wiener Boutiquehotel Stadthalle, das erste Hotel mit einer Null-Energie-Bilanz, hat viele davon bekommen – auch schon vor seiner Eröffnung.

Gudrun Ostermann

Für hervorragende Leistungen im Klima- und Umweltschutz gibt es für Unternehmen jeglicher Größe eine Vielzahl nationaler und internationaler Auszeichnungen und Qualitätssiegel. Das Boutiquehotel Stadthalle in Wien hat in seinem einjährigen Bestehen bereits viele davon erhalten. Neben dem Umweltzeichen der Republik Österreich und dem Umweltpreis der Stadt Wien ist es auch das erste Hotel in Wien, das mit dem Europäischen Ecobal ausgezeichnet wurde. Das Boutiquehotel ist weltweit das erste städtische Hotel mit einer Null-Energie-Bilanz. Es verfügt unter anderem über eine Passivhaushülle, eine Regenwassernutzungs- und Fotovoltaikanlage sowie ein innovatives Wohnraumlüftungssystem. Für diese Leistungen wurde das Hotel mit dem Klimaschutzpreis 2010 ausgezeichnet.

„Die Öffentlichkeitswirksamkeit durch den Preis war enorm. Viele Interessierte kommen seither, um sich das Hotel genauer anzuschauen“, sagt Michaela Reitterer, die Eigentümerin des Hotels. Nur die erste Auszeichnung habe sie für sich angenommen, die weiteren für die Sache und ihr Team, ergänzt sie. Denn ohne engagiertes Team, das die Idee trägt, sei ein Hotel mit Null-Energie-Bilanz nicht möglich.

Den ersten Preis erhielt sie übrigens noch vor der eigentlichen Eröffnung, „um Prozesse auch in Gang zu setzen.“ Denn mit ihrem Hotelprojekt war Reitterer Pionierin, die oft genug „Das gibt es nicht, deshalb geht das auch nicht“ zu hören bekam. Dennoch hat sie sich nicht davon abhalten lassen. „Es braucht eben viel Energie für Null-Energie“, fügt Reitterer an.

Vorreiterin zu sein habe viele Vor- und Nachteile, gibt sie zu. So gab es für viele ihrer Pläne noch keine gesetzlichen Rahmenbedingungen. Aber sie hätte dieses Hotelprojekt auch in Angriff genommen, wenn sie vorab gewusst hätte, welch langen Atem man dafür brauche. „Denn ich habe einen unerschütterlichen Glauben an das Gute. Und ‚geht nicht‘, gibt es bei mir nicht“, ergänzt Reitterer.

Dafür sei die Breitenwirkung als Pionierin hoch. Und so konnte sich das Hotel innerhalb eines Jahres sehr gut positionieren, gibt sie zu. „Aber wir haben dieses Hotel nicht wegen der marketingtechnischen Positionierung gemacht.“ Der Zugang hatte einen sehr praktischen Anstoß. „Die Energiekosten in Hotels sind enorm. Ich wollte dafür

keine Rechnungen mehr zahlen.“ Insgesamt steckte Reitterer 4,8 Mio. Euro in den Um- und Zubau des Hotels. In wie vielen Jahren sich die Investitionen rechnen, ist ihr dabei egal. „Ich habe es gemacht, weil es mein Hotel ist und ich will es sicher nicht verkaufen.“

Im Gegenteil, auch für Zukunft hat sie ambitionierte Pläne. So befinden sich die geplanten Windräder auf dem Dach des Hotels im gewerblichen Genehmigungsverfahren. An einer Kooperation mit einem Taxiunternehmen mit Hybridfahrzeugen werde gearbeitet, und auch Räumlichkeiten für Green-Meetings möchte sie anbieten. Klima:aktiv-Partner ist das Hotel bereits, da die Gäste, die mit Zug oder Fahrrad anreisen, eine zehnprozentige Preisreduktion erhalten.

Weitere witzige Ideen gebe es genug. Auch weil das Hotel viele spannende Leute anziehe, ergänzt Reitterer. Und auch die Mitarbeiter tragen die nachhaltige Idee nach draußen. „Vielleicht wird unser Grätzel ja einmal das ‚grüne Eck‘ Wiens.“ Als Auszeichnung, die sie noch gerne hätte, nennt sie – wenn auch nicht ganz ernst – den Energy Globe Award, mit dem Projekte aus aller Welt prämiert werden, die Ressourcen sparsam und schonend verwenden bzw. erneuerbare Energien nutzen. „Aber wer weiß, vor einem Jahr habe ich mir den Klimaschutzpreis nicht einmal zu wünschen getraut“, sagt Reitterer. www.hotelstadthalle.at



Michaela Reitterer, Betreiberin des Boutiquehotels Stadthalle.



„Die Energiepolitik mitgestalten“

Antonia Wenisch vom Ökologie-Institut wurde mit dem Ögut-Umweltpreis ausgezeichnet

Natürlich sei sie stolz über die Auszeichnung, sagt Antonia Wenisch. „Es ist die Bestätigung, dass das, was ich mache, auch wertgeschätzt wird. Und Lob bekommt man ja nicht so oft“, fügt sie an. Seit über 25 Jahren ist Wenisch im Bereich der Energiepolitik tätig und europaweit eine der wenigen Frauen, die sich mit der Risiko- und Technikfolgenabschätzung von Kernkraftwerken beschäftigt. Dafür wurde sie heuer mit dem Ögut-Umweltpreis in der Kategorie Frauen in der Umwelttechnik ausgezeichnet. Nach dem HTL-Kolleg für Nachrichtentechnik und Elektronik war sie von 1975 bis 1984 Messtechnikerin in einem Halbleiterlabor. Gleichzeitig engagierte sie sich Ende der 70er-Jahre in der Anti-Zwentendorf-Bewegung, von 1977 bis 1986 war sie Vorstandsmitglied der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner. Seit 1986 arbeitet sie am Österreichischen Ökologie-Institut.

Informationsbedarf

Entscheidend für ihren beruflichen Schwerpunkt war der Reaktorunfall in Tschernobyl 1986. „Das Ökologie-Institut war die erste Stelle, die Informationen für Bürger bereitstellte“, ergänzt sie. „Die Behörden waren damals sehr vorsichtig, wohl auch um die Bevölkerung nicht noch mehr zu beunruhigen. Zu uns kamen die besorgten Bürger, die nach Aufklärung suchten“, sagt Wenisch.

Es ging darum, die Sorgen auf eine rationale Ebene zu bringen. So errichtete das Ökologie-Institut auch die einzige Strahlenmessstelle im Wiener Fokus.

Heute liege der Fokus ihrer Arbeit auf Fragen der nuklearen Sicherheit. Sie befasse sich dabei mit neuen Reaktoren und allem, was unter der Renaissance der Kernenergie propagiert werde. Europaweit ist sie in Konsultationen, Beratung und Erstellung von Gutachten im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen involviert. „Österreich kann kein Land daran hindern, ein Atomkraftwerk zu bauen, aber wir können ihnen auf die Finger schauen und uns in-

haltlich positionieren“, sagt sie. Doch auch Österreich müsse seine Hausaufgaben machen, denn nach wie vor gebe es für die Abfälle nuklearmedizinischer Behandlungen keine Endlagerung, ergänzt sie.

Wer sich mit Energiepolitik beschäftige, müsse sich auch mit dem Klimaschutz auseinandersetzen. „Und da ist die Kernenergie sicher nicht das Allheilmittel“, zum einen, weil auch Uran ein begrenzter Rohstoff sei und Kernenergie nicht CO₂-frei produziert werde. Atomkraftwerke seien für erneuerbare Energie eher ein Hindernis, ergänzt Wenisch. Erneuerbare Energien brauchen Ausgleichskonzepte, die etwa beim Ausfall eines Windparks schnell regelbar sind. Atomkraftwerke seien dafür nicht geeignet. Prinzipiell könne der Energiebedarf ohne Atomstrom gedeckt werden, ist Wenisch überzeugt. Dafür bedürfe es aber vieler kleiner Kraftwerke. „Aber bei uns herrscht noch immer die Vorstellung, alles müsse groß sein. Daher wird auch zuerst an Sonnenkollektoren in der Wüste gedacht als an die regionalen Möglichkeiten.“

„Ich will mit meiner Arbeit die Diskussion um die europäische Energiepolitik mitgestalten“, sagt sie. Dass sie das auch nach ihrem baldigen Pensionsantritt machen wird, ist für sie selbstverständlich. „Ich habe auf diesem Gebiet eine große Expertise.“ (ost)



Antonia Wenisch bei der Preisverleihung Foto: Ögut

Amtsantritt des neuen Präsidenten der FH-Konferenz

Helmut Holzinger, seit 1998 Geschäftsführer der Fachhochschule des Bfi Wien, wurde zum neuen Präsidenten der Fachhochschulkonferenz (FHK) gewählt. Bei seinem Amtsantritt am Donnerstag bekräftigte er einmal mehr die Bedeutung des Fachhochschulsektors und fordert bis zum Jahr 2019 einen kontinuierlichen Ausbau der Studienplätze.



Derzeit wählt jeder siebte Studierende eine Fachhochschule als Ausbildungsort. Ein Drittel der jährlichen Graduierten kommt von einer FH. Die Drop-out-Quote sei im Verhältnis zu den Universitäten gering. Daher habe die FHK im Interesse der Studierenden klare Wachstumsvorstellungen, sagt Holzinger. „Unser Ziel ist es, den Anteil der Studierenden in den kommenden zehn Jahren auf ein Viertel zu erhöhen“ – mit dem Effekt, dass dadurch auch die Universitäten entlastet werden könnten, ergänzt Holzinger. In Zahlen bedeutet diese Forderung, dass die derzeit 33.000 bundesfinanzierten Studienanfängerplätze auf 76.000 erhöht werden. Holzinger fordert daher auch 30 Prozent der von der Bundesregierung in Aussicht gestellten 80 Mio. Euro für Universitäten und FHs. „Für den Verteilungsschlüssel bedarf es einer outputorientierten Betrachtung.“ (ost)

KURZ GEMELDET

Ärzte ohne Grenzen sucht dringend Mitarbeiter

Für den Cholera-Einsatz in Haiti werden Ärzte, Krankenschwestern, Logistiker sowie Wasserexperten gebraucht. Abgeschlossene Ausbildung und mindestens zwei Jahre Berufserfahrung, Französisch-Kenntnisse sowie ab sofort zwei bis drei Monate Verfügbarkeit sind dafür die Voraussetzung.

www.aerzte-ohne-grenzen.at

Info-Session zu PhD-Programmen in VWL

Am 1. Dezember findet am Institut für Höhere Studien (IHS) ein Info-Abend zu den PhD-Programmen in Economics and Finance der Vienna Graduate School of Economics, der Vienna Graduate School of Finance sowie des European University Institute in Florenz statt.

www.ihs.ac.at

Einstieg ins Kulturmanagement

Das Institut für Kulturkonzepte informiert Interessierte am 1. Dezember ab 18 Uhr über berufliche Perspektiven, Kompetenzen und Qualifikationen im Kultursektor sowie zu den Aus- und Weiterbildungsangeboten des Instituts. Bereits zum sechsten Mal findet speziell für Studierende und Jungakademiker die Winterakademie für Kulturmanagement 2011.

www.kulturkonzepte.at

Auf der Reise zur Lösung

Das Katholische Bildungswerk lädt am 1. Dezember nach Elsbethen zu einem Kurzworkshop und einer „Reise zur Lösung“. Anlässlich der Neuerscheinung des Buches *Reise zur Lösung* werden Ideen, Methoden, Arbeitsblätter und Checklisten direkt und praxisnah vorgestellt. Der Workshop ist kostenlos, eine Anmeldung unter kbw@bildung.kirchen.net erbeten.

Im Fokus

Veranstaltungs-Highlights der Donau-Universität Krems

Veranstaltungen

01. Dezember 2010

Mini Med – Geheimnis Immunsystem Donau-Universität Krems, Audimax. Beginn: 19:00 Uhr

03. Dezember 2010

Theater in der Josefstadt – Im Rahmen einer Führung werden Bühnen- und beleuchtungstechnische Einrichtungen erklärt. 1080 Wien. Beginn: 16:30 Uhr

07. Dezember 2010

Körperästhetiken – Buchpräsentation und Film. Kino im Kesselhaus, Campus Krems. Beginn: 18:00 Uhr

17. Dezember 2010

Brunch with the Faculty – Informationsveranstaltung zum Master of Arts in Higher Education in Graz. Beginn: 11:00 Uhr

Alumni-Club

14. Dezember 2010

Salzburger Stammtisch – Sporer, Getreidegasse 39, 5020 Salzburg. Beginn: 19:00 Uhr

Nähere Informationen unter:

www.donau-uni.ac.at/veranstaltungen

Donau-Universität Krems
Universität für Weiterbildung
Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30
3500 Krems



Lehrgänge für (angehende) Führungskräfte

www.bfi-wienakademie.at

bfi Wien Akademie
Potentiale. Management. Perspektiven.





Architektur 91-jähriger Visionär: Seit 1970 baut der italo-amerikanische Architekt Paolo Soleri in Arizona die Öko-Stadt der Zukunft. **S. A 4**

Kunstmarkt Zwischenbilanz an der Lichtbildfront: Rückblick auf die Spezialmesse in Paris, Vorschau auf die Auktion bei Westlicht in Wien. **S. A 5**

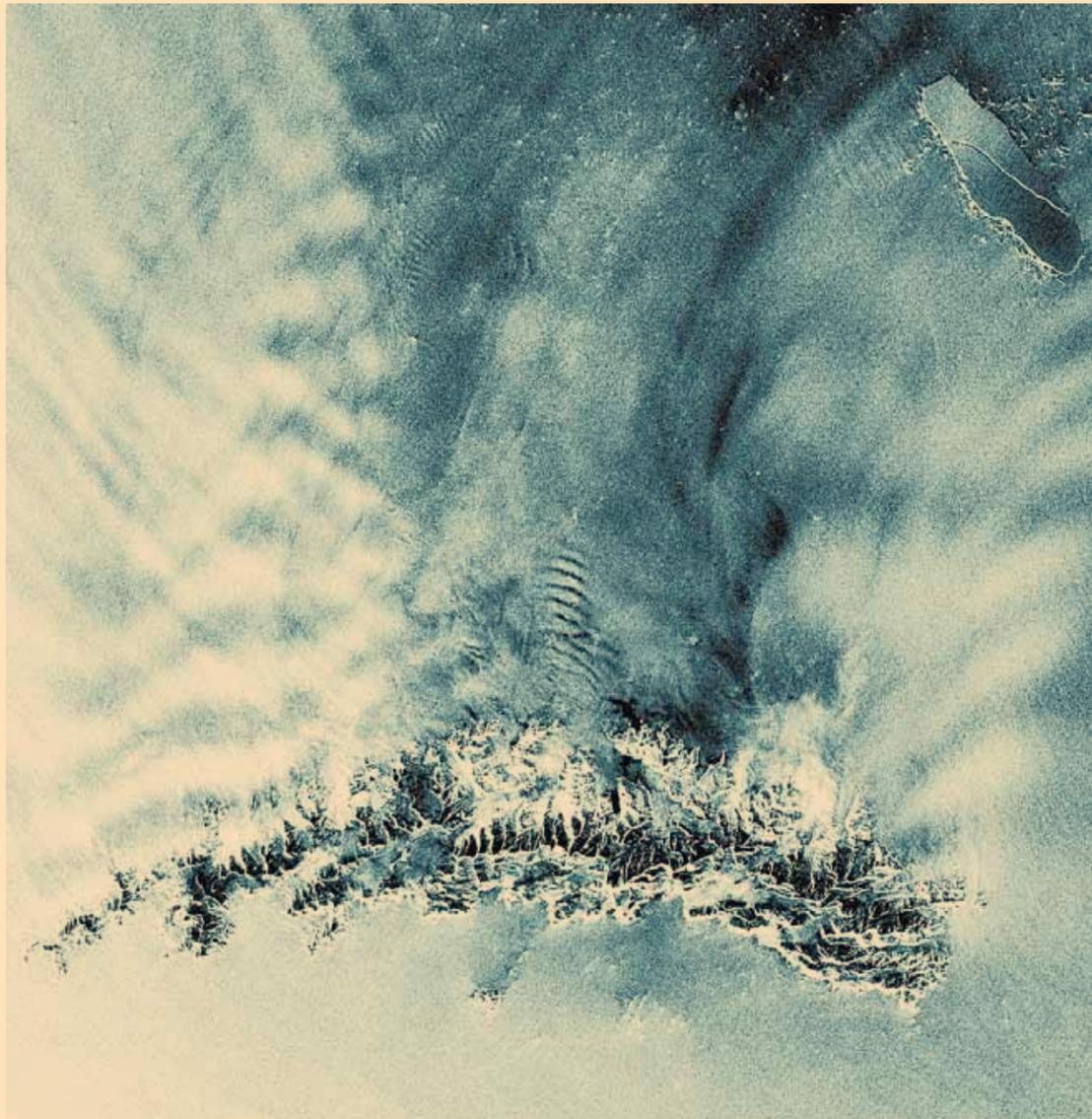
Reise Ein winterlicher Spaziergang durch Thessalonikis römisches und osmanisches Erbe. **S. A 6**

Spiele Zwanzig verweht! Seit zwei Jahrzehnten schreiben ruf & ehn ihre Schachkolumne. **S. A 8**

Laudatio Der Wahrheit wegen: Juri Andruchowytsh über Martin Pollack, den diesjährigen Träger des großen Leipziger Buchpreises. **S. A 10**

Bücher Katastrophenprosa für Außerirdische: Der Klimawandel ist schon lange zum Thema der Belletristik geworden. **S. A 11**

Ich frage mich ... Lutz Musner fragt sich, wie man sich in einer Welt der verlorenen Gewissheiten bewegen soll. **S. A 12**



1,3
Prozent ist der weltweite CO₂-Ausstoß 2009 aufgrund der Wirtschaftskrise gesunken. Prognostiziert waren 2,8 Prozent.

Der Eisberg A53A (rechts oben) zerbrach, nur wenige Tage nachdem der Satellit Envisat ihn erfasst hatte. Auf dieser Aufnahme ist bereits ein Riss durch das massive Eis zu erkennen. „Die Bilddokumentation solcher Ereignisse hilft zu verstehen, wie sich der Klimawandel auf das ewige Eis auswirkt“, sagt Esa-Experte Josef Aschbacher. „Man kann im Zeitraffer beobachten, welche Prozesse beim Auseinanderbrechen von Eisschelf stattfinden.“ Mehr auf Seite 38.

Foto: Esa

Requiem auf die Zukunft

„Erwärmung klingt kuschelig, übersetzt ins Soziale bedeutet dieses Wort Massenflucht, Hungersnot und Krieg.“ Wie man einen Roman über die Klimakatastrophe schreibt, fragt sich der Autor Ilija Trojanow.

Ich kann mich nicht erinnern, wann ich das erste Mal von globaler Erwärmung gehört habe. Es erscheint mir als Thema so vertraut, als begleite es mich schon ein Leben lang, aber natürlich kann das nicht stimmen, es können nicht mehr als fünfzehn Jahre sein. Und gewiss hat es einige Jahre gedauert, bis ich dieses Thema ernstgenommen habe.

An die grausamen Folgen der Desertifikation besitze ich hingegen Jugenderinnerungen. Einer meiner ersten Texte entstand unter dem Eindruck einer Klassenfahrt durch Dürregebiete zum Turkana-See in Nordkenia. Es war eine pathosgeladene Elegie über finales Unrecht und extremste Armut, betitelt *Die Trauer vertrockneter Flüsse*.

Der Anblick von ausgemergelten Menschen begleitete mich noch Monate später, es dauerte eine Weile, bis ich die tiefe Beunruhigung verdrängt hatte. Anfänglich konnte ich mir die konkreten Folgen der globalen Erwärmung schwer vorstellen, stattdessen kam mir eine Frau aus dem Norden Kenias in den Sinn, deren Haut von den Knochen hinabhing und die sich an meinem Arm festkrallte, während sie unablässig forderte, dass ich mich nicht entferne, bevor wir nicht die Dürre gemeinsam überwunden hätten.

Ein Grad oder zwei Grad, sechzig Zentimeter oder achtzig Zentimeter, 450 oder 500 parts per million, die extrapolierten und zudem heftig umstrittenen Werte implizierten zwar bedrohliche Folgen, aber sie waren für mich lange Zeit nicht spürbar und nicht sichtbar. Meine Fantasie entzündete sich nicht. Als Bürger war ich ratlos, als Schriftsteller war ich angewiesen auf fremde Visionen.

Wahrscheinlich hätte ich niemals begonnen, einen Roman über den Klimawandel zu

schreiben, wäre ich nicht von einem Traum heimgesucht worden, besser gesagt von einem Albtraum: Ein Mann liegt auf einer Geröllhalde, umgeben von einem Gletscher, der nicht mehr existiert. Der Mann ist Glaziologe, er hat das Objekt seiner wissenschaftlichen Leidenschaft für immer verloren. Er ist unendlich traurig und ratlos.

Von einem Traum heimgesucht

So weit der Traum, unvergesslich, da in keinem Aspekt meinem eigenen Leben entsprungen. Der Mann war mir fremd, und ich kannte zu jenem Zeitpunkt keinen einzigen Gletscherforscher, ich hatte mich noch nie näher mit Gletschern beschäftigt. Jahre zuvor war ich zur Quelle des Ganges am Gangotri-Gletscher gereist und hatte, ohne weiter darüber nachzudenken, geschrieben, „die Gletscher im Himalaja tauen auf, als habe der Mensch das Tiefkühlfach offengelassen“. Auch hatte ich vermerkt, dass in der Jahrtausendealten Schrift *Brahma-vaivarta Purana* vorausgesagt wird,

dass sich eines Tages die Ganges (Flüsse in Indien sind heilig und weiblich), wenn es der Sünden zu viele werden, die in ihr abgewaschen werden, unter der Erdoberfläche verstecken wird. Neulich hat es übrigens diesbezüglich eine mediale Entwarnung gegeben: Dies werde nicht schon – wie fälschlich postuliert – im Jahre 2035, sondern erst gegen 2050 geschehen. Dieserart sind die Beruhigungen dieser Tage. Ansonsten hatte ich zum Zeitpunkt des Traumes keinerlei Berührung mit Gletschern.

Der Albtraum ließ sich nicht verdrängen. Je öfter ich an den Menschen, der seinen Gletscher in den Alpen verloren hatte, dachte, desto tiefer versank er in eine Sinnkrise und Zivilisationskepsis, in eine weitreichende Ablehnung unserer Wirtschaftsweise, Lebensart und Spiritualität. Gemeinsam begaben wir uns auf die Suche nach Erlösung oder Heilung und fanden sie vorübergehend an jenem Ort, an dem Eis und Gletscher (noch) nicht von der großen Schmelze bedroht sind, in der Antarktis. Also

heuert der ehemalige Glaziologe auf einem Kreuzfahrtschiff an, als Lektor, als Fachmann, als Führer. Doch so sehr ihn die Unberührtheit der Antarktis beseelt, so sehr bekümmert ihn das Wissen um ihr Schicksal, sollte sich der Mensch einmal ihrer bemächtigen. Visionen von ihrer Vergewaltigung und Plünderung belagern ihn, ausgelöst von Kleinigkeiten, von einer Zigarette, die ein Soldat zwischen

„Die Antarktis ist der letzte heilige Hain auf Erden, die Vorstellung ihrer Zerstörung ist für den Gletscherforscher unerträglich. Er muss verhindern, dass die Menschheit weiter eindringt.“

Pinguinen wegwirft, von der Havarie eines anderen Schiffes und von den arroganten oder unbedachten Äußerungen der Passagiere an Bord. Die Antarktis ist der letzte heilige Hain auf Erden – die Vorstellung ihrer Zerstörung ist für den Gletscherforscher unerträglich. Er muss verhindern, dass die Menschheit weiter in die Antarktis eindringt.

Während die Anrainerstaaten es nicht erwarten können, die Bodenschätze der Arktis abzubauen (in den letzten Jahren hat es deswegen diplomatischen Streit zwischen Russland und den USA und fast ein kriegerisches Scharmützel

▷ Fortsetzung auf Seite A 2



▷ Fortsetzung von Seite A 1

zwischen Kanada und Dänemark gegeben), gilt der Antarktis-Vertrag, der jede wirtschaftliche Nutzung untersagt und territoriale Ansprüche einfriert, bis 2048. Während mit dem Ende der Arktis schon nüchtern gerechnet wird, lässt sich die Antarktis noch retten. Diese Dichotomie wird den Aufbau des Romans bestimmen. Eine manichäische Struktur. In den Worten der Hauptfigur klingt es folgendermaßen:

„Arktis und Antarktis, meine Damen und Herren, wir reden über extreme Gegensätze. Einerseits saisonales Eis, andererseits Festland, einerseits unaufhaltsame Schmelze, andererseits ein viertausend Meter tiefer Eisschild. Einerseits zum Untergang verdammt, andererseits leidlich geschützt und noch nicht verloren. Einerseits Spiegel unserer Destruktivität, andererseits Symbol unserer Erleuchtung. Bringen wir es auf den Punkt: oben böse, unten gut, oben Hölle, unten Himmel. Wir reden, meine Damen und Herren, von den zwei Polen unserer Zukunft.“

Die letzte Wildnis

Es ist einfach, eine Idee zu haben. Es ist nicht schwer, sie mit den Realitäten abzugleichen, sie mit Plausibilität und Glaubwürdigkeit einzufärben. Schwierigkeiten tauchen auf, wenn man sie umzusetzen beginnt. Beim Schreiben verfestigen sich nicht nur die Gedanken, es reifen auch die Probleme. Wie schreibt man über die Antarktis, einen Ort, den man nur im Vorbeitreiben besuchen kann? Wie schreibt man über die letzte Terra Nullius, ein Land, das zu keinem Staat gehört und von niemandem bewohnt wird? Wie schreibt man über eine Landschaft, die in der Literatur bislang kaum vorkommt – was der Mensch nicht bevölkert, beschreibt er selten. Durchsucht man die Weltliteratur nach den

Stichworten „Eisberg“ oder „Gletscher“ findet man fast keine Treffer. Kaum ein Autor hat sich bislang der Antarktis gewidmet. Der amerikanische Schriftsteller Nathaniel Hawthorne durfte bei der berühmten Wilkes-Expedition nicht mitreisen, weil „der Stil, in dem dieser Gentleman schreibt, zu wortreich und verziert ist, um einen echten und vernünftigen Eindruck der Atmosphäre auf der Expedition zu vermitteln. Darüber hinaus wird ein Herr, der so talentiert und kultiviert ist, wie der genannte Mr. Hawthorne, niemals die nationale und militärische Bedeutung irgendwelcher Entdeckungen erfassen.“ So erklärte ein US-amerikanischer Abgeordneter, denn die Frage, ob ein Autor in die Antarktis darf, wurde damals vom Parlament diskutiert. Ich hingegen musste nur eine E-Mail an eine norwegische Reederei schicken.

„Beim Schreiben verfestigen sich nicht nur die Gedanken, es reifen auch die Probleme. Wie schreibt man über die Antarktis, einen Ort, den man nur im Vorbeitreiben besuchen kann?“

Mein Lieblingsgedicht als Jugendlicher war *The Rime of the*

Ein Schiff als Schauplatz des fiktiven Geschehens, ein Nicht-Ort in Bewegung, mit ungewissem Ziel. Für eine sich zuspitzende Tragödie ist das Schiff ein prototypischer Schauplatz, isoliert, auf bedrohlich hoher See fernab vom üblichen, kontrollierten Fluss des Lebens, ein geschlossener Raum, in dem die Repräsentanten der Menschheit ihrer Narretei fröhnen. So konzipierte es schon Sebastian Brant in seiner Moralsatire *Das Narrenschiff* aus dem Jahre 1494. Brants deftige Mischung aus Klage und Belehrung stellt die sieben Todsünden in den Mittelpunkt, von denen nur zwei von aktueller Bedeutung und für den Roman relevant sind: Hochmut und Völlerei.

Knapp 500 Jahre später hat Katherine Porter ein Remake verfasst, *Ship of Fools*, die Vision eines Schiffes, wie sie selbst erklärte, als „universales Bild des Schiffs dieser Welt auf seiner Reise in die Ewigkeit“, mit Zwischenstation in der schon absehbaren Zwischenhölle des Nationalsozialismus. An dem universalen Bild hat sich nichts geändert, nur an der Vorstellung von Ewigkeit.

Eine sich zuspitzende Tragödie

Also schiffte ich mich ein, auf einem jener Luxuskreuzer, die im Sommer des Südens von Ushuaia im tiefsten Patagonien zur antarktischen Halbinsel aufbrechen. Wir fuhren den Beagle-Kanal hinab, die geografischen Punkte hießen Mount Misery und Cape Deceit, Last Hope Bay und Fury Island. Das war, literarisch gesehen, ein gutes Zeichen. Bald schon erlag ich der Poesie einer unbekannteren Landschaft. Die Antarktis ist nicht leicht zu (be)greifen. Erst seit zwanzig Jahren (also etwa so lange, wie wir von den realen Gefahren der Klimaerwärmung wissen) werben niedliche Pinguine Touristen an. Davor war die Antarktis fast unzugänglich. Bedrohlich gar, wie in dem polynesi-

Mythos über Ui-Te-Rangiora, der im sechsten Jahrhundert nach Süden segelte, weiter als je ein Krieger zuvor, bis der Ozean stockte und dann fest wurde, so fest und so kalt, dass der Held sich mit Schauern abwandte und heimkehrte. Die Entdeckungsreisen von Amundsen und Scott sind mythisch, weil in der Realität nicht nachvollziehbar. Shackleton erschien lange Zeit als phantasmagorische Figur, die Antarktis die Erfindung eines Edgar Allan Poe. Immer noch stößt man hier auf die letzte Grenze der Zivilisation, auf die letzte Wildnis.

Mein Lieblingsgedicht als Jugendlicher war *The Rime of the*

Ancient Mariner. Der Dichter Samuel Coleridge hatte nie einen Albatros erblickt, als er dieses Langgedicht über die Ermordung eines Albatros und deren tragische Folgen verfasste, und ich damals auch nicht, aber ihm diente der Vogel mit der größten aller Spannweiten als Metapher, und mir leuchtete diese unmittelbar ein. Unvergesslich, wie der Seemann, der das heilige Tier getötet hat, gezwungen wird, dessen Kadaver um den Hals zu tragen.

Als wäre dies das wahre Kreuz des Menschen.

Umgeben von majestätisch über unschwebenden Albatrossen kam mir dieses Gedicht in den Sinn, und es erschien mir als Folie für eine gegenwärtige Geschichte geeignet: „The spirit who bideth by himself / In the land of mist and snow. / He loved

the bird that loved the man / Who shot him with his bow.“ Meine Geschichte war aufgehoben in einem Gedicht, das mich seit der Pubertät beschäftigt hat. Vielleicht hat Literatur keinen wichtigeren Antrieb, als die Leidenschaften der Kindheit nachzuholen.

Wenn man auf dem Außendeck steht und hinausblickt, lässt sich jegliche Zivilisation leicht vergessen (die leisen Motorengeräusche nimmt das Ohr kaum wahr): kein Flugzeug, kein Treibholz, kein Mast in Sicht, nur Wind und Wellen, nur uralte Formationen aus Eis und Gestein, die sich (noch) ohne unser Zutun wandeln, nur stille Vögel, die flüchtige Nachrichten in den monochromen Himmel zeichnen, die wir nicht entziffern können. Eisberge. Memento mori. Vorratskammern. Sie enthalten das frischeste Wasser und die reinste Luft, die wir auf Erden haben, vor Tausenden von Jahren in die Kristalle eingeschlossen und nun bei langsamer Fahrt schmelzend gelöscht. Das Eis fasziniert mich zunehmend. Es ist das vielfältigste aller Elemente: je nach Lage Festkörper oder Gas oder Wasser. Zudem eine Art Gedächtnis der Erde. Die Eisbohrungen des europäischen Eiskernprojektes in der Antarktis haben schon eine Tiefe von 900.000 Jahren erreicht. Und entlang des Weges hinab wird unsere planetarische Vergangenheit sichtbar. Allmählich entsteht auch in mir eine zärtliche Beziehung zum Eis.

Eine Art Gedächtnis der Erde

Unser Schiff glitt durch einen natürlichen Kanal, zu beiden Seiten weiße Wände, so weit das Auge hinaufreicht, und vor uns die schwarz schimmernde Oberfläche eines gläsernen Wassers. Die Welt war unmerklich in eine Kreidezeichnung verwandelt worden. Wir standen eingemummt und dichtgedrängt auf dem Außendeck, stumm, regungslos, als wären wir Zeugen einer Segnung. Wir versanken in demutsvolles

Schweigen, Ausdruck einer Überwältigung, die sich seit Tagen aufgebaut hatte – seit dem Sichten der ersten Albatrosse, der ersten Eisberge, der ersten Wale, der ersten spitzen Inseln. In der Antarktis verspürt man das Gefühl, eine Zumutung zu sein.

Als Mensch. Ein widersprüchliches Gefühl, das zur Misanthropie führt. Oder das einem aufzeigt, dass Humanismus als Ideal nicht mehr ausreicht. Die verzweifelte Unsicherheit des Glaziologen wird genährt von den Pockennarben menschlicher Besiedlung am Rande der Antarktis, von den Ruinen von Walfangstationen, diesen verrosteten Massenvernichtungsanlagen, etwa auf der Insel Südgeorgien. So viel Zerstörung kann der Glaziologe nicht mehr ertragen, nicht einmal als historischen Fakt. Er schreibt in sein Notizbuch:

Wenn die Antarktis untergeht ...

„Die Dieselöltanks sind so ordentlich aufgereiht wie die Gräber, es wurde viel abgekocht in dieser Topfbucht. In der Fabrik zerlegte der Mensch Walfische, nun zerlegt die Zeit die Fabriken. Es lastet eine Stille auf den verfallenden Hallen, die Raubmöwen fliegen anderswo. Die Tranbottiche verströmen einen imaginierten Gestank, inmitten von eingeroosterter Vernichtung fällt das Atmen schwer. Einige der Dächer hängen schief zwischen Wolken und wellblechernem Boden, rote Tafeln markieren ein asbestver-seuchtes Areal. Vor der Knochenkocherei halten drei Figuren eine Eisenkette fest in den Händen und lehnen sich nach hinten, als würden sie gegen einige Walfänger tauziehen, einige Flocken Kichern wehen zu mir her-über, sie ziehen noch stärker an der Eisenkette, messen ihre Kräfte gegen die Walfänger, die als Erste die Antarktis entdeckten, gegen die Robbenjäger, die sie als Erste betraten, gegen die Großfischjäger, die diese Entdeckungen geheim hielten, um abzuschlachten, was ging, so schnell, wie es ging.“

„Nach meiner Rückkehr von der Antarktis war ich entschlossen, den Roman zu schreiben, und suchte zum Zweck weiterer Recherchen einen der führenden Glaziologen der Welt auf.“

Wenn die Antarktis untergeht, geht die Menschheit unter – steht im Tagesprogramm des Kreuzfahrtschiffes ohne Angabe, von dem dieses Zitat stammt. Genau dies soll der Roman leisten, dass der Leser diesen Satz wortwörtlich nimmt, dass er sich mit der radikalen Leidenschaft (oder dem vermeintlichen Wahn) des Glaziologen identifiziert. Im besten Fall (welch verwegene Ambition), dass er sich selbst und sein zerstörerisches Potenzial anders betrachtet.

Kälteidiotie ist ein medizinischer Ausdruck für eine Wahn-

vorstellung. Der Erfrierende bildet sich ein, ihm sei heiß, er zieht sich aus, obwohl sein Körper stark unterkühlt ist. Wir leiden, denkt der Glaziologe, an einer Wärmeidiotie, wir heizen mehr und mehr auf, obwohl wir dabei sind, eines Hit-

zetodes zu sterben. Ein Erfrierender ist in dem Stadium der Kälteidiotie nicht in der Lage, sich selbst zu retten. Nach meiner Rückkehr von der Antarktis war ich entschlossen, diesen Roman zu schreiben, und suchte zum Zweck der weiteren Recherche einen der führenden Glaziologen der Welt auf. Er hörte sich meine Geschichte höflich an, dann fragte er, wie alt meine Hauptfigur sei. So alt wie Sie, antwortete ich spontan, zu meiner eigenen Überraschung (d. h. Anfang bis Mitte sechzig). Ein Wissenschaftler, der ein Leben lang Forschung betrieben hat und seine ganze Arbeit infrage stellt. Als er als junger Doktorand ein Langzeitmessprojekt an seinem Gletscher einrichtete, ging er wie selbstverständlich davon aus: Wenn wir das Problem richtig analysieren, werden wir es lösen. Wenn wir begreifen, wie etwas lebt, dann können wir es am Leben erhalten. Einst wurde Erkenntnis mithilfe eines Mediums gewonnen, die moderne Zukunft würde sich anhand von Messungen offenbaren. Es brauchte nur stichhaltige Beweise, um die Welt zu verbessern. Fortschritt sei nur eine Frage der Präzisionsarbeit.

... geht die Menschheit unter

Die Belege dienten dann als Blaupause für richtige Entscheidungen. Es war Anfang der Siebzigerjahre, die Gaia-Hypothese wurde unter den jungen Wissenschaftlern heftig diskutiert. Die einst in Delphi verehrte Gaia, wo die Zukunft ekstatisch eruiert wurde. Die Mittlerinnen versanken in äthyleninduzierte Trance, wir produzieren heute Äthylen in Unmengen, es ist in unserer Kleidung, in den Gegenständen des täglichen Bedarfs, in unserem Körper, wir sind somit zivilisatorisch zu Helsehern narkotisiert. Damals dachte der Gletscherforscher, dass auch er und seine Kollegen eine höhere Instanz befragen, die Natur, nur dass genauere

IMPRESSUM:

Redaktion: Christoph Winder (Leitung), Mia Eidlhuber (Titel, Ich frage mich ...), Stefan Gmünder (Literatur), Tanja Paar (Reisen).
Mitarbeiter: Wojciech Czaja.
Sekretariat: Esther Hecht.
Layout: Armin Karner, Claudia Machado-Handsurs, Lukas Adeling.
E-Mail: album@derStandard.at



Fragen präzisere Antworten ergeben würden.

Der Professor, der mich in seinem bescheidenen Büro empfing, zeigte mir dann auf einem der Bildschirme Satellitenaufnahmen vom Tod eines Gletschers. Es war ein bedrückender Anblick. Innerhalb weniger Jahre verliert der Gletscher rasant an Masse, an Volumen. Seine Oberfläche dunkelt ein, das Eis absorbiert die Strahlen der Sonne umso stärker, ein tödlicher sich selbst verstärkender Effekt, von den Wissenschaftlern Runaway-Effekt genannt (poetischer vielleicht: point of no return). Dann zerfällt der Gletscher in kleine Stücke. „Bruchstücke nur, einzelne Glieder, als wäre sein Leib von einer Bombe zerfetzt worden. Der Steilabfall war vereist, doch weiter unten, vor uns, waren nur noch Fetzen eingedunkelten Eises über den Hang verstreut, wie Bauschutt, der darauf wartete, entsorgt zu werden. Alles Leben war ausgeapert.“

Das Ungewisse

Der Professor erklärte mir, weshalb wir Katastrophen nicht vorausberechnen können. Kein Modell kann das Ungewisse beziffern, die vielfältigen Folgen, die den Prozess der Erwärmung potenzieren können, etwa weitere Treibhausgase, die durch das Schmelzen des Permafrosts freigesetzt werden. Kein

„Mein Optimismus schmolz beim Zuhören dahin. In der Politik werde hingegen behauptet, man müsse A tun, damit B folge. „Und wie geht es weiter?“, fragte ich beim Abschied.“

Modell kann Dominoeffekte berücksichtigen. Kleine Inputs können alles auf den Kopf stellen, so wie ein Eisberg plötzlich umkippen kann (auf Youtube kann man einige verwackelte Beispiele sehen), weswegen Passagiere von Kreuzfahrtschiffen Eisberge nicht betreten dürfen. Und dann ein weiteres Problem: Jede punktuelle Lösung verunsichert das System noch mehr und führt zu einer potenziell unendlichen Zahl von Überraschungen.

Übersetzt ins Mythische bedeutet die Komplexitätstheorie, dass unsere aus dem Gleichgewicht geratene Erde ein Labyrinth ist, in dem die allermeisten Abzweigungen in ein jeweils anderes Verderben führen.

Mein Optimismus schmolz beim Zuhören dahin. In der Politik hingegen werde behauptet, man müsse A tun, damit B folge, das Problemlösungsverfahren sei linear. „Und wie geht es weiter?“, fragte ich beim Abschied. „Das weiß ich nicht“, sagte der Professor mit ruhiger Stimme, „eines nur erscheint mir gewiss: Bislang ist es stets schlimmer gekommen, als wir Spezialisten es erwartet haben. Nichts deutet darauf hin, dass sich an diesem Gesetz etwas ändern wird.“

CO₂ als göttliche Subvention

Der Gletscherforscher, ein Bayer, ist aufgewachsen mit der Vorstellung von Himmel und Hölle, Sünde und Sühne, Engeln und Dä-

monen. Er kennt die Genesis fast auswendig: „Und Gott segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehrt euch und füllt die Erde und macht sie euch untertan und herrscht über die Fische im Meer und über die Vögel unter dem Himmel und über alles Getier, das auf Erden kriecht.“

„Und wenn wir alle Ozeane leergefischt haben?“, fragt er sich. Über was werden wir dann herrschen? Auch die Psalmen kennt er gut. „Du hast ihn nur wenig geringer gemacht als Gott, hast ihn mit Herrlichkeit und Ehre gekrönt. Du hast ihn als Herrscher eingesetzt über das Werk deiner Hände, hast ihm alles zu Füßen gelegt: All die Schafe, Ziegen und Rinder und auch die wilden Tiere, die Vögel des Himmels und die Fische im Meer, alles, was auf den Pfaden der Meere dahin zieht“ (Psalm 8,5 bis 9).

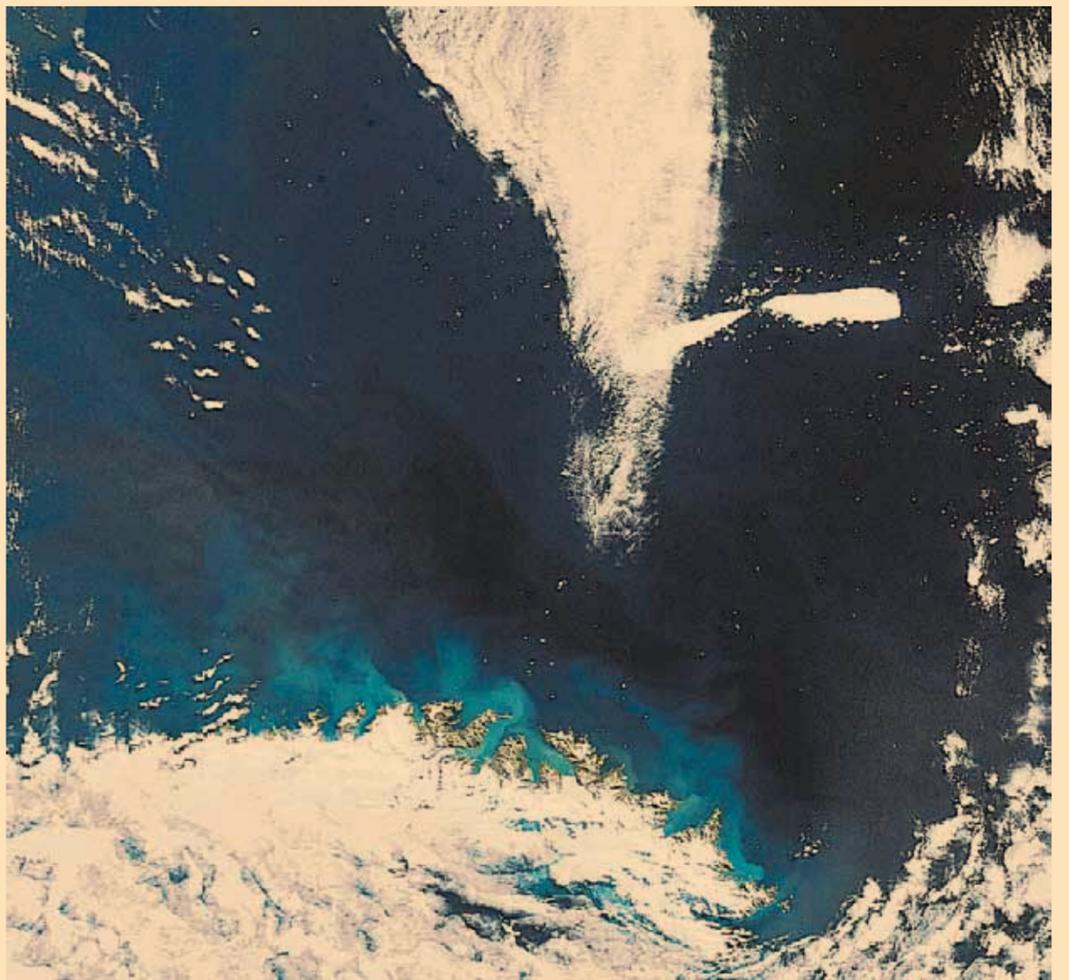
Einmal war der Gletscherforscher Zuhörer bei einer Diskussion zwischen einem Philosophen und einem katholischen Theologen, der sich über die modischen Weltuntergangsszenarien mokierte. Als das Publikum Fragen stellen durfte, meldete er sich zu

Wort: „Das muss Ihnen doch recht sein? Sie sehnen doch das Ende der Welt herbei. Aus ihrer endzeitlichen Sicht muss der wachsende CO₂-Ausstoß geradezu als göttliche Subvention zum Erreichen des

Klassenziels erscheinen.“ Das sei eine veraltete Sicht, behauptete der Theologe. Man solle doch die bahnbrechenden Worte des Papstes zu diesem Thema studieren. Natürlich sucht der Gletscherforscher nach dieser Predigt und findet einen Schuldzuweisungsreigen:

„Ein erstes Wetterleuchten einer neuen Gesinnung zeigt sich in der Renaissance etwa bei Galilei, wenn er sinngemäß sagt: Falls die Natur nicht freiwillig auf unsere Fragen antwortet und ihre Geheimnisse enthüllt, werden wir sie auf die Folter spannen und im peinlichen Verhör ihr die Antworten entreißen, die sie nicht gutwillig gibt. Die Konstruktion der Instrumente der Naturwissenschaft ist für ihn gleichsam die Bereitung dieser Foltermittel, in der der Mensch als der absolute Herr sich die Antworten holt, die er von diesem Angeklagten wissen will“ (Kardinal Ratzinger, später Papst Benedikt XVI.). Nicht die Kirche, sondern die Wissenschaft ist schuld.

Aber wenn Descartes schreibt, der Mensch sei Herrscher und Besitzer der Natur (maître et possesseur de la nature), folgt er nicht konsequent der Entgötterung der Natur, die von dem Christentum (und den anderen abrahamiti-



Das Radarbild zeigt den Eisberg A53A (rechts oben), der bereits in zwei jeweils etwa 30 Kilometer lange Hälften zerbrochen ist (siehe auch Seite A 1). Ende 2004 gehörte der Eisbrocken noch zum Larsen-Eisshelf an der Ostküste der Antarktischen Halbinsel. Der Anstieg der dor-

tigen Durchschnittstemperaturen um 2,5 Grad Celsius in den vergangenen 50 Jahren hat das Auseinanderbrechen des Schelfs verursacht. So ist das Larsen-A bezeichnete Eisshelf bereits Anfang 1995 beinahe völlig zerfallen. Mehr auf Seite 38.

Foto: ESA

schen Religionen) konsequent vorangetrieben wurde. Es braucht eine neue Spiritualität, denkt sich der Gletscherforscher, eine, die den Graben zwischen Mensch und Natur, den altpersischen Glauben an eine Endzeit überwindet. Zudem zeichnet sich das westliche Denken durch einen ontologischen Multikulturalismus aus, der davon

ausgeht, dass die Natur und somit vor allem der Körper die gemeinsame Dimension alles Lebendigen darstellt, Differenzen zwischen Regenwürmern und Schimpansen, zwischen Punks und Pastoren somit rein kulturell bedingt sind.

Vielleicht stimmt vielmehr, was die Indianer im Amazonas glauben: Wir haben alle dieselbe Kultur, nur haben wir verschiedene Naturen. Über eines ist er sich sicher. Spirituell kann nur das sein, was man selbst erfahren und entwickelt hat, und nicht etwas Vorgefertigtes.

Die Hölle ist kein Ort, sie ist ...

„Hast du nicht Angst vor der Hölle?“, fragte sie mich unvermittelt nach dem Aufwachen, wir beide noch unter den Laken, einander zugewandt, ihr Arm ausge-

streckt über die Lücke zwischen den beiden Betten, damit ich ihre Finger massieren kann. Ich nahm mir Zeit für meine Antwort, weil ich die Einsicht abschütteln musste, dass dies unser letztes gemeinsames Aufwachen sein würde. Die Hölle ist kein Ort, antwortete ich schließlich, die Hölle ist die Summe unserer Versäumnisse.“

... die Summe von Versäumnissen

Wenn man sich lange Zeit mit diesem Thema beschäftigt hat, denkt man obsessiv wie ein Fachmann und trägt seine unversöhnlichen Erkenntnisse vor sich her:

- Die Katastrophen rasen schneller auf uns zu, als wir glauben.

- Kleine Schritte werden nicht ausreichen. Manche von uns überlegen sich noch, ob wir Energiesparlampen benutzen sollen. Das mag nützlich sein, um ein kritisches Bewusstsein zu entwickeln, aber es ist so gut wie irrelevant für den Ausgang der klimatischen Krise.

- Es ist jetzt schon zu spät, eine humane Anpassung ohne viele Opfer umzusetzen. Manche Katastrophen werden wir nicht mehr vermeiden können, egal, was wir jetzt an tun. Erwärmung klingt kuschelig, übersetzt ins Soziale bedeutet dieses Wort Massenflucht, Hungersnot, Krieg. Alle lebenden Systeme auf der Welt

sind auf dem Rückmarsch, weil wir die Biosphäre degradieren. Hauptverantwortlich ist unsere Take-make-waste-Wirtschaft, angetrieben von fossiler Energie. Die Pathologien des Kapitalismus heißen Verbrauch und Verschwendung. Die einzige Kraft auf der Welt, die mächtig, reich und durchdringend genug ist, diesen Zustand zu verändern, ist die Kraft, die diesen Zustand bedingt. Das wird sie nicht tun, also muss sie überwunden werden.

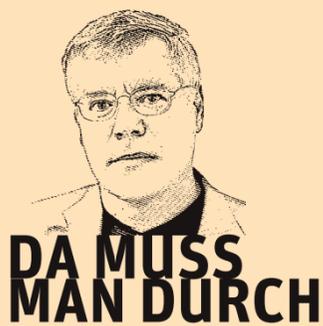
Kann die Literatur mehr tun, als einen Einzelnen zu beschreiben, sich wehrt.



Ilija Trojanow, geb. 1965 in Sofia, ist deutscher Schriftsteller, Verleger und Übersetzer bulgarischer Abstammung. Seine

Familie floh 1971 in die BRD, lebte dann in Kenia. Trojanow studierte Rechtswissenschaften und Ethnologie in München, es folgten Aufenthalte in Mumbai, Kapstadt und Mainz (als Stadtschreiber). Von ihm erschienen u. a. die Bücher „Der Weltensammler“ (2006), „Der entfesselte Globus“ (2008), „Angriff auf die Freiheit. Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte“ (mit Juli Zeh, 2009), alle ediert vom Hanser Verlag. Er lebt in Wien.

Foto: Urban



DA MUSS MAN DURCH

Die Krisenkolumne von Christoph Winder

Ist Volksverblödung eine Bundesmaterie? Zum Föderalismus der Idiotie.

Es ist ein nettes Paradox, dass sich *Idiocracy* (2006), einer der klügsten Filme der vergangenen Dekade, just mit dem Thema Volksverblödung befasst. Regisseur Mike Judge entwirft darin die Vision einer rundumvertrottelten Zukunftsgesellschaft des Jahres 2505: Ein Ex-Wrestler ist US-Präsident; die beliebteste TV-Sendung heißt *Au, meine Eier!* (*Ow, my balls!*) und zeigt, wie Leute in dieselben getreten werden; das Ausdrucksvermögen der Bürger erschöpft sich in drei Dutzend dahingegrundeten Allerweltswörtern usf. Kurz: *Idiocracy* entwirft ein bestechend blödes Bild davon, wie es aussieht,

wenn nur noch Idioten an der Macht sind.

Aber kein unplausibles Bild, wie ein Blick nach Italien zeigt: Dort arbeitet Silvio Berlusconi, wenn er nicht gerade mit 17-jährigen Disco-Flittchen Party feiert, beharrlich daran, den nationalen Intelligenzquotienten abzusinken. Politiker haben es fast immer lieber mit willfährigen, beliebig manipulierbaren Pöbelhaufen zu tun als mit aufgeklärten, kritischen Bürgern, hehe. Das sag ich jetzt einmal so. Aber fragen Sie ruhig auch Herbert Kickl, was er dazu meint.

In Österreich geht es in dieselbe Richtung. Mit Wissenschaft,

Forschung und Bildung will die momentane Bundesregierung eigentlich nichts mehr an Hut haben. Außer wenn sie nun auch noch den wenigen außeruniversitären Intelligenzinseln finanziell die Luft abdreht.

Von hier zur aktiven staatlichen Förderung der Volksverblödung ist es nur noch ein Schritt. Ich vermute, dass die Herstellung größtmöglicher Geistferne ein fixes Ziel im nächsten Regierungsprogramm sein wird. Motto: Noch deppeter geht immer!

Es werden einige legistische Anstrengungen nötig sein, um dieses Ziel umzusetzen. Nötig ist eine Umtextung der Bundeshym-

ne („Land der Koffer, Land der Deppen“ etc.). Sodann gehört geklärt, ob Volksverblödung nur im Verfassungsrang oder einfachgesetzlich geregelt werden kann. Und ob es sich um eine Landes- oder eine Bundesmaterie handelt, das heißt, wann Volksverblödung in die Kompetenz der Länder (Landesvertretungsförderung, LVF) oder die des Bundes (Bundesvertretungsförderung, BVF) fällt.

Ein hochkarätiger Vertrottelungsbeirat könnte hier sicher wertvolle Dienste leisten. Ich teile, wenn gewünscht, sehr gerne ein paar Leute mit, die in ein solches Gremium passen würden.



Ein Blick aus dem Besuchercafé in Arcosanti in die malerische Landschaft am Südhang eines Canyons. Manche schauen nur wegen eines Workshops vorbei und bleiben monatelang hier.

Foto: johi

Urbane Öko-Utopie in der Wüste

100 Kilometer nördlich von Phoenix wollte Paolo Soleri 1970 seine Vision einer ökologischen Stadt realisieren. Arcosanti ist eine visionäre Baustelle.
Von Colette M. Schmidt

Der Lärm der Stadt – in Arcosanti gibt es ihn nicht. Diese Stadt hat ihren eigenen Klang. Wenn der heiße Wind der Sonora-Wüste sanft durch den Eingangsbereich der futuristischen Siedlung streift, erklingen leise kleine Glocken aus Keramik und Bronze, die überall aus der markanten Architektur baumeln. Die „Soleri Windbells“ geben hier nicht nur den Ton an, sie sind auch Teil der Finanzierung eines Traums: Es ist der Traum des italoamerikanischen Architekten Paolo Soleri, der hier vor 40 Jahren seine Stadt der Zukunft zu bauen begann.

In Soleris Traum dominieren nicht mehr Autos, sondern Menschen mit Respekt vor der Natur die Städteplanung, Menschen, die Urbanität in einem ganz neuen Sinn auferstehen lassen. Und es ist ein Traum, den Soleri, der in den 1940er-Jahren nach seinem Architekturstudium in seiner Heimatstadt Turin in die USA kam und bei Frank Lloyd Wright lernte, bis heute nicht aufgegeben hat.

Soleris Familie musste 1933 vor den Faschisten nach Frankreich fliehen, wo er zur Schule ging. Er schloss später sein Studium in Turin ab, baute aber in Europa nur ein einziges Objekt: eine keramische Fabrik in Vietri sul Mare, wo Soleri die Fertigkeit erlernte, die er später für seine Glocken nutzte.

Mitte der 1950er-Jahre zog er mit Frau und Töchtern nach Scottsdale in Arizona. Anfang De-

zember wird dort eine neue Fußgängerbrücke von Soleri eröffnet. In Arizona wurde er auch zum Begründer der „Arcology“ (eine Wortschöpfung aus den Begriffen „architecture“ und „ecology“). Mit dieser frühen Antwort auf das Phänomen des „urban sprawl“, also der flächenverschlingenden Zersiedelung des Umlandes von Städten, die sich an Autos orientiert und Innenstädte sterben lässt, wurde er zu einem Vorreiter des ökologischen Städtebaus. Arcology propagiert Städte, die flächenschonend in die Höhe wachsen, Solar- und Windenergie nutzen und auf Fußgänger ausgerichtet sind.

Zabriskie Point und Arcosanti

1970 kam Michelangelo Antonionis legendärer Film *Zabriskie Point*, der mit einer gigantischen Explosion in die Filmgeschichte eingehen sollte, in die Kinos – und damit auch ein Haus, das Paolo Soleri entworfen hatte. Im selben Jahr begann der Architekt gemeinsam mit seiner 1982 verstorbenen Frau, Colly Soleri, auf einem Grundstück nahe Cordes Junction seine eigene Utopie in Sichtbetonbauten zu übersetzen.

Am Südhang eines grünen Canyons, 100 Kilometer nördlich von Phoenix, entstanden die ersten Kuppeln von Arcosanti. Die Häuser gehen wie organisch gewachsen, aber in strengen geometrischen Formen ineinander über und schmiegen sich übereinander verschachtelt an den Hang.

Umgeben ist die Siedlung, an der über Jahrzehnte tausende Idealisten aus aller Welt mitbauten, nicht von der für Südarizona typischen Vegetation von Kakteen und Büschen, sondern von Zypressen und Olivenbäumen: ein Gruß aus Soleris Heimat.

Für etwa 8000 Menschen wurde die Stadt, in der Autos keinen Platz

haben, die man aber ohne Auto nicht erreichen kann, geplant. Im Herbst 2010 führt noch immer ein kilometerlanger Schotterweg mit Schlaglöchern dorthin. Bevor man sich im Nirgendwo verloren glaubt, ermuntert einen ein rundes Metallschild auf halbem Weg, nicht umzukehren: „Welcome to Arcosanti, An Urban Laboratory“. Etwa 80 Leute leben und arbeiten heute hier: Einerseits Althippies, die hier blieben, andererseits, junge Soziologie- oder Architekturstudierende, die manchmal hier „hängenbleiben“.

Auf den ruhigen Wegen des Areals ist nicht viel, aber immer etwas los: Es gibt ein Amphitheater, in dem regelmäßig Aufführungen stattfinden, ein Café und die Galerie, wo man mit dem Kauf eines Windspiels das Projekt unterstützen kann. Laufend werden Architekturworkshops abgehalten. Eine Gruppe von Studenten macht gerade eine Führung und blickt auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche am Fuße eines steilen

Hangs hinunter. Bald wird hier die Olivenernte beginnen. Gäste, die nicht mitarbeiten wollen, können ab 30 Dollar pro Nacht bleiben.

Wer in dem Mann, der dies alles initiierte, einen Träumer erwartet, liegt falsch. Ein schneller analytischer Denker sitzt am Schreibtisch in der kleinen

Wohnung in Arcosanti, die er einmal pro Woche als Rückzugsort vor Vorlesungen nutzt. Neue Ideen wurden gerade feinsäuberlich in ein Notizbuch eingetragen. Dann führt er mit leiser Stimme präzise aus, warum Autos „mit den tiefen Spuren, die sie im

Land hinterlassen haben, unsere Welt zerstören“. Formal fühlt sich Soleri von Le Corbusier, Erich Mendelsohn und Walter Gropius beeinflusst. Von „den jüngeren“ gefällt ihm Frank Gehry.

Manchmal huscht ein Lächeln über seine Lippen, das von Traurigkeit begleitet wird. Ob er sich von den Entwicklungen dieser Welt bestätigt fühlt? „Ich rede jetzt seit 50 Jahren, niemand hört mir



Soleri, der auf der Architekturbiennale in Venedig 2000 einen Goldenen Löwen für sein Lebenswerk erhielt, am Schreibtisch in seinem Laboratorium Arcosanti, wo Kuppeln, Glas und Beton das Bild prägen.

Fotos: johi



Katastrophenprosa für Außerirdische

Panikmache, Angst vor dem Ungewissen: Der Klimawandel mit seinen unberechenbaren Folgen ist längst zum Thema der Belletristik geworden. Von Isabella Pohl

Der amerikanische Schriftsteller Kurt Vonnegut (1922–2007) hat vorgeschlagen, am Grand Canyon eine Nachricht für Außerirdische, die es einst auf den zerstörten Planet Erde verschlagen könnte, zu hinterlassen: „Wir hätten uns retten können, aber wir waren zu faul, um uns wirklich Mühe zu geben.“ Sollte es auch noch gelingen, in einer Sintflut-sicheren Kammer einige Bücher zu erhalten, könnten die Außerirdischen sich aus der Lektüre eine faktisch nicht immer ganz richtige, dafür hochspannende Geschichte zusammenschneiden: Neben Sachbüchern und Zeugnissen zahlloser Selbstversuche könnte man mit Politthrillern, Science-Fiction-Bänden und Gesellschaftsromanen auch eine Belletristik-Kiste über den Klimawandel packen.

Allen voran hat, so scheint es, Ian McEwan das Buch der Stunde geschrieben: Während in Cancun der Klimagipfel tagt, stapeln sich in den Buchläden in allen Ländern der Welt, die es jetzt zu retten gilt, die Ausgaben von *Solar* (Deutsch von Werner Schmitz bei Diogenes). Der britische Bestseller-Autor, dessen Romane wie *Der Zementgarten* oder *Abbitte* tiefenpsychologische Präzisionsarbeiten sind, macht in diesem Buch den Klimawandel zum Thema.

Akribische Recherche

Sein Protagonist, Michael Beard, ein alternder Physiker, der einst mit viel Glück den Nobelpreis bekommen hat und über bemerkenswerte kriminelle Energie verfügt, startet darin nach einer längeren, kuriosen Vorgeschichte einen Sonnenenergieversuch in New Mexico. Das System könnte die Welt tatsächlich retten. Obwohl McEwan seinen Roman mit akribischer wissenschaftlicher Recherche untermauert, steht nicht das Gelingen der alternativen Energietechnik im Mittelpunkt: Beard, der dickliche Frauen- und Antiheld, ist keiner, von dem man gerettet werden möchte.

Auch ihm scheint die Welt als schutzbedürftiges Subjekt herzlich egal zu sein. Als egozentrischem Workaholic geht es ihm um eine möglichst einträgliche Beschäftigung. Dennoch tritt der Klimawandel in *Solar* als Protagonist auf: zunächst eine Unbekannte, deren Existenz am Ende wieder bezweifelt wird, wenn tausende Paneele in der Wüste fix montiert bereitstehen, die Sonnenstrahlen gierig einzusaugen.

Immerhin zur Nebenfigur macht auch US-Romancier Jonathan Franzen den Klimawandel in seinem neuen Roman *Freiheit* (Rowohlt 2010), in dem eine gescheiterte Gesellschaft nicht zuletzt mit Ökoproyekten versucht, die Trümmer der Ära Bush aufzuräumen. „Traurigkeit und Angst“ löse der verschwenderische amerikanische Lebensstil bei ihm aus, sagt Franzen und erinnert an „den Kontinent aus schwimmendem Müll im Pazifik, die Menge Kohle, die China verbrennt, den Kollaps der Fischbestände“.

Und weil die Angst ein wichtiges Mittel der Literatur ist, ist der Klimawandel mit seinen schwer vorstellbaren Folgen nicht nur Stoff apokalyptischer Hollywoodfilme geworden, sondern längst auch im literarischen Unterhaltungsgenre gut angekommen: *Welt*

in *Angst* heißt der 2005 erschienene Roman von Michael Crichton, ein rasanter Wirtschafts- und Wissenschaftsthiller, der die Fäden der Angstmache zwischen Erderwärmung und Kioto-Protokoll spinnt: Ein Physiker gerät ins Netz radikaler Ökoterroren. Diese Gruppe, die aus einer Umweltschutzorganisation hervorging, plant ein infernalisches Spektakel: Um der Menschheit die verheerenden Folgen der globalen Erwärmung zu demonstrieren, wollen sie mit einem künstlich ausgelösten Seebeben einen Tsunami über die Küsten schicken.

Crichton, der das amerikanische Justizmilieu aufrütteln wollte, zog in seinem mit einem gewaltigen Fußnoten- und Anmerkungsapparat versehenen Roman einen weiten Bogen von Luhmanns „ökologischer Kommunikation“ (solange die Zuständigkeit

für ökologische Gefahren nicht geklärt seien, mache es wenig Sinn, sich um mehr Umweltethik zu bemühen) zur Erderwärmung – und nimmt dabei sogar einen Umweg über die Eugenik-forschung in Kauf: Vom britischen Nationalökonom Thomas Robert Malthus (1766–1834) stammt die immer wieder debattierte Bevölkerungstheorie, wonach eine aufstrebende Ökonomie und Gesellschaft mit dem Folgeproblem der Überbevölkerung zu kämpfen hätten, weil sich die natürlichen Ressourcen (Lebensmittel!) nicht in der gleichen Relation vermehren.

Auf die Theorien Malthus' bezieht sich, in Überspitzung auf Distanz gehend, auch der französische Autor Jean-Christophe Rufin, der im Öko-Thriller *100 Stunden* (2007) abstruse Krisen thematisiert. Wie

Crichton geht auch Rufin, Arzt und Diplomat, der Präsident der „Aktion gegen Hunger“ und Mitarbeiter des französischen Verteidigungsministeriums war, auf die Jagd nach Terroristen: Sein Held, ein ehemaliger CIA-Agent, muss die Welt vor einer militanten Gruppe retten, die die halbe Menschheit, genauer: die Armen, aus den Slums auslöschen will. Die wachsende Zahl der Armen störe das Gleichgewicht der Natur, sagen diese Umweltschützer, die das Wohl der grünen Erde über jenes der Menschen stellen.

Harmlos klingt dagegen die These von Malthus, der vor 200 Jahren fest davon überzeugt war, dass Hungersnöte die notwendige Selbstreinigung einer durch Überbevölkerung bedrängten Natur seien. Wissenschaftliche Recherche und bombastisches Material für einen Hollywoodblockbuster

fusionierte schon 2004 Bestseller-Autor Frank Schätzing: Im Thriller *Der Schwarm* (die Dreharbeiten zum Film sollen 2011 starten) kommt die Bedrohung aus dem Wasser. Eine unbekannte intelligente Macht hat Wale, Quallen und Muscheln zu mörderischen Waffen mutieren lassen. Böse Tiefseewürmer stoßen Methangas in großen Mengen aus, das den Treibhauseffekt rasant beschleunigt und die Welt bedroht.

Mit *Solar* von Ian McEwan ist also der Apokalypse-Stoff Klimawandel zum Thema der „seriösen Literatur“ geworden. Einen Schritt weiter geht indes der katalanische Schriftsteller Sergi Pàmies, der überzeugt ist, der Klimawandel sei selbst Literatur: „Er hat die Macht, uns schuldig fühlen zu lassen, denn so wie die Literatur und Frankenstein ist er vom Menschen erschaffen worden.“

„Der Klimawandel ist selbst Literatur. Er ist eine unendliche Novelle, sagt der katalanische Schriftsteller Sergi Pàmies: Er habe die Macht, uns schuldig fühlen zu lassen.“



DANIEL GLATTAUER

live im WUK Wien

Dienstag
30. November 2010
20:00 Uhr

272 Seiten. Gebunden. € 15,40 [A]

Vom Autor des BESTSELLERS »Gut gegen Nordwind«

Theo

Antworten aus dem Kinderzimmer

Foto: © Herbert Corn. Illustrationen: © Anja Filler

Lesung aus den Büchern *Theo* und *Der Karpfenstreit* – Die schönsten Weihnachtskrisen

www.daniel-glattauer.de

Auch als @-book im Buchhandel erhältlich



„Eigentlich passt hint' und vorn nix zusammen.“ Helga Kromp-Kolb in ihrem Thonet-Schaukelstuhl, der sie an ihre Kindheit erinnert.

Foto: Lisi Specht

Zu wenig Zeit, um über Möbel nachzudenken

Die Klimaforscherin **Helga Kromp-Kolb** wohnt in einer Jugendstilvilla bei Schönbrunn. Demnächst, erfuhr **Wojciech Czaja**, wird das Haus energetisch aufgerüstet.

„ Wir sind mitten im Planungsprozess. Mein Mann und ich haben vor, unser altes Haus – das ist eine Jugendstil-Villa aus dem Jahr 1913 – thermisch zu sanieren und endlich erneuerbare Energien einzubauen. Das ist längst überfällig!

Der größte Schwachpunkt sind die Fenster. Denn die Fenster, die heute am Markt erhältlich sind, passen stilistisch nicht. Sie haben bei weitem nicht die Feingliedrigkeit der alten Sprossen wie vor 80, 90, 100 Jahren. Nachdem das Haus aber in einer Schutzzone steht, gleich neben dem Schlosspark Schönbrunn, haben wir ein Problem: Der Bauphysiker will moderne, thermisch dichte Fenster, gleichzeitig wehrt sich unser Stilgefühl!

Also haben wir beschlossen, mit dem Fenstertausch noch ein bisschen zuzuwarten. Es befindet sich gerade ein Produkt in Entwicklung, das trotz schlanker und historisch verträglicher Profilstärken beste bauphysikalische Werte an den Tag legt. In ein, zwei Jah-

ren sollte es dann am Markt sein. Dann werden wir auch das in Angriff nehmen.

Vorerst also ohne Fenster: Wir werden das Dach ordentlich dämmen und in diesem Zuge mit sogenannten Wiener Taschen neu eindecken. Gleichzeitig werden wir auf der südseitigen Dachfläche eine Fotovoltaik-Anlage mit 30 Quadratmetern einbauen. Die Fläche ist zum Garten hin orientiert, von der Straße aus wird also nichts zu sehen sein. Durch die Fotovoltaik-Anlage bekommen wir eine Leistung von etwa fünf Kilowatt. So können wir die CO₂-Emissionen reduzieren und nebenbei Stromkosten sparen.

Früher oder später wird man sich von den aktuellen, rein konservativ ausgerichteten Denkmalschutz-Bestimmungen verabschieden müssen. Österreich hat eine Fülle an historischen, energetisch problematischen Bauten. Das Wohnen in einem solchen Haus wird angesichts der Energieverknappung in absehbarer Zeit nicht mehr leistbar sein.

Was die Wohnung selbst betrifft: Ein Jugendstil-Haus gibt einen ganz bestimmten Stilduktus vor. Man möchte konsequent sein, man kann hier unmöglich Bauernmöbel aufstellen. Das heißt aber nicht, dass ich mit der derzeitigen Einrichtung zufrieden bin. Mein Mann und ich gehen etwa um sieben aus dem Haus, kommen zwi-

schen zehn am Abend und Mitternacht wieder heim. Da bleibt wenig Zeit und Energie, um über Möbel nachzudenken. Und es würde auch nicht genügen, in Möbelkatalogen zu blättern. Man muss schon suchen, um das Richtige zu finden!

Eigentlich passt hint' und vorn nix zusammen. Die Couch ist zu dunkel, also haben wir einen weißen Überwurf. Diese Hilfsmaßnahme ist absolut unbefriedigend. Der Beistelltisch ist ein zusammengebasteltes Ding aus verchromten Beinen und einer Marmorplatte, die eine gefühlte Tonne wiegt. Und der Kamelsattel mit dem roten Überzug stammt aus Pakistan. Das ist ein Zeitzeuge meiner Kindheit. Mein Vater war Diplomat, wir haben damals in Indien und Pakistan gelebt.

Den roten Schaukelstuhl habe ich übrigens aus dem Dorotheum. Er ist schön, aber unpraktisch. Der Schwerpunkt ist viel zu weit vorn. Man hat das Gefühl, dass man hinausgeworfen wird. Trotzdem: Er erinnert mich an meine Großeltern. Als Kind habe ich bei ihnen immer stundenlang geschaukelt. Seitdem habe eine emotionale Bindung zum Schaukeln. Das ist für mich ein Inbegriff des Zuhause-seins.



Wohnungen in ganz Wien.



www.ehl.at

STANDARD EXKLUSIV

Würden Sie Ihre Vorsorge gerne in aussichtsreicher Lage wissen?

Ein Neues Projekt: Wohnen an der Fußgängerzone

Niederhofstrasse 39-41 | 1120 Wien
43 hochwertig ausgestattete Vorsorgewohnungen unmittelbar an der Fußgängerzone „Meidlinger Hauptstrasse“
Großzügige Balkone | begrünte Terrassen | Fertigstellung: Februar 2012



Informationen & Details:
Telefon: +43-1-533 3000 DW 2993
mailto: lottes@rvw.at | Homepage: www.rvw.at

Raiffeisen Vorsorge Wohnung

„Energieschleudern sind nicht mehr attraktiv“

Der Energieausweis für Gewerbeimmobilien sei noch nicht ausgereift, erklärt **Iva Kovacic**, Forscherin an der TU Wien, im Gespräch mit **Wojciech Czaja**. Umso mehr Bedeutung haben dafür die Gebäudezertifikate.

STANDARD: Seit zwei Jahren muss man bei Vermietung und Verkauf von Objekten einen Energieausweis vorlegen. Hat sich das Mittel bewährt?

Kovacic: Eines kann man sagen: Durch die Einführung des verpflichtenden Energieausweises ist in der Bevölkerung das Bewusstsein für energiesparendes Bauen gestiegen. Aber bewährt hat sich der Ausweis bisher nicht.

STANDARD: Warum nicht?

Kovacic: Die Qualität, mit der solche Ausweise ausgestellt werden, lässt zu wünschen übrig. Manche Ausweise sind sehr genau berechnet, bei anderen hingegen liegen die Werte weit entfernt von jeder Realität.

STANDARD: Der Energieausweis ist speziell auf den Wohnungsbau zugeschnitten. Kann man ihn auch bei Bürobauten und Gewerbeimmobilien anwenden?

Kovacic: Nein. Bei Gewerbeimmobilien gelten ganz andere Spielregeln als bei Wohnungen und Einfamilienhäusern. In einem Büro beispielsweise geht es nicht nur um Heizung, sondern auch um Kühlung, Lüftung und Beleuchtung. Durch die Anzahl der Menschen und die Abwärme von EDV-Geräten ist es in Büros meistens viel zu warm. Solche Aspekte werden im herkömmlichen Energieausweis nicht ausreichend berücksichtigt.

STANDARD: Einen Energieausweis für Bürobauten gibt es noch nicht?

Kovacic: Doch, den gibt es zwar

schon, aber er ist noch nicht ganz ausgereift.

STANDARD: Was ist das Problem?

Kovacic: Die sogenannte TGA, die technische Gebäudeausrüstung, ist in Büroimmobilien sehr komplex. Je nach Ausrichtung eines Büros gibt es beispielsweise Bürogebäude, die in der Übergangszeit auf der Nordseite noch beheizt werden, während auf der Südseite schon gekühlt werden muss. So etwas ist schwierig zu simulieren. Da mangelt es noch an Berechnungstools.

STANDARD: Wie sieht es bei Industriebauten und Handelsimmobilien aus?

Kovacic: Noch komplizierter! Gewerbeimmobilien sind in ihrer Typologie so unterschiedlich, dass es hier überhaupt keine einheitlichen Berechnungsgrundlagen gibt. Sie können ein Shoppingcenter mit einer Lagerhalle oder einer Produktionshalle nicht vergleichen. Ja man kann nicht einmal Produktionshallen untereinander vergleichen, weil jeder einzelne Industriezweig seine eigenen Energiebedarfswerte hat, je nach der Art der Produktion.

STANDARD: Und im Retail-Bereich?

Kovacic: Bei Shoppingcentern ist eine Simulation ebenfalls sehr schwierig. In den meisten EKZ müssen die innen liegenden Be-

reiche selbst im Winter gekühlt werden.

STANDARD: Wie lassen sich derart unterschiedliche Daten erfassen?

Kovacic: Jedenfalls nicht mit einem einheitlichen Ausweis. Das ist kaum möglich.

STANDARD: In den letzten Jahren werden immer mehr Gewerbeimmobilien zertifiziert. Was ist der Unterschied zwischen einem Energieausweis und einem Gebäudezertifikat?

Kovacic: Das sind zwei ganz unterschiedliche Dinge. Der Energieausweis ist auf die Initiative der EU in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Institutionen entstanden. Hier geht es um die Schaffung von Transparenz einer Immobilie im Fall von Vermietung und Verkauf. Das ist ein übergeordnetes Ziel der Klimaschutzpolitik – und nicht zuletzt Konsumentenschutz. Bei Gebäudezertifikaten hingegen geht es vor allem um immobilienwirtschaftliche Ziele.

STANDARD: Und zwar welche?

Kovacic: Die Zertifikate sollen ein Objekt attraktiver und somit auch besser verwertbar machen. Es geht um Image und Alleinstellungsmerkmale. Und es gibt noch einen weiteren Unterschied: Bei gegenwärtigen Energieausweisen geht es ausschließlich um den Energiebedarf eines Objekts, bei Zertifizierungen hingegen ist das Spektrum breiter gefasst und umfasst ökologische, ökonomische und nicht zuletzt soziale Aspekte.

STANDARD: Es gibt weltweit mehr als 25 unterschiedliche Gebäudezertifikate. Kann man die Zertifikate miteinander vergleichen?

Kovacic: Überhaupt nicht! Die Zertifikate unterscheiden sich von Region zu Region. Ein nachhaltiges Gebäude in Indonesien sieht aufgrund des Klimas, der Rohstoffe und der Wirtschaftslage im Land ganz anders aus als etwa ein nachhaltiges Haus in den USA.

STANDARD: Welche Zertifikate sind in Österreich relevant?

Kovacic: Die beiden Marktführer für den angloamerikanischen und europäischen Markt sind LEED und bream. Diese kommen auch schon in Österreich zur Anwendung. Außerdem gibt es den öster-



Iva Kovacic: „Die Qualität, mit der Energieausweise ausgestellt werden, lässt manchmal zu wünschen übrig.“

Foto: Christian Fischer

reichischen ÖGNI und das deutsche Pendant DGNB sowie das in Österreich schon länger vorhandene klima:aktiv-Zertifikat.

STANDARD: Haben Zertifikate einen Einfluss auf die Gebäudequalität?

Kovacic: Schwer zu sagen. Sämtliche bisher ausgewiesenen Gebäude in Österreich wurden nachträglich zertifiziert. Mir ist kaum ein Projekt bekannt, das bereits in der Planungsphase zertifiziert wurde. Man braucht sicher noch ein paar Jahre, um wirklich beurteilen zu können, wie sich die Lage auf dem Markt entwickeln wird.

STANDARD: Gibt es Unterschiede im nachhaltigen Bauen zwischen eigengenutzten und fremdvermieteten Objekten?

Kovacic: In den letzten Jahren war der Unterschied noch sehr groß. Unsere Forschungsarbeit zeigt jedoch, dass die Differenz immer kleiner wird. Ich habe den Eindruck, dass derzeit ein Umdenken

stattfindet. Immer mehr Investoren und Projektentwickler realisieren, dass Energieschleudern, also energetisch schlecht geplante Projekte, auf dem Markt nicht mehr attraktiv sind. Bei Bürogebäuden ist die Kundschaft inzwischen besonders streng.

STANDARD: Eine Prognose für die Zukunft?

Kovacic: Derzeit ist das Thema Bruttomiete stark im Gespräch. Der Büromieter zahlt dann pro Quadratmeter einen Pauschalbetrag, in dem Heizung, Kühlung, Lüftung und Beleuchtung bereits inkludiert sind. Nur so lassen sich die tatsächlichen Kosten für den Endverbraucher miteinander vergleichen. Ich glaube, das wird eines der zentralen Themen in den nächsten Jahren sein.

IVA KOVACIC (37) arbeitet als Forscherin und Universitätsassistentin im Forschungsbereich Industriebau und interdisziplinäre Bauplanung an der TU Wien.



Zubau Wiener Donauzentrum: Das Gebäude wurde kürzlich mit dem bream-Zertifikat als „sehr gut“ ausgezeichnet.

Foto: Andi Bruckner

STANDARD EXKLUSIV



MARXIMUM[®]

Büros für Vorausdenker.

HOCHTIEF
Development Austria GmbH
1110 Wien, Modecenterstraße 17–19
T: 01 9078546-12
vermietung@marximum.at



HOCHTIEF
DEVELOPMENT
AUSTRIA